B6897F

Informationen

314 zur politischen Bildung

bpb:

1/2012

Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft

Inhalt

„Volksgemeinschaft"? ... 4

Aufstieg ... 5
Anfänge der NSDAP in München ... 5
Krisenjahr 1923 ... 11
Erste Erfolge ... 12
Das Ende der Weimarer Republik ... 22

Machteroberung 1933 ... 28
Terror und Zustimmung ... 34
Zerschlagung der Gewerkschaften ... 41
Auflösung der Parteien ... 42
Entmachtung der SA ... 45

„Volksgemeinschaft" ... 46
Integration der Arbeiterschaft ... 51
Rüstungskonjunktur ... 53
Frauen ... 58
Jugend ... 60
„Gefühlte Gleichheit" ... 62

Verfolgung ... 64
Polizei ... 65
Konzentrationslager ... 67
Zwangssterilisation ... 68
Verfolgung der Juden ... 69

Literaturhinweise ... 80
Internetadressen ... 82
Der Autor ... 83
Impressum ... 83

Editorial

Fast achtzig Jahre sind vergangen, seit die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler die Staatsgewalt übernahmen und Deutschland binnen weniger Monate von einem Rechtsstaat in eine Diktatur verwandelten. Im Namen einer rassistischen, menschenverachtenden Ideologie wurden willkürlich Terror und Gewalt gegen Menschen ausgeübt, von denen sich viele bis dahin als akzeptierte Mitglieder der deutschen Gesellschaft gewähnt hatten.

Wie konnte das geschehen? Wie gelang es dem Regime, sich die Duldung, Billigung oder aktive Komplizenschaft weiter Kreise der Bevölkerung zu sichern?

Ein Deutungsangebot, das in diesem Heft gemacht wird, ist der Begriff der „Volksgemeinschaft". Schon in der Zeit der Weimarer Republik von allen politischen Richtungen genutzt, um Solidarität einzufordern und die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden, wurde er anschließend zum „Konstrukt der NS-Propaganda", mit dem „eine tief verwurzelte Sehnsucht nach nationaler Einheit ausgenützt wurde, um den Griff, in dem das Regime die Gesellschaft hielt, zu festigen – organisatorisch wie psychologisch" (Ian Kershaw).

Tatsächlich konnte, wie diese Darstellung anschaulich machen soll, die Idee der „Volksgemeinschaft" viele Menschen mobilisieren, die durch die innere Zerrissenheit der Weimarer Zeit abgestoßen waren und in gemeinsamer Anstrengung dem im Ersten Weltkrieg besiegten Deutschland zu neuem Ansehen und sich selbst zu einem besseren Leben verhelfen wollten.

Die Kehrseite des Begriffs „Volksgemeinschaft" – und auch das arbeitet die Darstellung heraus – war jedoch die brutale, radikale Ausgrenzung all derer, die gemäß der NS-Ideologie nicht zur Gemeinschaft gehören sollten. Diese Ausgrenzung mit all ihrer Menschenverachtung geduldet, akzeptiert oder unterstützt, von ihr profitiert oder sie aktiv betrieben zu haben, bedeutete den größten Zivilisationsbruch der neueren deutschen und europäischen Geschichte.

Wie weit auf individueller Ebene die Zustimmung wirklich ging, ob sie breit, gar nicht oder möglicherweise nur punktuell von Fall zu Fall empfunden wurde, unterliegt letztlich der individuellen Deutung der jeweilig betroffenen Zeitgenossen und ist auch von der historischen Forschung nur annäherungsweise nachprüfbar.

Doch es gibt schriftliche Selbstzeugnisse, Tagebücher oder Zeugenberichte sowie Bildaufnahmen, die das Spektrum der gelebten Verhaltensmöglichkeiten auffächern. Sie kommen in diesem Heft in repräsentativer Auswahl zur Geltung, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es in Extremsituationen auf jeden Einzelnen ankommt und dass im Einzelfall fast immer alternative Handlungsoptionen offenstehen: von vorauseilendem Gehorsam, aktiver Mitwirkung, duldender Anpassung bis zum aktiven Widerstand.

Liest man die Berichte von Opfern des Regimes oder betrachtet man die Bilder ihrer öffentlichen Demütigung, überkommt einen noch heute ein Schaudern. Deutlich wird auch, wie schwierig es mitunter sein konnte, sich als Einzelner der herrschenden Meinung zu widersetzen und die eigene Individualität und Menschlichkeit zu behaupten.

Inwieweit ist das Thema heute noch relevant? Leben die Deutschen nicht inzwischen in einer gefestigten Demokratie, umgeben von Nachbarn, die zu Freunden wurden und unter dem Schutz und Geleit eines Grundgesetzes, das Frieden, Freiheit, Menschenwürde und die Achtung vor Andersdenkenden zum allgemein anerkannten Grundsatz des gesellschaftlichen Zusammenlebens erhoben hat?

Aktuelle Vorkommnisse belegen stets aufs Neue, dass auch auf Teile unserer heutigen Gesellschaft extremistische Ideologien und Protagonisten nach wie vor Attraktivität ausüben. Zudem ist immer wieder zu beobachten, wie in Krisenzeiten latente Vorurteile gegen Minderheiten von Demagogen benutzt werden, um dem Volkszorn „Sündenböcke" zu präsentieren.

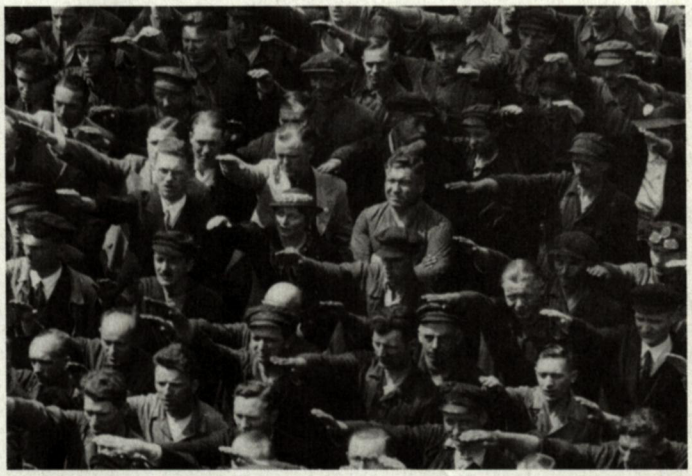
Daher gilt es, in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus beispielhaft die Mechanismen aufzuzeigen, die dazu führen können, dass Gesellschaften in die Barbarei abstürzen. Wie Bundespräsident Joachim Gauck betont, müssen wir jederzeit das „Unvorstellbare einkalkulieren", denn „Humanität ist nie im sicheren Hafen. Sie zerfällt oder wird beschädigt, wenn Ratio und Moral gegeneinander stehen. Unsere Zivilisation ist nicht Geschichte im Endstadium, sondern vorübergehend gesicherte Existenzform."

Christine Hesse

Michael Wildt

„Volksgemeinschaft"?

Zugehörigkeit und Gleichheit in der „Volksgemeinschaft" versprechen die Nationalsozialisten unzähligen Wählern, die von der krisengeschüttelten Weimarer Republik enttäuscht sind. Doch diese Verheißung gilt nicht für alle: Für diejenigen, die nicht der NS-Ideologie entsprechen, bedeutet es Ausgrenzung und Gewalt.



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Während eine überwältigende Mehrheit bei einem Werftbesuch Adolf Hitlers 1936 die Arme zum „Deutschen Gruß" hebt, verschränkt ein einzelner Arbeiter seine Arme.

Ein genauer Blick auf das Umschlagfoto lohnt! Es zeigt Arbeiter der Hamburger Werft Blohm & Voss beim Stapellauf des Marineschulschiffs „Horst Wessel" am 13. Juni 1936. Zu dem Ereignis war selbst der „Führer und Reichskanzler" Adolf Hitler angereist, ebenso wie etliche ranghohe Militärs und Parteiobere, des Weiteren waren Ehrenkompanien der Wehrmacht, der SA und der SS angetreten. Zum Höhepunkt der Großveranstaltung, als das Schiff zu Wasser gelassen und die Nationalhymne gespielt wurde, hoben alle den Arm zum sogenannten deutschen Gruß – nur einer nicht. Auf dem Bild ist ein Mann zu erkennen, der die Arme verschränkt hält. Wer dieser Mann ist, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Irene Eckler meinte ihren Vater August Landmesser zu erkennen, der seine jüdische Verlobte Irma Eckler wegen der Nürnberger Rassengesetze von 1935 nicht heiraten durfte. Die Töchter Ingrid und Irene kamen außerehelich zur Welt. August Landmesser wurde 1938 denunziert, wegen „Rassenschande" zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und dann als Soldat an die Front geschickt, wo er seit 1944 als verschollen galt. Irma Eckler wurde 1938 ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück gebracht und 1942 ermordet.

Aber auch eine andere Hamburger Familie glaubte, in dem Mann mit den verschränkten Armen ihren Verwandten Gustav Wegert identifizieren zu können, der nachweislich als Schlosser bei Blohm & Voss gearbeitet hatte und als gläubiger Christ aus religiöser Überzeugung den Hitler-Gruß verweigerte.

Doch unabhängig davon, um wen es sich bei diesem Arbeiter handelt, besitzt dieses Bild eines unbekannten Fotografen eine starke Aussagekraft. Denn es zeigt zum einen die hohe Bereitschaft mitzumachen, den Arm zum „Hitler-Gruß" zu heben, wenn es verlangt war, und zum anderen die durchaus vorhandenen, alltäglichen Handlungsmöglichkeiten, sich dem Druck zur Gleichförmigkeit zu entziehen. Selbst bei den vielen erhobenen Armen lassen die individuellen Haltungen auf ganz unterschiedliche Grade der Zustimmung schließen.

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft" war so einheitlich nicht, wie die nationalsozialistischen Machthaber glauben machen wollten. Trotz aller Gleichheitspropaganda gab es nach wie vor große soziale Unterschiede, und die nationalsozialistische Politik selbst schuf neue, rassistische Ungleichheiten, indem sie bestimmten Gruppen, allen voran den Juden, die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft" absprach. Durch Ausgrenzung und Gewalt wurde die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft" definiert. Antisemitismus, Judenfeindschaft, bildete ihren radikalisierenden Kern.

Dennoch bot die Formel von der „Volksgemeinschaft", die Gleichheit und Gerechtigkeit versprach und in der Weimarer Republik von nahezu allen Parteien im Mund geführt wurde, genügend Anknüpfungspunkte für die Nationalsozialisten, um Zustimmung für sich zu mobilisieren. Endlich sollte der „Parteienkrieg" der ungeliebten Republik überwunden, das Parlament als „Schwatzbude" beseitigt und die Regierung einem starken „Führer" übertragen werden, der von sich behauptete, zu wissen, was das Volk wolle. Alle Probleme einer modernen Gesellschaft, in der sich viele ohnmächtig und verloren fühlten, sollten durch die „Volksgemeinschaft" aufgehoben sein. „Was macht eine Demokratie", fragte der Zeitgenosse und Publizist Sebastian Haffner, „wenn eine Mehrheit des Volkes sie nicht mehr will?"

Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus, Zustimmung und Terror, „Volksgemeinschaft" und Ausgrenzung, Zugehörigkeit und Verfolgung sind die Themen dieses Heftes. Der Sieg des Nationalsozialismus 1933 war kein unausweichlicher Prozess, ebenso wie die große Zustimmung zum NS-Regime keineswegs bedeutete, dass nicht auch Widerstand, Ablehnung und alltägliche Zivilcourage möglich waren. Militarisierung und Gewalttätigkeit waren bereits im Kaiserreich angelegt, wurden durch den Ersten Weltkrieg verstärkt und prägten auch die Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik. Aber erst die nationalsozialistische Herrschaft schuf gewaltsame Strukturen, die die deutsche Gesellschaft zunehmend bestimmten. Der Novemberpogrom 1938 legte offen, wie sehr sich diese Gesellschaft im Nationalsozialismus innerhalb weniger Jahre verändert hatte, wie gewalttätig scharf die Grenzen zwischen der „Volksgemeinschaft" und den „Fremdvölkischen" und „Gemeinschaftsfremden" schon in der Vorkriegszeit gezogen worden waren.

Michael Wildt

Aufstieg

Die Folgen des verlorenen Krieges, Wirtschaftsprobleme und der mangelnde Rückhalt der Bevölkerung schwächen die Weimarer Republik. Diesen Umstand nutzt die NSDAP durch geschickte Propaganda und kann so ihre Stimmenanteile bei Wahlen erheblich steigern. Bald wenden sich immer mehr Menschen den Nationalsozialisten zu.

Deutsche Arbeiter-Partei (D. A. P.)
Ortsgruppe München Abteilung: .....

Mitgliedskarte

für Herrn Adolf Hitler Lothstr. 29

München, den 1. Jan. 1920

Nr. 7

Schriftwart

Für den Arbeitsausschuß:
Drexler

Diese Karte gilt als Ausweis bei geschlossenen Versammlungen

ullstein bild – Imagno

Bescheidene Anfänge: Gemäß Ausweis war Adolf Hitler das 55. – nicht, wie später behauptet, das siebte – Mitglied der DAP. Um eine höhere Unterstützerzahl vorzutäuschen, begann die Registrierung mit der Nummer 500.

Anfänge der NSDAP in München

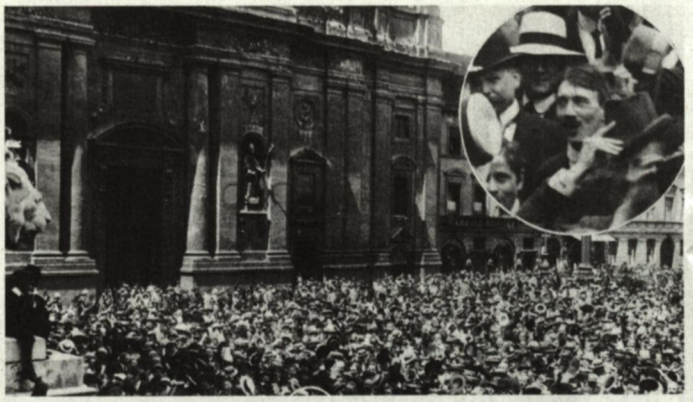
Der Nationalsozialismus entwickelte sich aus dem Geist und der Gewalt des Ersten Weltkriegs. In vielen Ländern Europas entstanden nach dem Krieg faschistische Bewegungen, die sich in ihrer antikommunistischen Stoßrichtung, in ihrem „Führerglauben", ihrer gewalttätigen Politik und ihrem radikalen Nationalismus sowie in ihrer Ablehnung einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft durchaus ähnelten. Ihr gemeinsames Vorbild war der italienische Faschistenführer Benito Mussolini, der als ehemaliger Sozialist 1919 die „*Fasci di combattimento*" (Kampfbünde) gegründet hatte und 1922 an die Macht gelangt war.

Adolf Hitler, der zuvor ein unbedeutendes Bohemienleben geführt hatte, fühlte sich durch die Mobilmachung für den Krieg 1914, die er in München erlebte, wie auferweckt. „Mir selber kamen die damaligen Stunden wie eine Erlösung aus den ärgerlichen Empfindungen der Jugend vor", formulierte er zehn Jahre später in „Mein Kampf". Wie Zehntausende anderer junger Männer meldete er sich freiwillig zum Militärdienst und tauchte ein in jenes trügerisch-groß-

Adolf Hitlers frühe Jahre

Adolf Hitler, am 20. April 1889 in der österreichischen Stadt Braunau geboren, stammte aus kleinen Verhältnissen. Sein Vater war Zollbeamter, hinterließ aber, als er 1903 starb, so viel Geld, dass seine Witwe und sein Sohn davon ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Hitler brach die Schule nach der 9. Klasse ab und blieb zunächst bei seiner Mutter, an der er sehr hing, in Linz wohnen. Ihr Tod im Dezember 1907 bedeutete zweifellos die einschneidendste Zäsur in seiner Jugend. Er zog danach nach Wien, scheiterte jedoch mit seinen Versuchen, an der Wiener Kunstakademie als Student aufgenommen zu werden. So führte er als „Künstler" und „Schriftsteller" ein orientierungsloses, müßiggängerisches, kärgliches Leben, verdiente sich Geld mit Gelegenheitsarbeiten und dem Verkauf selbst gemalter Ansichtspostkarten, wohnte in Männerwohnheimen, las völkische und antisemitische Broschüren, besuchte politische Veranstaltungen und hörte leidenschaftlich Wagner-Opern in der Wiener Staatsoper. Ob Richard Wagners Antisemitismus Hitler beeinflusst hat, ist in der Geschichtsschreibung strittig. Immer wieder wird allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass die öffentliche theatralische Inszenierung der Politik, wie sie später zum Beispiel auf den Reichsparteitagen praktiziert wurde, durchaus mit dieser frühen Theaterleidenschaft Hitlers verbunden war. Auch die späteren gigantischen Baupläne für die Reichshauptstadt Berlin lassen sich auf die Wiener Jahre zurückführen, in denen Hitler von sich glaubte, ein begabter Künstler und Architekt zu sein.

Als 1913 der Einberufungsbefehl in die österreichische Armee drohte, setzte sich Hitler nach München ab, weil er als sich Deutschland zugehörig fühlender Nationalist in keinem Fall für das österreichische Vielvölkerimperium kämpfen wollte. Stattdessen meldete er sich in München Anfang August 1914 als Freiwilliger. Der Krieg gab ihm die Ordnung, die seinem Leben fehlte. Hitler machte beim Militär keine Karriere, sondern blieb Gefreiter, ein unterer Dienstgrad. Offenkundig war er ein verlässlicher, wenig auffallender Soldat. Entgegen seiner eigenen Selbststilisierung in der 1925/27 erscheinenden programmatischen Schrift „Mein Kampf" war er allerdings kaum an der Front eingesetzt gewesen, und die Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse verdankte er der Fürsprache Hugo Gutmanns, eines jüdischen Offiziers.



bpk / Heinrich Hoffmann

Ausrufung des Kriegszustandes vor der Münchner Feldherrenhalle. Heinrich Hoffmann, NSDAP-Mitglied seit 1920 und alleiniger Fotograf Hitlers, nahm dieses Bild am 2. August 1914 auf und montierte vor der Erstveröffentlichung in einer NS-Propagandabroschüre 1936 möglicherweise Hitler, der dort nach eigenem Zeugnis teilgenommen hatte, nachträglich hinein.

Bundesarchiv, Bild 183-R34635

Anfangs herrschte Zuversicht, dass der Krieg nur von kurzer Dauer sei. Deutsche Soldaten auf dem Weg zur Front

akg-images / © VG Bild-Kunst, Bonn 2012

Doch im zermürbenden Stellungskrieg verlieren Millionen ihre Illusionen, ihre Gesundheit und ihr Leben. Otto Dix' Radierung „Verwundeter" von 1916

bpk

Mitte 1918 zeichnet sich die endgültige Niederlage ab: deutsche Kriegsgefangene in einem französischen Auffanglager im August 1918

artige Erleben der „Volksgemeinschaft" 1914, in das Gefühl von Einheit und Siegesgewissheit, das realitätsnahe Erwartungen zum Charakter und zur Dauer des Krieges verschwinden ließ.

Als Hitler im Herbst 1916 an der Westfront durch einen Angriff zum ersten Mal verwundet wurde, waren seine Illusionen über einen raschen Sieg verflogen, der Glaube an die Unbesiegbarkeit Deutschlands jedoch keineswegs. Aus dem Lazarett an die Front zurückgekehrt, wurde er im Oktober 1918 Opfer eines Giftgasangriffs, erblindete kurzzeitig und erlebte das Kriegsende im Krankenbett. Erst wenige Wochen vor dem Ende, Anfang Oktober 1918, hatten die führenden Generäle Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff eingestanden, dass der Krieg verloren sei. Doch entzogen sie sich ihrer Verantwortung und überließen es der zivilen Reichsregierung, am 3. Oktober 1918 bei den Siegermächten um einen Waffenstillstand zu bitten.

„Dolchstoßlegende"

Für Hitler wie für Millionen anderer Deutscher war die Armee unbesiegt geblieben und angeblich von hinterhältigen Verbrechern an der „Heimatfront" verraten worden. „In diesen Nächten wuchs mir der Hass, der Hass gegen die Urheber dieser Tat", schrieb Hitler in „Mein Kampf" und hielt unmissverständlich fest, wer für ihn die „Urheber" waren: „Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder – Oder. Ich aber beschloss, Politiker zu werden."

Selbstverständlich erschuf Hitler hier seine eigene Legende. Seine tatsächliche Entscheidung, in die Politik zu gehen, fiel erst zwei Jahre später. Und natürlich waren nicht Juden verantwortlich für die Niederlage Deutschlands. Aber es ist kennzeichnend, dass er diese Wende in seinem Leben an eben jenem historischen Punkt ansetzte, als das Deutsche Reich seine bis dahin tiefste Niederlage erlebte. Aus dem Moment der absoluten Ohnmacht heraus, der Empfindung, Opfer zu sein und Vergeltung üben zu müssen, erwuchs sein Entschluss. Nicht konstruktiver politischer Gestaltungswillen, sondern Hass bildete die Emotion, mit der Hitler seinen Eintritt in die Politik begründete.

Schon während des Krieges hatte der Antisemitismus, insbesondere der Vorwurf, „jüdische Schieber" und „Kriegsgewinnler" verdienten Millionen, während die Bevölkerung hungern müsste, rasch an öffentlicher Resonanz gewonnen. Tatsächlich aber hatte imperialistische Überheblichkeit das Deutsche Reich in den Krieg getrieben, und die Siegesgewissheit war schnell in den fürchterlichen Schlachten des Weltkrieges zerstoben. Da das Reich nicht auf einen längeren Krieg vorbereitet war, mangelte es bald an Lebensmitteln und anderen Versorgungsgütern. Und schon seit 1915 protestierten die Arbeiter mit Streiks gegen die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Antisemiten machten „die Juden" zu Sündenböcken und verdächtigten sie sogar, sich vor dem Militärdienst zu drücken. Deshalb wurde im Oktober 1916 eine offizielle „Judenzählung" im deutschen Heer durchgeführt. Da diese Maßnahme willkürlich und ohne Konzept vorgenommen wurde und die Zahlen dieses antisemitische Vorurteil vermutlich bloßstellten, wurden die Ergebnisse nicht veröffentlicht, was die antisemitische Kampagne noch verstärkte. Als sich nach dem unerwarteten Eingeständnis der Obersten Heeresleitung Ende September 1918, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne, plötzliche Ernüchterung

akg-images / © VG Bild-Kunst, Bonn 2012

Krieg und Niederlage verändern die deutsche Nachkriegsgesellschaft der Weimarer Zeit. „Kriegskrüppel" von Otto Dix, Radierung, 1920

Sammlung Haney, Berlin

Verantwortlich für die Niederlage 1918 sind in den Augen vieler nicht die Militärs, sondern Demokraten und Juden. Die „Dolchstoßlegende" als Postkarte um 1923

einstellte, wurden vielfach „die Juden" ebenso wie die politische Linke, die die Arbeiter zu Streiks aufgewiegelt habe, für die Niederlage verantwortlich gemacht. Revolutionäre mit jüdischer Herkunft wie Rosa Luxemburg, Hugo Haase oder Eugen Leviné schienen die antisemitische wie antikommunistische Weltsicht zu bestätigen, dass es „jüdische Bolschewisten" seien, die dem deutschen Heer einen „Dolch in den Rücken" gestoßen hätten und nun den Umsturz wollten. Diese Sicht und seine Chance, sich damit aus der Verantwortung zu stehlen, unterstützte der inzwischen im Ruhestand befindliche Ex-Generalfeldmarschall von Hindenburg durch eine entsprechende Erklärung vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zur Kriegsschuldfrage am 18. November 1918.

Unbewältigte Kriegstraumata

[...] Der Erste Weltkrieg zerstörte die alten herrschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen Mittel- und Osteuropas. Am Ende standen Hunger, Niedergang, Chaos und Not, Dumpfheit und Hass. Auf deutscher Seite waren zwei Millionen zumeist junge Männer gefallen, ein Viertel von ihnen während der letzten Kriegsmonate. Millionen Menschen fristeten ihr Leben als Kriegskrüppel, Witwen und Halbwaisen. Infolge der britischen Seeblockade waren 500 000 Deutsche verhungert. 1917 standen pro Einwohner in den Städten durchschnittlich 1400 Kalorien pro Tag zur Verfügung. „Das Schlangenstehen vor den Lebensmittelgeschäften der Städte machte die Zermürbten wild und aufsässig und vor allem grimmig gegen die Reichen, die sich ‚hinten herum' besser ernährten."

Hunderttausende starben an Tuberkulose, an Grippeepidemien und allgemeiner Entkräftung vor ihrer Zeit. Kinder litten an Unterernährung und Rachitis. Demobilisierte Soldaten, verzweifelte, ausgemergelte Frauen irrten durch ihr schwieriges Leben.

Die deutschen Männer hatten umsonst gelitten. „Wie soll man weiterleben", fragten sie sich, „wenn alles vergeblich war." Ihre Frauen hatten umsonst gehungert. Mit den Kriegsanleihen, die das Bürgertum in vaterländischem Pflichtgefühl gezeichnet hatte, verloren die gehobenen Mittel- und Oberschichten erhebliche Teile ihres Vermögens. Das kaiserliche Feldheer war geschlagen. Folglich konnten die Schrecken der Front, konnten die schweren psychischen Verletzungen der elf Millionen heimkehrenden Soldaten nicht in Siegesfeiern gewürdigt, abgebaut und verarbeitet werden. Trommelfeuer, Giftgasalarm, Granatsplitter und Tod, kurz: die Kriegstraumata fraßen in ihnen. [...]

Voller Wut und Gram mochten die meisten der geschlagenen Soldaten die Sinnlosigkeit ihres Kampfes nicht einsehen. Stattdessen vergruben sie sich in dem Gefühl, ihr – seit dem 9. November 1918 demokratisch regiertes – Vaterland behandle sie mit „maßloser Undankbarkeit". [...]

Den Friedensvertrag von Versailles, den die deutschen Abgesandten im Sommer 1919 ohne jede Diskussion und unter Androhung militärischer Gewalt unterzeichnen mussten, empfanden die Besiegten als ungeheuerliche Ungerechtigkeit. Sie vergaßen dabei freilich, was sie – nach einem vergleichsweise kleinen Krieg von 1870/1871 mit 120 000 gefallenen deutschen und französischen Soldaten – Frankreich an Gebietsverlusten und Kontributionen zugemutet und dass sie im Januar 1918 der jungen Sowjetunion einen Frieden diktiert hatten, der die Härten des Versailler Vertrags deutlich übertraf. [...]

Den von Wilson verkündeten und von Deutschland im Oktober 1918 akzeptierten Kerngedanken eines „Friedens ohne Sieger" verletzte insbesondere Artikel 231 des Versailler Vertrages. Er schob den Deutschen die alleinige Kriegsschuld zu und bildete die Grundlage für die Reparationsforderungen. Diese sollten nicht – wie bis dahin bei Friedensverträgen üblich – als gewissermaßen natürliche Folge der Niederlage bezahlt werden, sondern aufgrund einer zuvor anerkannten schweren Schuld. [...]

Der Kriegsschuldparagraph führte dazu, dass sich die Deutschen bald mehrheitlich darauf verständigten, jede Mitschuld am Krieg zu leugnen. So konnte die NSDAP später erfolgreich die Mär verbreiten: „Die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg ist heute urkundlich nach jeder Richtung hin erhärtet." Eine gleichfalls ungute psychologische Wirkung entfalteten die extrem hohen Reparationsforderungen. Sie erlaubten den Deutschen, jede Mitverantwortung für Kriegsfolgen, Inflation, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise von sich zu weisen und die Misere fremden, nicht zuletzt angeblich weltweit vernetzten jüdischen Kräften anzulasten. [...]

Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800-1933, S. Fischer Verlag Frankfurt/M. 2011, S. 152 ff.

Bürden der Republik

Die Revolution 1918/19 hatte Hoffnungen auf eine demokratische und soziale Republik geweckt. So deutlich die im November und Dezember 1918 rasch im ganzen Reich gebildeten Räte für eine parlamentarische Regierung votiert hatten, so vernehmlich hatten sie zugleich Forderungen nach einer Reform der militärischen Strukturen sowie nach einer Sozialisierung der Schwerindustrie, nach der Demokratisierung der Betriebe und einem Acht-Stunden-Arbeitstag erhoben. Noch inmitten der revolutionären Wirren machten die Unternehmer sozialpolitische Zugeständnisse, indem sie den zurückkehrenden Soldaten den alten Arbeitsplatz garantierten, die freien Gewerkschaften als einzigen Verhandlungspartner bei Tarifverhandlungen akzeptierten und die Einführung des Acht-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich versprachen.

Weitergehende Reformen des Wirtschaftslebens blieben jedoch aus. Der Rat der Volksbeauftragten aus Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die sich 1917 wegen der Unterstützung des Krieges durch die sozialdemokratische Mehrheit abgespalten hatten, wehrte die Forderungen nach Sozialisierung der Schwerindustrie ab. Ebenso traute die sozialdemokratische Führung in Berlin eher der alten militärischen Elite zu, die Sicherheit der Republik zu gewährleisten. Sie unterließ es daher, eigene republiktreue Militärverbände aufzubauen. Stattdessen bildeten sich aus den Gruppen von demobilisierten Soldaten, die nicht ins Zivilleben zurückkehren wollten, sogenannte Freikorps, die im Baltikum oder in den umstrittenen östlichen Gebieten, die von Polen wie von Deutschen beansprucht wurden, weiterkämpften.

Diese Versuche der MSPD, die revolutionäre Dynamik abzubremsen, stießen auf den Widerstand der Linken, die – insbesondere nach Gründung der Kommunistischen Partei am 1. Januar 1919 – immer wieder versuchte, nach dem Muster der bolschewistischen Oktoberrevolution in Russland die Macht zu ergreifen. Aber auch viele Arbeiter waren von der Politik der MSPD enttäuscht, zumal die Berliner Regierung die linken Aufstände mit brutaler Gewalt durch jene Freikorpsverbände niederschlagen ließ, die aus ihrer republikfeindlichen, konterrevolutionären Gesinnung keinen Hehl machten.

Die kurze Einmütigkeit, die sich in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 äußerte, in denen die MSPD stärkste Partei wurde und zusammen mit dem katholischen Zentrum und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei eine verfassungstreue Regierung bilden konnte, war rasch vorbei. Die Rechte, ermuntert durch die militärischen Erfolge gegen linke Aufständische, glaubte die Zeit reif für den Staatsstreich. Im März 1920 marschierte das Freikorps Ehrhardt mit Unterstützung des Reichswehrchefs in Berlin, General Walther Freiherr von Lüttwitz, in die Reichshauptstadt ein. Doch brach der Putschversuch am zivilen Widerstand der Beamten zusammen, die den Anweisungen der selbst ernannten Regierung nicht folgten. Ein Generalstreik im ganzen Reich brachte die Putschisten endgültig zu Fall; der Staatsstreich von rechts war durch eine republikanische Loyalität „von unten" verhindert worden.

Gewerkschaften und streikende Arbeiter sahen nun die Gelegenheit gekommen, um grundlegende Reformen durchzusetzen, und führten den Streik fort. Im Ruhrgebiet übernahmen sogar bewaffnete Arbeitermilizen örtlich die Macht. Wieder ließ die Regierung Freikorps, darunter jene Einheiten, die eben noch gegen die Republik geputscht hatten, gegen die Streikenden marschieren und vor allem im Ruhrgebiet den Aufstand blutig niederschlagen. Über tausend Tote waren auf Seiten der Aufständischen zu beklagen. Als am 6. Juni 1920 der erste Reichstag gewählt wurde, erlitt die MSPD eine schwere Niederlage, während die linke USPD ihre Stimmen mehr als verdoppelte. Ebenso gewannen rechte Parteien deutlich an Zustimmung. Der republikanische Konsens war zerbrochen.

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Im März 1920 putscht die Rechte. Soldaten der Marinebrigade Ehrhardt verteilen Flugblätter der Regierung Kapp zur Information an die Berliner. An den Helmen der Freikorpssoldaten befinden sich Hakenkreuze.

ullstein bild – Gircke

Dem rechtsradikalen Terror fällt Außenminister Walter Rathenau im Juni 1922 zum Opfer. Tausende nehmen vor dem Reichstagsgebäude Abschied.

Und doch fanden auch in der Folgezeit immer wieder eindrucksvolle Manifestationen zugunsten der Weimarer Republik statt. Nach dem Mordanschlag auf Außenminister Walther Rathenau durch rechtsradikale Terroristen am 24. Juni 1922 riefen die Gewerkschaften einen eintägigen Generalstreik aus; überall im Reich demonstrierten Menschen gegen die Terrorpolitik von rechts und für die Republik.

Aber der jungen Republik waren auch schwere Bürden auferlegt, allen voran der Versailler Vertrag. Ohne dass eine deutsche Delegation hatte mitverhandeln können, wurde ihr im Mai 1919 das Ergebnis präsentiert, das massive Gebietsabtretungen vorsah,

was mit einem empfindlichen Verlust von Kohle-, Erzvorkommen und industriellen Ressourcen einherging. Westpreußen kam zu Polen, Frankreich erhielt Elsass-Lothringen zurück. Die ehemaligen Kolonien wurden unter das Mandat des Völkerbundes gestellt, ebenso das Saarland, dessen Bevölkerung fünfzehn Jahre später entscheiden sollte, ob sie zu Frankreich oder Deutschland gehören wollte. Für Oberschlesien wurde eine Volksabstimmung im Jahr 1921 beschlossen, in der eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Deutschland votierte. Dennoch teilten die Alliierten die Region und schlugen die industriellen Teile Oberschlesiens Polen zu. Das künftige deutsche Heer sollte höchstens 100 000 Mann umfassen. Dem Reich wurden hohe Reparationszahlungen auferlegt, und es hatte zu akzeptieren, dass es die alleinige Kriegsschuld trug. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Philipp Scheidemann sagte, dass einem deutschen Politiker die Hand verdorren müsse, wenn er diesen Vertrag unterschriebe, und trat zurück.

Doch die Drohung der Alliierten, in Deutschland einzumarschieren, wenn der Vertrag nicht unterschrieben würde, ließ der Reichsregierung keine Wahl. Nachdem der Reichstag mehrheitlich für die Annahme gestimmt hatte, wurde der Vertrag am 28. Juni 1919 vom sozialdemokratischen Außenminister Hermann Müller und dem Zentrumspolitiker Johannes Bell im Namen der Reichsregierung unterzeichnet.

Obwohl die britische und die US-amerikanische Regierung die Notwendigkeit von Nachverhandlungen über den Zahlungsmodus der Reparationsforderungen anerkannten und verhindern wollten, dass das Deutsche Reich durch eine hohe Schuldenaufnahme ökonomisch in die Krise geriet, war der Versailler Vertrag eine schwere Belastung für die Republik. Denn die Rechte mobilisierte mit aller Kraft gegen das „Schanddiktat von Versailles" und nutzte jede Gelegenheit, republiktreue Politiker als „Erfüllungspolitiker", „Novemberverbrecher" und „Handlanger der Alliierten" zu diffamieren. Auch die Mordanschläge auf den früheren Reichsfinanzminister und Unterzeichner des Waffenstillstandes Matthias Erzberger (Zentrum), den Industriellen und Reichsaußenminister Walther Rathenau (DDP) und andere zielten darauf, im aufgebrachten politischen Klima den Bürgerkrieg zu provozieren.

Gründung der NSDAP

In diesem politischen Umfeld gründeten in München der Eisenbahnschlosser Anton Drexler und der Journalist Karl Harrer am 5. Januar 1919 die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), eine von vielen rechtsextremen, völkischen Gruppen, die den Kampf gegen die „Novemberverbrecher", gegen den „jüdischen Bolschewismus" und Marxismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten. In ihrer radikalen Ablehnung des Versailler Friedensvertrages 1919 als „Diktat" und „Schande" waren die Völkischen nicht randständig, denn die harten Bedingungen des Vertrages lehnten auch weite Teile des Bürgertums bis hinein in die Sozialdemokratie ab. In der hämischen Kritik am liberalen Rechtsstaat der Weimarer Republik und am parlamentarischen System unterschied sich die DAP wenig von anderen rechten Gruppierungen. Ebenfalls trieb sie wie etliche andere rechtsextreme Organisationen ein radikaler Antisemitismus um. Was indessen die Nationalsozialisten von anderen Antisemiten unterschied, war die Bereitschaft zur Gewalt. Für Hitler galt nur ein Antisemitismus der Tat.

Antisemitismus

Antisemitismus prägte die Ideologie des Nationalsozialismus, aber Judenfeindschaft existierte bereits im christlichen Mittelalter in Europa. Juden waren gezwungen, in eigenen Stadtbezirken zu wohnen, mussten bestimmte Kleidung tragen und unterstanden einem besonderen Judenrecht. Waren es damals religiöse Vorurteile wie der Vorwurf, Juden hätten Jesus getötet, die den Judenhass bestimmten, so entstand mit dem modernen, naturwissenschaftlichen Weltbild seit dem 18. Jahrhundert eine neue Dimension der Judenfeindlichkeit.

Der Siegeszug, den die Biologie, insbesondere Charles Darwins Buch über die Entstehung der Arten, im europäischen Denken nahm, führte dazu, auch Menschen nach biologischen Kriterien in angeblich höher- und minderwertige Rassen einzuteilen. Darwins Formulierungen wie „natürliche Auslese" oder „Überleben der Tüchtigsten" („survival of the fittest") wurden politisch missbraucht, um angeblich „lebensunwertes Leben" zu definieren. Rassismus war durchaus bis in die Wissenschaft hinein verbreitet; die Forderung nach „Rassereinheit" und nach erbbiologischen Maßnahmen, damit sich nur die „Besten" vermehrten und die „Minderwertigen" sich nicht fortpflanzten, fanden selbst in der Sozialdemokratie Gehör.

Die traditionelle religiöse Judenfeindschaft, die sich im 19. Jahrhundert aufgrund der Emanzipation der Juden in der bürgerlichen Gesellschaft auch um den Neid auf deren wirtschaftliche Entwicklung erweiterte, wurde nun auch rassistisch bestimmt. Es entstand der moderne Antisemitismus, der glaubt, in den Juden eine zersetzende, zerstörerische Rasse zu erkennen, die insbesondere die „arische Rasse" vernichten wollten. Vor allem der Engländer Houston Stewart Chamberlain verbreitete mit seinem viel gelesenen Buch „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" diese Ideologie. Chamberlain, der eng mit der Familie Richard Wagners verbunden war, traf Hitler Anfang der 1920er-Jahre in Bayreuth und sah in ihm den kommenden Retter des deutschen Volkes.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen, die sozialen Verwerfungen durch Industrialisierung und Urbanisierung ließen den Antisemitismus zu einer in allen gesellschaftlichen Schichten aufzufindenden Ideologie werden, auch wenn sich die Sozialdemokratie offiziell stets von der Judenfeindlichkeit distanzierte. Der bekannte preußische Historiker Heinrich von Treitschke formulierte 1879 öffentlich: „Die Juden sind unser Unglück." Die populäre Familienzeitschrift „Die Gartenlaube" veröffentlichte antisemitische Artikel. Über 250 000 Bürger unterstützten 1881 eine Petition der „Antisemitenliga", die den Ausschluss von Juden aus dem öffentlichen Dienst und ein Zuwanderungsverbot von Juden aus Osteuropa forderte. Zwischen 1893 und 1898 saßen 16 Abgeordnete antisemitischer Parteien im Reichstag.

Zwar verloren antisemitische Parteien in den folgenden Jahren an Einfluss, aber der Antisemitismus in der Gesellschaft war keineswegs verschwunden. In den völkischen, nationalistischen Verbänden, in denen sich Hunderttausende von Deutschen organisierten, gehörte Antisemitismus zum politischen Repertoire. Und nicht zuletzt zeigten die öffentlichen Werbeschriften von zahlreichen deutschen Badeorten an der Ost- und Nordsee, dass sie Juden vom Kurbetrieb ausschließen würden, wie tief die alltägliche Judenfeindschaft in die deutsche Gesellschaft eingedrungen war.

Hitler, der 1919 noch für die Reichswehr tätig war, um die rechtsradikale Szene in München zu bespitzeln, erhielt im September den Auftrag, eine Versammlung der DAP zu besuchen. Drexler entdeckte rasch das Rednertalent Hitlers und warb ihn an, wie auch er in der Gruppe ein Betätigungsfeld für seine politischen Ambitionen sah. Hitler, der kurz darauf aus der Reichswehr ausschied, um sich ganz auf die Parteiarbeit zu konzentrieren, wurde zum Hauptredner der Partei; über seine öffentliche Agitation – er bestritt jede Woche mehrere Versammlungen – gewann die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, wie sie seit Februar 1920 hieß, zunehmend mehr Mitglieder.

Im Winter 1919/1920 arbeiteten Drexler und Hitler das Parteiprogramm aus, das im Laufe der nächsten Jahre für unabänderlich erklärt wurde. Viele der 25 Punkte unterschieden sich in ihrer Zielsetzung nicht von anderen völkischen Programmen der Zeit. Gefordert wurden die Aufhebung des Versailler Vertrages, der Anschluss Österreichs, die Rückgabe der Kolonien und die Verstaatlichung von Großbetrieben. Für den Mittelstand wurde die Auflösung der Warenhäuser zugunsten der kleinen Gewerbetreibenden verlangt, für die Bauern in einer schwammigen Formulierung eine den „nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform". Von dem damals bekannten völkischen Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder stammte die Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft", was die Abschaffung von Einkommen aus Zinserträgen bedeuten sollte. „Arbeit", vor allem Handarbeit, stand im Mittelpunkt und die Parole: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Insbesondere zielte das Programm auf die Herstellung einer „Volksgemeinschaft" ohne Juden. Unter Punkt 4 hieß es klipp und klar: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein."

Auf einer Großveranstaltung Ende Februar 1920 mit rund 2000 Menschen im Festsaal des Hofbräuhauses präsentierte Hitler das Programm, las die einzelnen Forderungen vor und erhielt laut Polizeibericht starken Beifall. Hitler entwarf persönlich die Parteifahne mit dem Hakenkreuz in einem weißen Kreis auf rotem Grund und verband damit absichtlich ein bekanntes völkisches Symbol mit der Farbe der Arbeiterbewegung. Bald war Hitler der häufigste Redner der NSDAP mit mehreren öffentlichen Auftritten in der Woche, der mit seinen Ausfällen gegen die Republik, insbesondere gegen die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung in Berlin, gegen den Versailler Vertrag und gegen die Juden überhaupt rasch bekannt und von einflussreichen, rechten Kreisen protegiert wurde.

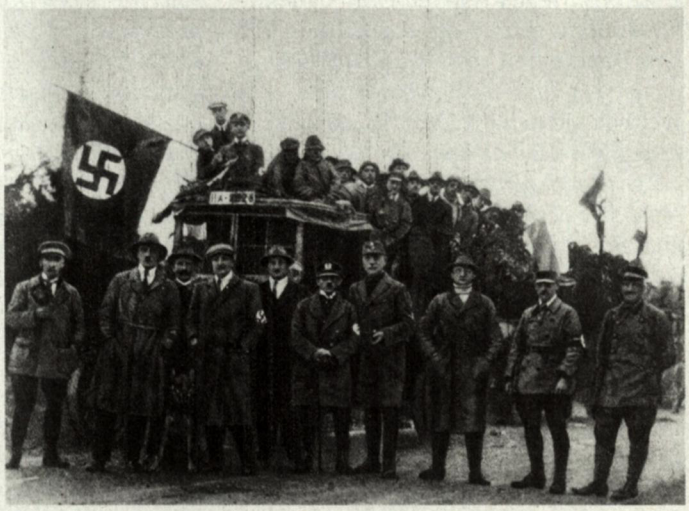
Unterstützung für die NSDAP

Zwar stellte die NSDAP zu dieser Zeit in München nur eine unter etlichen völkischen Gruppen dar. Aber es gab honorige und vor allem vermögende Gönner der jungen Partei wie den Verleger Julius F. Lehmann, der mit medizinischen Fachbüchern viel Geld verdiente, das er rechtsextremen Organisationen zukommen ließ, oder Rudolf Freiherr von Sebottendorf, den Vorsitzenden der sogenannten Thule-Gesellschaft. Diese war ein exklusiver völkischer Klub, dem unter anderen Julius F. Lehmann, Gottfried Feder, Rudolf Heß und Hans Frank angehörten, und zu dem andere, wie der einflussreiche Publizist Dietrich Eckart sowie der spätere NSDAP-Führer Alfred Rosenberg, Kontakt hielten. Sebottendorf kaufte, um die völkische Agitation zu forcieren, die Zeitung „Münchner Beobachter", die im August 1919 ihren Namen in „Völkischer Beobachter" änderte. Immer wieder unterstützten in diesen frühen Jahren wohlhabende Sympathisanten, wie der junge Geschäftsmann Kurt Lüdecke, der Klavierfabrikant Edwin Bechstein oder der Verleger Hugo Bruckmann samt ihrer Ehefrauen, die finanzschwache Partei mit zum Teil beträchtlichen Spenden.

Aber auch die Verbindung Hitlers zur Reichswehr kam der Partei zugute. Durch seinen früheren militärischen Vorgesetzten Karl Mayr lernte Hitler im Frühjahr 1920 den Hauptmann Ernst Röhm kennen, der großen Einfluss auf die sogenannten Einwohnerwehren in Bayern besaß, die als bewaffnete Einheiten zur Bekämpfung revolutionärer Umtriebe nach dem Krieg entstanden waren und denen Anfang 1920 mehr als eine Viertelmillion Mitglieder angehörten. Auch finanziell förderte das Militär die junge Partei. 3000 NSDAP-Broschüren zum Versailler Vertrag, die der Lehmann-Verlag im Juni 1920 lieferte, bezahlte die Abteilung von Hauptmann Mayr. Als Ende 1920 die NSDAP den „Völkischen Beobachter" übernahm, kamen 60 000 Reichsmark, die Hälfte der erforderlichen Kaufsumme, aus einem Reichswehrfonds.

Hitler, der sich im Kampf um die Macht in der Partei erfolgreich gegen Drexler durchsetzte und im Juli 1921 zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, setzte ganz auf Propaganda – das hieß stets Aufruf zur Tat und Demonstration von Stärke durch Gewalt. Schon 1920 begann die NSDAP einen Saalschutz aufzustellen, um in Prügeleien mit dem politischen Gegner gewappnet zu sein. Aus dieser Truppe bildete sich die Sturmabteilung (SA) heraus, wie sie ab Oktober 1921 genannt und von Röhm geleitet wurde. Röhm kümmerte sich darum, die Schlägertruppe in eine paramilitärische Organisation umzuwandeln, wobei der SA zugute kam, dass ihr aus den Freikorpsverbänden erfahrene und ausgebildete Kämpfer zuströmten.

Zum „Deutschen Tag" im nordbayerischen Coburg am 14./15. Oktober 1922, einem Aufmarsch der Rechtsradikalen aus allen Teilen Deutschlands, erschienen Hitler und die übrige Parteiführung in einem eigens angemieteten Sonderzug mit rund 800 SA-Männern, die trotz eines polizeilichen Verbots in geschlossener Formation marschierten, Hakenkreuzfahnen entrollten und eine Massenschlägerei mit sozialistischen Arbeitern am Straßenrand provozierten. Obwohl die NSDAP-Delegation zu den kleinsten gehörte, hatte sie sich mit Gewalt erfolgreich einen Namen in Nordbayern gemacht. Als sich ebenfalls im Oktober der einflussreiche völkische Politiker Julius Streicher in Nürnberg mitsamt seiner Anhängerschaft



Bayerische Staatsbibliothek München, Fotoarchiv Hoffmann

Die SA profiliert sich durch Aufmärsche und Massenschlägereien innerhalb der nationalistischen Szene der Weimarer Republik. Zum „Deutschen Tag" in Coburg 1922 wird die Delegation der NSDAP von etwa 800 SA-Männern begleitet.

der NSDAP unter Hitler anschloss, war die Partei erstmals über München hinausgekommen und hatte ihre Mitgliederzahl auf rund 20 000 verdoppelt.

Ein weiteres Ereignis im Oktober 1922 sollte für die junge NSDAP prägend werden: Mussolinis „Marsch auf Rom". Zwar war hinter den Kulissen in Absprache mit dem italienischen König die Übergabe der Macht an Mussolini bereits eine fest verabredete Angelegenheit gewesen, aber als etwa 20 000 faschistische „Schwarzhemden" am 28. Oktober aus verschiedenen Richtungen auf Rom zumarschierten, war der Mythos vom „Marsch auf Rom" als heldenhafte faschistische Machtergreifung geboren und wirkte sich sofort auf die rechten, putschbereiten Gruppen in Deutschland aus. Anfang November 1922 verkündete der „Völkische Beobachter", dass nun auch Deutschland einen Mussolini habe: „Er heißt Adolf Hitler".

Krisenjahr 1923

Hyperinflation

Als die Reichsregierung im Herbst 1922 um die Stundung von Reparationszahlungen bat und auch mit den Lieferungen von Kohle und Holz in Verzug kam, besetzten französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet, um die Lieferung von Kohle und Eisen zu erzwingen. Der daraufhin von der deutschen Regierung ausgerufene „passive Widerstand" zerrüttete Wirtschaft und Staatsfinanzen und trieb die Geldentwertung in eine kaum vorstellbare Dimension. Hatte der Wechselkurs der Mark zum US-Dollar im Dezember 1922 noch bei 8000 gelegen, stieg er bis zum April 1923 auf 20 000 an und erreichte Anfang August die schwindelerregende Marke von einer Million. Danach sank der Wert der Reichsmark ins Bodenlose. Vor allem die sozial Schwachen, Soldatenwitwen, Rentner oder Kriegsinvaliden, waren der Hyperinflation, die ihre ohnehin kärglichen Renten radikal dezimierte, ohnmächtig ausgeliefert. Hingegen minimierte die Hyperinflation ebenso alle Geldschulden. Gerade diejenigen, denen es mit Geschick und Skrupellosigkeit gelang, sich Geld zu leihen, um damit Sachwerte zu kaufen, konnten glänzende Geschäfte machen. Alle antisemitischen Ressentiments gegen angeblich jüdische Geschäftemacher und Spekulanten wurden wieder virulent. Bürgerliche Grundsätze wie: „Gutes Geld für gute Arbeit" oder „Sparen heißt das Alter sichern" zerstoben im Wirbel der Hyperinflation, die eben nicht nur die materiellen Sparvermögen vernichtete, sondern auch den Glauben an die Gültigkeit der immateriellen Werte bürgerlicher Gesellschaft. Erst im November 1923 gelang es dem neuen Reichskanzler Gustav Stresemann von der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), mit einer einschneidenden Währungsreform die Hyperinflation zu stoppen und wieder die Stabilität des Geldwertes zu erreichen.

Sammlung Haney, Berlin

Reichsmarkschein mit antisemitischem Aufdruck, der den Juden die Verantwortlichkeit für die Hyperinflation zuweist.

ullstein bild

Die Hyperinflation lässt die Ersparnisse Millionen Deutscher „über Nacht" wertlos werden. In einer großen Tonne wird Papiergeld gesammelt, das unter Aufsicht verbrannt werden soll.

Rheinlandbesetzung

Politisch geriet der „Ruhrkampf" zu einer Arena separatistischer wie nationalistischer Extremisten. Insbesondere erregten die schwarzen französischen Soldaten aus den Kolonien die deutschen Gemüter. Selbst ein in seinem republikanischen Denken unzweifelhafter Sozialdemokrat wie Reichspräsident Friedrich Ebert äußerte im Februar 1923, „dass die Verwendung farbiger Truppen niederster Kultur als Aufseher über eine Bevölkerung von der hohen geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung der Rheinländer eine herausfordernde Verletzung der Gesetze europäischer Zivilisation" sei.

Die französische Seite reagierte auf den zivilen Widerstand mit Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Ausweisungen. Ende März wurden bei einer Demonstration in Essen 14 Krupp-Arbeiter von französischen Truppen erschossen. Als am 26. Mai 1923 der junge nationalsozialistische Aktivist und ehemalige Freikorpsoffizier Albert Leo Schlageter, der als Führer eines Sabotagekommandos Eisenbahnschienen gesprengt hatte, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, stilisierte ihn die NSDAP zum nationalsozialistischen Märtyrer. Selbst die Kommunisten versuchten, durch nationale Rhetorik und Lobreden auf den „jungen Aktivisten" Schlageter, der das Richtige gewollt, sich jedoch der falschen Seite angeschlossen habe, aus der nationalen Welle Gewinn zu ziehen.

Linke wie Rechte waren bemüht, die Krise radikal für sich zu nutzen. Die KPD versuchte im Oktober 1923 mit finanzieller Hilfe der Sowjetunion einen Aufstand, der aber nur in Hamburg

wenige Tage zu spüren war und kläglich scheiterte. Die NSDAP, der in diesen Krisenmonaten über 35 000 neue Mitglieder zuströmten, fühlte sich stark genug, den „Marsch auf Berlin" zu wagen. In Großkundgebungen hetzten die Nationalsozialisten und andere Organisationen in München gegen die „Novemberverbrecher" in Berlin. Zentrale Symbolfigur der völkischen Staatsstreichpläne war General Erich Ludendorff, bei dem sich die Spitzen der paramilitärischen Organisationen trafen und der Hitler nunmehr Reputation auch auf Reichsebene verschaffte. Die Ernennung Gustav Ritter von Kahrs zum Staatskommissar in Bayern mit diktatorischen Vollmachten durch die dortige rechtskonservative Regierung, verbunden mit der Erklärung des Ausnahmezustands, fachte die kursierenden Staatsstreichpläne weiter an.

Hitler-Ludendorff-Putsch

Im November wagte Hitler in München, die putschbereiten Kräfte vor vollendete Tatsachen zu stellen. Zusammen mit Ludendorff heckte er den Plan aus, bei einer Versammlung am 8. November im Bürgerbräukeller, zu der alle prominenten rechten Politiker erscheinen würden, die Übernahme der Regierung zu erklären und die zögernde Rechte zum Mitmachen zu zwingen. Doch schlossen sich weder das Militär noch die Polizei dem Putsch an. Hitler, der glaubte, durch eine Demonstration der Stärke doch noch zum Erfolg zu kommen, marschierte mit seinen Anhängern am Morgen des 9. November durch die Münchner Innenstadt. Vor der Feldherrenhalle wurden die Demonstranten von einer Polizeitruppe aufgehalten. Welche Seite zuerst schoss, konnte nie geklärt werden. Im anschließenden heftigen Schusswechsel kamen vier Polizisten und 14 Putschisten, darunter Max Erwin von Scheubner-Richter, der vorne Arm in Arm mit Hitler marschiert war, ums Leben. Hätte die Kugel nur wenige Zentimeter weiter rechts getroffen, bemerkte der britische Historiker und Hitler-Biograph Ian Kershaw lapidar, wäre die Weltgeschichte anders verlaufen.

Hitler und die anderen Hochverräter wurden verhaftet und vor Gericht gebracht. Was das endgültige Ende der politischen Karriere Hitlers und der NSDAP hätte bedeuten müssen, geriet indessen zur propagandistischen Umdeutung und Mythologisierung der „Novemberrevolution" von 1923. Der Vorsitzende Richter besaß offenkundig viel Sympathie für die Putschisten und ließ den Angeklagten breiten Raum für deren propagandistische Verteidigung. Über den Prozess und über die Reden der Angeklagten wurde ausführlich in den Zeitungen berichtet; als am 1. April 1924 das Urteil verkündet wurde, waren die Zuschauerbänke des Gerichtssaals voll besetzt. Ludendorff wurde freigesprochen, Hitler zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, von der er nur ein halbes Jahr absitzen musste. Für seine weitere politische Karriere in Deutschland war weit mehr von Bedeutung, dass er als österreichischer Staatsangehöriger nicht ausgewiesen wurde, was angesichts seiner Straftat eigentlich erwartbar gewesen wäre.

Bei den bayrischen Landtagswahlen im April 1924 erzielte das Wahlbündnis Völkischer Block einen Stimmenanteil von 17 Prozent und lag damit gleichauf mit der SPD. Und auch bei den Reichstagswahlen einen Monat später gaben 16 Prozent der bayrischen Wählerinnen und Wähler ihre Stimme den Völkischen, die reichsweit auf 6,5 Prozent der Stimmen kamen und mit 32 Abgeordneten, darunter zehn Nationalsozialisten, in den Reichstag einzogen. Aber trotz des Triumphes vor Gericht und der folgenden, durchaus beachtlichen Wahlergebnisse war klar, dass der Weg des Staatsstreiches vorerst an sein Ende gelangt war und eine neue politische Strategie ausgearbeitet werden musste.

Erste Erfolge

Hitler nutzte die Festungshaft in Landsberg, um die politische Taktik der NSDAP nach dem Putschdebakel neu abzustecken. Dabei kam ihm zugute, dass er einerseits innerhalb der Partei und der völkischen Szene mittlerweile die Aura eines unbeugsamen Führers errungen hatte, andererseits aus dem Gefängnis heraus nicht in die organisatorischen Tagesgeschäfte eingreifen konnte. Also überließ er es der zweiten Führungsriege, die Partei zu verwalten, zog sich offiziell für eine Zeit aus der Politik zurück und konnte sich sicher sein, dass jeder Streit unter den rivalisierenden Gruppen und Anführern seinen eigenen Nimbus als Führer nur stärken würde.

Er selbst schrieb in den zehn Monaten seiner Haft, in der er bequem mit nahezu unbeschränkten Besuchs- und Versorgungsmöglichkeiten ausgestattet war, den ersten Teil von „Mein Kampf".

ullstein bild – Heinrich Hoffmann

Verfrüht und vereitelt: Putschisten um Hitler und Ludendorff in München beim „Marsch zur Feldherrnhalle" am 9. November 1923

bpk

Komfortable Haftbedingungen in der Festung Landsberg 1924: Hitler mit den Mitverschwörern Emil Maurice, Hermann Kriebel, Rudolf Heß und Friedrich Weber

„Mein Kampf"

„Mein Kampf" umfasste zwei Bände: eine politisch stilisierte Autobiographie Adolf Hitlers und eine programmatische Schrift zu sämtlichen Aspekten der nationalsozialistischen „Weltanschauung": eine Abrechnung mit den „Novemberverbrechern" und dem Parlamentarismus, Ausführungen zum völkischen Rassismus, radikalen Antisemitismus, Antimarxismus, zur „Lebensraum-Philosophie" und zum Führerkult.

Der erste Band wurde 1925, der zweite Ende 1926 veröffentlicht. Eine sogenannte Volksausgabe in einem Band erschien 1930. Trotz zunächst eher mäßigen Verkaufserfolgen blieb Hitlers Buch nicht unbeachtet. Die Reaktionen reichten von intellektueller Geringschätzung über harsche Kritik aus dem konkurrierenden völkischen Lager, teils wohlwollenden Einschätzungen aus konfessionellen Milieus bis hin zu Bewunderung. Ein „ungelesener Bestseller", wie Historiker noch Mitte der 1960er-Jahre glaubten, war „Mein Kampf" keineswegs.

Waren schon 1932 nach den Wahlerfolgen der NSDAP beachtliche 90 000 Exemplare verkauft worden, explodierten die Verkaufszahlen nach der Machtübernahme 1933. Von 1936 an sollte allen neu vermählten Ehepaaren eine Ausgabe als Hochzeitsgeschenk überreicht werden, was aber keineswegs alle Standesämter taten. Ab 1939 entwickelte sich die Wehrmacht zum Großabnehmer des Buches.

Bis 1945 wurde „Mein Kampf" in über zehn Millionen Exemplaren verkauft und in 16 Sprachen übersetzt, wodurch der Autor Adolf Hitler Millionen verdiente und 1933 publikumswirksam auf sein Gehalt als Reichskanzler verzichten konnte. Dieses Vermögen diente Hitler unter anderem dazu, Würdenträger des Regimes und Wehrmachtsgeneräle mit großzügigen Geldgeschenken an sich zu binden.

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Werbung für „Mein Kampf" in Mannheim 1934 anlässlich der „Woche des deutschen Buches". 1925-1944 lag die Gesamtauflage des Buches bei 10,9 Mio., Hitler selbst verdiente an jedem Exemplar zehn Prozent des Erlöses.

Hitlers Weltbild

[...] Wenn man die starren Koordinaten [von Hitlers] Weltbild [...] systematisch ordnet, stößt man auf zehn axiomatische Basisüberzeugungen.

1. Hitler verstand die Geschichte als endlosen sozialdarwinistischen Kampf, in dem sich das Recht des Stärkeren, die natürliche Auslese der Überlegenen, das Überleben der Tüchtigsten durchsetzte. Der Krieg wurde als „Vater aller Dinge" glorifiziert. So gesehen verstand Hitler seine Politik zuerst als Kriegserklärung, dann als Kriegsführung gegen die bestehende Welt und die vorherrschende Weltauffassung.

2. In diesem welthistorischen Kampf besaß das „arische" Volk der Deutschen dank seiner unübertrefflichen Rassequalität im Prinzip die Überlegenheit, die ihm das Anrecht auf die Eroberung der weltpolitischen Führung gewährte. [...]

3. Innerhalb dieses von der Natur privilegierten Rassestaats galt das Führerprinzip. [...]

4. Als Handlungseinheit und Loyalitätspol, als Integrationszentrum und Lebenssinn besaß die Nation den höchsten Wert. [...]

5. Das innere Ordnungsgefüge der Nation mußte zur „Volksgemeinschaft" umgebaut werden [...].

6. Mit der Etablierung der „Volksgemeinschaft" sollte auch der Marxismus, den die NS-Bewegung von Anfang an erbittert bekämpft hatte, endgültig überwunden werden. [...]

7. Wie die Zielutopie und die Politik aller Linksparteien abgelehnt wurden, gehörten auch Liberalismus und Demokratie in die Rumpelkammer der Geschichte. Die Republik und der Parlamentarismus mußten einer autoritären Staatsform weichen. Dank dieser antiliberalen und antidemokratischen, antirepublikanischen und antiparlamentarischen Grundhaltung wurde der Nationalsozialismus zum Erben aller völkischen und rechtsradikalen Strömungen, aber auch vieler in die Gesellschaft tief hineinreichender antimoderner Traditionen.

8. Die höchste Priorität genossen jedoch zwei weitere Zielvorstellungen: die „Entfernung der Juden" – dieses „unverrückbar" feststehende „letzte Ziel" des Antisemitismus hatte Hitler, wie erinnerlich, schon in seinem ersten politischen Schriftstück vom September 1919 fixiert – und die Eroberung von „Lebensraum im Osten". [...]

9. Um den Kampf um die Weltherrschaft, der in diesem wahnhaften Denken einen so prominenten Platz besaß, auch gegen die Intrigen des „Weltjudentums" durchstehen zu können, bedurfte das „Dritte Reich" einer riesigen kontinentalen Machtbasis, die nur durch die imperialistische Eroberung von „Lebensraum" in Rußland gewonnen werden konnte. [...]

10. Judenvernichtung und Lebensraumeroberung – sie gehörten zu den essentiellen Bestandteilen von Hitlers Gegenwarts- und Endzeitvorstellung. Nach dem Armageddon der Juden, das der „Führer" herbeizuführen bestimmt sei, öffnete sich eine grandiose Zukunft: die Weltherrschaft der „Arier", vertreten durch das „Großgermanische Reich Deutscher Nation".

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, C. H. Beck, München 2003, S. 577ff.

Als Hitler am 20. Dezember 1924 das Gefängnis verließ, befand sich die völkische Bewegung auf einem Tiefpunkt. In den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 hatte die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, einer der mannigfaltigen Versuche einer völkischen Einheitsorganisation unter Einschluss der Nationalsozialisten, nur noch drei Prozent der Stimmen erhalten und damit real über eine Million Wähler verloren; die völkischen Führer hatten sich als wenig erfolgreich erwiesen und waren untereinander zerstritten. Während es den bürgerlichen Weimarer Politikern schien, als sei die völkische Politik erledigt, bot deren Krise Hitler die Chance eines Neubeginns unter seiner ausschließlichen Führung.

ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Neugründung: erste Sitzung der NSDAP am 27. Februar 1925 in München. Rechts neben Hitler sitzen Gregor Strasser und der spätere Reichsführer SS Heinrich Himmler.

Am 16. Februar 1925 wurde in Bayern das Verbot der NSDAP und des „Völkischen Beobachters" wieder aufgehoben; allerdings hatte Hitler außerhalb Bayerns weiterhin ein öffentliches Redeverbot. Sogleich verkündete er die Neugründung der Partei zum 27. Februar 1925, der nur beitreten konnte, wer einen erneuten Mitgliedsantrag stellte. Damit hatte die Parteiführung eine zentrale Mitgliederkontrolle in der Hand.

Erneut kam Hitler ein günstiger Zufall zugute. Am 28. Februar 1925 starb Friedrich Ebert, der erste und einzige sozialdemokratische Reichspräsident der Weimarer Republik. Sozialdemokraten, Liberale und katholisches Zentrum einigten sich auf den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx als Kandidaten, dessen Sieg sicher schien. Für die politische Rechte ging der 78-jährige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg ins Rennen. Hitler hatte Ludendorff überredet, im ersten Wahlgang als Kandidat der extremen Rechten anzutreten, was diesem schmeichelte, aber für ihn in einer deutlichen Niederlage endete. Ludendorff erhielt nur ein Prozent der Stimmen, das war noch einmal ein Rückgang gegenüber der Reichstagswahl 1924. In der Stichwahl siegte Hindenburg gegen Marx, weil es ihm gelang, über das konservative protestantische Milieu in Nord- und Ostdeutschland hinaus auch katholische Kreise in Süd- und Westdeutschland zu gewinnen.

Hitlers Macht konzentrierte sich nach wie vor auf München und Süddeutschland. Außerhalb Bayerns war er auf einflussreiche Parteiführer wie Gregor Strasser angewiesen, der die Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gauleiter, also der dortigen regionalen Parteiführer, anführte, ein lockeres Bündnis eher „linker" Strömungen in der NSDAP.

bpk / Heinrich Hoffmann

Der Vertraute des „Führers": der frühere Bankangestellte und spätere Propagandaminister Joseph Goebbels, hier 1928 bei einer Rede in Bernau

bpk / Heinrich Hoffmann

Führerkult: Der „Hausfotograf" Hitlers, Heinrich Hoffmann, wusste ihn gekonnt in Szene zu setzen – hier im „Braunen Haus", München 1930.

Dessen Bruder, Otto Strasser, gab die Zeitschrift „Der Nationale Sozialist" heraus und vertrat eine betont sozialistische Linie. Auch der junge Joseph Goebbels gehörte als Redakteur der „Nationalsozialistischen Briefe" zur parteiinternen „Linken". Erst im Frühjahr 1926 gelang es Hitler, auf einer Parteiführertagung in Bamberg diese konkurrierenden Strömungen zurückzudrängen, nicht zuletzt weil Goebbels mit Begeisterung auf Hitlers Seite wechselte. Nun erklärte Hitler jede programmatische Diskussion für beendet.

Nach Ludendorffs Debakel und dem Sieg über die innerparteilichen Konkurrenten galt Hitler als anerkannter „Führer", der für sich die absolute Herrschaft innerhalb der NSDAP beanspruchte. Immer stärker inszenierte die Partei einen „Führerkult" um Hitler. Parteimitglieder hatten nun mit „Heil Hitler" zu grüßen; die Jugendorganisation wurde „Hitlerjugend" genannt; Hitlers Wort galt in der Partei als unumstößlich; das Parteiprogramm verschmolz immer mehr mit seiner Person. Insbesondere Goebbels, der 1930 Reichspropagandaleiter wurde, stellte die Außenwirkung der Partei ganz entscheidend auf die Person Hitlers ab, der nicht als „Führer" der NSDAP, sondern des ganzen Deutschland präsentiert wurde. Hitlers Machtstellung gründete damit zum einen in der unumstrittenen Führungsrolle innerhalb der NSDAP, zum anderen in der außergewöhnlichen symbolischen Position eines „Führers". Die Führererwartung breiter gesellschaftlicher Kreise, die sich Orientierung erhofften, traf auf den bewusst inszenierten Führerkult, den die Propaganda der Partei unaufhörlich betrieb.

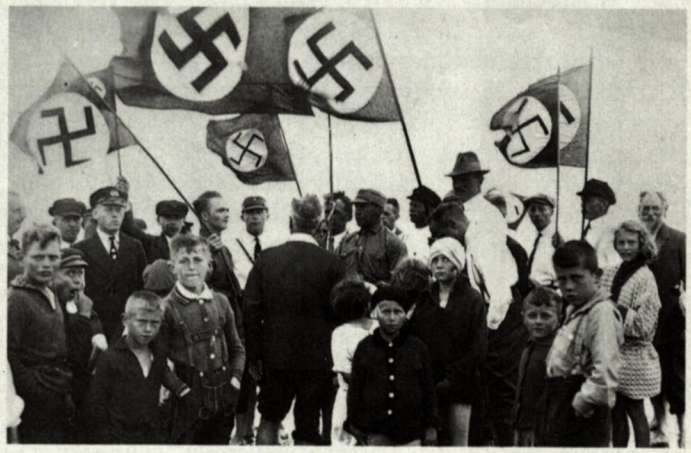
Zusätzlich entstand in den folgenden Jahren ein Netzwerk von Berufs- und Sonderorganisationen um die NSDAP herum. Neben der „Hitler-Jugend" gründeten sich 1926 der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund", 1928 der „Bund Nationalsozialistischer Juristen", 1929 der „Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund" und der „Kampfbund für Deutsche Kultur", 1929 der „Nationalsozialistische Schülerbund", 1930 der „Agrarpolitische Apparat" und die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation" (NSBO) (siehe auch Schaubild S. 62).

Agitation auf dem Land

Aber noch stand die NSDAP am Beginn ihres politischen Aufstiegs. Sieger der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 waren die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die SPD wurde mit knapp 30 Prozent der Stimmen stärkste Partei und erreichte damit ihr bestes Wahlergebnis seit 1919; die KPD erhielt gut zehn Prozent. Dagegen verlor die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) fast ein Drittel ihrer Wähler und kam nur noch auf gut 14 Prozent. Die NSDAP, die erstmals allein antrat, erreichte spärliche 2,6 Prozent der Stimmen, konnte aber dennoch, da es in der Weimarer Republik keine 5-Prozent-Sperrklausel gab, zwölf Abgeordnete in den Reichstag entsenden.

Vor allem in den Städten, sieht man einmal von München, Nürnberg, Koblenz und Weimar ab, wo sie jeweils über zehn Prozent erreichte, waren die Ergebnisse für die NSDAP miserabel. In Berlin errang sie zwar öffentliche Aufmerksamkeit, aber noch keine Wählerstimmen und erzielte nur 1,6 Prozent. Auf dem Land sah die Lage allerdings anders aus. In Franken und Oberbayern lagen die Stimmanteile deutlich über dem Durchschnitt, aber auch in den ländlichen Regionen Norddeutschlands, wo sie bislang kaum aktiv gewesen war, hatten deutlich mehr Wählerinnen und Wähler als im Reichsdurchschnitt der NSDAP ihre Stimme gegeben. Die Parteiführung zog daraus den folgerichtigen Schluss und verlagerte das Schwergewicht der Propaganda auf die ländlichen Gebiete und kleineren Städte, um die Bauern und den Mittelstand zu gewinnen.

Die Lage der Landwirtschaft war in dieser Zeit sehr angespannt. Durch die langjährige Schutzzollpolitik war zwar der Import billigen Getreides vom Weltmarkt abgewehrt und die deutsche Landwirtschaft geschont worden, diese zugleich aber davon abgehalten, ihre Produktionsmethoden an das Weltmarktniveau anzugleichen. Die unabänderlich notwendige Modernisierung der Agrarproduktion war



Amtsarchiv Büsum-Wesselburen

Auf dem Land waren die Nationalsozialisten zunächst erfolgreicher als in den Städten. NSDAP-Treffen mit selbstgemalten Hakenkreuzfahnen im Watt vor Büsum, Juli 1930.

ullstein bild

Wahlkampfwerbung per Lautsprecherwagen zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932

nun – mit der Öffnung der Märkte in der Weimarer Republik – verbunden mit einem Anstieg der Preise für Maschinen, Kunstdünger und Geräte und zwang viele Bauern, Kredite aufzunehmen. Zugleich verfielen die Erzeugerpreise aufgrund einer weltweiten Überproduktion insbesondere von Getreide. Da zahlreiche Höfe nicht mehr in der Lage waren, die Zinsen, geschweige denn den Kredit selbst, abzubezahlen, waren Zwangsversteigerungen die Folge. Wie in Schleswig-Holstein, wo die „Landvolkbewegung" Zehntausende mobilisierte und in einen, zum Teil gewalttätigen Widerstand trieb, setzten sich auch in Ostpreußen die Bauern zur Wehr.

Die militante Aufkündigung staatsbürgerlicher Loyalität darf nicht unterschätzt werden. Denn sie war Ausdruck dafür, wie sich der Hass gegen das Weimarer „System" verstärkte, das anscheinend nicht in der Lage war, die wirtschaftliche Not zu lindern und die bedrängten Bauern gegen die ruinösen Ansprüche der Gläubiger zu schützen. Die staatliche Pflicht zur Zwangsvollstreckung, wenn der Gläubiger vor Gericht die Eintreibung seiner Schulden erstritten hatte, erschien den Betroffenen als Parteinahme des bürgerlichen Staates für das anonyme, kalte, „raffende" Kapital. Der rasante Aufstieg der Nationalsozialisten innerhalb weniger Jahre ist daher nicht allein mit der sozialen Misere zu erklären, sondern bedurfte auch dieser politischen Ablösung aus der Loyalität zur bürgerlichen Rechtsordnung und der Hinwendung zu Selbsthilfe und Gewalt.

Ende 1928 schilderte die Wochenzeitung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (CV) unter der Überschrift „Nationalsozialistischer Terror! Flaches Land und Kleinstadt werden besonders bearbeitet" über mehrere Seiten hinweg die Gewaltaktionen gegen Juden im Deutschen Reich, wobei neben Bayern besonders das angrenzende sächsische Vogtland, das Rheinland, Hannover und Ostfriesland, Groß-Berlin und Ostpreußen herausgehoben wurden. In der Tat ging die NSDAP aufgrund der Wahlerfolge in den ländlichen Gebieten verstärkt dazu über, in den kleinen und mittleren Orten Präsenz zu zeigen und Stärke zu demonstrieren. Dazu wurden regional SA-Einheiten zusammengezogen, die dann in geschlossener Formation durch die Dörfer marschierten.

Sicher bedeutete ein solches Spektakel für die Dorfbevölkerung auch eine willkommene Abwechslung, vergleichbar mit dem Jahrmarkt, einer Filmvorführung oder einem Zirkusbesuch. Zugleich aber sorgte der stereotype Ablauf, der immer wieder Gelegenheit zu gezielten Gewaltausbrüchen bot, dafür, dass der jeweilige Ort für Stunden von der SA regelrecht beherrscht wurde und die normale Ordnung des Dorfes außer Kraft gesetzt war: Gefallenenehrung vor dem örtlichen Kriegerdenkmal, Propagandamarsch durch die Kleinstadt, öffentliche Kundgebung, Standkonzert der SA-Kapelle, abendliche Saalveranstaltung und schließlich nächtlicher Fackelmarsch und Zapfenstreich.

Propaganda

Die Rednerveranstaltung bildete die Basis der politischen Arbeit. 1928 verfügte die NSDAP über reichsweit 300 Redner, die in diesem Jahr allein 20 000 Veranstaltungen bestritten. Noch im selben Jahr wurde eine zentrale Rednerschule geschaffen, mit deren Hilfe es in den nächsten beiden Jahren gelang, die Zahl der Redner bis zur Reichstagswahl 1930 auf etwa tausend zu verdreifachen. Seither führte die NSDAP, was die Versammlungsdichte betraf, die Statistik vor den Kommunisten und Sozialdemokraten an. Gerade in der Provinz traten nationalsozialistische Redner auf. Eine Denkschrift des Preußischen Innenministeriums aus dem Mai 1930 konstatierte, dass kaum ein Tag vergehe, an dem nicht selbst in den entlegenen Bezirken mehrere nationalsozialistische Versammlungen stattfänden. Die Redner seien gut geschult, gingen geschickt mit ihren The-

Bundesarchiv, Bild 146-1982-094-32

SA-Aufmarsch in Spandau 1932. Vorn marschieren SA-Leute, die in Kämpfen mit dem politischen Gegner verwundet wurden.

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Rednerveranstaltungen bildeten die Grundlage der politischen Arbeit. Wahlkundgebung der NSDAP in Berlin 1932

men auf die Zuhörer ein und sorgten nach den Beobachtungen der Polizei für fast durchweg überfüllte Säle und Beifall des Publikums. Versammlungen mit 1000 bis 5000 Teilnehmern seien in den größeren Städten eine tägliche Erscheinung.

Die zweite wichtige Propagandaform waren die Straßendemonstrationen in den Städten und Werbemärsche in der Provinz durch die SA. „Die einzige Form, in der sich die SA an die Öffentlichkeit wendet", hieß es im SA-Befehl „SA und Öffentlichkeit (Propaganda)" vom November 1926, „ist das geschlossene Auftreten. Dieses ist zugleich eine der stärksten Propagandaformen." Neben den Parolen, Kundgebungen und Flugblättern sollte vor allem der SA-Mann selbst das „junge Deutschland" verkörpern.

Massenveranstaltungen und Demonstrationen waren nicht bloß politische Manifestationen, sondern überlegte und organisierte Inszenierungen, die Macht und Überlegenheit vermitteln sollten. Komplexe Sachverhalte wurden auf einfache Slogans und eindeutige Symbole reduziert. Nicht nur bei der NSDAP, die gesamte politische Auseinandersetzung in der Weimarer Republik war ganz wesentlich von einem neuen Bildmedium geprägt: dem Plakat, das, in hoher Auflage gedruckt, massenhaft vor allem in den Städten verbreitet werden konnte. Auf einem Plakat konnten Bild und Text, Slogan und Symbol, Form und Farbe in wirksamer Weise konzentriert werden. „Unser Krieg wird in der Hauptsache mit Plakaten und Reden geführt", schrieb Goebbels am 1. März 1932 in sein Tagebuch. Im Reichstagswahlkampf im Juli 1932 ließ allein die Hamburger NSDAP über 77 000 Plakate kleben. Gewalttätige Parolen wie „Zerschmettert den Weltfeind" (1928) oder „Haut sie zusammen!" (1930), die durch die Darstellung von kraftstrotzenden Männern mit zum Schlag erhobenen Hämmern gegen die „internationale Hochfinanz" oder die bürgerlichen Parteien bekräftigt wurden, dominierten die Wahlkämpfe 1928 und 1930, während danach Zukunftsversprechen wie „Arbeit und Brot" und die Fokussierung auf Hitler die Propaganda beherrschten. (siehe auch S. 18 ff.)

Inhaltlich richtete sich die NS-Propaganda in den Wahlkämpfen 1928 und 1930 gegen die Sozialdemokraten, denen Verrat wegen ihrer Zustimmung zum Versailler Vertrag, Korruption und Bonzentum vorgeworfen wurde. Als „Büttel der jüdischen Hochfinanz" treibe die SPD Deutschland in den Abgrund. Nicht zuletzt mobilisierten die Nationalsozialisten im „Kampf gegen den Marxismus" die antikommunistischen Ängste des Bürgertums auch gegen die Sozialdemokraten. Zwar stand der Antisemitismus nicht ausdrücklich in der Propaganda im Vordergrund, aber Weimarer Republik, Demokratie und Judentum wurden im „Kampf gegen das System" untrennbar miteinander verknüpft. Im Reichstagswahlkampf 1930 wurden die politischen Repräsentanten der Republik als Juden dargestellt und die Forderung gestellt: „Deutsches Volk, Du hast zu wählen".

Ein zunehmend wichtiger werdendes Element in der Propaganda der Partei wurde die Person Adolf Hitler selbst. Mochte es auch noch weiterhin politische Richtungskämpfe und Machtauseinandersetzungen zwischen Partei- und SA-Führern gegeben haben, an der Rolle Hitlers als „Führer", der das divergierende völkische Spektrum als Symbol der Einheit verkörperte, rüttelte niemand mehr. Joseph Goebbels und Rudolf Heß bemühten sich ihrerseits, den „Führer-Mythos" (Ian Kershaw) zu festigen und auszubauen.

Dass es eine lange deutsche Führertradition gab, die über Bismarck, Friedrich II., Luther bis zum Kaiser Barbarossa zurückreichte, und nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs erst recht nach einem willensstarken, weitsichtigen, tatkräftigen „Führer" verlangt wurde, kam der Inszenierung des Hitlerbildes durchaus entgegen. Zudem besaß er im Unterschied beispielsweise zum greisen Reichspräsidenten Hindenburg nicht nur den Vorteil, jung zu sein, sondern vor allem als ein „Mann aus dem Volk" zu gelten, „einer von uns" zu sein, der zeigt, was „in uns steckt", ein Außenseiter jenseits des politischen Alltagsbetriebes des Kompromisses, jemand, der aus der Routine ausbricht und das Unvorgesehene tut, „instinktiv" Entscheidungen trifft und etwas wagt.

Die Mobilisierung der Partei wurde durch die Krise der Weimarer Republik unterstützt. Der weltweite Konjunkturrückgang ließ auch in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen steigen. Im Februar 1929 waren es erstmals über drei Millionen, was die KPD glauben machte, mit einem scharfen Linkskurs die Arbeitermassen revolutionär mobilisieren zu können. Trotz des Demonstrationsverbots, das der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Friedrich Zörgiebel, nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Dezember 1928 verhängt hatte, demonstrierte die KPD am 1. Mai 1929 und lieferte sich schwere Straßenschlachten mit der Polizei. Über 30 Tote, 194 Verletzte und über 1200 Verhaftungen waren die Folge dieses „Blutmai", wie er in der Agitation der KPD anschließend hieß.

Zudem wurde die Reparationsfrage neu aufgerollt, als im Juli 1929 der sogenannte Young-Plan zwischen den Alliierten und der deutschen Reichsregierung unterzeichnet wurde, mit dem Reparationszahlungen bis in das Jahr 1988 hinein vereinbart worden waren. Zwar hatte die deutsche Delegation durchaus einiges zugunsten des Reiches in den Verhand-

ullstein bild

Reichspräsidentenwahl 1932: Großflächige Plakate werben für Hitler und Hindenburg.

lungen erreicht, aber die deutsche Rechte, einschließlich der NSDAP, machte dessen ungeachtet mit aller Gewalt gegen den Young-Plan mobil. Als am 24. Oktober 1929 („Schwarzer Freitag") die internationalen Börsen zusammenbrachen und ein weltweites wirtschaftliches Erdbeben auslösten, war die tiefe ökonomische wie soziale Krise unübersehbar geworden.

Wahlerfolg 1930

In dieser Situation erweckte die politische Klasse in Berlin keineswegs den Anschein, der schwierigen Lage gewachsen zu sein. Im März 1930 brach das sozialdemokratisch geführte Kabinett, das sich auf eine Reichstagsmehrheit von SPD, DDP, DVP und Zentrum hatte stützen können, an seinen inneren politischen Widersprüchen auseinander. Die nachfolgende Regierung unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning brauchte sich nicht mehr, so die Zusage des Reichspräsidenten Hindenburg, um parlamentarische Mehrheiten zu kümmern, sondern konnte mit Notverordnungen aufgrund des Artikels 48 regieren, der laut Verfassung nur bei Gefahr der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewandt werden durfte. Als eine Mehrheit des Reichstags am 16. Juli 1930 von ihrem Verfassungsrecht Gebrauch machte und die ersten Notverordnungen zu Steuerfragen zurückwies, löste Brüning mit einer Vollmacht Hindenburgs den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14. September 1930 fest – eine klare Missachtung der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments. Von nun an regierten bis 1933 autoritäre Präsidialkabinette ohne parlamentarische Mehrheit allein mit der Notverordnungsvollmacht des Reichspräsidenten; die parlamentarische Demokratie war faktisch ausgesetzt.

Insgesamt hatte sich die politische Landschaft mittlerweile nach rechts verschoben. In der Deutschnationalen Volkspartei, die in den Reichstagswahlen 1928 zwar fast ein Drittel ihrer Wähler verloren hatte, aber dennoch nach der SPD zweitstärkste Fraktion des Reichstags blieb, hatte der rechtsnationalistische Chef eines weit verzweigten Presse- und Filmkonzerns, Alfred Hugenberg, die Wahlniederlage genutzt, um die bisherige nationalkonservative Parteiführung abzulösen und sich an die Spitze der Partei zu stellen. Auch im katholischen Zentrum übernahm mit dem Trierer Prälaten Ludwig Kaas eine deutlich national-autoritäre Figur die Führung der Partei und drängte den sozialen Katholizismus an den Rand. Und wer die Wahlen in jenen Monaten aufmerksam beobachtete, konnte den unaufhörlichen Aufstieg der NSDAP kaum übersehen.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen im Mai 1929 stieg der Anteil der NSDAP-Stimmen von 1,6 Prozent auf fünf Prozent, bei den badischen Landtagswahlen im Oktober 1929 erreichte sie sieben Prozent und hatte damit die Zahl ihrer Wähler versiebenfacht. In Berlin wählten einen Monat später über 130 000 Wähler, knapp sechs Prozent, die Nationalsozialisten. Damit zogen erstmals 13 NSDAP-Abgeordnete in die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Und im Dezember 1929 gewann die Partei in Thüringen über elf Prozent der Stimmen, was dazu führte, dass ein Nationalsozialist, Wilhelm Frick, als Minister für Inneres und Volksbildung Mitglied in einer Landesregierung wurde. Als im Juni 1930 erneut Landtagswahlen in Sachsen notwendig wurden, verdreifachte die NSDAP ihr Vorjahresergebnis nahezu auf nunmehr über 14 Prozent.

Im Wahlkampf für die Reichstagswahlen im September 1930, der von Joseph Goebbels als frisch ernanntem Reichspropagandaleiter geführt wurde, waren die Nationalsozialisten überaus aktiv. Im Sommer fanden bis hin in die entlegensten Orte Wahlveranstaltungen der NSDAP statt. Allein in den letzten vier Wochen vor dem Wahltermin waren nicht weniger als 34 000 Versammlungen angesetzt. In seinen Reden griff Hitler die parlamentarische Demokratie und die Parteien scharf an, die allesamt nur Interessen vertreten würden, während die NSDAP für die ganze „Volksgemeinschaft" stünde.

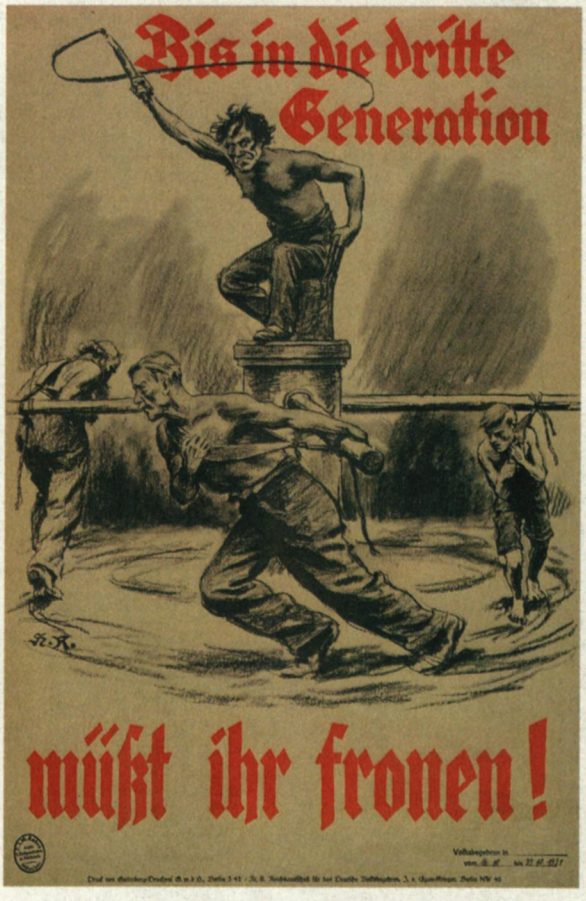
Trotz aller Anzeichen war das Ergebnis der Reichstagswahlen am 14. September 1930 für viele Beobachter ein Schock. Während die SPD im September 1930 zwar Stimmen verlor, mit 24,5 Prozent aber immer noch stärkste Reichstagsfraktion blieb und die KPD ihren Anteil auf 13,1 Prozent steigern konnte, erlitt das bürgerliche Lager dramatische Verluste. Dagegen übertraf der Erfolg der NSDAP selbst die eigenen Erwartungen. Ihre Stimmenzahl stieg von gut 800 000 auf über 6,4 Millionen, das entsprach einem Anteil von 18,3 Prozent. Damit wurde die NSDAP auf Anhieb zweitstärkste Partei und zog mit 107 Abgeordneten in den Reichstag ein – ein politischer Erdrutsch, wie es ihn in der Geschichte der parlamentarischen Wahlen in Deutschland bis dahin noch nicht gegeben hatte.

Wählerinnen und Wähler der NSDAP

Woher kamen die Stimmen für die NSDAP? Erstens konnten die Nationalsozialisten stärker als andere Parteien bisherige Nichtwähler, vor allem in den ländlichen Wahlkreisen, mobilisieren und profitierten vom generellen Anstieg der Wahlbeteiligung. Hatten 1928 gut 31 Millionen Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgegeben, waren es im Sommer 1932 knapp 37 Millionen, bei den Märzwahlen 1933 sogar 39 Millionen. Rund ein Viertel derjenigen, die 1930 für die NSDAP votierten, waren zwei Jahre zuvor nicht zur Wahl gegangen.

Zweitens konnten die Nationalsozialisten in hohem Maße Stimmen aus dem deutschnationalen und rechtsbürgerlichen Lager abziehen, wie die drastischen Verluste der Deutschnationalen Volkspartei DNVP und der Deutschen Volkspartei DVP zeigten. Die DNVP, die im Dezember 1924 mit über sechs Millionen Stimmen bei mehr als zwanzig Prozent gelegen hatte, erreichte jetzt gerade einmal sieben Prozent; die DVP halbierte im selben Zeitraum ihre Stimmenzahl und kam auf nur noch knapp fünf Prozent. Überall dort, wo diese Parteien Stimmen verloren, gewannen die Nationalsozialisten überdurchschnittlich hinzu. Neben den bisherigen Nichtwählern speiste sich der Erfolg der NSDAP vor allem aus diesem Wählerreservoir. Der Zerfall des bürgerlich-protestantischen Lagers, das nicht mehr in der Lage war, kontinuierliche politische Bindungen herzustellen, begünstigte das Image der NSDAP als einer jungen Volkspartei, die klassen- und schichtenübergreifend die deutsche „Volksgemeinschaft" schaffen wollte.

Entgegen einer immer noch landläufigen Meinung waren es keineswegs die Frauen, die Hitler und der NSDAP zum Aufstieg verhalfen. Zwar erzielten die Nationalsozialisten bei den Wählerinnen einen überdurchschnittlichen Stimmenzuwachs. Aber Frauen gehörten, obwohl sie deutlich mehr Wahlberechtigte stellten als die Männer, eher zu den Nichtwählern. Und wenn sie zur Wahl gingen, stimmten sie mehr für die konservativen Parteien der Mitte als für die Radikalen auf der rechten oder linken Seite. Zwischen 1924 und 1930 wurde die NSDAP deutlich weniger von Frauen gewählt als von Männern. Nach 1932 änderten



Bundesarchiv, Plak 002-015-022 / Grafiker: Herbert Rothgaengel

Das Plakat ist das neue Bildmedium der Weimarer Zeit. Damit kämpfen rechte Kräfte 1929 gegen den Young-Plan ...

bpk

... und die NSDAP präsentiert sich 1932 als Baumeister der Zukunft.

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

Bundesarchiv, Plak 002-016-060 / Grafiker: Felix Albrecht

„Unser Krieg wird in der Hauptsache mit Plakaten und Reden geführt", so Joseph Goebbels 1932. Ehemalige Weltkriegsteilnehmer, Bauern, Frauen, Arbeiter, Angestellte und Jungakademiker werden umworben – in der Weltwirtschaftskrise auch die von Armut bedrohten Wählerschichten. Vielfach genügt der kommentarlose Hinweis auf Hitler – Beweis für dessen gestiegene Popularität.

bpk

bpk / kunstbibliothek, SMB / Dietmar Katz

Bundesarchiv, Plak 002-016-047 / Grafiker: Mjölnir; [Hans Schweitzer]

Bundesarchiv, Plak 002-016-055

jedoch viele Wählerinnen ihre Meinung, und der Zustrom weiblicher Stimmen für die Nationalsozialisten, vor allem bei den Reichstagswahlen im März 1933, trug ohne Zweifel zur nochmaligen Steigerung der nationalsozialistischen Stimmenzahl bei.

Sehr schwer tat sich die NSDAP in den katholischen Gegenden. Deutschland war zu gut zwei Dritteln protestantisch und einem Drittel katholisch geprägt, und im Vergleich zur Bundesrepublik zeichnete sich die Weimarer Republik noch durch eine hohe konfessionelle Homogenität in den jeweiligen Regionen aus. Landkreise mit jeweils über 90 Prozent der einen oder anderen Konfession stellten durchaus keine Seltenheit dar, sondern waren eher die Regel. Aufgrund der Minderheitsposition, die durch die staatlich-protestantische Diskriminierungspolitik von Reichskanzler Otto von Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts, den sogenannten Kirchenkampf, verstärkt worden war, hatte sich ein eigenes katholisches Milieu mit Vereinen, Wertnormen und nicht zuletzt einer eigenen politischen Partei, dem Zentrum, gebildet. So war es auch noch in der Weimarer Republik für einen deutschen Katholiken geboten, nicht nach Schicht, Klasse oder Region als vielmehr nach konfessioneller Zugehörigkeit zu wählen. Keine andere Partei hatte eine solche Stabilität ihrer Wähler vorzuweisen wie das Zentrum und die regionale Bayrische Volkspartei. Noch bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik im März 1933 konnten diese beiden Parteien über vierzig Prozent der katholischen Wähler, und damit eine klare Mehrheit der praktizierenden Katholiken, an sich binden. Allerdings war der Zenit der Stabilität des katholischen Milieus damit bereits überschritten, und nach 1933 erodierte die konfessionelle Bindungskraft des politischen Katholizismus.

Weit mehr Erfolg hatten die Nationalsozialisten dagegen in den protestantisch geprägten Gegenden. Bei allen Wahlen nach 1928 ist ein starker statistischer Zusammenhang zwischen dem Anteil evangelischer Wähler und den Wahlerfolgen der NSDAP zu beobachten. Kein anderes Sozialmerkmal hat den Erfolg der NSDAP bei den Wahlen in der Weimarer Republik so beeinflusst wie die Konfession. 1930 stimmten doppelt so viele Protestanten wie Katholiken für die Nationalsozialisten, im Juli 1932 war das Verhältnis sogar extremer. Erst in den letzten Monaten der Republik begann sich der Abstand zwischen katholischen und evangelischen Wählern der NSDAP anzugleichen. Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 war vom protestantischen Preußen dominiert worden. Die sogenannte kleindeutsche Lösung, die das katholische Österreich ausschloss, hatte die Katholiken in die Minderheit gebracht und den Protestanten die kulturelle Hegemonie verschafft. Deutscher Nationalismus und Protestantismus waren seither eng miteinander verbunden.

Die wichtigste Gruppe der NSDAP-Wähler schienen nach zeitgenössischer Ansicht die Mittelschichten zu sein. Nach der Septemberwahl 1930 prägte der Soziologe Theodor Geiger das Schlagwort von der „Panik im Mittelstand". Die Arbeiter galten den Zeitgenossen als weniger anfällig für den Nationalsozialismus. Demgegenüber ist jedoch festzuhalten, dass keineswegs alle Arbeiter in der Weimarer Republik links wählten. Die Arbeiterschaft stellte zwar die größte soziale Gruppe der Wahlberechtigten, aber zu ihr zählten die ostelbischen Landarbeiter ebenso wie Heimarbeiter aus dem Erzgebirge und Arbeiter in kleinen Handwerksbetrieben. Nur eine Minderheit gehörte zur klassischen Industriearbeiterschaft, die überwiegend sozialdemokratisch wählte.

Arbeiterstimmen trugen nicht in besonderem Maß zum Erfolg der NSDAP bei, sondern sie entsprachen dem durchschnittlichen Zuwachs. Bemerkenswert ist auch, dass es nicht die Arbeitslosen, sondern vielmehr die erwerbstätigen Arbeiter waren, die

für die NSDAP stimmten. Hingegen lässt sich ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen Landarbeitern und NSDAP feststellen. Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in den agrarischen Regionen Deutschlands wurden demnach nicht nur von den Bauern, sondern auch von den Landarbeitern getragen.

Den stärksten Anstieg zwischen 1928 und 1933 erzielte die NSDAP in den protestantischen ländlichen Gebieten, in denen sie auch hinsichtlich der absoluten Stimmenzahl die höchsten Wähleranteile mobilisieren konnte. Die Wahlerfolge auf dem Land schlugen sich auch in den Neueintritten nieder. 40 Prozent der neuen Parteimitglieder in den Jahren 1925 bis 1930 stammten aus Orten mit weniger als 5000 Einwohnern, 1931 waren es sogar 50 Prozent.

Ab den Reichstagswahlen im Juli 1932 gaben mehr Arbeiter der NSDAP ihre Stimme als jeweils der KPD und SPD. Deswegen wurde die NSDAP noch nicht, wie sie sich selbst gern gesehen hat, eine Arbeiterpartei. Aber eine reine Mittelschichtspartei war sie ebenso wenig. Auch die Affinität von Angestellten zur NSDAP ist weniger eindeutig als es häufig angenommen wird. Eher haben es die Nationalsozialisten in Wahlkreisen, in denen überdurchschnittlich viele Angestellte wohnten, sogar schwerer gehabt als anderswo.

Dagegen war die Beamtenschaft in ihrer Gesamtheit deutlich anfälliger für den Nationalsozialismus. Zwischen 1928 und 1933 traten Beamte in überdurchschnittlicher Zahl in die NSDAP ein, so dass sogar die amtliche Parteistatistik feststellen musste, dass sie als Berufsgruppe unter den Mitgliedern schon vor dem September 1930 überrepräsentiert waren. Und nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 waren es wiederum die Beamten, die den Hauptzustrom an neuen Mitgliedern stellten. Den Beamten, die aufgrund von Gehalts- und Pensionskürzungen ebenfalls unter der desaströsen Lage der öffentlichen Haushalte durch die Wirtschaftskrise litten, bot sich die NSDAP als Verteidigerin ihrer Interessen an. Nicht von ungefähr hieß das antisemitische Gesetz vom April 1933, das den deutschen Juden im öffentlichen Dienst Berufsverbot erteilen sollte, „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums".

Der entscheidende Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 beförderte auch die Mitgliederentwicklung. Gab es Ende 1928 rund 97 000 NSDAP-Mitglieder, wuchs deren Zahl auf knapp 130 000 im September 1930 und sollte sich bis zur Machtübernahme im Januar 1933 auf annähernd 850 000 steigern. Die zunehmende organisatorische Stärke der Partei machte es ihr wiederum leichter, mit zahlreichen Veranstaltungen vor Ort Wahlerfolge zu erzielen. (siehe auch Tabelle S. 34)

Obgleich die Oberschicht in absoluten Zahlen nur einen kleinen Teil der NSDAP-Mitgliedschaft ausmachte, so war dennoch auch sie deutlich überrepräsentiert. Neben Adligen und Selbstständigen stellte vor allem die angehende akademische Elite einen signifikanten Teil der NSDAP-Mitglieder. Es gab neunmal so viele Studenten in der NSDAP wie in der erwerbstätigen Bevölkerung insgesamt. Und es waren die Universitäten, an denen die Nationalsozialisten frühe Triumphe feiern konnten. 1926 gegründet, breitete sich der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) im reaktionär und antisemitisch geprägten studentischen Milieu rasch aus. Nach internen Auseinandersetzungen übernahm Baldur von Schirach als Hitlers Gefolgsmann die Leitung des NSDStB im Juli 1928. Von nun an folgten die Hochschulgruppen der Linie der NSDAP, viele nationalsozialistische Studenten gehörten zugleich der Partei, der SA oder SS an.

Die NSDAP präsentierte sich als Partei der Jugend, des Aufbruchs und des neuen Deutschlands. Dies wurde durch die Altersstruktur ihrer Mitglieder untermauert. Bei der Neugründung 1925 lag das Durchschnittsalter bei 29 Jahren, und die neuen Mitglieder, die der Partei bis 1933 zuliefen, waren im Durchschnitt etwa 31 Jahre alt. Auch zur SA, vor allem in Großstädten wie Berlin, stießen vorwiegend junge Männer: Weit über zwei Drittel der SA-Mitglieder waren unter 30 Jahre alt. Dagegen waren die Mitglieder der übrigen Parteien der Weimarer Republik im Durchschnitt entschieden älter – bis auf die KPD, die eine ähnlich junge Mitgliederstruktur wie die NSDAP aufweisen konnte. „Macht Platz, ihr Alten!" forderte dementsprechend Gregor Strasser; die Hitlerjugend gab 1932 die Parole aus: „Das System ist jugendfeindlich!", und Goebbels denunzierte die Weimarer Republik als „Republik der Greise", womit er in der Tat einen Schwachpunkt traf, denn die politische Führungsschicht der Republik war in der Tat stark überaltert. Hitler selbst ließ keine Gelegenheit aus, die „Kraftlosigkeit und Indifferenz der Väter" anzuprangern und sich selbst auch als „Führer" der Jugend zu feiern.

Während die ehemals fest gefügten „sozialmoralischen Milieus" (M. Rainer Lepsius) der bisherigen politischen Strömungen aus dem 19. Jahrhundert – Liberale, Konservative, Katholiken und Sozialdemokraten – brüchig wurden und die KPD eine ausdrückliche Klassenpolitik betrieb, konnte die NSDAP sich als junge, klassenübergreifende „Volkspartei" präsentieren. Hitler gewann das Charisma eines „Führers" des gesamten Volkes, der imstande wäre, die Wünsche nach Einheit und Sicherheit in einer künftigen „Volksgemeinschaft" zu erfüllen.

Das Ende der Weimarer Republik

Den Tag der Eröffnung des neuen Reichstages am 13. Oktober 1930 begingen die Nationalsozialisten in Berlin auf ihre Weise. SA-Trupps zogen durch die Innenstadt, randalierten, zertrümmerten die Schaufenster des Kaufhauses Wertheim am Kurfürstendamm und weiterer Geschäfte mit angeblich jüdischen Inhabern in der Berliner Innenstadt. Hatte die Polizei in Preußen, dem größten Flächenstaat des Deutschen Reiches, für das Jahr 1929 579 gewalttätige Zusammenstöße bei politischen Versammlungen registriert, schnellte diese Zahl 1930 sprunghaft auf 2494 an, blieb 1931 mit 2904 Fällen auf einem ähnlich hohen Niveau und erhöhte sich für das Jahr 1932 noch einmal auf 5296 registrierte Zusammenstöße allein in Preußen. Politische Gewalt wurde zu einem allgegenwärtigen Phänomen im Deutschen Reich.

Ohne parlamentarische Mehrheit, nur mit Tolerierung seitens der Sozialdemokraten und auf der Grundlage von Notverordnungen des Reichspräsidenten setzte Brüning seine Regierung auch nach dem September 1930 fort. Die Verwandlung der parlamentarischen Republik in ein autoritäres Präsidialsystem lässt sich nicht zuletzt an der rückläufigen Zahl der Plenarsitzungen erkennen. War der Reichstag 1931 noch 41-mal zusammengetreten, waren es im folgenden Jahr nur noch

dreizehn Male. Dafür nutzten sowohl Nationalsozialisten wie Deutschnationale auf der einen und Kommunisten auf der anderen Seite das Parlament für antiparlamentarische und antirepublikanische Agitation, brachten Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning ein oder drohten sogar, Hindenburg vor dem Staatsgerichtshof wegen der Notverordnungspolitik zu verklagen.

Zur Krise trug bei, dass Brüning es wirtschaftspolitisch unterließ, mit kreditfinanzierten staatlichen Investitionsprogrammen die Wirtschaft wieder zu beleben, sondern im Gegenteil durch massive Kürzungen bei den staatlichen Ausgaben die Verschuldung abbauen und das Lohnniveau senken wollte. Damit verschärfte sich der Konjunktureinbruch, der sich in der zweiten Jahreshälfte 1930 in vollem Umfang bemerkbar machte, dramatisch. Neben einem Rückgang der Industrieproduktion um mehr als 43 Prozent 1932/33 gegenüber 1927/28 schnellte die Zahl der Arbeitslosen auf über vier Millionen Anfang 1931 und über sechs Millionen im Februar 1932, wovon die jugendlichen Arbeitnehmer in besonders hohem Maße betroffen wurden.

Die Notverordnungen, die Brüning 1931 erließ, brachten drastische Senkungen der Gehälter im öffentlichen Dienst, Abbau von Ruhestandsbezügen und Kindergeld sowie zusätzliche Steuererhöhungen. Entsprechend scharf war der Protest der Gewerkschaften und der politischen Opposition. In Bad Harzburg bildete sich im Oktober 1931 gegen die Regierung Brüning eine Einheitsfront von nationalistischen Verbänden, der Deutschnationalen Volkspartei, dem mächtigen konservativ-autoritären Frontsoldatenverband „Stahlhelm" und der NSDAP, die Reichstagsneuwahlen und die Aufhebung der Notverordnungen forderten. Die „Harzburger Front" wurde vom DNVP-Vorsitzenden Hugenberg angeführt, Hitler hatte aber ein entscheidendes Wort mitzureden. (siehe auch S. 24)

Wahlen 1932

Als Anfang 1932 der Reichspräsident neu gewählt werden musste, schloss sich die NSDAP nicht dem Bündnis zur Unterstützung einer Wiederwahl Hindenburgs an, sondern stellte mit Hitler einen eigenen Kandidaten auf. Als „Führer des jungen Deutschland" stilisierte ihn die Partei gegen das „sterbende System" von Weimar und den greisen Hindenburg. Im ersten Wahlgang am 13. März 1932 lag Hindenburg mit 49,6 Prozent zwar deutlich vor Hitler, der 30,1 Prozent der Stimmen erhielt. Er hatte aber die absolute Mehrheit verfehlt, so dass ein zweiter Wahlgang nötig wurde. In der Stichwahl am 10. April siegte Hindenburg mit 53 Prozent, aber Hitlers Stimmenanteile stiegen noch einmal auf 36,8 Prozent – ein doppelt so hohes Wahlergebnis für die Nationalsozialisten wie bei den Reichstagswahlen 1930.

In den Landtagswahlen der kommenden Monate ging die NSDAP bis auf das katholisch geprägte Bayern überall als stärkste Partei hervor. In Preußen, in dem seit 1919 eine sozialdemokratisch geführte Regierung existierte, vervielfachte sich die Zahl der nationalsozialistischen Mandate von neun auf 162, während die Sozialdemokraten ein Drittel ihrer Sitze abgeben mussten.

Die politischen Verwerfungen sowie die anhaltende wirtschaftliche Krise sorgten dafür, dass das Vertrauen in die Kompetenz Brünings schwand. Hindenburg ließ Brüning Ende Mai fallen und ernannte den deutschnationalen Franz v. Papen zum neuen Reichskanzler, der sogleich den Reichstag auflöste und Neuwahlen für den 31. Juli ansetzte. Die Wahlen, erklärte Hitler vor den regionalen Parteiführern, den Gauleitern der NSDAP, müssten „eine Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre" werden. Der Hauptgegner, so die Reichspropagandaleitung unter Goebbels, müsse die SPD sein, die KPD sollte durch „Demaskierung der jüdisch-kapitalistischen Drahtzieher" bekämpft werden. Das zentrale Wahlkampfmotto

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Auf Arbeitsuche in der Zeit der Krise: Junge Frauen bewerben sich 1929 in großer Zahl um eine Stelle bei einer Berliner Revue-Show.

Machtkampf in der „Harzburger Front“

[...] [A]m 10. und 11. Oktober 1931 [trifft sich] in dem Städtchen am Harz [Bad Harzburg] [...] die „nationale Opposition“ zu einer Heerschau. Sonderzüge, Busse und Autos bringen Tausende von Menschen herbei. Für zwei Tage beherrschen die uniformierten Kolonnen des Stahlhelms – das ist der Bund der Frontsoldaten – und der SA das Straßenbild. Es wird ein internationales Ereignis: Über fünfzig in- und ausländische Reporter sind angereist. [...] Initiator des Treffens [...] ist der 66-jährige Pressezar Alfred Hugenberg, seit 1928 Vorsitzender der DNVP. [...]

Mit ihrer Kundgebung in Harzburg will die „nationale Opposition“ ihre Stärke und Geschlossenheit demonstrieren. Und sie will, wie das Zentralorgan der DNVP „Unsere Partei“ unverhüllt verkündet, „das Signal zum Angriff“ geben „gegen ein morsch gewordenes System“, gegen die verhasste Demokratie von Weimar. [...]

Bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 konnten die Nationalsozialisten sensationelle 18,3 Prozent der Stimmen erzielen und die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 107 steigern. Die DNVP kam dagegen nur noch auf 7 Prozent, gegenüber 1928 hatte sich ihr Anteil halbiert. Viele ihrer Wähler waren offenkundig zu den Nazis übergelaufen. [...]

So hatten sich die Gewichte innerhalb des rechten politischen Spektrums deutlich zugunsten der NSDAP verschoben, und die Landtagswahlen des Jahres 1931 signalisierten, dass sie sich weiter kräftig im Aufwind befand. Gegenüber den konservativen Bündnispartnern von 1929 betonte Hitler nun seine Unabhängigkeit. Er machte ihnen klar, dass er keineswegs nur den „Trommler“ geben wollte. [...]

Das Tagebuch von Joseph Goebbels, dem Berliner Gauleiter und Propagandachef der Partei, verrät, mit wie viel Skepsis und Misstrauen man in Hitlers Umgebung der Kundgebung entgegensah. „Hugenberg sucht uns die Führung zu nehmen“, notierte Goebbels am 9. Oktober. „In Harzburg sollen wir öffentlich festgenagelt werden und Hugenberg zum ‚Führer‘ der ‚nationalen Opposition‘ ernannt. Ich habe Hitler gewarnt. Er wird aufpassen.“

[...] [A]m Abend [des 10. Oktober – Anm. d. Red.] fuhr Hitler im Auto nach Bad Harzburg. Er traf hier erst zwei Stunden nach Mitternacht ein – zu spät, um noch an der Vorbesprechung teilzunehmen, auf der die Marschroute für den nächsten Tag festgelegt wurde. „Hitler ist wütend, da man uns an die Wand quetschen will“, beschreibt Goebbels die gereizte Stimmung seines Chefs bei der Ankunft.

[...] Hitler [...] kommt nach Bad Harzburg, nicht um Gemeinsamkeit zu demonstrieren, sondern um seinen Führungsanspruch zu reklamieren. Während der gesamten Zusammenkunft legt er ein primadonnenhaftes Verhalten an den Tag. Ein ums andere Mal brüskiert er seine konservativen Bündnispartner.

So erscheint er zwar am Sonntagvormittag zu einer Sitzung der NSDAP-Fraktion, nicht aber zu der danach anberaumten gemeinsamen Sitzung der DNVP- und NSDAP-Fraktionen. Dem Feldgottesdienst bleibt er ebenfalls fern, und die anschließende Parade der SA nimmt er stehend im Auto ab, um sich dann demonstrativ zu entfernen, als die Formationen des Stahlhelms anrücken – für die Führung des Bundes der Frontsoldaten „eine schwere Kränkung“, wie [Franz] Seldte [einer der beiden Bundesführer des Stahlhelms – Anm. d. Red.] sich später beklagt. Auch beim gemeinsamen Mittagessen wartet man vergeblich auf den Führer der NSDAP.

Für den Nachmittag ist die Abschlusskundgebung im Kurhaussaal angesetzt. [...] Hugenberg eröffnet seine Rede mit der Behauptung, die in Bad Harzburg versammelte Rechte repräsentiere „die Mehrheit des deutschen Volkes“. Der Regierung Brüning wirft er „eine Katastrophenpolitik“ vor, die „auf geradem Weg ins Chaos“ führen müsse, und er beschwört die Gefahr des Bolschewismus. Es gebe nur zwei Wege: „Der eine ist der russische, der andere ist der deutsche.“ Hitler, der nach Hugenberg das Wort ergreift, schert wiederum aus der gemeinsamen Front aus, indem er so tut, als befinde er sich ausschließlich unter seinen Gefolgsleuten. Er redet alle Anwesenden mit „Parteigenossen und Parteigenossinnen!“ an und schließt mit dem Ausruf: „Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Bewegung!“ [...]

In ihrer Schlussresolution fordern die Harzburger Frondeure den Rücktritt Brünings und der preußischen Regierung unter dem SPD-Ministerpräsidenten Otto Braun sowie Neuwahlen. An Hindenburg appellieren sie, „dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend“ nachzugeben und „in letzter Stunde durch Berufung einer wirklichen Nationalregierung den rettenden Kurswechsel“ herbeizuführen.

[...] Doch einig ist sich die Harzburger Front nur im Negativen, in der bedingungslosen Ablehnung des Weimarer „Systems“. Auf ein Programm für eine gemeinsame Regierung hat man sich nicht verständigen können. Hinter den Kulissen geht der Kampf um die Führung weiter. [...]

Wie brüchig die Harzburger Front ist, zeigt sich bereits am 18. Oktober, als Hitler in Braunschweig an die 100 000 Angehörige von SA, SS und Hitler-Jugend aufmarschieren lässt. Damit will er nicht nur seine Eigenständigkeit zur Schau stellen, sondern zugleich deutlich machen, dass allein die NSDAP Massen mobilisieren kann. [...]

Trotz Hitlers Extratouren hält Hugenberg unverdrossen an der Perspektive einer gemeinsamen Machtübernahme fest. Ende Januar 1932 teilt er Hitler mit, dass es „vielleicht in Kürze möglich“ sein werde, „das in Harzburg aufgestellte Ziel des Ersatzes der bisherigen Regierung durch eine wirkliche Rechtsregierung zu verwirklichen“. [...]

Im Januar 1933 sind Hugenberg und Hitler am Ziel. In der „Regierung der nationalen Konzentration“, die Hindenburg am 30. Januar vereidigt, wird der Reichskanzler Hitler von konservativen Fachministern „eingerahmt“; Hugenberg bekommt ein Doppelressort, das Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium, Seldte das Arbeitsministerium. Die Posten seien so verteilt worden, bemerkt Theodor Wolff, der Chefredakteur des liberalen Berliner Tageblatts, „wie es die Herren der ‚Harzburger Front‘ erstrebt“ hätten.

Doch die Hoffnung, Hitler in seinen Machtambitionen zügeln und ihn nach den eigenen Vorstellungen lenken zu können, entpuppt sich rasch als grandiose Illusion. Der neue Mann in der Reichskanzlei braucht nur wenige Monate, um seine konservativen Bündnispartner an die Wand zu spielen. Hugenberg muss bereits Ende Juni 1933 zurücktreten; sein Konzern wird Schritt für Schritt von den Nationalsozialisten übernommen. Das hindert ihn nicht daran, Hitler in einem Brief zum ersten Jahrestag der Machtergreifung 1934 noch einmal zu versichern, dass er „an all den Gedanken und Zielen“ festhalte, „die uns damals zusammengeführt haben“. Jetzt steht sie, die Harzburger Front – geschlossen hinter Hitler.

Volker Ullrich, „Das Signal zum Angriff“, in: Die Zeit, Nr. 41 vom 6. Oktober 2011

hieß: „Deutschland erwache! Gebt Adolf Hitler die Macht!". Gegenüber der „marxistischen Klassenkampfhetze und der Zerrissenheit des bürgerlichen Parteienlagers" solle die anzustrebende „Einheit des Volkes in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft klar und deutlich herausgestellt werden".

Unter dem Motto „Hitler über Deutschland" organisierte die Partei vier Deutschlandflüge Hitlers, mit denen er jeweils zu Großkundgebungen eingeflogen wurde. Diese Flüge, die das Bild eines über den Klassen schwebenden Heilsbringers inszenierten, trugen entscheidend dazu bei, dass Hitler die Massen erreichte, wie kein deutscher Politiker vor ihm. Mit den vier Flügen zwischen April und November 1932 hielt er insgesamt 148 Massenkundgebungen ab, durchschnittlich drei am Tag, meistens vor einem Publikum von 20 000 bis 30 000 Menschen, so dass ihn tatsächlich Millionen Deutsche in diesem Jahr unmittelbar erlebten und hörten.

Bestimmt wurde der Wahlkampf aber auch durch exzessive Gewalt, nicht zuletzt, weil die Regierung Papen das von Brüning und seinem Innenminister Wilhelm Groener verfügte SA-Verbot wieder aufgehoben hatte. Allein in den zehn Tagen vor der Wahl wurden in Preußen 24 Menschen getötet und über 280 verletzt. Als am Sonntag, den 17. Juli, in Altona nahe Hamburg ein nationalsozialistischer Demonstrationszug provozierend durch die Arbeiterviertel marschierte, fielen Schüsse, die zu einer Schießerei zwischen Polizei, Demonstranten und Einwohnern führten, bei der 18 Menschen, zumeist unbeteiligte Anwohner und Passanten, getötet wurden. Der „Altonaer Blutsonntag" bildete den äußeren Anlass für die Reichsregierung unter v. Papen, mit einer Notver-

bpk

Die Vorbereitungen zur Reichstagswahl im Juli 1932 sind von Gewalt überschattet. SA-Männer, hier vor einem ihrer „Sturmlokale"...

bpk

... und KPD-Anhänger liefern sich Straßenschlachten mit Dutzenden Toten. Ein „Agitationslokal" der KPD aus der frühen Weimarer Zeit.

ordnung am 20. Juli die preußische Regierung für abgesetzt zu erklären und sich selbst als kommissarischen Ministerpräsidenten Preußens einzusetzen. Die rechtmäßige geschäftsführende Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun, die seit der Landtagswahl im April über keine Mehrheit mehr verfügte, wich der Gewalt. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der sozialen Krise wagten Sozialdemokraten und Gewerkschaften keinen Generalstreik; der erwartete Widerstand gegen den verfassungswidrigen Staatsstreich von rechts blieb aus.

Als am Abend des 31. Juli die Wahllokale schlossen, war einer der erbittertsten Wahlkämpfe der Weimarer Jahre zu Ende gegangen. Die liberal-konservative bürgerliche Mitte war der entscheidende Verlierer der Wahl, auch die Deutschnationalen verbuchten Verluste; die Sozialdemokraten verloren zehn Sitze und errangen nur noch 21,6 Prozent der Stimmen; die KPD gewann zwölf Mandate hinzu und kam auf 14,3 Prozent. Die NSDAP dagegen war die herausragende Gewinnerin: 37,3 Prozent der Stimmen und 230 Reichstagsmandate hießen, dass die Nationalsozialisten zur weitaus stärksten Partei in Deutschland geworden waren. Dennoch war die Parteiführung enttäuscht, denn trotz ihrer großen Wahlkampagne hatte sich die Stimmenzahl für die Nationalsozialisten gegenüber der Reichspräsidentenwahl im März und den preußischen Landtagswahlen im April nicht sonderlich erhöht. „Zur absoluten Mehrheit kommen wir so nicht", notierte Goebbels in sein Tagebuch. „Also einen anderen Weg einschlagen."

Dennoch machte sich Hitler nach diesem Wahlsieg berechtigte Hoffnungen, von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt zu werden. Aber der Reichspräsident verweigerte sich zum damaligen Zeitpunkt. Eine Unterredung zwischen beiden am 13. August verlief ergebnislos, da Hitler Hindenburgs Aufforderung ablehnte, in eine Regierung unter von Papen einzutreten, sondern kompromisslos auf seinem Führungsanspruch beharrte. Hitlers Verweigerung, sich mit der Teilhabe an der Macht zu begnügen, stürzte die NSDAP als eine schon siegesgewisse, machthungrige und der Opposition überdrüssige Partei im Winter 1932/33 in eine schwere Krise. „Ich sprach mit vielen Pgn [Parteigenossen]. Große Hoffnungslosigkeit", konstatierte Goebbels. „Die SA hat zu stark die Hoffnung genährt. Ein Fehler." Gerade die SA, die die Erringung der Macht schon vor den Augen gesehen hatte, ließ ihrem Hass freien Lauf. In Königsberg überfielen Nazitrupps Privathäuser, steckten Tankstellen in Brand, warfen eine Bombe auf die Zentrale der SPD und zerstörten jüdische Geschäfte. Dabei wurde ein kommunistischer Stadtverordneter ermordet, andere sozialdemokratische und liberale Politiker durch Schüsse schwer verletzt. Ebenso gab es Bomben- und Revolverattentate in Schlesien und Schleswig-Holstein.

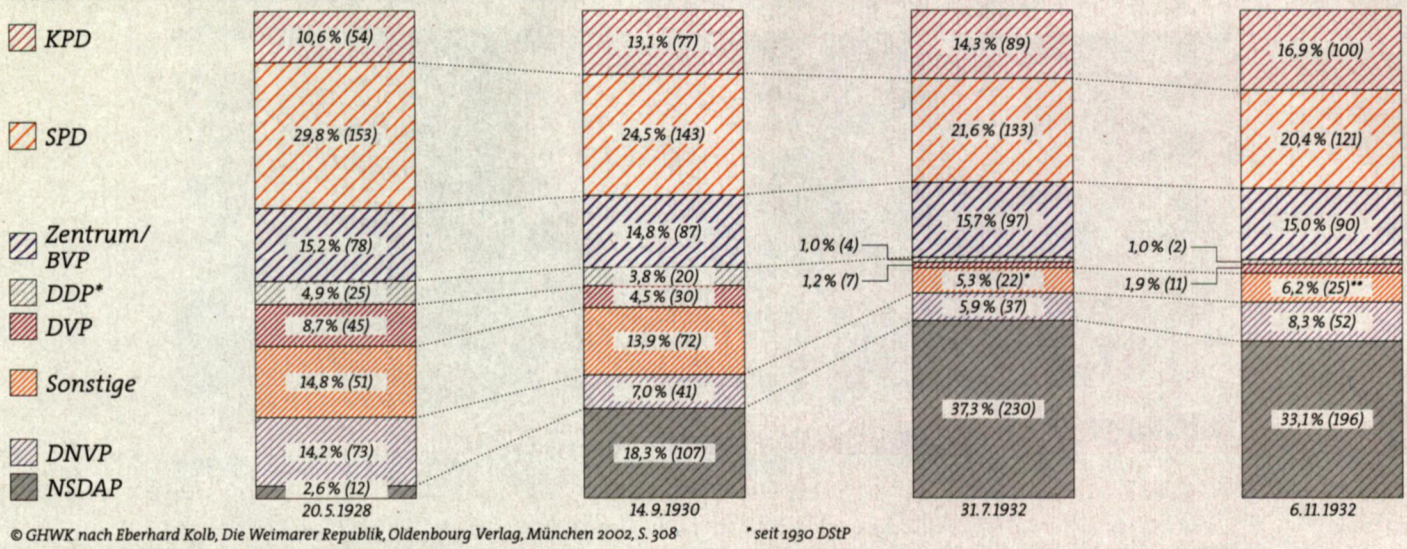
Ein besonders brutaler Mord ereignete sich am 10. August im schlesischen Potempa, wo betrunkene SA-Leute einen Arbeiter, der mit den Kommunisten sympathisierte, in dessen Wohnung buchstäblich zu Tode trampelten. In dem nachfolgenden Prozess verurteilte das Sondergericht Beuthen die Täter zum Tode, was Hitler zu einem pathetischen Solidaritätstelegramm mit den Mördern veranlasste. Goebbels hetzte unter der Überschrift „Die Juden sind schuld", dass die Nationalsozialisten keine Ruhe lassen würden, bis diese Regierung aus der Macht verjagt worden sei.

Die aufgeflammte Gewalt und der Hass konnten indes nicht über die politische Sackgasse hinwegtäuschen, in die sich die NS-Führung unter Hitler manövriert hatte. Die Regierung Papen hatte die große Mehrheit des Parlaments gegen sich, Neuwahlen wurden unvermeidlich, und die Enttäuschung in der Bevölkerung über die Unfähigkeit der Parteien, eine Lösung der politischen Krise zu finden, drückte sich nicht zuletzt in dem Anstieg der Nichtwähler von sieben Millionen im Juli auf 8,6 Millionen bei den Reichstagswahlen am 6. November aus. Die NSDAP verlor gegenüber der Juli-Wahl zwei Millionen Stimmen und sank von 37,3 auf 33,1 Prozent, blieb aber deutlich stärkste Partei. Demgegenüber stiegen die Stimmen für die Deutschnationalen erstmals wieder, was nicht zuletzt auf die gemeinsame Unterstützung des Streiks bei den Berliner Verkehrsbetrieben durch Kommunisten und Nationalsozialisten wenige Tage vor der Wahl zurückzuführen war, mit dem die mittelständische Angst vor der revolutionären Militanz des Nationalsozialismus neu geschürt worden war. Die SPD verlor gleichfalls an Stimmen, während die Kommunisten hinzugewannen und nun bei knapp 17 Prozent lagen.

Die politisch festgefahrene Lage wurde mit dem Wahlergebnis nicht verändert. Das „Kabinett der Barone" unter Franz v. Papen stützte sich weiterhin auf nicht mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen, wohingegen neun Zehntel für Parteien gestimmt hatten, die gegen die amtierende Reichsregierung op-

Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1928 bis 1932

Wählerstimmen in Prozent und Zahl der Mandate



© GHWK nach Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, Oldenbourg Verlag, München 2002, S. 308

* seit 1930 DStP

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Reichskanzler Hitler nach seiner Ernennung im Reichstag Anfang 1933 neben Vizekanzler Franz von Papen (M.) und Wirtschaftsminister Dr. Alfred Hugenberg (l.), denen es mitnichten gelang, ihn im Zaum zu halten.

ponierten, aber untereinander viel zu gegensätzlich waren, um eine eigene Mehrheit zustande zu bringen. Papen wollte unverhohlen eine diktatorische Lösung, die das Parlament gänzlich ausschalten sollte, scheiterte damit aber an der Reichswehrführung, die sich zu schwach gegenüber der SA glaubte. Mitte November trat von Papen zurück und sein Nachfolger General Kurt v. Schleicher, Reichswehrminister und einflussreicher Politiker in der Machtkamarilla um Präsident Hindenburg, unternahm den Versuch, eine „Querfront" mit den Gewerkschaften und einem Teil der NSDAP unter dem Organisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, zu bilden. In einem Geheimtreffen am 3. Dezember bot Schleicher Strasser die Ämter des Vizekanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten an.

Aber Strasser wagte den Aufstand gegen Hitler nicht. In dieser Auseinandersetzung zeigte sich, wie stark mittlerweile der „Führerkult" auch innerhalb der NSDAP verankert war und Hitler selbst für eine äußerst riskante Politik des „Alles oder Nichts" erfolgreich Gefolgschaft beanspruchen konnte. Gregor Strasser gelang es trotz seiner hohen Parteifunktion nicht mehr, das politische Ruder in der NSDAP zu bewegen und wesentliche Teile der Parteiführung auf seine Seite zu ziehen. Die Macht, die von Schleicher Gregor Strasser zutraute, besaß dieser nicht mehr; Hitler hielt alle Fäden in der Hand; gegen seinen Willen konnte keine Entscheidung in der NSDAP mehr gefällt werden. Strasser trat von allen Parteiämtern zurück und verließ Berlin. Beide, Gregor Strasser wie Kurt v. Schleicher, wurden anderthalb Jahre später Mordopfer bei der Aktion gegen die SA-Führung im Juni 1934.

Hitler setzte, unterstützt von Goebbels, nach wie vor auf die Mobilisierungskraft der nationalsozialistischen Bewegung und auf die Erringung unbeschränkter Macht. Die Landtagswahlen im Kleinstaat Lippe-Detmold am 15. Januar 1933 wurden zum Beweis für die ungebrochene Kraft des Nationalsozialismus hochstilisiert. Mit einem aufwändig geführten Wahlkampf gelang es der NSDAP, 6000 Stimmen hinzuzugewinnen und ihren Anteil wieder auf 39,5 Prozent zu steigern. Verglichen mit dem Wahlergebnis vom Juli 1932 hatte die Partei zwar immer noch weniger Stimmen bekommen, aber die Inszenierung des Erfolgs war gelungen, und Hitler ging öffentlich gestärkt aus den Wahlen hervor.

Nicht zuletzt lehnten etliche Industrielle und Großgrundbesitzer Schleichers Konzept der „Querfront" als „sozialistisch" ab und intervenierten gegen ihn beim Reichspräsidenten. Zugleich gab es hinter den Kulissen seit Anfang Januar 1933 wieder geheime Verhandlungen zwischen Hitler und von Papen, der glaubte, auch einen Reichskanzler Hitler unter Kontrolle halten zu können. Nach dem Rücktritt von Schleichers am 28. Januar zeigte sich nun auch Hindenburg geneigt, einem Kabinett Hitler zuzustimmen, zumal von Papen zusätzlich die Deutschnationalen samt ihres Parteichefs Hugenberg für das neue Kabinett gewonnen hatte.

Die Ernennung Hitlers war keineswegs unvermeidlich; politische Alternativen gab es durchaus. Aber Papen und sein Förderer Hindenburg glaubten, die NS-Bewegung als Massenunterstützung für einen nationalkonservativen, autoritären Machtstaat benutzen und sich die NS-Führung gefügig machen zu können. Die parlamentarische Demokratie hatten sie bereits aufgegeben. Wenn es noch einmal zu Wahlen, nunmehr mit der vereinten Rechten, kommen sollte, die dann auf den Sieg hoffte, sollten dies die letzten freien Wahlen in Deutschland sein.

Ebenso hatten sich wesentliche Teile der Wirtschaftselite von der demokratischen Republik längst abgewandt und verlangten ihrerseits eine autoritär unternehmerfreundliche Politik, die insbesondere die Kommunisten, aber auch die Sozialdemokraten radikal bekämpfen sollte. Nicht zuletzt unterstützten einflussreiche Reichswehrgeneräle wie Werner von Blomberg die Machtübertragung an die Nationalsozialisten, weil sie damit eine Stärkung der Stellung des Militärs im Staat und in der Gesellschaft erwarteten.

Die herrschenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten hatten die Demokratie abgeschrieben, bevor sie Hitler an die Macht brachten. Vielmehr setzten sie auf einen autoritären Staat unter Einschluss der Nationalsozialisten, die sie hofften, zähmen zu können. Im Vertrauen auf die Herrschaft über die wichtigsten institutionellen Machtapparate wie das Heer, die Bürokratie und die Justiz sowie die Unterstützung seitens der Wirtschaft glaubten sie, die nationalsozialistische Massenbewegung als Mehrheitsbeschafferin einbinden und zugleich von den tatsächlichen Entscheidungen fernhalten zu können. „In zwei Monaten", so soll von Papen gesagt haben, „haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht" – eine ebenso bornierte wie katastrophale Fehleinschätzung. Denn Hitler und die NS-Führung waren keineswegs gewillt, nur den Steigbügelhalter für die alte Herrenklasse zu spielen, sondern wollten die politische wie gesellschaftliche Ordnung in Deutschland grundlegend verändern und besaßen den unbedingten politischen Willen wie die gewalttätige Rücksichtslosigkeit, ihren Reden Taten folgen zu lassen.

Michael Wildt

Machteroberung 1933

Die Reichstagswahlen vom 30. Januar enden mit einem Sieg der NSDAP und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Durch Terror und halblegale Methoden gelingt den Nationalsozialisten in kürzester Zeit die Ausschaltung des Rechtsstaats und der Übergang zur Diktatur. Juden und politische Gegner sehen sich Terror und Willkür ausgeliefert.

ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Die Republik wird zerrissen: Mitglieder der SS und des Stahlhelm zerstören am 13. Mai 1933 eine schwarz-rot-goldene Fahne.

Hitler wird Reichskanzler

„Es ist fast ein Traum", notierte Joseph Goebbels am 30. Januar 1933 in seinem Tagebuch. „Die Wilhelmstraße [Sitz der Reichskanzlei und verschiedener Ministerien in Berlin – Anm. d. Red.] gehört uns. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei." Nachdem Hindenburg für Papens Plan eines vereinigten rechten Kabinetts unter Hitler gewonnen war, vereidigte der Reichspräsident am Mittag des 30. Januar die neue Regierung und ernannte Hitler zum Reichskanzler.

Formal war die Ernennung Hitlers durchaus legal, aber der Verfassung der ersten deutschen Republik entsprach sie keineswegs. Schon in den Jahren zuvor war die Verfassung durch die Praxis der Präsidialkabinette, die nur mit der Notverordnungsautorität des Reichspräsidenten regierten, unterhöhlt und de facto außer Kraft gesetzt. Das gewählte Parlament war seither von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen; die Weimarer Republik hatte sich schon vor der Regierungsübernahme Hitlers von einer parlamentarischen Demokratie immer mehr entfernt.

Auf den ersten Blick sah es in der Tat so aus, als hätte sich gegenüber der bisherigen Politik nicht viel geändert. Der ehemalige Reichskanzler und Vertraute Hindenburgs, Franz von Papen, war Vizekanzler; Reichsaußenminister Konstantin von Neurath, Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk und der Reichsjustizminister Franz Gürtner blieben im Amt. Als starker Mann im Kabinett galt Alfred Hugenberg, der sowohl das Wirtschafts- als auch das Landwirtschaftsministerium übernahm. Hinzu kam der Führer des „Stahlhelms", Franz Seldte, als Reichsarbeitsminister und Generalleutnant Werner von Blomberg als neuer Reichswehrminister. Nur wenige Nationalsozialisten gehörten dem neuen Kabinett an. Neben Hitler als Reichskanzler wurden Wilhelm Frick Reichsinnenminister und Hermann Göring kommissarischer preußischer Innenminister und Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Doch zeigten die Fackelzüge in Berlin und überall im Reich am Abend des 30. Januar, dass die Nationalsozialisten ernst machen wollten mit der angekündigten „nationalen Erhebung". Nicht die Einbindung der NS-Führung in die Kabinettsdisziplin, sondern die Zurückdrängung der Deutschnationalen in der Reichsregierung und die nationalsozialistische Machteroberung zeichnete die nächsten Monate aus. Einig waren sich Deutschnationale und Nationalsozialisten darin, dass die kommenden Wahlen die letzten sein sollten. Danach sollte unabhängig von der Verfassung mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes diktatorisch regiert werden. Insofern markiert der 30. Januar 1933 tatsächlich das Ende der Weimarer Republik.

Terror im Wahlkampf

Was in den Wochen nach dem 30. Januar folgte, war die klare Willensbekundung, die errungene Macht niemals mehr aufzugeben und Deutschland radikal umzugestalten. Drei Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler erklärte Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine: „Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der politischen Macht. [...] Völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände in Deutschland. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. [...] Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!"

Reaktionen auf Hitlers Machtantritt

***Klaus Mann**, Sohn von Thomas Mann und selbst Schriftsteller, Tagebucheintrag vom 30. Januar 1933: „Die Nachricht, dass Hitler Reichskanzler. Schreck. Es nie für möglich gehalten. (Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten).“*

Klaus Mann, Tagebücher 1931-1933. Hg. von Joachim Heimannsberg, Peter Laemmle, Wilfried Schoeller, rororo, Reinbek bei Hamburg (Dt. Erstausgabe München 1989) 1995, S. 113

***Sebastian Haffner**, demokratischer Publizist: „Ich weiß nicht genau, wie die allgemeine erste Reaktion war. Die meine war etwa eine Minute lang richtig: Eisiger Schreck. [...] Dann schüttelte ich das ab, versuchte zu lächeln, versuchte nachzudenken, und fand in der Tat viel Grund zur Beruhigung. Am Abend diskutierte ich die Aussichten der neuen Regierung mit meinem Vater, und wir waren uns einig darüber, daß sie zwar eine Chance hatte, eine ganze hübsche Menge Unheil anzurichten, aber kaum eine Chance, lange zu regieren.“*

Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Deutsche Verlags-Anstalt in der Gruppe Random House, München 2003, S. 104f.

***Luise Solmitz**, deutschnationale Lehrerin in Hamburg: „Was für ein Kabinett!!! Wie wir es im Juli nicht zu erträumen wagten. Hitler, Hugenberg, Seldte, Papen!!! An jedem hängt ein großes Stück meiner deutschen Hoffnung. Nationalsozialistischer Schwung, deutschnationale Vernunft, der unpolitische Stahlhelm und der von uns unvergessene Papen. [...] Riesiger Fackelzug vor Hindenburg und Hitler durch Nationalsozialisten und Stahlhelm, die endlich, endlich wieder miteinandergehen. Das ist ein denkwürdiger 30. Januar!“*

Tagebuch Luise Solmitz, Eintrag unter dem 30.1.1933, abgedruckt in: Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1963, S. 421

***Victor Klemperer**, jüdischer Hochschullehrer in Dresden, Tagebucheintrag vom 21. Februar 1933: „Seit etwa drei Wochen die Depression des reaktionären Regiments. Ich schreibe hier nicht Zeitgeschichte. Aber meine Erbitterung, stärker, als ich mir zugetraut hätte, sie noch empfinden zu können, will ich doch vermerken. Es ist eine Schmach, die jeden Tag schlimmer wird. Und alles ist still und duckt sich, am tiefsten die Judenheit und ihre demokratische Presse. [...] Am meisten berührt, wie man den Ereignissen so ganz blind gegenübersteht, wie niemand eine Ahnung von der wahren Machtverteilung hat. Wer wird am 5.3. die Majorität haben? Wird der Terror hingenommen werden, und wie lange? Niemand kann prophezeien.“*

Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941. Hg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, Aufbau Verlag, Berlin 1995, Bd. 1, S. 6f.

***André François-Poncet**, französischer Botschafter in Berlin, in einem Bericht nach Paris im April 1933: „Als am 30. Januar das Kabinett Hitler/Papen an die Macht kam, versicherte man, dass die Regierung der Deutschnationalen [...] Hitler und seinen Mitkämpfern Paroli bieten würden, dass die Nationalsozialisten mit der Feindschaft der Arbeiterklasse zu rechnen haben und dass schließlich die Katholiken der Zentrumspartei die Legalität verteidigen würden. Sechs Wochen später muss man feststellen, dass all diese Dämme, die die Flut der Hitler-Regierung zurückhalten sollten, von der ersten Welle hinweggespült wurden.“*

Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, hg. von Josef und Ruth Becker, 3. Aufl., dtv, München 1993, S. 217

Hitler vor den Befehlshabern der Wehrmacht am 3. Februar 1933

Wiedergabe des Stichwortprotokolls, das ein anwesender General für sich anfertigte.

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der politischen Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände in Deutschland. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf uns retten kann und diesem Gedanken alles zurückzutreten hat. [...] Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.

3. Wirtschaft! Der Bauer muß gerettet werden! Siedlungspolitik! Künftig Steigerung der Ausfuhr zwecklos. Aufnahmefähigkeit der Welt ist begrenzt und Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Möglichkeit, Arbeitslosenheer zum Teil wieder einzuspannen. [...]

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der politischen Macht. Allgemeine Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazifismus, Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gift verfallen.

Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Möglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit politischer Macht und Kampf jetzige wirtschaftliche Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel.

Wehrmacht wichtigste und sozialistischste Einrichtung des Staates. Sie soll unpolitisch und überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi -Organisationen. [...]

Aus: Wolfgang Michalka (Hg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1, dtv, München 1985, S. 23f.

Am 1. Februar löste Reichspräsident Hindenburg den Reichstag auf und beraumte Neuwahlen für den 5. März an. Sie sollten mit einem demonstrativen Sieg für die Nationalsozialisten enden, dafür wurde alle staatliche Macht eingesetzt. Unter der Wahlparole „Kampf gegen den Marxismus" richtete die NSDAP ihre ganze Kraft gegen die Linksparteien.

Am 2. Februar wurden in Preußen, Thüringen und anderen Ländern kommunistische Demonstrationen verboten. Zwei Tage später erging eine Notverordnung des Reichspräsidenten, mit der die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt wurde. Dennoch versammelten sich in Berlin am 7. Februar rund 200 000 Menschen im Lustgarten, um gegen die Einschränkungen der Bürgerrechte zu demonstrieren. Aber auch in anderen Städten wie Frankfurt am Main kam es zu großen Kundgebungen. Zwar gelang aufgrund der festgefahrenen Feindschaft zwischen SPD und KPD kein Bündnis auf der Führungsebene, aber vor Ort kam es durchaus zu gemeinsamen Demonstrationen, Kundgebungen und im württembergischen Mössingen und sächsischen Staßfurt sogar zu lokalen Generalstreiks. Rund tausend Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler versammelten sich am 19. Februar in der Berliner Kroll-Oper, um gegen die Knebelung von Kunst, Wissenschaft und Presse zu protestieren; und noch am 24. Februar hielt die KPD in Berlin eine letzte große Kundgebung ab.

Aber die Kräfte waren ungleich verteilt. Gleich nach seinem Amtsantritt entließ der kommissarische preußische Innenminister Hermann Göring neben politischen Spitzenbeamten auch 14 Polizeipräsidenten und besetzte die Posten mit politisch genehmen Kandidaten. Zugleich löste er die politische Polizeiabteilung aus ihrer bisherigen Verankerung in der preußischen Innen- und Polizeiverwaltung und verselbstständigte sie als Geheime Staatspolizei. Auch in den übrigen deutschen Ländern wurde die politische Polizei als Terrorinstrument ausgebaut. In einer Rede vom 3. März 1933 sagte Göring klar: „Meine Maßnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendwelche juristischen Bedenken. Meine Maßnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendeine Bürokratie. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts! [...] Einen solchen Kampf führe

Unterdrückung demokratischer Parteien

SPD

Mir sind mehrere Versammlungen gesprengt worden, und ein erheblicher Teil der Versammlungsbesucher mußte schwer verletzt weggeschafft werden. Im Einverständnis mit dem Parteivorstand bitte ich daher, von den mit mir als Redner vorgesehenen Versammlungen abzusehen. Nach Lage der Dinge gibt es offenbar auch keinen polizeilichen Schutz mehr, der ausreichen würde, dem aggressiven Vorgehen der SA und SS in meinen Versammlungen zu begegnen.

In Hindenburg ist Genosse Nölting mit knapper Not dem Totschlag entronnen. Bei mir war es in Langenbielau ähnlich. Einer meiner Begleiter wurde niedergeschlagen. In Breslau ist gestern abend nur durch eine zufällige Verzögerung eingesetzter SA-Formationen namenloses Unglück verhindert worden. Eine große Anzahl von Verwundeten hat es trotzdem gegeben, in einer Stadt, die bisher stets Versammlungssprengungen von Andersgesinnten hat vorbeugend verhindern können.

Ich bedauere selbst am tiefsten, Euch diese Mitteilung machen und diesen Entschluß fassen zu müssen. Es ist auch erst nach reiflicher Überlegung mit Mitgliedern des Parteivorstandes geschehen, und nachdem auch in bezug auf andere Genossen ähnlich entschieden worden ist.

Aus einem Schreiben des ehemaligen preußischen Innenministers und Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski (SPD) an die SPD-Parteisekretäre in Dortmund, Frankfurt/M., Altona und Kiel vom 24. Februar 1933

BVP

Diese Regierungserklärung hat in Deutschland eine Kluft aufgerissen und hat alles zerschlagen, was in den 14 Jahren geleistet wurde. Wir hatten die Straßen dem Verkehr zurückerobert, die Parteifahnen von den Amtsgebäuden heruntergeholt, der Presse die Freiheit in Deutschland wieder gegeben, die Sicherheit im Staat wieder hergestellt. Und heute ist das alles wieder gefährdet. Wir erleben heute wieder den Bürgerkrieg auf den Straßen, der Terror ist in den Versammlungen wieder eingerissen, Leute wie Stegerwald [Adam Stegerwald, 1874-1945, Zentrumspolitiker, Reichsarbeitsminister 1930-32 – Anm. d. Red.] werden niedergeschlagen, es werden Feuerüberfälle auf die Bayern- und Pfalzwacht unternommen, die Presse wird wieder geknebelt, die freie Meinung versklavt, es regnet täglich Presseverbote. Die Regierungspresse darf aber schreiben, was sie will, ohne verboten zu werden. So durften die Hamburger Nachrichten kürzlich schreiben: Schmeißt die katholischen Bayern aus dem Reichsverbande hinaus, mit den anderen werden wir schon fertig. Die gleiche Zeitung durfte auch Hindenburg zum Verfassungsbruch auffordern. Die Zeitung wurde nicht verboten, wohl aber die katholische „Germania", die nichts weiter getan hat, als einen Aufruf der katholischen Verbände abzudrucken, die voller Sorge über die kritische Entwicklung Deutschlands waren. [...]

Rede des Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, in Würzburg am 23. Februar 1933, in: Becker, S. 96

DDP

Die NSDAP, deren Führer Sie zum höchsten Beamten des Reichs ernannt haben, macht durch ein System von Gesetzwidrigkeiten einem anders denkenden bürgerlichen Politiker den Vortrag seiner politischen Anschauungen unmöglich, schüchtert die ruhige Bürgerschaft ein und leitet den Wahlkampf in einen offenen Bürgerkrieg über. Die ortspolizeilichen Organe leisten das Menschenmögliche. Sie können zwar die Person des Redners schützen, nicht aber die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungs- und Redefreiheit. Durch die Dezemberamnestie ist jede nachhaltige Achtung vor dem Gesetz geschwunden. Das besonnene Bürgertum in Württemberg blickt auf Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, als den letzten Hort für Recht und Ordnung in Deutschland. Wir geben Ihnen davon Kenntnis, wie eine große Regierungspartei vor der Entscheidungswahl des deutschen Volkes das Gesetz mit Füßen tritt, und bitten Sie, darauf einzuwirken, daß die NSDAP die Wahlfreiheit nicht weiter durch Mittel der Gewalt beeinträchtigt.

Beschwerde-Telegramm der württembergischen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an Reichspräsident Hindenburg vom 22. Februar 1933

Alle in: Josef und Ruth Becker (Hg.), Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, 3. Aufl., dtv, München 1993, S. 91ff.

ich nicht mit polizeilichen Mitteln. Das mag ein bürgerlicher Staat getan haben. Gewiß, ich werde die staatlichen und polizeilichen Machtmittel bis zum äußersten auch dazu benutzen, meine Herren Kommunisten, damit Sie hier nicht falsche Schlüsse ziehen, aber den Todeskampf, in dem ich Euch die Faust in den Nacken setze, führe ich mit denen da unten, das sind die Braunhemden. In Zukunft [...] kommt in diesen Staat nur mehr hinein, wer aus den nationalen Kräften stammt [...]."

Am 17. Februar wurde die Parteizentrale der KPD in Berlin von der Polizei besetzt und nach angeblichen Umsturzplänen durchsucht. Am selben Tag wies Göring die Polizei an, die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen, dagegen „dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten" und, „wenn nötig, rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen". Wenige Tage zuvor hatten mehrere hundert SA-Leute eine Veranstaltung der kommunistischen Roten Hilfe im sächsischen Eisleben angegriffen und ein Blutbad angerichtet. Insgesamt wurden offiziell 69 Tote und Hunderte von Verletzten in diesem Wahlkampf gezählt.

Sozialdemokratische und kommunistische Zeitungen, die über diese Geschehnisse kritisch berichteten, wurden über mehrere Tage hinweg verboten. Am 23. Februar ordnete Göring zur angeblichen Bekämpfung „zunehmender Ausschreitungen von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite" die Aufstellung von 50 000 „Hilfspolizisten" an, die ausschließlich aus SA, SS und Stahlhelm rekrutiert werden sollten und mit Knüppeln und Pistolen bewaffnet wurden. Nun konnten zehntausende von SA-Schlägern ihren gewalttätigen Terror gegen die Linke als staatliche Polizisten ausüben.

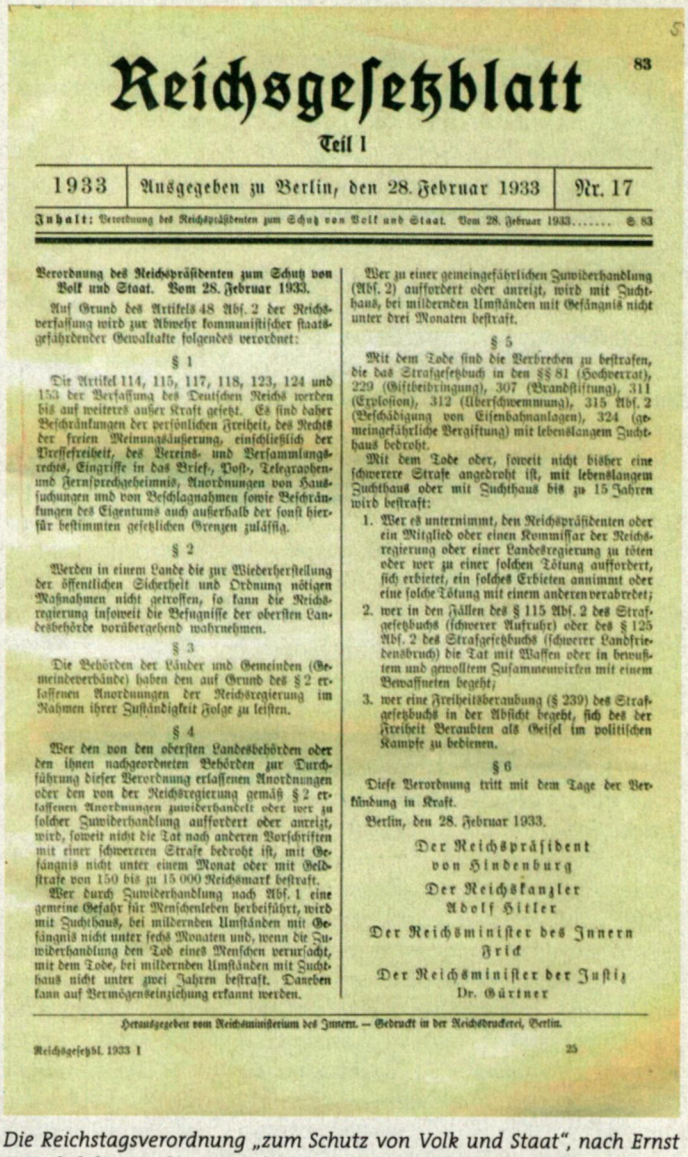
Vor allem ein Ereignis kam den Nationalsozialisten zu Hilfe: der Brand des Reichstages am Abend des 27. Februar. Im brennenden Gebäude wurde ein junger Niederländer, Marinus van der Lubbe, gefunden, der den Brand aus Protest gegen den Nationalsozialismus gelegt hatte. Sowohl in der zeitgenössischen Bewertung als auch lange Zeit in der Geschichtsschreibung war die Alleintäterschaft van der Lubbes umstritten. Lag es nicht näher, dass die Nationalsozialisten, die einwandfrei aus dem Reichstagsbrand politischen Nutzen ziehen konnten, selbst den Reichstag angezündet hatten? Neuere feuerwehrtechnische Erkenntnisse jedoch belegen die Annahme, dass van der Lubbe die Brandstiftung allein begangen hat. Für die NS-Führung stand von vornherein fest, dass der Brandanschlag das Fanal eines kommunistischen Aufstandsversuchs sei. Noch in der Nacht entschieden Hitler, Göring, Goebbels und von Papen in kleiner Runde, eine Notverordnung ausarbeiten zu lassen, die tags darauf dem Reichskabinett als Entwurf vorlag.

Am späten Nachmittag unterschrieb Reichspräsident Hindenburg die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933, mit der wesentliche Grundrechte der Verfassung wie Freiheit der Person, die Unverletzbarkeit der Wohnung, das Post- und Telefongeheimnis, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Vereinigungsrecht sowie die Gewährleistung des Eigentums außer Kraft gesetzt wurden. Statt wie bisher mit lebenslangem Zuchthaus konnten nun Hochverrat, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge, Attentate und selbst die Beschädigung von Eisenbahnanlagen mit dem Tod bestraft werden.

Im Unterschied zu früheren Notstandsverordnungen, die die Exekutivgewalt entweder einem militärischen Befehls-

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Ein Schutzpolizist patrouilliert gemeinsam mit einem von Göring eingesetzten „Hilfspolizisten" der SS durch die Straßen von Berlin. Die Straßenkämpfer von einst sind zu „Ordnungshütern" geworden.



Reichsgesetzblatt 83

Teil I

1933 | Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933 | Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933..... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzbl. 1933 I 25

www.1000dokumente.de / Bayerische Staatsbibliothek München

Die Reichstagsverordnung „zum Schutz von Volk und Staat", nach Ernst Fraenkel die „Verfassungsurkunde des Dritten Reiches", war grundlegend für die gesamte Verfolgungspraxis der SS und der Polizei.

Zur Debatte um den Reichstagsbrand

Ein Dreivierteljahrhundert schon wird über den 27. Februar 1933 gestritten. [...] Und trotzdem ist die Lage heute kaum klarer als bald nach der Brandstiftung – als einerseits Wolfgang Stresemann und Harry Graf Kessler wie selbstverständlich davon ausgingen, dass die Nazis die Brandstiftung zu verantworten hätten, andererseits die ermittelnden Kriminalbeamten Helmut Heisig und Walter Zirpins bereits den Eindruck gewonnen hatten, dass sie das Geständnis von Marinus van der Lubbe glauben sollten [...].

Entgegen häufig wiederholter Behauptungen konnte bislang niemand einen Beleg für die Täterschaft der NSDAP an dieser Brandstiftung vorlegen. [...] Neue echte Beweise sind nicht mehr zu erwarten; es gibt keine nennenswerten Quellen, die noch verschollen sind. Auch lebt längst niemand mehr, der 1933 in irgendeiner Form etwas bislang Unbekanntes hätte erfahren können und heute sein Schweigen brechen würde. [...]

Dagegen steht eine in sich schlüssige Darstellung der Brandstiftung durch Marinus van der Lubbe: Der holländische Anarchokommunist hatte mit seiner Tat ein Zeichen setzen wollen – gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten und gegen die Lähmung der radikalen Arbeiterbewegung; für eine Revolution von unten, ja eigentlich für Aufruhr als Selbstzweck. In mehr als 30 Verhören über Monate hinweg blieb van der Lubbe im Kern stets bei seiner Darstellung; wesentliche Widersprüche gibt es in den entsprechenden Akten gerade nicht. [...] [A]lle Ende Februar und Anfang März 1933 im Reichstag gesicherten objektiven Beweise [stützten] van der Lubbes Version [...] oder [widersprachen] ihr jedenfalls nicht [...]. Dagegen gibt es in den Voruntersuchungsakten keinerlei Hinweise auf unterdrückte oder verfälschte Spuren, die für mehrere Beteiligte gesprochen hätten. Das wäre auch seltsam gewesen, denn an der Unterdrückung mutmaßlicher Beweise für weitere Täter hätten die Nazis ja keinerlei Interesse haben können; sie behaupteten ja stets, van der Lubbe hätte Komplizen gehabt. Obwohl auf die Polizisten offensichtlich Druck ausgeübt wurde, Belege zu „finden", wurden keinerlei Indizien für andere Täter dokumentiert, weder irgendwelche Brandbeschleuniger noch Zündmechanismen, die der „Strohmer" van der Lubbe nicht hätte haben können. 99 Positionen lang war die Liste der „sichergestellten Beweismittel" aus dem Reichstag – kein einziges davon wies auf etwas anderes hin als den vom Brandstifter geschilderten Tatverlauf. [...]

Hinzu kommt: Wenn hinter der Brandstiftung tatsächlich ein perfider Plan der SA oder der NSDAP gesteckt hätte, dann wären die offensichtlich skrupellosen Täter wohl schlau genug gewesen, ausreichend „Spuren" zu legen, um ihr Ziel auch sicher zu erreichen. Eine tatsächliche NS-Provokation sechseinhalb Jahre später, der fingierte Überfall von SS-Leuten in polnischen Uniformen auf den deutschen Sender Gleiwitz am 31. August 1939, zeigt, dass der Einsatz gefälschter Indizien Hitlers Schergen keineswegs fremd war. [...]

[...] Warum wird noch immer über die Täterschaft gestritten? Der wichtigste Grund dürfte sein, dass den Nazis angesichts ihrer zahlreichen anderen und bei weitem schlimmeren Verbrechen auch die Brandstiftung im Parlament ohne weiteres zuzutrauen gewesen wäre. [...] Zweitens haben Hitler und Göring ja den Brand tatsächlich geradezu virtuos für ihre Zwecke eingesetzt; die vorsätzlich in Szene gesetzte Explosion der innenpolitischen Gewalt im März 1933 leitete die Eroberung der totalen Macht über Deutschland ein. [...] Ein dritter Grund ist die Feststellung im Urteil des Reichsgerichts, van der Lubbe habe Mittäter haben müssen. Doch dies war wahrscheinlich ein Zugeständnis der Richter an die Reichsregierung, die sie nicht völlig bloßstellen wollten, nachdem sie bereits die vier mitangeklagten Kommunisten aus Mangel an Beweisen freigesprochen hatten.

Alles spricht dafür, die zahlreichen Geständnisse Marinus van der Lubbes ernst zu nehmen. Aber warum ist die Frage der Täterschaft überhaupt seit 75 Jahren derartig umkämpft? [...] Woher rührte die Bedeutung für die deutsche Zeitgeschichte? [...] Die Antwort liegt in der grundsätzlichen Einschätzung des Dritten Reichs: Gehörte die Brandstiftung zu einem bis ins Detail vorbereiteten Plan der NSDAP? Oder reagierten der „Führer" und seine Paladine spontan auf den Reichstagsbrand, setzten sie sich also wegen ihrer Rücksichtslosigkeit gegen die zögernden politischen Gegner durch, die Sozialdemokratie und das Zentrum? Wer schon den Reichstagsbrand für ein inszeniertes Schurkenstück der Hitler-Partei hält, muss zwangsläufig die NS-Herrschaft insgesamt zu präzise durchgeplanter Machtpolitik erklären – einschließlich Auschwitz. Allerdings hat diese Annahme eine unvermeidliche Folge: Automatisch wird damit die Verantwortung der deutschen Gesellschaft insgesamt, hunderttausender, ja Millionen Deutscher an all diesen Verbrechen stark reduziert. [...] Aus der Annahme der NS-Verantwortung folgt letztlich eine Exkulpierung der damaligen deutschen Gesellschaft. [...]

Es bleibt eine letzte Frage: Wie kam es zu dem verheerenden Brand im Plenarsaal, wenn wirklich nur Marinus van der Lubbe mit seinen auf den ersten Blick ungenügenden Mitteln wie Kohlenanzündern, Kleidungsstücken und Tischdecken als Täter in Frage kommt? [...]

[...] Es dürfte am 27. Februar 1933 gegen 21.27 Uhr zu einem heute als „Backdraft" bekannten und gefürchteten Phänomen gekommen sein, das bei Bränden in geschlossenen Räumen auftritt. Dabei verbraucht zunächst ein offen brennendes Feuer einen Großteil des verfügbaren Sauerstoffs. Verlöschen die Flammen, führen die stark gestiegenen Temperaturen zum chemischen Phänomen der Pyrolyse: Organische Moleküle spalten sich; unoxidierte, das heißt brennbare Gase steigen auf und sammeln sich unter der Decke. Gleichzeitig sinkt durch die nunmehr nur noch schwelenden Brandstellen die Temperatur etwas. Dadurch entsteht ein Unterdruck, der Luft ansaugt, sobald das möglich ist. Kommt in dieser Situation Sauerstoff in den bis dahin abgeschlossenen Raum, lässt sich eine Katastrophe kaum mehr abwenden: Nach dem Öffnen einer Tür scheint die gestaute Hitze zunächst wie ein Schlag hinauszudrängen, doch unmittelbar darauf bildet sich ein starker Luftzug ins Innere des nun geöffneten Brandraums. Der Sauerstoff vermischt sich, je nach Größe des Raums in wenigen Sekunden bis mehr als einer Minute, mit den heißen Rauchgasen. Sobald die Mischung zündfähig ist, kommt es zu einer Rauchgasexplosion, die Temperatur von bis zu 1000 Grad entwickeln kann und nicht mehr unter Kontrolle zu bringen ist.

Sven Felix Kellerhoff, Der Reichstagsbrand. Die Karriere eines Kriminalfalls, be.bra verlag, Berlin-Brandenburg, S. 131 ff.

ullstein bild – Imagno

Der abgebrannte Plenarsaal des Reichstags am 28. Februar 1933

haber oder zivilen Reichskommissar übertragen hatten, ließ die Reichstagsbrandverordnung diese Frage offen und bestärkte damit wiederum die Machtbefugnis der Reichsregierung, die über die „nötigen Maßnahmen" entscheiden konnte. Die Reichstagsbrandverordnung stärkte besonders die Macht der Polizei im NS-Regime und ließ erkennen, wie wenig die nationalsozialistische Führung in den traditionellen Kategorien eines vorübergehenden Staatsnotstands oder Belagerungszustandes dachte. Vielmehr wollte sie ein Instrument zur dauerhaften Festschreibung nationalsozialistischer Herrschaft mittels Polizei und Konzentrationslager schaffen. Bis zum Ende des NS-Regimes stellte die Reichstagsbrandverordnung die formale Legitimation der Geheimen Staatspolizei für deren Verhaftungen und Verfolgungen von deutschen Staatsbürgern dar. Zugleich verstärkte die antikommunistische Hysterie die Selbstlähmung der Konservativen und Deutschnationalen, die die brutale und außergesetzliche Unterdrückung der Opposition widerstandslos hinnahmen.

Schon in den Morgenstunden des 28. Februar begannen die Verhaftungen nach vorbereiteten Listen; in den folgenden Tagen wurden allein in Preußen rund 5000 Menschen, in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten, festgenommen und interniert. Die SA verfolgte ihrerseits die „Roten" und verschleppte Angehörige der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Schulen, Kasernen, Keller und Parteilokale, wo sie geschlagen, gefoltert und ermordet wurden.

Trotz des Terrors gelang der NSDAP bei den Wahlen am 5. März 1933 nicht der erwartete Erfolg, sondern sie blieb auf die Stimmen der Deutschnationalen angewiesen. Zwar steigerten die Nationalsozialisten ihren Anteil noch einmal beachtlich und erhielten 43,9 Prozent der Stimmen, aber die erhoffte absolute Mehrheit errangen sie nicht, wohingegen das katholische Zentrum und die Sozialdemokraten trotz Unterdrückung ihren Stimmenanteil halten konnten und selbst die KPD noch 12,3 Prozent der Stimmen bekam.

Dennoch waren die Wahlerfolge der NSDAP in Nord- und Ostdeutschland, wo sie deutlich über 50 Prozent der Stimmen holte, nicht zu übersehen. Und auch im katholischen Bayern war es der NSDAP gelungen, starke Stimmenzuwächse zu erzielen, was bedeutete, dass die katholische Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus eingebrochen war. Die NS-Führung feierte das Wahlergebnis als Sieg und glaubte nun alle Legitimation zu besitzen, die „nationalsozialistische Revolution" voranzutreiben.

„Gleichschaltung" der Länder

Gleich nach der Wahl vom 5. März wurden Länder und Kommunen „gleichgeschaltet". Handhabe dazu bot Paragraph 2 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat, der den Reichsinnenminister ermächtigte, in die Souveränität der Länder einzugreifen, falls diese nicht selbst geeignete Schutzvorkehrungen trafen. Innerhalb von nur wenigen Tagen setzte die Hitler-Regierung nationalsozialistische Reichskommissare in Hamburg, Bremen, Hessen, Baden, Württemberg, Sachsen und Bayern ein. Die Machtübernahme erfolgte nach stets gleichem Muster. Die jeweils örtliche SA marschierte vor den Rathäusern und Regierungsgebäuden auf, verlangte, dass die Hakenkreuzfahne gehisst werde, und drohte damit, die Gebäude zu stürmen. Das bot dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister Frick

Bundesarchiv, Bild 146-1982-014-35A

Die Wächter: SA-Posten vor dem Eingang des KZ Oranienburg, das ab März 1933 auf dem Areal einer ehemaligen Fabrik entstand.

Bundesarchiv, Bild 183-R88978

Die Gefangenen: sozialdemokratische Funktionäre im Konzentrationslager Sachsenhausen. Unter ihnen auch Friedrich Ebert jr., der spätere Oberbürgermeister von Ost-Berlin und Sohn des früheren Reichspräsidenten (2. v. l.)

den Vorwand, unter Berufung auf Artikel 2 der Reichstagsbrandverordnung einzugreifen und die gewählten Landesregierungen abzusetzen. Die neuen nationalsozialistischen Machthaber ernannten in der Regel gleich jeweils neue Polizeipräsidenten und bauten den Polizeiapparat massiv aus. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler und der Chef des Sicherheitsdienstes der SS (SD) Reinhard Heydrich verstanden es erfolgreich, insbesondere die politische Polizei ihrer Kontrolle zu unterstellen.

Dass diese Machtübernahme so reibungslos funktionierte, ohne auf nennenswerten Widerstand der abgesetzten Landesregierungen zu stoßen, zeigt, wie resigniert mittlerweile viele Demokraten waren. Zudem hatte die NS-Führung gezielt jene Länder ausgewählt, in denen die jeweiligen Landesregierungen keine parlamentarischen Mehrheiten mehr besaßen und nur noch geschäftsführend im Amt waren.

Mit dem Gleichschaltungsgesetz vom 31. März wurden die Landtage (bis auf Preußen), Bürgerschaften und kommunalen Parlamente sämtlich aufgelöst und nach den regionalen bzw. lokalen Stimmenverhältnissen der Reichstagswahl vom 5. März neu zusammengesetzt. Die kommunistischen Stimmen durften nicht gezählt werden, die sozialdemokratischen Sitze wurden einbehalten, so dass bald nur noch nationalsozialistisch dominierte Einheitsorgane übrig blieben. Diese Gebilde galten auf vier Jahre gewählt, es fanden keine Wahlen mehr zu Repräsentativorganen der Bürger statt. Anfang April wurden in allen deutschen Ländern, bis auf Preußen, Reichsstatthalter eingesetzt, die meist identisch mit den jeweiligen Gauleitern der NSDAP waren und die Landesgewalt übernahmen.

Terror und Zustimmung

Mit rasanter Dynamik und einem geschickten Spiel mit Gemeinschaftsversprechen und Inklusionsangeboten auf der einen sowie radikaler Exklusion, Terror und Verfolgung auf der anderen Seite gelang es den Nationalsozialisten, die republikanische Verfassungsordnung, auch wenn sie formal erhalten blieb, auszusetzen und eine auf Volk, Rasse und Führer gegründete Diktatur zu errichten, die sich der Zustimmung einer großen Mehrheit der Deutschen sicher sein konnte.

Ohne die Rücksichtslosigkeit, mit der nicht bloß die Nationalsozialisten, sondern auch die Deutschnationalen die Weimarer Verfassungsordnung zu Grabe tragen wollten, aber auch ohne den Terror durch Gestapo und Konzentrationslager hätte dieser Prozess der Auflösung der verfassungsmäßigen politischen Ordnung nicht diesen Verlauf nehmen können. Aber ebenso unerlässlich war die aktive Mithilfe etlicher gesellschaftlicher Organisationen. Es gab, kommentierte Sebastian Haffner im Rückblick, „ein sehr verbreitetes Gefühl der Erlösung und Befreiung von der Demokratie. Was macht eine Demokratie, wenn eine Mehrheit des Volkes sie nicht mehr will?“

Hatte die NSDAP im Januar 1933 noch rund 850 000 Mitglieder besessen, beantragten nach dem 30. Januar und vor allem nach dem 5. März, also nach den Wahlen, Hunderttausende die Aufnahme in die Partei, so dass schließlich die Parteiführung zum 1. Mai bei einem Stand von 2,5 Millionen Mitgliedern einen Aufnahmestopp verfügte, um der zuströmenden Massen Herr zu werden.

Sozialstruktur der NSDAP und ihrer Führung 1933 und 1935

	Mitglieder		*Führung*	*Alterskohorten*	*Mitglieder*	
	1933	*1935*	*1933*		*1933*	*1935*
1. Arbeiter	*31,5*	*30,5*	*22,0*	*18-20*	*1,8*	*3,5*
2. Angestellte	*21,1*	*19,4*	*23,4*	*21-30*	*40,4*	*34,1*
3. Selbstständige	*17,6*	*19,0*	*19,7*	*31-40*	*27,8*	*27,9*
4. Bauern	*12,6*	*10,2*	*18,4*	*41-50*	*17,1*	*19,6*
5. Beamte	*6,7*	*12,4*	*10,9*	*51-60*	*9,3*	*11,2*
6. Sonstige	*10,5*	*8,5*	*3,1*	*61-*	*3,6*	*3,7*

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, C. H. Beck, München 2008, S. 778

Bundesarchiv, Bild 183-S38324

Am Tag von Potsdam inszeniert sich Hitler als der demütige Staatsmann, der dem Reichspräsidenten Hindenburg seine Aufwartung macht.

Süddeutsche Zeitung Photo / S.M.

Die nationalsozialistische Propaganda stellte Hitler als volksnahen „Vollender" der nationalen Einheit neben prominente Vorgänger.

Tag von Potsdam

So bemühte sich das Regime unter der Regie von Joseph Goebbels, der zehn Tage zuvor Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geworden war, die Eröffnung des neuen Reichstages – ohne die sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten – am 21. März in der Potsdamer Garnisonskirche als Tag der nationalen Einigung mit Festgottesdienst, Salutschüssen und Aufmarsch von Reichswehr, SA und SS zu zelebrieren. Das Bild des Kanzlers, der sich ehrerbietig vor dem greisen Reichspräsidenten verbeugte, der Handschlag zwischen dem Gefreiten und dem Feldmarschall, sollte den Höhepunkt der Inszenierung bilden – und konnte doch nicht die unterschiedlichen Erwartungen, die an die neue Regierung gerichtet waren, kaschieren. Gerade in der anscheinend demutsvollen, zahmen Art, wie sich Hitler an diesem Tag gab, zeigte sich die Absicht der NS-Führung, die nationalkonservativen Anhänger nicht zu verprellen, sondern weiterhin an sich zu binden. Aber die terroristische Dimension verschwand deshalb nicht.

Noch am selben Tag verkündete die Regierung sowohl eine Amnestie für Straftaten, die „im Kampfe für die nationale Erhebung des Deutschen Volkes" begangen worden waren und unter anderem den Mördern im schlesischen Potempa zugute kam (siehe S. 26. Sie wurden im März 1933 freigelassen), als auch eine Verordnung zur „Abwehr heimtückischer Angriffe", mit der jedwede Kritik an der Regierung mit Gefängnis bestraft werden konnte.

Ermächtigungsgesetz

Zwei Tage später, am 23. März, verabschiedete der Reichstag – gegen die Stimmen der SPD – das „Ermächtigungsgesetz", das der Regierung zunächst für vier Jahre das Recht verlieh, eigenmächtig Gesetze, sogar verfassungsändernde, zu erlassen, soweit sie nicht die Stellung des Parlaments, der Ländervertretung oder des Reichspräsidenten betrafen. Damit wurde die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive zerstört und das alleinige Recht des Parlaments, als gewählte Volksvertretung Gesetze zu erlassen, aufgehoben.

Die notwendige Zweidrittelmehrheit konnte nur durch die Zustimmung der katholischen Parteien, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, erreicht werden. Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten hatten die Zentrumspartei vor eine schwere Zerreißprobe gestellt. Doch schließlich siegte die Furcht, bei einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes wieder wie unter Bismarck als „innerer Reichsfeind" dazustehen, und Hitler versprach ausdrücklich, die Rechte der katholischen Kirche auf ungestörte Religionsausübung und eigenständige Schulen nicht anzutasten. Zudem schien der Reichstagsbrand die angebliche kommunistische Bedrohung und damit die Forderung nach einem starken Staat zu bestätigen, der hart gegen linke Umsturzabsichten durchgreifen müsse.

Außerdem enthielt das Ermächtigungsgesetz die Klausel, dass die Stellung des Reichstages und des Reichspräsidenten nicht angetastet werden dürften. Zusätzlich galt die Laufzeit des Gesetzes vorerst für vier Jahre und musste dann vom Reichstag neu beschlossen werden. Dass der Reichstag 1937 kein frei gewähltes Parlament mehr war, sondern ein ausschließlich mit Nationalsozialisten besetztes willfähriges Instrument der Diktatur, konnten sich die republikanischen Abgeordneten, darunter auch der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, kaum vorstellen. Mit 444 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen beschloss der Reichstag seine eigene Entmachtung.

Allein die SPD, deren Fraktion aufgrund von Verhaftungen, Verfolgung und Flucht nicht mehr vollzählig anwesend sein konnte, stimmte gegen das Gesetz. Der Fraktionsvorsitzende Otto Wels begründete in einer mutigen Rede, die immer wieder hasserfüllt von den nationalsozialistischen Abgeordneten unterbrochen wurde, und angesichts im Saal aufmarschierter SA- und SS-Milizen die Stellung seiner Partei. Und Wels schloss mit einem Gruß an die „Verfolgten und Bedrängten", deren Standhaftigkeit Bewunderung verdiene.

Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Art. 1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. [...]

Art. 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Art. 3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nicht anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. [...]

Art. 4. Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Art. 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Wolfgang Michalka (Hg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1, dtv, München 1985, S. 35

Aus der Reichstagsdiskussion am 23. März 1933 in der Berliner Kroll-Oper

Rede von Otto Wels (SPD)

[...] Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. [...] Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. [...] Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. [...]

Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offen steht. Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

[...] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.

http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/wels/index.html

Erwiderung Adolf Hitlers

[...] Sie sind wehleidig, meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. [...] Auch Ihre Stunde hat geschlagen, und nur, weil wir Deutschland sehen und seine Not und die Notwendigkeit des nationalen Lebens, appellieren wir in dieser Stunde an den Deutschen Reichstag, uns zu genehmigen, was wir auch ohnedem hätten nehmen können. [...]

Ich glaube, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) für dieses Gesetz nicht stimmen, weil Ihnen Ihrer innersten Mentalität nach die Absicht unbegreiflich ist, die uns dabei beseelt. [...] Und ich kann Ihnen nur sagen: Ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w8_bsb00000141_00038.html

Stadtmuseum Hofgeismar, Abt. Judaica, Bildarchiv

Demütigung als Volksbelustigung: Der SPD-Kreistagsabgeordnete Hermann Weidemann wird, auf einem Ochsen sitzend, von SA-Männern durch seinen ehemaligen hessischen Wahlbezirk Hofgeismar geführt.

Misshandlung einer demokratischen Stadträtin

In der Nacht vom 20. zum 21. März dieses Jahres gegen halb 2 Uhr wurde an meiner Wohnungstür heftig geklingelt und geklopft. Im Glauben, daß meine Kinder nach Hause gekommen waren, stand ich sofort auf und fragte „Wer ist da?" Mit einer barschen Stimme wurde mir darauf geantwortet: „Machen Sie sofort auf, hier ist die Polizei, sonst wird gewaltsam geöffnet." [...] Mein Mann schloß die Tür auf. Es traten 6–8 Mann herein. Verschiedene waren mit Karabinern bewaffnet. Bis auf einen Mann, der ein blaues Jackett und eine blaue Mütze trug, waren alle in SA-Uniform. Die Leute, die in meine Wohnung eintraten, kenne ich vom Sehen alle. Es sind alles junge Leute, die mit meinen Kindern zusammen in die Schule gegangen sind. [...] Einer von denen, der sicher der Führer war, forderte mich mit den Worten „Bitte ziehen Sie sich an. Sie kommen mit." auf. Ich forderte von diesem Mann einen Ausweis. Er antwortete mir mit flotter Armbewegung: „Ach Quatsch, machen Sie keinen Heckmeck. Sie kommen mit!". [...] Ich mußte nun das Auto (ein Wäscheauto), das vor dem Hause bereit stand, mit den Leuten, die bei mir in der Wohnung waren, besteigen und mitfahren. [...]

Die Fahrt ging weiter nach der Elisabethstraße in die SA-Kaserne. [...] Dort auf dem Hof mußte ich aussteigen und mit in das Hintergebäude des Hofes (unten Stall, oben sicher Heuboden) mitgehen. Erwähnen will ich noch, daß sich außer mir noch ein gewisser Herr Heber und Herr Flieger im Wagen befanden. Diese Leute mußten ebenfalls mit mir in das Gebäude gehen. [...]

Der Führer, der auch in meiner Wohnung mit war, meldete uns dem dort befindlichen Führer. Als der Führer, der mich aus der Wohnung holte, dem dort befindlichen Führer meinen Namen Jankowski nannte, antwortete der dort anwesende Führer „Ach Jankowski, die alte, fette Sau!" Wir wurden aufgefordert, uns in eine Ecke zu stellen. Jetzt mußte der junge Mann, Heber [...], vortreten, und es wurden ihm die Haare geschnitten. Es wurden jetzt von uns dreien die Personalien aufgenommen. Bei der Aufnahme der Personalien fielen allerlei Bemerkungen, zum Beispiel „Aas, dreckiges Luder" usw. [...] Der Führer richtete nun an mich die Frage, wieviel Gehalt ich von der Stadt beziehe. Ich gab ihm zur Antwort, daß ich nur eine Aufwandsentschädigung von 48,75 RM den Monat beziehe. Der Führer antwortete mir „Du verschwindeltes Aas, du kriegst kein Gehalt, dir werden wir schon" und gab dann den Leuten, die zum Schlagen bereit standen, die Zahl 20 an. [...] Nach Verabfolgung der Schläge mußte ich mich zu Flieger wieder in die Ecke stellen. [...] Als ich zum zweiten Mal herankam, beschuldigte der Führer mich, daß ich Listen verbreitet hätte, wonach nationalsozialistische Geschäftsleute boykottiert werden sollten. Ich erklärte ihm, daß ich nichts davon weiß. Er antwortet mir: „Du weißt ja überhaupt nichts", und ich bekam zum zweiten Mal 20 Schläge. [...] Nach einer gewissen Zeit wurde ich wieder in Ruhe gelassen, und es kamen jetzt wieder Heber und Flieger und ich heran, sich auf den Tisch zu legen und zum dritten Male Schläge zu bekommen [...]

Wir mußten uns nachdem in eine Reihe stellen und das Deutschlandlied durchsingen. Nach Absingen des Deutschlandliedes erklärte uns der Führer, daß er uns jetzt eine halbe Stunde in Ruhe lassen würde. Er würde jetzt hinuntergehen, und wenn er wiederkäme, würde er an uns bestimmte Fragen richten. Sollten wir die Fragen nicht beantworten, „so wird uns nochmal so eine Wucht verabfolgt [...] und dann werden wir in den Wagen eingeladen und nach Schmöckwitz gefahren, wo wir unsere Kute (Grube) graben können." Während der Abwesenheit des Führers sowie einiger anderer SA-Leute, wurden wir von der zurückbleibenden Wache mit allerlei Schimpfworten bedacht. Was für schmutzige Wörter von den Leuten zu uns gesagt wurden, kann ich heute hier nicht mehr wiedergeben.

Nach Rückkehr des Führers bekamen wir der Reihe nach auf dieselbe Art und Weise wie vorher zum 4. Male je 20 Schläge. [...]

Mir wurde jetzt erklärt, daß ich jetzt entlassen werde, müßte aber vorher noch ein Revers unterschreiben. Das Revers war schon mit der Maschine vorgeschrieben. Es enthielt, daß ich alle Ämter niederzulegen habe, daß ich aus der Partei austrete und mich politisch nicht mehr betätige. Außerdem solle ich mich von Donnerstag, den 23. März 33 ab in der dort befindlichen SA-Kaserne, wo ich geschlagen wurde, abends von 19–20 Uhr täglich melden. Am Donnerstag, den 23. März 33, hätte ich auch die Liste sämtlicher Funktionäre der Partei mitzubringen. [...] Da ich nun allein auf der Straße stand und nicht laufen konnte, war es mir nicht möglich, meinen Heimweg anzutreten. [...]

Am 31. März wurde ich auf Grund einer Verfügung des Hauptgesundheitsamts aus dem Krankenhaus entlassen. Ich befinde mich heute noch in ärztlicher Behandlung. [...]

Aus Furcht, daß mir evtl. nochmals dieses Unglück widerfahren könnte und damit ich nun in Ruhe gelassen werde, stelle ich gegen die Täter keinen Strafantrag.

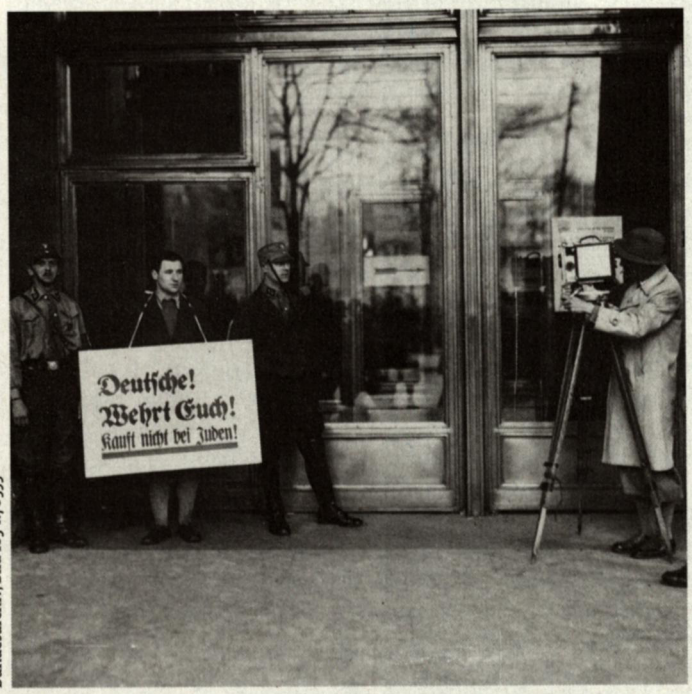
Aus dem Vernehmungsprotokoll der Berliner Kriminalpolizei vom 17. Mai 1933, in: Josef und Ruth Becker (Hg.), Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, 3. Aufl., dtv, München 1993, S. 150 ff.

Verfolgung der Juden

Nach der Ausschaltung der politischen Opposition richtete sich der nächste Schlag des Regimes gegen die deutschen Juden. Bereits zwei Tage nach den Reichstagswahlen begannen im Ruhrgebiet, namentlich in Essen, Bottrop sowie Mülheim, Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte. Der NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand nutzte die Boykottaktionen, um Juden aus den Mittelstandsvereinigungen zu verdrängen. Rasch breiteten sich die Boykottaktionen, häufig begleitet von gewalttätigen Ausschreitungen, über das gesamte Reich aus, und die nationalsozialistische Provinzpresse berichtete intensiv über die Aktionen, um sie weiter zu forcieren. Die NS-Führung bemühte sich dagegen, die „Einzelaktionen", wie sie in der NS-Terminologie hießen, unter Kontrolle zu bekommen. Doch obwohl Hitler persönlich in einem Aufruf am 10. März im „Völkischen Beobachter" an die Partei- und SA-Mitglieder „höchste Disziplin" beschwor, hielt der Druck von der Parteibasis weiter an.

bpk

Antisemitische Schmierereien an den Schaufenstern des Textilgeschäftes Hermanns & Froitzheim, Frankfurt/Main 1933



Bundesarchiv, Bild 183-R70355

SA und SS vor dem Kaufhaus Wertheim in Berlin. Der Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April sollte propagandistisch ausgeschlachtet werden.

Die Parteiführung entschloss sich daher Ende März, einen reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte zu organisieren. Als Begründung dienten die internationalen Proteste, vor allem in den USA, gegen die Verfolgung von Juden in Deutschland, die von den Nationalsozialisten als jüdisch gesteuerte Greuelprogaganda hingestellt wurde. Gegen sie sollte der Boykott eine Gegendemonstration darstellen. Überall in Deutschland standen am Samstag, dem 1. April, SA-Posten vor Geschäften mit jüdischen Inhabern, die aber angesichts der Drohungen ihre Läden an diesem Tag sowieso geschlossen hatten. Obwohl die Regimeführung immer wieder betonte, dass die Boykottaktion mit Ruhe und Disziplin vonstatten gegangen sei, brach die Gewalt an etlichen Orten auf.

Außenpolitisch war der Boykott ein Fehlschlag, weil er den Eindruck von den Judenverfolgungen in Deutschland bestätigte; und auch innenpolitisch erwies er sich als wenig erfolgreich, weil offenkundig zahlreiche Deutsche die Aktion missbilligten, zumal ja auch nicht-jüdische Angestellte in Mitleidenschaft gezogen wurden. So blieb der Boykott offiziell auf einen Tag beschränkt, aber in der Provinz, außerhalb der Großstädte, wurden die Aktionen vehement fortgeführt. Gerade in den kleinen und mittleren Orten stellten die Boykottaktionen ein entscheidendes Politikfeld dar, um soziale Distanzen zwischen Juden und „Volksgenossen" zu schaffen und die jüdischen Nachbarn zu isolieren.

Wenige Tage nach dem Boykott nutzte die Hitler-Regierung die ihr durch das Ermächtigungsgesetz verliehene Kompetenz, um mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April sogenannte Nicht-Arier – es genügte, wenn ein Großelternteil jüdischer Religion war – aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Zugleich wurde die Betätigung jüdischer Rechtsanwälte eingeschränkt und zwei Wochen später ein Numerus clausus für jüdische Studenten eingeführt. Waren viele mit den Boykottmethoden und der antisemitischen Gewalt auch nicht einverstanden, so billigten sie doch die Verdrängung von Juden aus Berufen, in denen sie angeblich überproportional vertreten waren – nicht zuletzt profitierten zahlreiche Jungakademiker von den Entlassungen, da sie jetzt die Stellen der vertriebenen jüdischen Kolleginnen und Kollegen erhielten.

Auch wenn die Zahl der Betroffenen durch Ausnahmeregelungen zunächst noch eingeschränkt blieb und diejenigen Juden vorerst von der Entlassung verschonte, die als Soldaten im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, war der Wille des Regimes, von Anfang an eine antisemitische Politik zu verfolgen, unmissverständlich zu erkennen. Rund 37 000 Juden flüchteten im ersten Jahr der NS-Herrschaft aus Deutschland, um der Verfolgung zu entgehen. Doch blieben die meisten jüdischen Deutschen in ihrer Heimat, weil sie annahmen, dass der antisemitische Kurs der NS-Regierung wieder abklingen würde und, wenn auch unter deutlich erschwerten Bedingungen, ein normales Leben in Deutschland auch weiterhin möglich sein würde.

Verfolgung der Juden – Boykottaufruf der NSDAP

Deutsche Volksgenossen!

Die Schuldigen an diesem wahnwitzigen Verbrechen, an dieser niederträchtigen Greuel- und Boykotthetze sind die Juden in Deutschland. Sie haben ihre Rassegenossen im Ausland zum Kampf gegen das deutsche Volk aufgerufen. Sie haben die Lügen und Verleumdungen hinausgemeldet.

Darum hat die Reichsleitung der deutschen Freiheitsbewegung beschlossen, in Abwehr der verbrecherischen Hetze ab Samstag, den 1. April 1933, vormittags 10 Uhr, über alle jüdischen Geschäfte, Warenhäuser, Kanzleien usw. den Boykott zu verhängen. Dieser Boykottierung Folge zu leisten, dazu rufen wir euch, deutsche Frauen und Männer, auf!

Kauft nichts in jüdischen Geschäften und Warenhäusern! Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten! Meidet jüdische Ärzte! Zeigt den Juden, daß sie nicht ungestraft Deutschland in seiner Ehre herabwürdigen und beschmutzen können!

Wer gegen diese Aufforderung handelt, beweist damit, daß er auf Seite der Feinde Deutschlands steht.

Es lebe der ehrwürdige Generalfeldmarschall aus dem großen Kriege, der Reichspräsident Paul von Hindenburg! Es lebe der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler! Es lebe das deutsche Volk und das heilige deutsche Vaterland!

Aus dem Vernehmungsprotokoll der Berliner Kriminalpolizei vom 17. Mai 1933, in: Josef und Ruth Becker (Hg.), Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, 3. Aufl., dtv, München 1993, S. 200ff.

Boykottaktion

...aus Sicht der Betroffenen...

„Auch bei uns machten die Nazibanden die Straßen unsicher. So näherte sich der 1. April, der Tag des Judenboykotts. Bereits am frühen Morgen des Freitag sah man die SA mit ihren Transparenten durch die Stadt ziehen. ‚Die Juden sind unser Unglück'. [...] In den Vormittagsstunden begannen sich die Posten der Nazis vor die jüdischen Geschäfte zu stellen, und jeder Käufer wurde darauf aufmerksam gemacht, nicht bei Juden zu kaufen.

Auch vor unserem Lokal postierten sich zwei junge Nazis und hinderten die Kunden am Eintritt. [...] Und für dieses Volk hatten wir jungen Juden einst im Schützengraben gestanden und haben unser Blut vergossen, um das Land vor dem Feind zu beschützen. Gab es keinen Kameraden mehr aus dieser Zeit, den dieses Treiben anekelte? Da sah man sie auf der Straße vorübergehen, darunter gar viele, denen man Gutes erwiesen hatte. Sie hatten ein Lächeln auf dem Gesicht, das ihre heimtückische Freude verriet. [...] Ich schämte mich, daß ich einst zu diesem Volk gehörte. Ich schämte mich über das Vertrauen, das ich so vielen geschenkt hatte, die sich nun als meine Feinde demaskierten. Plötzlich erschien mir auch die Straße fremd, ja die ganze Stadt war mir fremd geworden. [...]

Trotz alledem kamen auch noch an diesem Tage eine Anzahl Kunden zu mir, besonders Katholiken, und es war so mancher dabei, der mich nur aus Protest gegen das Treiben da draußen besuchte. Auch der Bürodirektor des Landrats kam, um, wie er so schön sagte, mir nur die Hand zu drücken. Als ich ihm dankerfüllt sagte, er möge meinetwegen nicht seine Stellung aufs Spiel setzen und an seine Familie denken, antwortete er voll Stolz: ‚Ich bin Parteimitglied Nr. 20 der Deutschnationalen Volkspartei; was soll mir passieren?' Der arme Idealist, er sollte bald gewahr werden, daß auch diese Partei nicht mehr gelten sollte. Aber ich war ihm von Herzen dankbar, denn in mir war es wund. [...] Das Personal sah mich traurig an und fragte,ob es am nächsten Tage kommen solle. Ich verneinte [...] die Leute gingen weg [...].

In der Wohnung rüstete meine Frau zum Sabbat. Ich ging in die Synagoge wie viele andere Juden. Dort sah ich verzweifelte Gesichter [...]. Wenig Trost gab mir das Gebet, und ebenso erschüttert ging ich nach Hause zur Frau und zu den Kindern.

Und als ich dort, wie stets, im Kreise meiner Familie den Sabbat einweihte, als ich an die Stelle im Gebet kam, ‚der Du uns erwählt hast von allen anderen Völkern' und meine Kinder sah, die mich mit ihren unschuldigen und fragenden Augen anblickten, da war es mit meiner Fassung vorbei; da entlud sich in mir die Schwere des erlebten Tages, und ich brach zusammen, die letzten Worte nur noch stammelnd. Die Kinder wußten oder begriffen nicht, warum ich heftig weinte, aber ich wußte: Das war mein Abschied vom Deutschtum, meine innere Trennung vom gewesenen Vaterland – ein Begräbnis. Ich begrub 43 Jahre meines Lebens. Und wäre es nur der eine und einzige Tag solchen Erlebens gewesen, jetzt konnte ich kein Deutscher mehr sein."

Monika Richarz (Hg.), Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780-1945, C. H. Beck, München 1989, S. 385ff.

...und aus Sicht Unbeteiligter

„[...] Man fragte mich, ob ich wüßte, daß das ein jüdisches Geschäft sei. Ich sagte ja, ich hätte aber etwas bestellt, und das wolle ich abholen. Es passierte mir nichts. Allerdings muß ich sagen, es war eine merkwürdige Atmosphäre, wenn man dann in das Geschäft kam. Man wurde so unglaublich zuvorkommend empfangen. Man fühlte eine Verpflichtung, nun unbedingt etwas zu kaufen, ob man etwas fand oder nicht. Es stellte sich eine gewisse Scheu ein, das muß ich bekennen. Ich ging hin, wenn ich glaubte, ich könnte etwas finden. Aber ich hatte Angst hineinzugehen, wenn ich keine konkreten Wünsche hatte; ich fürchtete mich hinauszugehen, ohne etwas zu kaufen. Herr Gräfenberg war so ungeheuer freundlich. Dahinter stand wohl Dankbarkeit, aber diese Dankbarkeit [...] Das empfand man als unangemessen. Man wollte nicht als Held dastehen. Es sollte einfach nur eine natürliche Handlung sein. Das war es dann eben nicht mehr."

Thomas Berger, Lebenssituationen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Hirschgraben-Verlag, Frankfurt a. M. 1985, S. 92

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

vom 7. April 1933

§ 1. Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen [...]

§ 2. Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Ausbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienst zu entlassen. [...]

§ 3. Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen. Soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

Absatz 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.

§ 4. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. [...]

§ 14. Gegen die auf Grund dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzten oder entlassenen Beamten ist auch nach ihrer Versetzung in den Ruhestand oder nach ihrer Entlassung die Einleitung eines Dienststrafverfahrens wegen der während des Dienstverhältnisses begangenen Verfehlungen mit dem Ziele der Aberkennung des Ruhegeldes, der Hinterbliebenenversorgung, der Amtsbezeichnung, des Titels [...] zulässig. [...]

Wolfgang Michalka (Hg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1, dtv, München 1985, S. 37ff.

Erklärung über „arische Abstammung"

Ich versichere hiermit pflichtgemäß: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich nicht arischer Abstammung sei oder daß einer meiner Eltern- oder Großelternteile zu irgendeiner Zeit der jüdischen Religion angehört habe. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienststrafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziele auf Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.

Aus dem Vernehmungsprotokoll der Berliner Kriminalpolizei vom 17. Mai 1933, in: Josef und Ruth Becker (Hg.), Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, 3. Aufl., dtv, München 1993, S. 220

Wirkungen des Berufsbeamtengesetzes auf die Hochschulen

[...] Eine tiefe Zäsur in der Welt der Hochschulen hinterließ das Berufsbeamtengesetz vom April 1933. Denn die unverzüglich anlaufende „Säuberung" der Professorenschaft von jüdischen und politisch mißliebigen Wissenschaftlern führte bereits bis Ende 1934 dazu, daß 15 Prozent des Lehrkörpers, 11 Prozent aller ordentlichen Professoren, insgesamt 1684 Hochschullehrer entlassen worden waren. Durchweg waren die Universitäten mehr betroffen als die Technischen Hochschulen, die 10,7 Prozent ihres Lehrkörpers verloren. Bis 1939 aber hat diese beispiellose Vertreibungsaktion mehr als ein Drittel, 39 Prozent, aller Professoren erfaßt.

Die Zwangsausschaltung vollzog sich in drei Formen: als abrupte Pensionierung oder als Versetzung in den Ruhestand mit gekürzten Bezügen, meist aber in Gestalt der frist- und entschädigungslosen Entlassung.

Bis zum Kriegsbeginn haben rd. 3000 Wissenschaftler, darunter 756 Professoren, Deutschland verlassen müssen. Längst ehe 1944 die ersten deutschen Flüchtlinge aus dem Osten vertrieben wurden, erlebte Deutschland seine von der eigenen Regierung initiierte Vertreibung stigmatisierter Spitzenkräfte.

[...] Als Ergebnis dieses fatalen Aderlasses und der evidenten Stagnation seither schrumpfte der Lehrkörper aller Hochschulen (Professoren einschließlich der Lektoren und Lehrbeauftragten) von 1932 = 7984 auf 1939 = 7265 Wissenschaftler. Die Anzahl der ordentlichen Professoren (ohne reguläre Emeriti) ging von 2354 auf 2164 zurück. In der Jurisprudenz z.B. fiel ihre Zahl von 200 auf 156, in den Geisteswissenschaften von 402 auf 393, sogar in den Naturwissenschaften von 560 auf 522.

Die protestlose Hinnahme aller Ungeheuerlichkeiten an der Alma Mater enthüllte eine bestürzende Gleichgültigkeit gegenüber dem Willkürschicksal enger Fachgenossen. Nicht selten verband sie sich auch noch mit der inhumanen Entschuldigung „Wo gehobelt wird, da fallen Späne". [...] Zu besichtigen ist daher ein grenzenloses moralisches Debakel der Mehrheit, die nicht nur die Vertreibung ihrer Zunftgenossen hinnahm, sondern auch unverzichtbare wissenschaftliche Normen, ethische Prinzipien und den vielbeschworenen Korporationsgeist schnöde verriet. Ein vernichtenderes Urteil über diese politische Mentalität des Schweigens ist kaum denkbar.

Dieselbe Feigheit zeigte sich, wenn es um neue Zumutungen von außen ging. Der bayerische Kultusminister Hans Schemm, ein „alter Kämpfer", forderte 1933 von den Professoren: „Von jetzt ab kommt es für Sie nicht mehr darauf an, festzustellen, ob etwas wahr ist, sondern ob es im Sinn der nationalsozialistischen Revolution ist." Widerspruch wurde nicht laut. [...]

In einer Bilanz, die der Heidelberger Statistikdozent Emil Gumbel zog – einst umstrittener Kritiker der politischen Morde in der Weimarer Republik, jetzt ins Exil vertrieben –, fiel das Urteil bitter, aber treffsicher aus: „Gegenüber diesem gewaltsamen Einbruch in ihr geistiges und materielles Leben haben die deutschen Professoren im Ganzen keinen Charakter gezeigt. Kein Wort des Protests gegen die Absetzung so vieler verdienter Lehrer wurde laut. Die Würde der akademischen Korporation zerflatterte. Die Idee der Universität zerging vor der Frage nach der Pensionsberechtigung."[...]

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, C. H. Beck, München 2003, S. 824ff.

Zerschlagung der Gewerkschaften

Obwohl Teile der Gewerkschaftsführung versuchten, ihre Unabhängigkeit im NS-Regime dadurch zu bewahren, dass sie sich von der SPD distanzierten und eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung anboten, standen die traditionsreichen freien Arbeiterorganisationen im Visier der neuen Regierung und wurden mit Hilfe der SA im Mai zerschlagen. Erneut bildeten Inklusion und Gewalt die beiden Seiten nationalsozialistischer „Volksgemeinschaftspolitik".

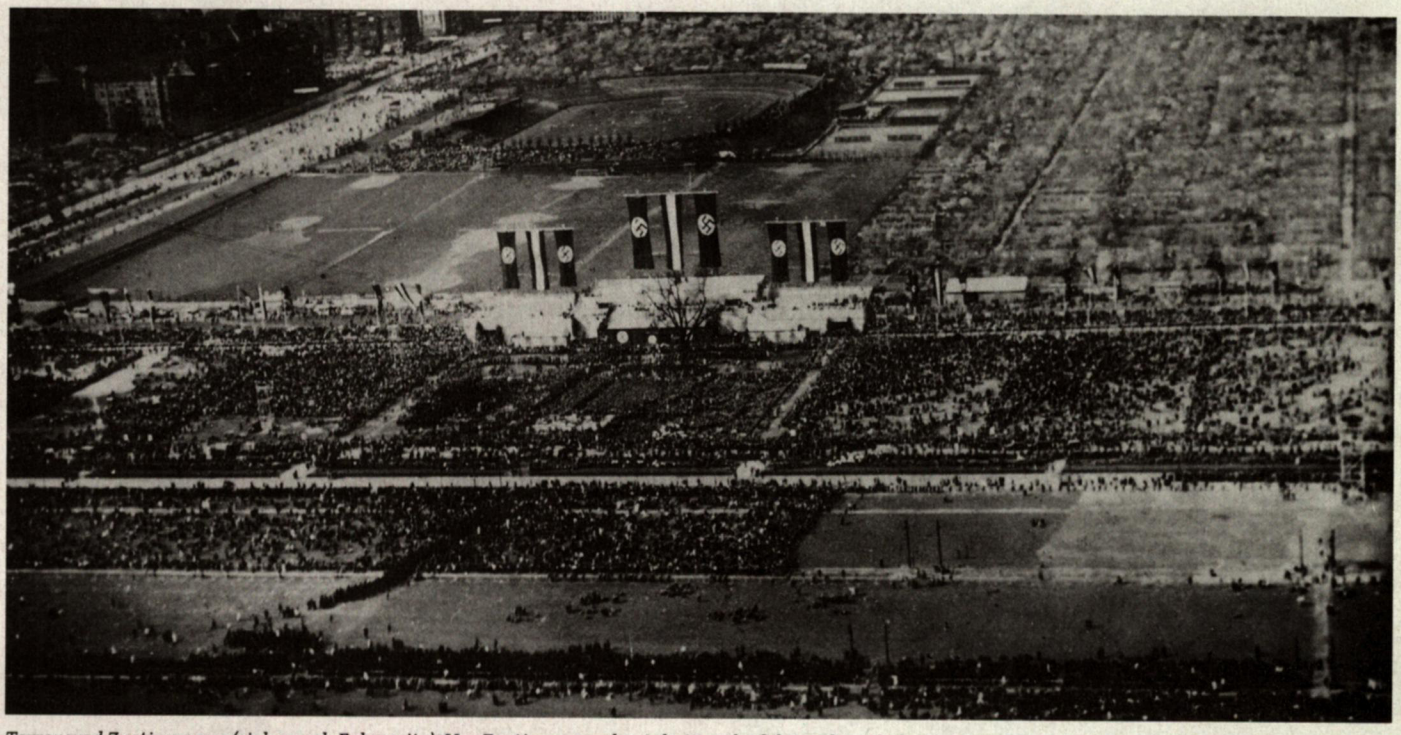
So wurde einerseits der 1. Mai von der Hitler-Regierung erstmals in der deutschen Geschichte unter der Bezeichnung „Tag der nationalen Arbeit" zum Feiertag erklärt. Unter dem Motto „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!" fanden reichsweit große Kundgebungen statt, zu denen auch die Gewerkschaften aufriefen und auf denen Nationalsozialisten Reden hielten. Auf der zentralen Massenversammlung in Berlin verkündete Goebbels: „Am heutigen Abend findet sich über Klassen, Stände und konfessionelle Unterschiede hinweg das ganze deutsche Volk zusammen, um endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee der Verbundenheit und der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen." Die mehrstündige Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin wurde im Rundfunk übertragen. Gleichzeitig fanden in vielen Provinzstädten Aufmärsche, oftmals auch der örtlichen Belegschaften samt Lautsprecherübertragung der Berliner Kundgebung statt, so dass die zentrale nationalsozialistische Propagandaveranstaltung simultan im ganzen Reich erlebt werden konnte.

Aus einem Brief Peter Dürrenmatts, eines Schweizer Journalisten, 20. April 1933:

„Eines hätte ich mir ja nie träumen lassen: daß ich noch einmal den ersten Mai feiern würde. Dieser erste Mai ist zum offiziellen Feiertag der deutschen Arbeit erklärt worden, folglich schulfrei! Das ist einer der genialsten Demagogenstreiche von Goebbels, über den sich die Sozialdemokraten schwarz ärgern werden. Denn natürlich wird unter den Nazis eine Maifeier von Stapel gelassen, wie sie während der Herrschaft der Sozialdemokraten nie annähernd zustande kam. Den Deutschnationalen ist diese Maifeier gar nicht recht."

Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaats 14. Juli 1933, hg. von Josef und Ruth Becker, 3. Aufl., dtv, München 1993, S. 249

Auf der anderen Seite stürmte tags darauf, am 2. Mai, die SA überall im Reich die Gewerkschaftsbüros, verhaftete die Funktionäre, beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Mit rund 20 Millionen Mitgliedern (Stand 1939) stellte die DAF nicht nur die mitgliederstärkste, sondern aufgrund des Raubs des Gewerkschaftseigentums und der millionenfachen Mitgliedsbeiträge auch die reichste angegliederte Organisation der NSDAP dar.



ullstein bild

Terror und Zustimmung (siehe auch Folgeseite): Um Zustimmung der Arbeiterschaft bemüht sich das Regime unter anderem mit der Berliner Großkundgebung zum „Tag der Arbeit", der 1933 erstmals zum Feiertag wird.

ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Terror am Tag danach: SA und SS besetzen und verwüsten am 2. Mai 1933 das Leipziger „Volkshaus", in dem örtliche Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitervereine untergebracht sind. Die Broschüren der Gewerkschaftsbibliothek werden aus dem Fenster in den Hof geworfen.

Die Industrieverbände sahen im neuen Regime eine Chance, die Unternehmerinteressen nachhaltig zu festigen, und passten sich geschickt an. Als am 1. April ein SA-Trupp die Geschäftsstelle des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI) besetzte, nutzte die NSDAP wie so oft die Gewalt „von unten", um die Verbandsspitze zum Rücktritt zu zwingen, darunter Paul Silverberg, der trotz seines Eintretens für ein Bündnis mit der NSDAP wegen seiner jüdischen Herkunft gehen musste. Nach einem Gespräch zwischen Hitler und führenden Industriellen am 29. Mai verwandelte sich der RDI in eine Zentralorganisation mit Führerprinzip, dem Reichsstand der Deutschen Industrie, geleitet von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der eng mit der NS-Führung kooperierte.

Die Agrarverbände waren schon seit 1929/30 nationalsozialistisch durchsetzt. Gleich im März 1933 drängte Richard Walther Darré, Vorsitzender des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP, erfolgreich alle Bauernverbände zum Zusammenschluss und übernahm selbst den Vorsitz. Ebenfalls schlossen sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Landwirtschaftskammern an, so dass Darré sich Ende Mai „Reichsbauernführer" nennen durfte und, nachdem er Ende Juni zusätzlich Landwirtschaftsminister wurde, die gesamte Agrarpolitik kontrollierte.

Auflösung der Parteien

Im Juni folgte die Auflösung der Parteien, nachdem die KPD durch die Verfolgungen bereits zerschlagen worden war. Die Mehrheit der SPD-Führung ging nach dem Schlag gegen die Gewerkschaften ins Exil nach Prag und rief von dort zum Sturz des Hitler-Regimes auf. Daraufhin erklärte Reichsinnenminister Frick die SPD am 22. Juni zur „volks- und staatsfeindlichen Organisation". Alle sozialdemokratischen Parlamentsmandate wurden aufgehoben, die noch nicht emigrierten Parteiführer verhaftet.

Die bürgerlichen Parteien kamen ihrer absehbaren Abschaffung entgegen und beschlossen eine nach der anderen ihre Selbstauflösung. Die Deutsche Staatspartei, bis 1930 als Deutsche Demokratische Partei der politische Ort des liberalen Bürgertums, löste sich am 27. Juni auf. Die vom langjährigen Außenminister der Weimarer Republik Gustav Stresemann 1919 gegründete rechtsliberale Deutsche Volkspartei folgte einen Tag später.

Selbst die Deutschnationalen, die die Regierung mit der NSDAP bildeten, ergriff der Prozess der Aushöhlung der republikanischen Verfassung, den sie selbst forciert hatten. Am 26. Juni musste der DNVP-Chef Hugenberg nach ungeschicktem Taktieren auf internationalem wie nationalem Parkett zurücktreten; einen Tag später legte ein „Freundschaftsabkommen" fest, dass deutschnationale Abgeordnete als „Hospitanten" in die NSDAP aufgenommen würden. Der Stahlhelm wurde am 21. Juni, nachdem sein Führer Seldte bereits Ende April der NSDAP beigetreten war, in die SA überführt. Diejenigen, die noch im Januar die Nationalsozialisten „zähmen" wollten, waren wenige Monate später deren Mitglieder.

Den Schluss bildete das katholische Zentrum. Mit dem Konkordat vom 20. Juli schloss der Vatikan als erste ausländische Macht mit dem neuen Regime einen Vertrag, der die Konfessionsrechte der katholischen Kirche, insbesondere der katholischen Schulen, weiterhin gewährleistete. Dafür hatte Rom in den Verhandlungen dem Verbot einer politischen Tätigkeit katholischer Geistlicher zugestimmt und damit dem Zentrum als politischer Partei des Katholizismus die Grundlage entzogen. Die Parteiführung gab Anfang Juli resigniert auf, nachdem in Bayern etliche Parteifunktionäre von der politischen Polizei verhaftet worden waren, und löste das Zentrum auf. Am 14. Juli, nur ein halbes Jahr nach der Machtübernahme, erließ die Reichsregierung das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien", das die NSDAP zur einzigen Partei in Deutschland erklärte.

Gesetz gegen die Neubildung von Parteien

vom 14. Juli 1933

§ 1. In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

§ 2.Wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrechtzuerhalten oder eine neue politische Partei zu bilden, wird [...] mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft [...]

Wolfgang Michalka (Hg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1, dtv, München 1985, S. 43

Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat

vom 1. Dezember 1933

§ 1. Nach dem Sieg der Nationalsozialistischen Revolution ist die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unlöslich verbunden.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 2. Zur Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei und der SA. mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers und der Chef des Stabes der SA. Mitglied der Reichsregierung.

§ 3. Den Mitgliedern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der SA. (einschließlich der ihr unterstellten Gliederungen) als der führenden und bewegenden Kraft des nationalsozialistischen Staates obliegen erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat.

Sie unterstehen wegen Verletzung dieser Pflichten einer besonderen Partei- und SA.-Gerichtsbarkeit.

Der Führer kann diese Bestimmungen auf die Mitglieder anderer Organisationen erstrecken.

§ 4. Als Pflichtverletzung gilt jede Handlung oder Unterlassung, die den Bestand, die Organisation, die Tätigkeit oder das Ansehen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angreift oder gefährdet, bei Mitgliedern der SA. (einschließlich der ihr unterstellten Gliederungen) insbesondere jeder Verstoß gegen Zucht und Ordnung. [...]

§ 8. Der Reichskanzler erläßt als Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und als Oberster SA.-Führer die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften [...]

Walther Hofer (Hg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1965, S. 61f.

Manipulierte Wahlen

am 12. November 1933

Karl Dürkefälden, geb. 1902, ein Maschinenbautechniker aus Hämelerwald bei Hannover, beschreibt in seinen Tagebuchaufzeichnungen auch die Auswirkungen der politischen Entwicklung von 1932 bis 1945 auf sein unmittelbares Lebensumfeld. Die letzte Reichstagswahl und den gleichzeitigen Volksentscheid gegen den Young-Plan erlebt er folgendermaßen:

[...] Am 12. November 1933 war die letzte Reichstagswahl und der Volksentscheid. Die Regierung war aus dem Völkerbund ausgetreten und legte dem Volke die Frage vor, ob es diesen Schritt billige. Eine riesige Reklame machte die Regierung und die Partei. Täglich tausende von Wahlversammlungen, schrieb die Zeitung. Die Leute kriegten Propagandazettel ins Haus gebracht, die sollten sie an die Fenster kleben. „Stimme mit Ja" stand darauf. Man hatte die Fenster tatsächlich ganz bunt gemacht in den Dörfern und Städten am Wahltage, auch Leute, die mit der Partei nicht auf gutem Fuße stehen. Als ich in Peine einkaufte, kriegte ich dieselben Zettel mit eingepackt. [...]

Beim Volksentscheid hieß es: für Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung, auch schrieben die Zeitungen: für Freiheit und Brot usw. Es drehte sich um den Austritt aus dem Völkerbund. Einen Krieg zöge das nicht nach, behauptete die Regierung, und die Fragen waren so gestellt, daß nur ein „Ja" darauf folgen konnte. Trotzdem waren in Hämelerwald zwölf Nein-Stimmen und zwei ungültige.

Auf dem Zettel für den Volksentscheid waren zwei Kreise, ja, nein. Auf dem Zettel für die Reichstagswahl war nur ein Kreis für die Ja-Stimme; es war nur eine Partei zugelassen. Als die Wahl vorüber war, hatte man in Hämelerwald nur zwei ungültige Stimmen; die andern sollten für die Partei gestimmt haben. Dann mußten ja meine Frau und ich die einzigen gewesen sein, die nicht für die Partei gestimmt hatten. Ich kannte aber mehr. Gerda machte mehrere Striche quer über den Zettel und ich einen Strich. Auf einem der Zettel hat aber „Nein" gestanden, wie mir H. Schwenke, der bei dem Zählausschuß war, erklärte. Einige Tage später erzählte mir Willi Greve, daß vor der Wahl im „Hann[overschen] Anzeiger" eine Notiz gestanden haben soll, wonach man alle Zettel, auf den[en] überhaupt kein Zeichen stände, nicht als ungültig, sondern als „Ja" zählen wolle, außerdem alle, die irgendwie ein Zeichen hatte[n].

[Anmerkung: Ha (Hannoverscher Anzeiger)] vom 11. November, Stadtbeilage: „Der Wahlzettel vom 12. November": „Eine einzige Liste wird ihm [dem Wähler] vorgelegt, und die einzige Entscheidung, die er nunmehr noch zu treffen hat, besteht lediglich darin, ob er gewillt ist, ihr sein Kreuz zu geben. Die klare Frage der Reichsregierung nach der Billigung ihrer Politik heischt auch eine klare Antwort. Sie kann nicht anders lauten als: Ja! Die Einheitsliste zur Reichstagswahl stellt an den Wähler eine gleich klare Frage, ob er den auf dieser offiziellen Liste angegebenen Kandidaten seine Stimme geben will. Auch hier ist die Antwort nicht schwer. Das Kreuz gehört in das offene Feld, das auf gleicher Höhe mit dem Namen Adolf Hitlers steht".]

Was sollte man da noch mit dem Zettel machen? Werger sagte mir, er wäre mit seiner Frau des morgens zur Wahl gegangen, da hätte man ihm gesagt: „Mal' Dein Kreuz man gleich hier hin, das Ding dahinten ist für Leute, die nicht zeigen mögen, was sie gewählt haben". Er mußte also wohl oder übel für die Partei stimmen. A. Grebenstein wählte in Hannover. Er behauptet, da sei der Schutz nur so gewesen, daß er hätte sehen können, was die Leute vor ihm gewählt haben. Zu alten Frauen, die nicht kommen konnten [...] oder wollten, ging man zu Zweien und ließ sich die „Ja" auf die Zettel machen [...].

Das Peiner Wahlverhältnis war etwa wie in Hämelerwald, mehr Stimmen für die Partei als für den Austritt aus dem Völkerbund. 93 % ungefähr stimmten für die Partei. Wenn die Zählung mit rechten Dingen zugegangen wäre, betrügen die Parteistimmen höchstens 80 % trotz aller Reklame. Es haben sich jetzt wohl schon viele mit der neuen Richtung ausgesöhnt. [...]

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), „Schreiben, wie es wirklich war ...". Die Aufzeichnungen Karl Dürkefäldens aus der Zeit des Nationalsozialismus, Hannover 1985, S. 75ff.

Bücherverbrennung

Doch nicht nur die Parteien passten sich der politischen Entwicklung an. Auch innerhalb der Gesellschaft gab es viele Initiativen, die den „nationalen Aufbruch", den sie mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler zu erkennen glaubten, nach Kräften unterstützten. Am Abend des 10. Mai 1933 organisierten Studenten in allen Universitätsstädten als „Aktion wider den undeutschen Geist" öffentliche Bücherverbrennungen von Autoren wie Albert Einstein, Sigmund Freud, Erich Kästner, Bert Brecht, Kurt Tucholsky, Erich Maria Remarque, Alfred Döblin, Stefan Zweig oder Heinrich Heine, der schon 1821 geschrieben hatte: „Wo man Bücher verbrennt, dort verbrennt man am Ende auch Menschen". Die Ideen der Aufklärung, der Französischen Revolution und des Humanismus galten der völkischen Rechten als „jüdisch-liberal", die aus dem Gedankengut einer „deutschen Volksgemeinschaft" zu löschen seien. Joseph Goebbels, der die Initiative zu den öffentlichen Bücherverbrennungen förderte, hatte bereits am 1. April im Rundfunk über die nationalsozialistische Revolution verkündet: „Damit wird das Jahr 1789 aus der deutschen Geschichte gestrichen."

Kritische und jüdische Journalisten wurden im vorauseilenden Gehorsam von vielen Zeitungen entlassen, durch ein sogenanntes Schriftleitergesetz wurde die Presse unter staatliche Aufsicht gestellt. Wer sich künstlerisch oder publizistisch betätigen wollte, musste der von Goebbels kontrollierten Reichskulturkammer angehören. Die Mitglieder der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste ließen gehorsam den Ausschluss von Heinrich Mann, Alfred Döblin, Jakob Wassermann und anderen geschehen – mit der rühmlichen Ausnahme von Ricarda Huch, die daraufhin ihren Austritt erklärte.

Nicht zuletzt müssen die unzähligen örtlichen Vereine erwähnt werden, ob Sport-, Gesangs-, Schützenverein oder die lokale Feuerwehr, die allesamt im Laufe des Jahres 1933 den „Arierparagraphen" in ihr Vereinsstatut übernahmen, das heißt die jüdischen Mitglieder aus ihren Vereinen ausschlossen. Unter vielen anderen erklärte auch der Vorstand des Deutschen Fußballverbandes am 19. April 1933, dass ein „Angehöriger der jüdischen Rasse ebenso auch Personen, die sich als Mitglieder der marxistischen Bewegung herausgestellt haben, in führenden Stellungen der Landesverbände nicht für tragbar" gehalten werden könnten und die Vereinsvorstände daher aufgefordert würden, die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Der bekannte Nationalspieler Julius Hirsch trat daraufhin aus dem Karlsruher Fußballclub aus; Alfred Meyers legte den Vereinsvorsitz in Frankfurt nieder; der Verbandspionier und Herausgeber des „Kickers", Walther Bensemann, emigrierte noch im April in die Schweiz.

Kirchen

Die katholische Kirche, die vor 1933 noch ihren Priestern verboten hatte, Mitglied der NSDAP zu werden, war durch das Konkordat, das sie mit der Hitler-Regierung abgeschlossen hatte, mit dem NS-Regime vertraglich verbunden und hoffte, dadurch ihre bisherige Unabhängigkeit bewahren zu können. Das katholische Milieu, das sich vor allem in Bayern lange Zeit als recht resistent gegenüber dem Nationalsozialismus erwiesen hatte, öffnete sich erkennbar in den Reichstagswahlen im März 1933. Auch unter der katholischen Bevölkerung gewann der Nationalsozialismus an Zustimmung, obwohl zum Beispiel in den katholischen Jugendverbänden nach wie vor der Wille zur Selbstbehauptung stark war.

Demgegenüber hatten zahlreiche protestantische Wähler der NSDAP schon in der Weimarer Republik ihre Stimmen gegeben, evangelische Pastoren hatten für sie geworben. Der bekannte protestantische Berliner Bischof Otto Dibelius, der später Mitglied der Bekennenden Kirche wurde, schrieb zu Ostern 1933 an die Pastoren seiner Provinz in einem vertraulichen Rundbrief, dass für die Motive, aus denen die völkische Bewegung hervorging, „wir alle nicht nur Verständnis, sondern volle Sympathie haben. Ich habe mich trotz des bösen Klanges, den das Wort vielfach angenommen hat, immer als Antisemiten gewusst. Man kann nicht verkennen, dass bei allen zersetzenden Erscheinungen der modernen Zivilisation das Judentum eine führende Rolle spielt."

Doch die Zuversicht der NS-Führung auf rasche „Gleichschaltung" auch der protestantischen Kirchen trog. Der Versuch, den Königsberger Pfarrer Ludwig Müller zum Reichsbischof zu ernennen und damit eine politisch konforme zentrale Leitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche zu installieren, stieß auf

Bundesarchiv, Bild 183-B0527-0001-776

Beschlagnahmte Bücher als „undeutsch" erklärter Schriftsteller werden im Mai 1933 gesammelt und auf dem Opernplatz in Berlin verbrannt.

ullstein bild

Reichstagung der NS-nahen evangelischen Gruppierung „Deutsche Christen" im Berliner Sportpalast im November 1933

das innerkirchliche Beharrungsvermögen zugunsten der traditionellen föderalen Struktur. Als die nationalsozialistischen Eiferer unter den Protestanten, die sich „Deutsche Christen" nannten, im November 1933 auf einer Großkundgebung lauthals die Abschaffung des Alten Testaments und der angeblich jüdischen Theologie des Paulus forderten, gründeten evangelische Pastoren einen Notbund.

Im Mai 1934 versammelten sich Vertreter aus allen evangelischen Glaubensgemeinschaften in Barmen zu einer Bekenntnissynode, auf der an der Heiligen Schrift als unantastbarem Fundament des Glaubens festgehalten wurde. Insbesondere der Theologe Karl Barth trat mit unmissverständlichen Stellungnahmen gegen jeden Versuch, den protestantischen Glauben nationalsozialistisch zu instrumentalisieren, hervor. Die evangelischen Gemeinden, in denen es zahlreiche Anhänger des Nationalsozialismus gab, wurden damit gespalten, mitunter sogar zerrissen, auch wenn sich die große Mehrheit der Kirchenmitglieder weder den Deutschen Christen noch den Bekenntnischristen anschlossen, sondern ihren christlichen Glauben durchaus mit ihrer Zustimmung zum Regime verbinden konnten.

Entmachtung der SA

Die einzige tatsächliche Bedrohung des Regimes kam von innen. Die SA, 1933 mit rund zwei Millionen Mitgliedern um etliches größer als die Reichswehr, die laut Versailler Vertrag nicht mehr als 100 000 Soldaten umfassen durfte, stellte einen virulenten Unruheherd dar, zumal zahlreiche SA-Angehörige, die sich mit der Machtübernahme auch persönliche Vorteile, vor allem einen Arbeitsplatz im neuen Staat, erhofft hatten, noch leer ausgegangen waren. Darüber hinaus existierte im SA-Führerkorps, dessen Chef Ernst Röhm zu den frühen Förderern und langjährigen Weggefährten Hitlers zählte, die Vorstellung, die SA könne als braune Volksarmee die Reichswehr ablösen. Zwar kursierte das Wort von der zweiten Revolution, aber an einen Putsch dachte in der SA-Führung niemand.

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

Neben konservativen Persönlichkeiten wird der SA-Chef Röhm (links im Bild) im Juni 1934 als Gefahr für den alleinigen Machtanspruch des „Führers" ermordet.

Außerdem kriselte das Regime zu Beginn des Jahres 1934, weil der Schwung der anfänglichen Begeisterung dem nüchternen Alltag wich. Insbesondere im bürgerlich-konservativen Lager kamen, nachdem die Deutschnationalen als Machtfaktor weggebrochen waren, Befürchtungen auf, das NS-Regime könne doch noch zu einer braunen Diktatur der Massen werden. Im Juni 1934 hielt Vizekanzler von Papen eine von Edgar Jung, einem seiner engagiert „jungkonservativen" Mitarbeiter geschriebene Rede, in der er Korruption, Charakterlosigkeit und Anmaßung der neuen NS-Machtelite anprangerte.

Mit einem entschlossenen Zugreifen erhoffte sich Hitler, sowohl die SA als Machtzentrum wie auch eine mögliche konservative Opposition zu liquidieren und dabei gleichzeitig das Militär eng an das NS-Regime zu binden. Göring, SS-Chef Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich, der mittlerweile zum Chef der preußischen Geheimen Staatspolizei ernannt worden war, betrieben eifrig die Ausschaltung ihrer Machtkonkurrenten. Am 30. Juni 1934 nahmen SS- und Polizeieinheiten in Anwesenheit von Hitler, der persönlich angereist war, die SA-Führung in Bad Wiessee fest und ermordeten sie. Zugleich wurden anhand vorbereiteter Listen in Berlin und in anderen Städten hohe SA-Führer, aber auch Personen wie Edgar Jung, Papens Privatsekretär Herbert von Bose, der Leiter der Katholischen Aktion Erich Klausener, der ehemalige bayerische Generalstaatskommissar und Verbündete beim Putsch im November 1923, Gustav Ritter von Kahr, der ehemalige Reichskanzler und Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher sowie dessen Mitarbeiter Generalmajor Ferdinand von Bredow und der einstige innerparteiliche Gegner Gregor Strasser erschossen. Insgesamt fielen etwa 300 Menschen den Morden zum Opfer. Hitler ließ am 3. Juli im Nachhinein per Gesetz die „vollzogenen Maßnahmen als Staatsnotwehr für rechtens" erklären, nicht zuletzt unterstützt vom Staatsrechtler Carl Schmitt, der unter dem Titel „Der Führer schützt das Recht" die staatlichen Morde nachträglich in einem Artikel juristisch rechtfertigte.

Das Bürgertum zeigte sich erleichtert, dass nun anscheinend Ordnung geschaffen wurde, und die Reichswehr war zufrieden, da sie sich in ihrem Anspruch als „einziger Waffenträger der Nation" bestätigt sah. Die Hamburger Lehrerin Luise Solmitz rühmte in ihrem Tagebuch, was Hitler „in München geleistet hat an persönlichem Mut, an Entschluss- und Schlagkraft, das ist einzigartig". Auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg verglich die staatlich angeordneten Morde mit dem Platzen einer Eiterbeule, mit dem endlich klare Verhältnisse geschaffen worden seien. Von keiner Seite, auch nicht von den Kirchen, wurden die Morde missbilligt, obwohl sich Offiziere ebenso wie der katholische Politiker Klausener unter den Opfern befanden.

Als Reichspräsident Hindenburg wenige Wochen später im Alter von 86 Jahren am 2. August starb, entwarf die Reichswehrführung aus eigener Initiative eine neue Eidesformel, mit der alle Soldaten nicht mehr auf die Verfassung oder das Vaterland, sondern auf den „Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler" vereidigt wurden, dem „unbedingter Gehorsam" zu leisten sei. Am 19. August 1934 stimmten nahezu 90 Prozent in einer Volksabstimmung, die allerdings nicht mehr frei und kaum noch geheim war, zu, dass Hitler nunmehr die Ämter des Staatsoberhauptes, Reichskanzlers, Parteiführers und Obersten Befehlshabers in seiner Person vereinigte. Der „Führerstaat" war konstituiert.

Michael Wildt

„Volksgemeinschaft“

Durch Einbindung aller Gesellschaftsgruppen und „Gleichschaltung“ von Presse und Rundfunk versucht das Regime, die Bevölkerung zu vereinnahmen. Propaganda, tatsächliche und angebliche Erfolge in Politik und Wirtschaft sowie Gemeinschaftsaktionen sollen Zuversicht und ein Gefühl von Zugehörigkeit vermitteln. Wer nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ ist, erlebt Ausgrenzung und Benachteiligung.

bpk

Drohung oder Versprechen? Ein Plakat zur Anwerbung von Mädchen zwischen zehn und 13 Jahren bei den „Jungmädeln“

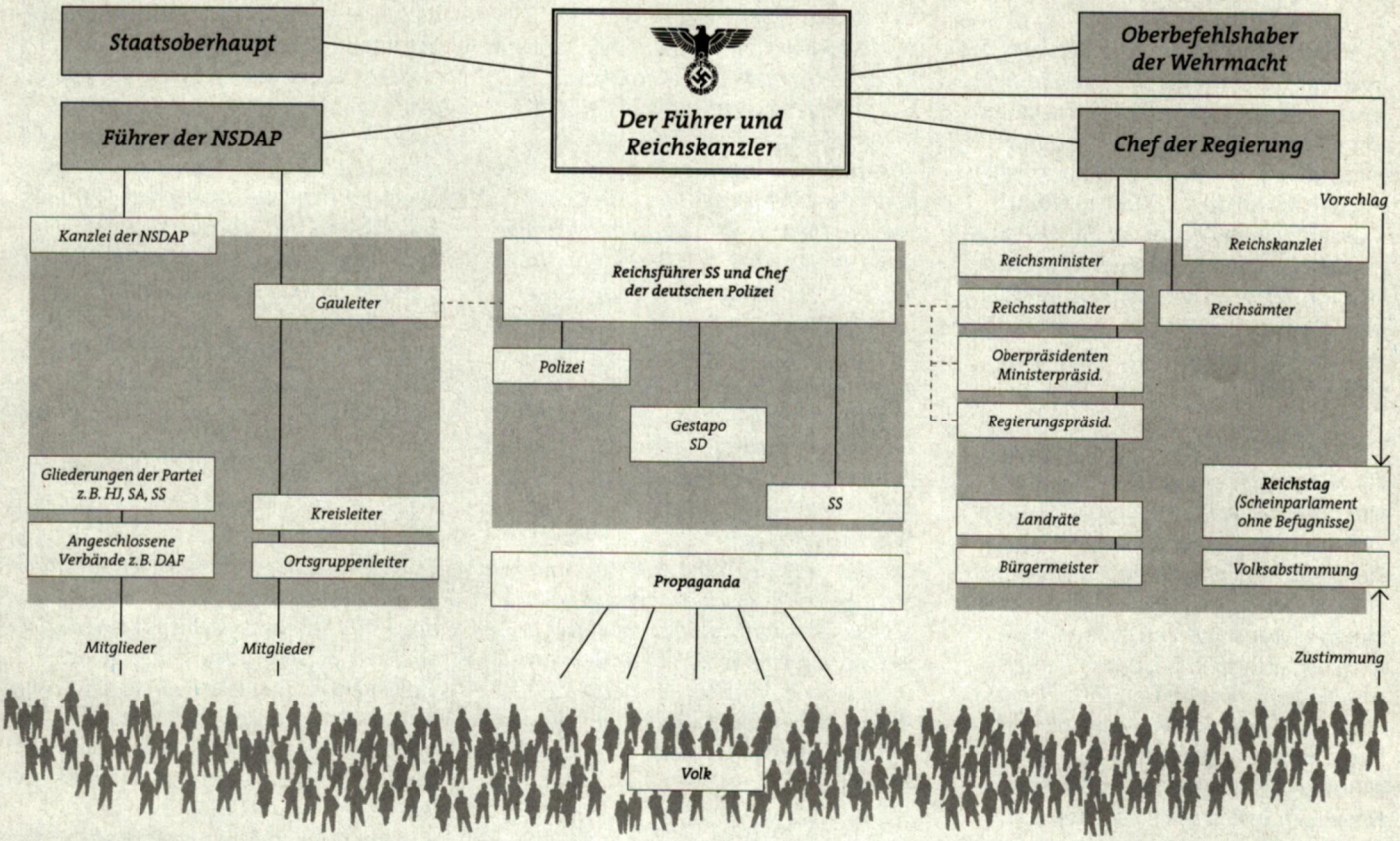
Die Umwälzungen der Jahre 1933/34 hatten Staat und Gesellschaft grundlegend verändert. Alle Parteien bis auf die NSDAP waren aufgelöst, die Gewerkschaften zerschlagen, der Rechtsstaat durch die Reichstagsbrandverordnung ausgesetzt, die parlamentarische Demokratie beseitigt. Das Reichskabinett tagte nur noch sporadisch. Stattdessen organisierte der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, die Gesetze im Umlaufverfahren, indem die beteiligten Ministerien nacheinander ihre Zustimmung gaben, wobei Hitler stets das entscheidende Wort hatte. Ähnlich war auf der Länderebene die politische Gewalt auf die Reichsstatthalter übergegangen, die in Personalunion meistens zugleich die NSDAP-Gauleiter waren. Diese langjährigen Parteikämpfer bildeten den tatsächlichen Machtkern der NSDAP, auf sie stützte sich Hitler in seinen wichtigen politischen Entscheidungen.

Die NSDAP baute eigene politische Strukturen auf, die zum Teil mit den staatlichen verklammert waren, zum Teil neben ihnen her und über sie hinweg existierten. So wurde Heinrich Himmler als Reichsführer SS und damit Führer einer Gliederung der NSDAP 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei und sorgte in den kommenden Jahren dafür, dass dieses zentrale Exekutivinstrument ein von der SS gelenktes und durchdrungenes Herrschaftsmedium des NS-Regimes wurde. Joseph Goebbels lenkte als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sowie als Präsident der Reichskulturkammer den öffentlichen Diskurs, Presse, Rundfunk, Film und Kunst, in einem Ausmaß, das noch wenige Jahre zuvor in der kulturellen Vielfalt der Weimarer Republik kaum denkbar gewesen wäre. Zudem blieb er als Gauleiter von Berlin gerade in der Reichshauptstadt ein zentraler politischer Akteur, der insbesondere die Verfolgung der Juden immer wieder antrieb. Hermann Göring vereinigte in seiner Person nicht nur die Funktion des mächtigen Ministerpräsidenten Preußens als größtem und wichtigstem Land des Deutschen Reiches. Er war zudem Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Reichsluftfahrtminister und wurde 1936 zunächst zum Rohstoff- und Devisenkommissar, dann zum Beauftragten des Vierjahresplans ernannt. Damit errang er faktisch, obwohl es nach wie vor einen Reichswirtschaftsminister gab, die Rolle eines Wirtschaftsdiktators, der die Wirtschaft auf den Krieg ausrichtete und die Ausplünderung der Juden in Deutschland wie später in den besetzten Gebieten organisierte.

Diese Parallel- und Sonderstrukturen sorgten dafür, dass es innerhalb des Herrschaftsgefüges des NS-Regimes zu Machtrivalitäten, Kompetenzgerangel und Ämterwirrwarr kam. Albert Speer zum Beispiel, den Hitler zu seinem Lieblingsarchitekten erkor und dem er die Zukunftsplanung für die Reichshauptstadt übertrug, stand in einer steten Auseinandersetzung mit der Berliner Verwaltung und dem Oberbürgermeister Julius Lippert, die dieser bezeichnenderweise verlor und die 1940 zu dessen Rücktritt führte.

Ohne die Bereitwilligkeit der alten Eliten, das nationalsozialistische Regime zu stützen, wären die neuen Herrscher sicher rasch an ihr Ende gelangt. Die Militärs erhofften sich einen starken Ausbau der Rüstung und eine Militarisierung der Gesellschaft, die den „Wehrgedanken“ in den Mittelpunkt stellte. Die Unternehmer waren selbstverständlich mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen einver-

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 500 88

standen und erwarteten, dass ihre autoritäre Befehlsgewalt im Betrieb wieder ungehindert zur Geltung kam. Die Bürokratie sah sich zwar mit neuen politischen Strukturen konfrontiert, wurde aber vom NS-Regime von den rechtsstaatlichen Einschränkungen befreit und glaubte, nun endlich nach eigenem Gutdünken walten zu können. Der junge preußische Beamte Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, der sich später zu einem Gegner Hitlers wandelte, am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt war und deswegen hingerichtet wurde, hatte in einer Denkschrift im April 1933 gefordert, dass sich die Beamten der Zukunft als „eine Streitmacht von politischen Kämpfern“ verstehen sollten. Noch bestanden formalrechtliche Verwaltungsstrukturen parallel zu den politisch dominierten. Aber insbesondere die Verfolgung der Juden eröffnete selbst Finanzbeamten einen „Ermöglichungsraum“, der die bisherige rechtsstaatliche Ordnung, die ihren Bürgern gleiche Rechte und Pflichten einräumt, zerstörte und Juden, aber auch Roma und Sinti, sogenannte Asoziale, kranke und behinderte Menschen zu Bürgern zweiter Klasse herabminderte, die der Verfolgung schutzlos ausgeliefert waren.

Die Herrschaftsstruktur des „Führerstaates“ war durchaus vielgestaltig, rivalisierend, auch überschneidend und widersprüchlich. Eine einheitliche, feste und überschaubare Ordnung von Regierung und Verwaltung wurde nie erreicht. Doch bedeutete dies keineswegs zwangsläufig Chaos und Schwäche des Systems. Vielmehr konnte die Einsetzung von „Kommissaren“ und „Sonderstäben“ immer wieder zu einem Abbau traditioneller Hierarchien, Verkürzung von Verwaltungswegen, Verstärkung von Kooperation unterschiedlicher Institutionen und damit zur Effizienz und Mobilisierung von Ressourcen beitragen. So sehr auch Machtkämpfe innerhalb des nationalsozialistischen Apparates, Kompetenzkonflikte zwischen wirtschaftlichen oder staatlichen Entscheidungsträgern mit der NSDAP die Politik bestimmten, so stark bestand die Fähigkeit des NS-Regimes gerade darin, daraus immer wieder eine Handlungsoption abzuleiten. Der britische Historiker Ian Kershaw hat die Bereitschaft so vieler verschiedener Institutionen zur Mitarbeit mit dem Willen, „dem Führer entgegen zu arbeiten“ begründet. Gerade die „Un“-Ordnung des NS-Regimes öffnete dem Engagement und der Handlungsbereitschaft viele Möglichkeiten, stets im Glauben, mit dem eigenen Tun im System aufzusteigen und zum Gelingen des Ganzen beizutragen.

Zusammengehalten wurde diese polykratische Struktur des NS-Regimes durch den „Führer“, der an der Spitze von Staat und Gesellschaft stand und uneingeschränkte Entscheidungsmacht besaß. Kaum einem anderen Politiker des 20. Jahrhunderts ist es wie Hitler gelungen, die Sehnsüchte von Menschen nach sozialer und politischer Ordnung im Glauben an seine Person als „Führer“ zu binden, die traditionellen Eliten auf sich zu verpflichten und in den unvermeidlichen Machtkämpfen und Interessenskämpfen als entscheidende Instanz zu fungieren. Auf den „Führerwillen“ beriefen sich alle Machtträger des Regimes; auf Hitlers Wort kam es an, wenn Rivalitäten zu klären und Entscheidungskonflikte zu lösen waren. Hitler besaß eine Machtstellung im NS-Regime, die, gerade weil sie von der weitgehenden Zustimmung der Bevölkerung getragen war, sicher einzigartig war.

Charismatische Herrschaft oder Terrorsystem?

Von Max Weber, einem Gründervater der Soziologie, stammt die Unterscheidung der drei reinen Typen der legitimen Herrschaft: der traditionalen, der rational-bürokratischen und der charismatischen. Letztere hängt an der Ausstrahlung einer einzelnen Person. Ist der NS-Staat ein Fall charismatischer Herrschaft? Oder hielt ihn Terror zusammen? Die Historiker Hans-Ulrich Wehler, Ludolf Herbst und der Soziologe M. Rainer Lepsius nehmen Stellung.

[...][A]uch 65 Jahre nach dem Untergang des NS-Staates konkurrieren denkbar unterschiedliche Deutungen der Diktatur und ihres „Führers" miteinander. [...] Zuletzt hat Ian Kershaw in seiner zweibändigen Hitler-Biographie den Weberschen Idealtypus der charismatischen Herrschaft effektiv genutzt, um mit einer schlüssigen Interpretation Hitlers Sonderstellung in einer rational kontrollierbaren Form zu erfassen. [...]

Webers Idealtypus der charismatischen Herrschaft besitzt wie eine Ellipse zwei Brennpunkte. Im ersten Zentrum steht das kriegerische, rhetorische, religiöse, politische Sondertalent des Charismaträgers, der dank einer existentiellen Krise aufsteigt und sich dann als Retter in der Not bewähren muss. Sein Personalcharisma prägt die durch eine „Gesinnungsrevolution", die Metanoia, zusammengeführte, auf persönlicher Loyalität beruhende charismatische Gemeinschaft seiner gläubigen Anhänger. Die Verwaltungsstäbe werden nicht auf der Grundlage sachlicher Qualifikation, sondern durch das persönliche Vertrauen des Charismatikers gebildet. Der Konkurrenzkampf rivalisierender Machtzentren erzeugt ein polykratisches System, in dem er die letztinstanzliche Entscheidungskompetenz gewinnt oder doch die Schiedsrichterrolle besetzt.

Das zweite Zentrum besteht aus der Zuschreibung charismatischer Fähigkeiten durch die Gesellschaft (jedenfalls wachsender Segmente von ihr), die dank der politischen Kultur des Landes die Neigung gespeichert hat, großen Persönlichkeiten ihr politisches Geschick namentlich in Krisensituationen anzuvertrauen. Diese Zuschreibungsbereitschaft ist mindestens ebenso wirksam wie die Aura des charismatischen Sondertalents. Insofern kommt es bei der Interpretation charismatischer Herrschaft stets darauf an, die erwartungsvolle, durch einen Vertrauensvorschuss gestützte Zuschreibung hoch zu gewichten. Darauf zielt auch Kershaws Schlüsselzitat ab, dem „Führer entgegen zu arbeiten". [...]

Tatsächlich konnte [...] nur die charismatische Herrschaft Hitlers die Destruktivkräfte der Epoche auf so fatale Weise bündeln – fast bis zum Ende von der Zustimmung einer Mehrheit in der deutschen Gesellschaft getragen. Die These von der Messias-Erfindung durch einige strategisch platzierte Helfershelfer, damit auch von der erfolgreichen manipulatorischen Propaganda verfehlt das Phänomen Hitler und den Nationalsozialismus ganz und gar. Sie lenkt nicht nur von einer begriffsscharfen Analyse der Führerdiktatur ab, sondern auch von der unverändert irritierenden Zustimmungsbereitschaft all jener, die das Charisma beharrlich, ja fanatisch zuzuschreiben bereit waren. Dass so viele Deutsche in erster Linie von einer geschickten Propaganda für den Messias verführt worden seien, läuft daher letztlich auf eine verblüffende Verharmlosung der politischen Antriebskräfte der deutschen Gesellschaft in den fatalen Jahren zwischen 1920 und 1945 hinaus.

Hans-Ulrich Wehler, „Kräfte einer trübseligen Figur. Die Diktatur fand reale Zustimmung", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2011

[...] Für die Historiker stellte sich in Bezug auf die Person Hitlers die Frage, wie ein so durchschnittlich begabter und nach allen bürgerlichen Leistungskriterien zu wenig Hoffnungen berechtigender Mensch eine so große, wenn auch verhängnisvolle Wirkung hatte entfalten können. Die Antwort suchten sie in einer Analyse der komplexen wechselseitigen Beziehungen zwischen der Person Hitlers und den bürokratischen Apparaten, die den totalen Staat, an dessen Spitze Hitler seit 1933 stand, in allen Lebensbereichen prägten und durchdrangen. Im Rahmen der Totalitarismusforschung wurde die Aufmerksamkeit auf den Propaganda- und Terrorapparat gelenkt. Strukturgeschichte wurde mit biographischen Ansätzen verknüpft, denn so viel lässt sich in der Moderne für jedes Gesellschafts- und Staatssystem sagen: Auf sich allein gestellt, bleibt selbst der mächtigste Politiker machtlos. Die Charakterisierung Hitlers als „schier omnipotenter charismatischer Führer" (Wehler) haben NS-Forscher wie Karl Dietrich Bracher, Martin Broszat oder Hans Mommsen aus gutem Grund vermieden. [...]

Die Charakterisierung der Hitler-Diktatur als charismatische Herrschaft geht in die Irre, weil sie die Propagandafassade, die die NSDAP zur Legitimierung ihrer Herrschaft errichtete, für die Wirklichkeit nimmt. Die von der Propaganda behauptete und heute vielfältig nachgebetete unmittelbare emotionale Beziehung zwischen Führer und Volk war doch gerade darauf angelegt, die komplexe und mit gravierenden Problemen behaftete gesellschaftliche Wirklichkeit im sogenannten „Dritten Reich" zu überblenden. Wenn der Historiker diesem Trugbild folgt, entgeht ihm – um das Mindeste zu sagen – der zentrale Aspekt des nationalsozialistischen Herrschaftssystems: die Bürokratisierung und Durchdringung aller Lebensbereiche mit Kommandostrukturen. Sie sollten sicherstellen, dass die politische Führung ihre irrwitzigen, jeder Vernunft und Humanität widersprechenden und weit über die Kraft Deutschlands hinausgehenden Ziele verfolgen konnte.

Dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Leistung zwang die NS-Führung dazu, alle Lebensbereiche mit einem Netz von Lenkungsbehörden zu überziehen. Hitler persönlich spielte in diesem Netzwerk gewiss eine zentrale Rolle – nicht aber als Person und Charismaträger, sondern als Appellationsinstanz. Das Funktionieren eines solchen komplexen Systems ließ sich nur gewährleisten, wenn Hitlers Rolle vollständig entpersönlicht wurde. Der Führer wurde zum Prinzip.

Das „Dritte Reich" war eine Führer-Diktatur nicht, weil „der" Führer an ihrer Spitze stand, sondern weil auf allen Ebenen das Führerprinzip galt. Das Gesamtsystem ist daher gerade nicht von dem einen Führer her zu verstehen, sondern von der Vielzahl der Führer und Unterführer her, die an allen Knotenpunkten plaziert waren. Um sich in diesem System zurechtzufinden, benötigte schon der Zeitgenosse ein Führer-Lexikon, das wie ein Telefonbuch in ständig aktualisierter Form für jeden Lebens- und Funktionsbereich herausgegeben wurde. Die wichtigeren dieser Führer-Funktionäre waren in mehrere Hierarchien gleichzeitig eingebunden. So ließ sich, die Konzentrationslager im Rücken, der Einfluss der SS und der Partei auf allen Ebenen sicherstellen.

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem mit seiner monolithischen Fassade war ebenso komplex wie labil. Es wäre daher völlig falsch anzunehmen, darin habe nur ein Wille, nämlich der Adolf Hitlers, gegolten und man habe diesem „entgegen gearbeitet". Vielmehr wies diese Machtstruktur eine Tendenz auf, sich zu einem Diadochensystem zu entwickeln. Wenn man daher vom „Führerstaat" spricht, ist dies nur gerechtfertigt, wenn

man den Plural mitdenkt und den Blick auf das Führer-Prinzip richtet und nicht auf die Person des Führers an der Spitze.[...]

Ludolf Herbst, „Nicht Charisma, sondern Terror. Der Propagandafassade entsprach keine Wirklichkeit", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2011

[...] Es empfiehlt sich, Max Weber, der den Begriff der charismatischen Herrschaft vor dem Ersten Weltkrieg prägte, genauer zu konsultieren. Dort wird man lesen können, dass „Charisma" die „außeralltägliche Eigenschaft" einer Persönlichkeit heißen soll, die von Kräften ausgeht, die letztlich „gottgesandt" sind. Ihretwegen wird der Charismatiker als vorbildlicher Führer bewertet. Die Faszination durch die prätendierte Mission verbindet sich mit der Faszination durch die Person. Charisma hat dabei begrifflich keine positive Konnotation. Auch ein so durchschnittlicher und verbrecherischer Mensch wie Adolf Hitler kann Charisma haben.

Der Charismatiker steht im Dienst von „transzendentalen Mächten", im Falle Hitlers der „Vorsehung", und hat eine „Mission", im Falle Hitlers die Erneuerung der Weltgeltung Deutschlands. Die Parole der Kampfzeit hieß dementsprechend: „Deutschland, erwache!" Für viele Zeitgenossen war Hitler auch ein „Erweckungserlebnis". Die Anerkennung des Führers ist nicht nur die persönliche Verehrung, sie ist – wie Weber sagt – „Pflicht", nämlich eine Verpflichtung auf die Ideale, die der Charismatiker zu erfüllen verspricht.

Die charismatische Beziehung ist eine zweiseitige. Derjenige, der Charisma zu haben prätendiert, muss seinen Anspruch bewähren, bei Hitler in der Kampfzeit zunächst durch Erfolge bei Großkundgebungen durch seine Rhetorik, später durch Wahlerfolge [...]. Nach der Machtergreifung bewährten sich der charismatische Anspruch einerseits über den Rückgang der Arbeitslosigkeit (wobei die Kausalität von Hitlers Maßnahmen irrelevant ist) und die außenpolitischen Erfolge, die faktisch die Außerkraftsetzung des Versailler Friedensvertrages bedeuteten.

Diese beruhen auf der von Hitler getragenen Bereitschaft zum Hazard, zum Risiko eines Krieges. Das war weder Rhetorik noch von der Bevölkerung gewollt. Zu Beginn des Krieges dienten die militärischen Siege als Bewährungsproben (wobei es wiederum irrelevant ist, ob sie durch Hitlers Entscheidungen erreicht wurden). Ein in diesem Sinne bewährtes Charisma ist nicht die Erfindung manipulativer Propaganda, sosehr diese auch zur Verbreitung des Glaubens an Hitlers Charisma beigetragen haben mag.

Andererseits erheben die Charismageber auch ihrerseits materielle Ansprüche, die der Charismatiker erfüllen soll. Dies erfolgte zunächst für die jungen arbeitslosen Gefolgsmänner innerhalb der wachsenden Parteiorganisation und ihrer Milizen, später durch Pfründen im Staatsapparat und im Reichsarbeitsdienst, schließlich durch die rasche Ausweitung des Militärs, finanziert durch die Verschuldung des Reichshaushaltes. Nach der Machtübernahme blieben die Löhne eingefroren. An die Stelle der Einkommenserhöhung traten symbolische Maßnahmen: Kraft durch Freude, Winterhilfswerk, Mustersiedlungen.[...]

Die charismatische Beziehung muss von der charismatischen Herrschaft unterschieden werden. Letztere wird durch eine weitgehende Entinstitutionalisierung der geltenden Ordnung realisiert. Personalisierung bedeutet immer auch Entinstitutionalisierung der Herrschaft. Wie Max Weber ausführt, kennt der Verwaltungsstab kein Beamtentum, sondern rekrutiert sich aus den „Jüngern", die das Vertrauen des Führers haben. Es gibt keine feststehenden Behörden. Ad hoc eingesetzte führerunmittelbare Sonderstäbe handeln im direkten Auftrag des Führers. Das dadurch hervorgerufene Verwaltungschaos ist kein Argument gegen die charismatische Herrschaft, sondern gerade ihr Ergebnis: Die Handlungswillkür des Führers soll nicht durch die Zuständigkeiten anderer eingeengt werden. Hitler widersetzte sich rechtsverbindlichen Neuregelungen, etwa einem neuen nationalsozialistischen Strafgesetzbuch oder den Versuchen des Innenministers Frick, eine neue Behördenorganisation durchzusetzen.

Um ein solches Regime zu etablieren, müssen alle ihm entgegenstehenden Institutionen aufgelöst werden. Die Nationalsozialisten handelten entsprechend konsequent und rasch. Vier Wochen nach der Machtübernahme wurde die Notverordnung erlassen, die verfassungsmäßige Bürgerrechte aufhob, und nach weiteren drei Wochen erfolgte das Ermächtigungsgesetz, das die Gesetzgebungskompetenz des Reichstages für vier Jahre suspendierte. Schließlich wurden nach dem Tod von Hindenburg die Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten fusioniert. Der Willkürherrschaft waren keine institutionellen Grenzen gesetzt. Es gab keine Meinungsfreiheit mehr, und die politische Opposition konnte ohne Rechtsschutz sofort kriminalisiert werden. Die charismatische Herrschaft ist mehr als eine bloß emotionale Vergemeinschaftung, sie ist eine Struktur der politischen Herrschaft.

Dabei gilt es zu beachten, dass für die Leitung und die Organisation eines komplexen Industriestaates keineswegs alles nach den Maximen eines charismatischen Herrschaftsverbandes geregelt werden kann. So unterschied schon Ernst Fraenkel zwischen der Regelverwaltung und der Maßnahmeverwaltung. Der Führer musste nicht alles selbst entscheiden, es genügte, dass nichts Wesentliches gegen seine Vetomacht entschieden werden konnte. Er delegierte an die von ihm ausgewählten Vertrauensleute, war deshalb aber kein „schwacher Diktator". Er behielt die ihm für seine „Mission", für Kriegsvorbereitung und „Ausmerzung" der Juden wichtigen Entscheidungen in seiner Hand. Die charismatische Herrschaft beruht keineswegs nur auf dem Charisma des Herrschers oder auf Terror gegen die Opposition.

Der Entscheidungsprozess folgt einem militärischen Modell: hierarchisch gestufte Befehlsgebung mit Gehorsamspflicht durch einen Befehlshaber. Es gibt keine kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung. Schon in der NSDAP gab es keinen Parteirat oder kollegialen Vereinsvorstand. Selbst die von Hitler bestellten Gauleiter durften sich nicht versammeln und beraten. So war es dann auch im Reich: Die Kabinettssitzungen wurden eingestellt, die Willensbildung erfolgte in Einzelgesprächen zwischen Hitler und den jeweiligen Befehlshabern. Die individuellen Zugangschancen zu Hitler und die von ihm häufig nur mündlich gegebenen Einzelanweisungen bestimmten ihr Eigengewicht und das ihrer Verwaltungsstäbe. Insofern gab es auch keine institutionellen Regelungen, um Hitler abzusetzen (wie im Italien Mussolinis). Die Tötung Hitlers war der einzige und illegale Weg, Hitlers Herrschaft zu beenden.[...]

Das Hitler-Regime ist nicht einfach als charismatische Herrschaft zu charakterisieren, das durch einen bedingungslosen Glauben an das persönliche Charisma Hitlers legitimiert wurde. Große Teile der Herrschaftsausübung folgten dem Modell der bürokratischen Herrschaft und dem Legitimitätsglauben an die Gültigkeit der Gesetzmäßigkeit der Anordnungen, ohne auf einen charismatischen Glauben zu rekurrieren.

[...] Wir haben es also zu tun mit einem Mischsystem [...]. Die Persönlichkeit von Adolf Hitler besaß bis zum Kriegsende die Fähigkeit, Zweifelnde und Kritiker (etwa Generäle) im Vier-Augen-Gespräch immer wieder von seinem prätendierten Charisma zu überzeugen.

M. Rainer Lepsius, „Max Weber, Charisma und Hitler", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. August 2011

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

Gegenseitige Begeisterung: Hitler beim „Reichserntedankfest" am 3. Oktober 1937 auf dem Bückeberg bei Hameln

Sprache und Sprachlenkung im Nationalsozialismus

[...] Der NS-Staat [...] brachte als totalitäres Regime sämtliche Informationsmedien unter seine Kontrolle – mit dem Ziel der totalen propagandistischen Durchdringung der Bevölkerung, wie es Hitler schon in „Mein Kampf" gefordert hatte. Abgesehen von den meist von NS-Funktionären verfassten Wörterbüchern, die 1933 in großer Zahl herauskamen (zum Beispiel das ‚Politisches ABC des neuen Reiches', ‚Das ABC des Nationalsozialismus' oder das ‚Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus') wurden daher alle neu erscheinenden, aber auch bestehende Wörterbücher und Enzyklopädien den ideologischen Anforderungen des Dritten Reichs angepasst. [...]

Ein [...] Beispiel: Vergleicht man die Duden-Auflagen vor 1933 mit den Auflagen von 1934 und 1941, so zeigt sich eine markant zunehmende Anzahl neu aufgenommener NS-Vokabeln. In der 11. Auflage von 1934 waren es 180 (wie z.B. Arbeitsfront, Arbeitslager, aufnorden, Deutscher Gruß, Deutsches Jungvolk) und in der 12. Auflage von 1941 bereits 883. Viele neue Einträge (wie etwa Rassenschande, Vierteljude, Volljude, Volksgenosse, Volksschädling) wurden bereits in der 1. Nachkriegsauflage von 1948 wieder getilgt. Andere Wörter wie volleiterig oder deutschvölkisch verschwanden erst in der 14. Auflage von 1957, Volksfremd und auswuchern (durch Wucher ausbeuten) erst in der 15. Auflage im Jahr 1961. [...]

Zur Vereinheitlichung der Nachrichtengebung, zur inhaltlichen Kontrolle, aber auch zur Normierung der Nachrichtenformulierung in den verbliebenen Zeitungen gab es die „Anweisungen der Pressekonferenz der Reichsregierung des Dritten Reichs". Diese wurden auf der täglich stattfindenden Pressekonferenz in Berlin von den Korrespondenten mitgeschrieben und an die Heimatredaktionen weitergegeben. Zeitungen ohne eigenen Korrespondenten erhielten das offizielle Protokoll über die Gaupropagandaämter. Goebbels persönlich überwachte das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB), das als einzige Agentur von Bedeutung übriggeblieben war. Obwohl häufig in verbindlichem Ton formuliert, mussten die Presseanweisungen, auch die über die Einführung oder Zurückziehung von Schlagwörtern und Parolen, über den Gebrauch oder Nichtgebrauch von Ausdrücken, streng beachtet werden. Andernfalls machte sich der verantwortliche Journalist strafbar, und die betreffende Zeitung konnte wegen Landesverrats für einen Tag, eine Woche oder länger, oder auch ganz verboten werden. [...]

Wichtige Hochwertwörter der nationalsozialistischen Weltanschauung durften nicht profaniert werden: [...]

„Es wird gebeten, das Wort Propaganda nicht missbräuchlich zu verwenden. Propaganda ist im Sinne des neuen Staates gewissermaßen ein gesetzlich geschützter Begriff und soll nicht für abfällige Dinge Verwendung finden. Es gibt also keine Greuelpropaganda, keine bolschewistische Propaganda, sondern nur eine Greuelhetze, Greuelagitation, Greuelkampagne usw. Kurzum – Propaganda nur dann, wenn für uns, Hetze, wenn gegen uns." (28.7.1937) [...]

Für die umstrittene Bezeichnung Reichskristallnacht gibt es im Übrigen keinen zeitgenössischen schriftlichen Beleg. Sie war offenbar ein Element der inoffiziellen mündlichen Sprache. [...]

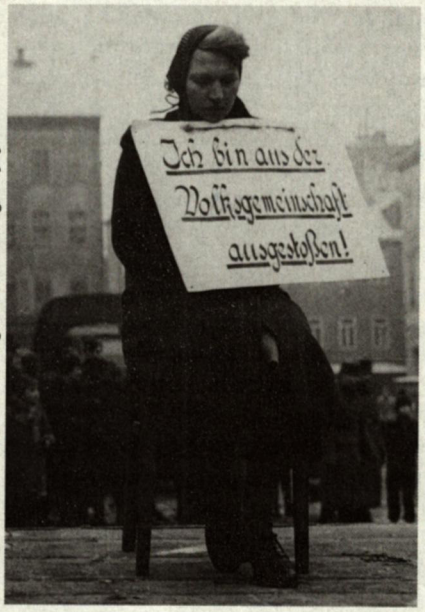
In Hitlers „Mein Kampf" zählt Hermann Hammer allein 2294 Änderungen von der 1. Auflage 1925/27 bis zur 6. Auflage 1930/33 – weitere Änderungen folgten bis zur letzten Auflage. Die Änderungen dienten der stilistischen Glättung, kleinen sachlichen Korrekturen, aber auch der Anpassung von bestimmten Textstellen an den ideologisch definierten NS-Sprachgebrauch. [...]

Es wird erkennbar, dass die nationalsozialistische Sprachlenkung durch die Festlegung der Gebrauchsweisen von Wörtern, Schlagwörtern und Slogans auf eine einzige Bedeutung eine Einheitssprache schaffen wollte, die konkurrierenden Meinungen und Interpretationsweisen (W. Dieckmann) das Wort abschnitt, so dass Gegenmeinungen und Gegenargumente in der Öffentlichkeit nicht mehr vernehmbar waren. [...]

Cornelia Schmitz-Berning, 15.10.2010, http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42752/sprache-zur-ns-zeit

Bundesarchiv, Plak 003-002-046 / Grafiker: René Ahrlé

Die aus NS-Sicht „ideale“ Familie erfährt Schutz und Geborgenheit …



Thüringisches Staatsarchiv Altenburg, Bildersammlung, Nr. 5113

… widersprechendes Verhalten hingegen zieht Strafe und Ausschluss nach sich.

Ohne Zweifel trug zum „Führermythos“ auch die geschickte Propaganda bei, die die wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und außenpolitischen Erfolge des Regimes in erster Linie Hitler zuschrieb. Die Inszenierung der Reichsparteitage stand ganz im Zeichen der Symbiose von „Bewegung“ und „Führer“. Während der Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen und Berlin 1936 präsentierte sich Deutschland als erfolgreiche, wieder erstarkte Nation mit Hitler als international respektiertem Staatsmann an der Spitze. Goebbels und sein Propagandaapparat unternahmen jede Anstrengung, den „Führerkult“ zu verstärken und Hitler als nationalen Retter, als Erlöser und Heilsbringer erscheinen zu lassen. Das religiöse Element, wie es in der liturgischen Inszenierung von Parteitagen, nächtlichen Weihen oder in den Totenehrungen zum Ausdruck kam, war offensichtlich, zumal Hitler diese Dimension zusätzlich verstärkte, indem er sich als von der „Vorsehung geschickt“, als „auserwählt“ und vom „Schicksal bestimmt“ bezeichnete.

Aber die Begeisterung, die so viele Deutsche teilten, war nicht nur ein Werk von Verführung und Propaganda. Mit Hitler verband sich nicht nur die Erwartung, dass er Deutschland aus der Krise, sondern vor allem zu neuer Größe führen werde. Das Zukunfts- und Heilsversprechen, das Hitler verhieß, gepaart mit den realen Erfolgen, die das Regime vorzuweisen hatte, bildete die Basis für die enorme Selbstmobilisierung der deutschen Gesellschaft in den Vorkriegsjahren. Selbst dort, wo Korruption und Misswirtschaft nicht zu übersehen waren, wurde dies nicht dem „Führer“ als vielmehr seinen unvollkommenen Gehilfen angelastet. „Wenn der Führer das wüsste“ geriet zu einer gängigen Selbsttäuschungsformel, mit der sogar Unrecht und Verbrechen vom Glauben an Hitler abgespalten werden konnten.

Ohne diese Bereitschaft zur Selbstmobilisierung ist der Nationalsozialismus nicht zu verstehen. Die Verheißung einer „Volksgemeinschaft“ war nicht bloß eine Propagandaformel, mit der die nach wie vor anhaltenden sozialen Ungleichheiten ideologisch kaschiert werden sollten, sondern sie bildete den Zielpunkt einer künftigen sozialen Ordnung, der sich viele aus durchaus ganz unterschiedlichen Gründen verschrieben. „Wenn ich den Gründen nachforsche, die es mir verlockend machten, in die Hitler-Jugend einzutreten“, bekannte nach dem Krieg die ehemalige BDM-Funktionärin Melitta Maschmann, 1918 geboren und seit 1933, gegen den Willen ihrer rechtskonservativen Eltern, BDM-Mitglied, „so stoße ich auch auf diesen: Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war. Dieses Verlangen teilte ich mit unzähligen Altersgenossen.“

Das Ziel nationalsozialistischer Politik lag in der Herstellung der „Volksgemeinschaft“, einer Gesellschaftsordnung, der nur die „erbbiologisch wertvollen“ und „rassereinen“ Deutschen angehören und aus der die „Fremdvölkischen“ und „Gemeinschaftsfremden“, allen voran die Juden, ausgeschlossen werden sollten. Inklusion wie Exklusion sind daher die beiden untrennbar zusammengehörenden Seiten der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“.

Integration der Arbeiterschaft

Eine der wichtigsten Gruppen, um deren Integration in die „Volksgemeinschaft“ sich die Regimeführung sehr bemühte, war die Arbeiterschaft, von der sie wusste, dass sie dem Nationalsozialismus zu einem großen Teil durchaus noch distanziert gegenüberstand. Bei den Betriebsratswahlen im März und April 1933 hatten die Vertreter der Freien Gewerkschaften noch fast drei Viertel der Stimmen erhalten, wohingegen die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) trotz Machtergreifung nur auf gut elf Prozent der Stimmen kam. Die Hitler-Regierung reagierte auf das für sie schlechte Ergebnis mit einer Aussetzung weiterer

Wahlen und einem Gesetz Anfang April, mit dem Betriebsräte, die „in staats- und wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt" seien, abgelöst und neue „ernannt" werden konnten.

Um nach der Zerschlagung der Gewerkschaften kein Machtvakuum in den Betrieben entstehen zu lassen und die organisierte Arbeitnehmerschaft aufzufangen, wurde gleich im Mai 1933 die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley gegründet, die die Millionen Gewerkschaftsmitglieder übernahm und zugleich das Vermögen der Gewerkschaften raubte.

Im selben Monat folgte die Einsetzung von sogenannten Treuhändern der Arbeit, die, angeblich unabhängig, tatsächlich jedoch in der Regel zugunsten der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelten. Die Tarifautonomie war damit aufgehoben. Am 20. Januar 1934 bestätigte das Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit" die Rolle der Treuhänder und bestimmte, dass es künftig in den Betrieben nur eine „Betriebsgemeinschaft" mit „Führer" und „Gefolgschaft" geben dürfe. Statt Betriebsräten gab es nun „Vertrauensräte", statt Mitbestimmung nur „Beratung". Als sich dennoch 1935 bei den betrieblichen Wahlen noch Gegenstimmen abzeichneten, erhielten die Treuhänder auch das Recht, „Vertrauensmänner" zu ernennen. Im selben Jahr wurde zudem das „Arbeitsbuch" wieder eingeführt, das die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkte und darüber hinaus die Kontrolle der Arbeitenden erlaubte.

Diese einschneidenden Regelungen, die die sozialen Konflikte in den Betrieben unterdrücken sollten, waren begleitet von zahlreichen Anstrengungen des NS-Regimes, die Arbeiterschaft zu integrieren. Ziel der DAF war, wie es in der Verordnung Hitlers vom 24. Oktober 1934 hieß, „die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen". Die DAF solle dafür sorgen, „dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zu höchster Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet".

Schon zum 1. Mai 1933 war viel von der „Ehre der Arbeit" die Rede, DAF-Leiter Ley besuchte in den folgenden Monaten zahlreiche Betriebe und machte es sich zur Gewohnheit, demonstrativ Arbeitern an der Werkbank die Hand zu geben. Diese symbolische Geste, die zeigen sollte, dass der „Führer" auf den „einfachen Mann" zugeht und ihm „von Mann zu Mann" die Hand reicht, setzte selbstredend die autoritäre Betriebsverfassung keineswegs außer Kraft, aber die Wirkungskraft solcher „handgreiflicher Anerkennung" darf dennoch nicht unterschätzt werden.

Offiziell war der DAF eine eigenständige Arbeits- und Sozialpolitik verwehrt, und der verordnete Lohnstopp engte ihren Handlungsspielraum erheblich ein. Gerade deswegen versuchte die Organisation nicht bloß propagandistisch, sondern auch materiell auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben Einfluss zu nehmen. Das DAF-Amt „Schönheit der Arbeit" kümmerte sich um die Modernisierung von Betriebskantinen, den Bau von Sportanlagen oder die Verbesserung der Hygiene in den Betrieben. Das Reichsheimstättenamt drängte die Kommunen, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, und die Firmen, ihren Arbeitern billige Kredite für den Hausbau zur Verfügung zu stellen. Stammarbeiter sollten bevorzugt werden, allerdings hatten sie politisch zuverlässig und „erbgesund" zu sein. Die DAF kümmerte sich um „deutsche Wohnkultur", ließ Mustereinrichtungen entwerfen und Modellmöbel herstellen, die sich durch Funktionalität und Schlichtheit auszeichnen und, weil in hoher Stückzahl hergestellt, zu erschwinglichen Preisen angeboten werden sollten.

Das Amt für Volksgesundheit führte ärztliche Vorsorgeuntersuchungen in den Betrieben durch, deren Daten dann statistisch aufbereitet und rassenbiologisch ausgewertet wurden. Als bei einem beachtlichen Teil der Belegschaften ein besorgniserregender Gesundheitszustand erkennbar wurde, weitete das Regime seit 1936/37 die Zahl der Betriebsärzte erheblich aus und förderte den Betriebssport, jedoch mit keineswegs bloß sozialpolitischen Absichten, sondern vor allem, um die Wehrertüchtigung zu stärken.

Die DAF förderte die betriebliche Aus- und Weiterbildung und veranstaltete seit 1934 alljährliche „Reichsberufswettkämpfe", an denen Millionen, zumeist jugendliche Arbeitnehmer teilnahmen. Das Motto lautete: „Freie Bahn dem Tüchtigen!" und verhieß damit, unabhängig von sozialer Herkunft allein durch persönliche Leistung vorankommen zu können. Mit der „Goldenen Flagge" wurden alljährlich im „Leistungskampf der deutschen Betriebe" nationalsozialistische Musterfirmen ausgezeichnet, die eben den betriebs- und sozialpolitischen DAF-Kriterien in besonderer Weise entsprachen. Die Teilnahme war freiwillig, und doch hatten sich zum Beispiel 1939/40 nicht weniger als 273 000 Betriebe gemeldet.

Das bekannteste und zweifellos populärste Amt der DAF war „Kraft durch Freude" (KdF). Im November 1933 nach italienischem, faschistischem Vorbild gegründet, widmete es

Bundesarchiv, Plak 003-017-037 / Grafiker: Alois Plefke

Plakat der DAF. In Anspielung an den Mythos der „Schützengrabengemeinschaft" beschwört die NS-Propaganda eine geeinte Arbeitsgesellschaft.

sich der Freizeitorganisation der Arbeitnehmer, veranstaltete Kulturabende und insbesondere Reisen. Bereits 1935 nahmen über 5,7 Millionen Personen an Kurzfahrten innerhalb Deutschlands teil, über 120 000 Menschen kamen im selben Jahr in den Genuss einer Schiffsfahrt mit einem der zehn KdF-Dampfer. Am begehrtesten waren selbstverständlich die Auslandsreisen. 1938 fuhren bereits rund 140 000 Deutsche nach Italien, andere reisten nach Norwegen, Griechenland, sogar nach Madeira und auf die Kanarischen Inseln. Dabei ist zusätzlich in Rechnung zu stellen, dass es für Arbeiter erst unter dem NS-Regime einen nennenswerten Urlaub, allerdings differenziert nach Branchen, Lebensalter und der alleinigen Entscheidung der „Betriebsführer“, von sechs bis zwölf Tagen gab.

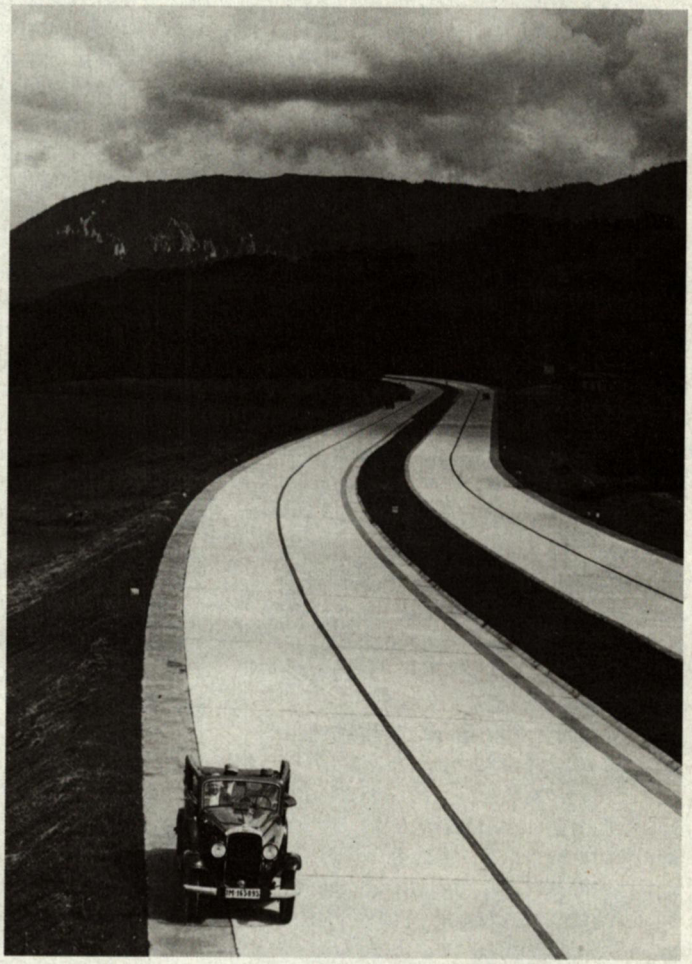
Für die NS-Führung stand die Wehrhaftigkeit im Vordergrund, wie es Hitler bei der Gründung der Organisation unmissverständlich ausdrückte: „Ich will, dass dem deutschen Volk ein ausreichender Urlaub gewährt wird. Ich wünsche dies, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen.“ In der alltäglichen Praxis jedoch bedeutete KdF vielmehr die Erfahrung von Freizeit und Konsum. Millionen Deutsche erlebten reale und nicht nur propagandistische Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat in seiner Gesellschaftsgeschichte Deutschlands unterstrichen, dass mit der Verheißung einer „Volksgemeinschaft“ ein „Modernitätsappeal“ und ein Mobilisierungsschub verbunden waren, die entscheidend, insbesondere bei den jüngeren Generationen, zur Legitimation des Regimes beitrugen. Das Versprechen, dass jeder Einzelne nach seiner Leistung, nicht nach seiner Herkunft zähle, hat die Klassenschranken in Deutschland keineswegs eingerissen, aber durchaus zu mehr Aufstiegsmobilität und Leistungsbereitschaft geführt.

Rüstungskonjunktur

Vor allem konnte das Regime in den ersten Jahren den rapiden Abbau der Arbeitslosigkeit für sich verbuchen. Zwar hatte die Weltkonjunktur schon 1932 die Talsohle durchschritten, und ein neuer Konjunkturaufschwung war in Sicht. Aber Hitler wusste sehr genau, dass an der Fähigkeit, die katastrophal hohe Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen (September 1932) zu verringern, der Erfolg seiner Regierung gemessen werden würde. So drängte er im Kabinett auf rasche, staatlich finanzierte Arbeitsprogramme, die zum größten Teil bereits von der Regierung Schleicher auf den Weg gebracht worden waren, wie den Auftrag zum Bau einer Reichsautobahn unter Leitung des Straßenbauingenieurs Fritz Todt. Nachdem Hitler selbst am 23. September mit großem Propagandaaufwand den ersten Spatenstich gesetzt hatte, begann der Bau im Frühjahr

Bundesarchiv, Bild 183-2003-1215-505 / Fotograf: Jos. Schorer

In Hamburg startet der Dampfer „Monte Olivia“ im Mai 1934 zu einer KdF-Seereise, die in die Nordsee führt. Robert Ley hält die Abschiedsrede.



bpk

Schon in der Weimarer Republik begonnen, wird der Bau der Reichsautobahn unter Hitler weiter vorangetrieben. Teilstrecke bei Rosenheim

1934 mit 15 000 Arbeitern. Die Höchstzahl wurde 1936 mit 125 000 Beschäftigten erreicht, als die Arbeitslosigkeit bereits deutlich zurückgegangen war. Volkswirtschaftlich betrachtet ging vom Autobahnbau kein nachhaltiger beschäftigungspolitischer Impuls aus, aber mit ihrem Nimbus aus Dynamik, kühner Planung und Modernität verschafften die Autobahnen dem Regime einen öffentlichen Erfolg.

Zu den staatlichen Arbeitsprogrammen der ersten Jahre gehörte auch der Wohnungsbau, dessen Investitionen sich innerhalb eines Jahres verdreifachten. Bis Ende 1934 nahmen die staatlichen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Höhe von über fünf Milliarden Reichsmark an, bis 1935 stiegen sie auf 6,2 Milliarden. Tatsächlich sank die Zahl der Arbeitslosen bereits ein Jahr nach der Machtergreifung auf 2,7 Millionen, lag 1936 bei nur noch 1,6 Millionen und blieb 1937 unter einer Million.

Mittlerweile schufen vor allem die vom Staat mit etlichen Milliarden massiv geförderten Rüstungsinvestitionen neue Arbeitsplätze. So erlebte die Flugzeugproduktion einen beispiellosen Aufschwung von knapp 4000 Beschäftigten im Januar 1933 auf 54 000 zwei Jahre später und annähernd 240 000 Beschäftigte im Frühjahr 1938. Nicht zuletzt senkten auch die Allgemeine Wehrpflicht im März 1935 und die Einführung eines sechsmonatigen Reichsarbeitsdienstes (RAD), den alle Männer zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr vor ihrem Wehrdienst absolvieren mussten, die Arbeitslosenzahlen. In den Berichten, die sozialdemokratische Vertrauensleute heimlich an den Exilvorstand der SPD in Prag schickten, hieß es 1936 resigniert, „große Teile der Arbeiterschaft" hätten mittlerweile „Freiheit" gegen „Sicherheit" am Arbeitsplatz eingetauscht.

Bezeichnenderweise hielt das NS-Regime trotz Vollbeschäftigung den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung weiterhin bei 6,5 Prozent des Lohnes und steckte diese zusätzlich eingenommenen Milliarden in die Rüstungsproduktion. Das Gesamtvermögen der Sozialversicherungen verdoppelte sich von 4,6 Milliarden Reichsmark 1932 auf 10,5 Milliarden 1939, wobei diese Gelder gleichfalls nicht als Leistungsverbesserungen den Arbeitnehmern zugute kamen, sondern dem Reichshaushalt als Darlehen zur Finanzierung der Rüstungsausgaben dienten.

Die Rüstung war der Hauptgrund für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Bis 1939 gab der NS-Staat dafür 62 Milliarden aus, was einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 23 Prozent

„Wirtschaftswunder?"

Wenige Erfolge haben den Nimbus Hitlers als eines heilbringenden Erlösers, welcher der Misere von mehr als acht Millionen Arbeitslosen ein Ende bereitete, so gesteigert, seine Regierung so mit der Gloriole einer beispiellosen Leistung umgeben, wie [der] „Sieg" in der „Arbeitsschlacht". Noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg konzedierten zahlreiche Deutsche bereitwillig das Unheil, das Hitlers Krieg gebracht hatte, bestanden aber weiter darauf: „Er hat doch die Leute von der Straße gebracht." Wie konnte das gelingen?

Mehrere Faktoren sorgten so lange für eine anhaltende Belebung des Arbeitsmarktes, bis er buchstäblich leergefegt war.

1. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung demonstrierten ihre Handlungsbereitschaft. Außerdem gewann sie zusehends an Stabilität. Beides wußten viele Unternehmer zu schätzen, wenn sie über Neueinstellungen entschieden, [...].

2. Tatsächlich hatte die Depression in Europa 1932 ihren absoluten Tiefpunkt erreicht, und erste Signale der zyklischen Erholung wurden auch von der deutschen Industriewirtschaft 1933, verstärkt seit 1934 aufgenommen. Ein sachte einsetzender wirtschaftsimmanenter Aufschwung begann daher, ungeachtet der Staatskonjunktur, belebende Impulse auszusenden.

3. Für die Beschäftigungspolitik der Unternehmen war die Tatsache von grundlegender Bedeutung, daß sie mit keinem Lohnanstieg, keiner gewerkschaftlichen Tarifforderung mehr zu rechnen hatten. Nicht nur herrschte ein faktischer Lohnstopp, sondern die Basisgröße der Lohnquote schrumpfte sogar, wie es die Arbeitgeber seit Jahren gefordert hatten, von 1932 = 68 auf 1938 = 55 Prozent. Schon dieser genau vermerkte Umstand wirkte investitions- und beschäftigungsfördernd, zumal gleichzeitig die Unternehmensprofite bis 1939 jährlich um 36,5 Prozent kräftig anstiegen.

4. Der zügige Aufbau großer Bürokratien durch die NSDAP, die DAF (im Nu kam sie auf 45 000 Mitarbeiter), den RAD, zahlreiche Ämter und Stäbe, nicht zuletzt durch die expandierende Wehrmachtsverwaltung entlastete spürbar den Arbeitsmarkt insbesondere von Angestellten und Akademikern. Auch die Wehr- und die Arbeitsdienstpflicht nahmen seit 1935 Hunderttausende aus dem Arbeitsmarkt.

5. Seit 1934/35 ging eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften von der Rüstungswirtschaft aus, da enorme Summen in sie hineingepumpt wurden. [...] In gewisser Hinsicht war daher die Vollbeschäftigung zum guten Teil eine „Sekundärfolge von Hitlers Entschluß, Deutschland kriegsfähig zu machen".

6. Dennoch ist es fraglich, ob diese objektivierbare Konstellation sich so schnell und so durchschlagend ausgewirkt hätte, wenn nicht Hitler selber im Verein mit dem Goebbelsschen Propagandaapparat die Rhetorik der „Arbeitsschlacht", die es so schnell wie nur irgend möglich zu gewinnen gelte, die populistische Beschwörung des nationalen Aufschwungs unentwegt in Gang gehalten hätte. Der modernen Konjunkturpolitik ist längst bewußt, welche bedeutende Rolle die Psychologie der Krisenbekämpfung und die Semantik der Steuerungskompetenz spielt; [...].

[Doch] nirgendwo sonst wurden Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung mit so horrenden Kosten erkauft: mit der Fehlleitung gewaltiger Ressourcen in die Aufrüstung, mit der Vorbereitung eines totalen Krieges, mit der zweiten vollständigen Zerrüttung der Landeswährung. Die Quittung für das fabelhafte „Wunder" wurde den Deutschen zwischen 1939 und 1948 ohne jede Chance des Entrinnens präsentiert. Insofern handelte es sich um ein äußerst kurzlebiges „Wirtschaftswunder" mit extrem desaströsen Folgen. [...]

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, C. H. Beck, München 2003, S. 644 ff.

Bundesarchiv, Plak 003-022-025 / Grafiker: Leonid

„Volks“-Produkte: Der Volksempfänger, ein ideales Propagandainstrument, fand viele Käufer...

Deutsches Historisches Museum, Berlin

... der Volkswagen hingegen blieb den Interessenten – trotz geleisteter Anzahlungen – verwehrt.

entsprach. 1933 hatte der Anteil noch bei 1,5 Prozent gelegen. Von Anfang an forcierte die neue Regierung die Aufrüstung. 35 Milliarden Reichsmark sollten in den kommenden acht Jahren für die Rüstungsausgaben zur Verfügung gestellt werden – eine immense Summe, wenn man bedenkt, dass das gesamte Volkseinkommen des Deutschen Reiches 1933 ungefähr 43 Milliarden Reichsmark betrug. Dieses Geld wurde weniger durch Steuern oder sonstige Einnahmen, sondern größtenteils durch staatliche Schuldenaufnahme beschafft. Zeitgleich mit dem Aufrüstungsprogramm fiel die Entscheidung im Juni 1933, die ausländischen Schuldenzahlungen vorerst einzustellen. Dieses einseitig verkündete Schuldenmoratorium brachte das Deutsche Reich auf den internationalen Finanzmärkten in Misskredit und zeigte zugleich an, dass die neue deutsche Regierung sich nicht mehr an völkerrechtliche Verträge gebunden fühlte. Stattdessen setzte die NS-Führung auf eine Politik der Autarkie, obwohl das Reich weiterhin auf Importe von Rohstoffen und Lebensmitteln angewiesen war und dringend Devisen auch für die Rüstungsproduktion brauchte. Mit Finanztricks suchte insbesondere Reichsbankchef Hjalmar Schacht Geld zu beschaffen, stieß aber immer wieder an die Grenzen der Kapitalmärkte. Letztlich kalkulierte, wie der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze geschildert hat, die NS-Führung mit dem beabsichtigten Krieg, um dann mittels der Ausplünderung des eroberten Europas die zerrütteten deutschen Staatsfinanzen wieder zu sanieren.

Konsumgesellschaft

Für die Arbeiter blieb zwar der vom Regime verordnete Lohnstopp in Kraft. Aber zahlreiche Betriebe gingen aufgrund der guten Konjunktur und des bald spürbar werdenden Facharbeitermangels dazu über, höhere Akkordlöhne oder besondere Zulagen zu zahlen. So erreichten die Nettolöhne 1937, zumindest in den rüstungsrelevanten Wirtschaftsbereichen, wieder das Niveau von 1929, obwohl auch die Preise stiegen und neben den Steuern und Sozialversicherungsabgaben zusätzlich die Beiträge zur DAF vom Lohn automatisch eingezogen wurden. Die sich öffnende Schere zwischen den Tariflöhnen und den ungleich höheren Effektivlöhnen führte zu einer Lohndifferenzierung nach Leistungskriterien, die die bisherige Ordnung gesellschaftlicher Lohnpolitik, die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen als sozialen Vertretungsorganen in Flächentarifverträgen ausgehandelt worden war, ablöste.

Im internationalen Vergleich des Pro-Kopf-Volkseinkommens lag Deutschland in den 1930er-Jahren jedoch weiterhin um die Hälfte zurück gegenüber den USA, auch weit hinter Großbritannien und noch hinter den Niederlanden, Frankreich und Dänemark. Während in den USA die Verbindung von Serienproduktion durch Standardisierung und Fließbandmontage einerseits und hohen Löhnen andererseits einen rasch wachsenden Binnenmarkt selbst für teure Massenkonsumgüter wie Automobile schuf, stagnierte die Konsumgüterproduktion in Deutschland durch die ausschließliche Konzentration auf die Rüstung.

Zwar versuchte das Regime durch staatlich subventionierte „Volks“-Produkte Massengüter herzustellen, aber nur der Volksempfänger, der im Sommer 1933 in Serienproduktion ging und mit einem Ratenvertrag erworben werden konnte, wurde ein Erfolgsprodukt. Besaß 1933 ein Viertel aller deutschen Haushalte ein Radio, so waren es 1938 schon etwas über 50 Prozent. Verglichen mit 68 Prozent in England und 84 Prozent in den USA war aber auch das kein Spitzenwert.

Nicht zuletzt stieß das Projekt eines KdF-Wagens – Robert Ley 1938: „In 10 Jahren jedem schaffenden Deutschen einen Volkswagen!“ – auf große Zustimmung. 336 000 Menschen leisteten wöchentliche Vorauszahlungen, um ihr eigenes Auto zu bekommen. Da der politisch festgelegte Preis von 1000 RM weit unter den Produktionskosten lag, fand sich kein Unternehmen bereit, den Volkswagen zu bauen. Stattdessen übernahm die DAF aus geraubten Gewerkschaftsvermögen die Finanzierung und beauftragte Ferdinand Porsche mit der Entwicklung und dem Bau des KdF-Wagens. Von den

ullstein bild – Heinrich Hoffmann

Trotz propagandistischer Beteuerungen verliert die Landwirtschaft volkswirtschaftlich an Bedeutung. Auch die Abordnung Jugendlicher zum Ernteeinsatz kann daran nichts ändern.

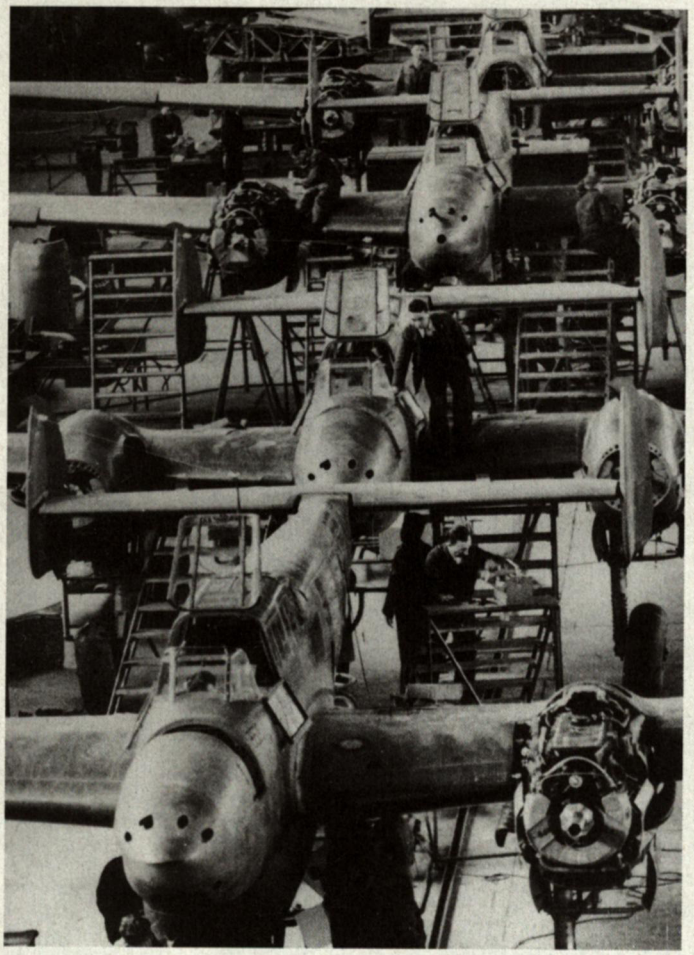
Einzahlungen der künftigen VW-Besitzer zog die DAF einen Gewinn von rund 275 Millionen RM; die Sparer selbst verloren ihr Vermögen, denn entgegen den Versprechungen des Regimes zur Massenmotorisierung wurde von dem propagandistisch angekündigten Volkswagen in der NS-Zeit kein einziger ausgeliefert. Vielmehr lieferte Porsche Militärfahrzeuge für die Wehrmacht. Selbst wer ein privates Auto eines anderen Herstellers besaß, wurde vom NS-Regime benachteiligt, denn der Benzinpreis lag in Deutschland Ende der 1930er-Jahre aufgrund hoher Besteuerung mit 39 Pfennig pro Liter doppelt so hoch wie beispielsweise in den USA. Benzin war im NS-Regime Treibstoff für das Militär, nicht für Privatfahrer.

Gewinner und Verlierer

Der Aufschwung galt nicht für alle Branchen und Regionen gleichermaßen, wie der Historiker Frank Bajohr 2009 hervorgehoben hat. Der Rüstungsboom führte zu zahlreichen Ungleichheiten. Zu den großen regionalen Gewinnern gehörte Mitteldeutschland, wo ein neues industrielles Zentrum neben dem Ruhrgebiet entstand. In Städten wie Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt und Bitterfeld verdoppelte sich binnen weniger Jahre die Zahl der Beschäftigten. Eine Stadt wie Rostock mit Werften und dem Flugzeugwerk Heinkel steigerte ihre Einwohnerzahl innerhalb von nur sechs Jahren, von 1933 bis 1939, um ein Drittel von 90 000 auf 120 000 und stieg damit in die Liga deutscher Großstädte auf.

Die Flugzeugindustrie lockte mit hohen Lohnzuschlägen, modernsten Produktionsanlagen, beachtlichen betrieblichen Leistungen, neu gebauten Wohnungen und einem hohen Sozialprestige als „Hightech"-Industrie. Die Flugzeugbauer seien sehr von sich eingenommen, urteilte 1935 ein sozialdemokratischer Vertrauensmann, sodass sie für die politische Arbeit, sprich gewerkschaftliche Klassenorganisation, nicht mehr zu gebrauchen seien. Für das Gesellschaftsbild der traditionellen Arbeiterbewegung wären diese überwiegend jungen Arbeiter mit ihrer starken individuellen Aufstiegsorientierung nicht mehr anzusprechen gewesen, während sie sich den Integrationsangeboten des NS-Regimes vorbehaltlos öffneten. Die Flugzeugbauer, so äußerte sich 1934 ein Sozialdemokrat über die Belegschaft der Heinkel-Werke, hätten nur ein einziges Interesse: ihre Arbeit zu erhalten und hohen Lohn zu beziehen. Politisch seien sie „absolut uninteressiert und indifferent", „völlig passiv" und kämen für die politische Arbeit, d. h. für die Arbeiterbewegung, „gar nicht in Frage".

Zu den Verlierern zählte die Landwirtschaft. Noch im Februar 1933 verbot die Hitler-Regierung Zwangsversteigerungen bäuerlicher Betriebe und unterband damit in populistischer Weise eine privatwirtschaftlich legale Maßnahme, die in den Jahren zuvor immer wieder für helle Empörung und sogar gewalttätigen Widerstand in der Bauernschaft gesorgt hatte. Mit dem Reichserbhofgesetz vom September 1933 erhielten rund eine Million Bauernhöfe, die rund 37 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafte-



bpk

Die Flugzeugindustrie dagegen boomt. Endmontage des Zerstörerflugzeugs Messerschmitt Bf 110, Baureihe C

ten, einen neuen Status: Sie wurden unteilbar, unverkäuflich und allein an den erstgeborenen Sohn vererbbar. Nur diese, durch „Rasse“, „Ehrbarkeit“ und Wirtschaftsführung ausgewiesenen Besitzer durften sich Bauern nennen, alle anderen hießen Landwirte. Doch wurde mit dem Erbhofgesetz das seit Jahrzehnten anstehende Problem einer Bodenreform, um die Diskrepanz zwischen den wenigen Gutshöfen, die über ein Viertel des Ackerlandes verfügten, und der großen Zahl kleiner Bauernhöfe, die weniger als ein Fünftel der Ackerfläche bewirtschafteten, zu schließen, keineswegs gelöst.

Zusätzlich wurde mit dem „Reichsnährstand“ unter Landwirtschaftsminister Darré eine staatlich gelenkte Landwirtschaftsorganisation geschaffen, die Erzeuger wie Verteiler einschloss, die Preise festsetzte und damit den freien Agrarmarkt aufhob. Damit wollte die NS-Führung die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sichern. Doch wurde trotz aller „Erzeugungsschlachten“, die zwar zu beachtlichen Produktionssteigerungen führten, weder die Autarkie in der Lebensmittelversorgung erreicht – nach wie vor blieb Deutschland auf Importe, insbesondere bei Futtermitteln und Fetten, angewiesen – noch konnte bei aller nationalsozialistischer „Blut und Boden“-Rhetorik, dass das Bauerntum die Grundlage der „Volksgemeinschaft“ bilde, der moderne Trend zur Landflucht aufgehalten werden.

Jungen Leuten boten sich in der Industrie, die dringend Arbeitskräfte benötigte, die weitaus besseren Arbeitsbedingungen. Im November 1938 musste Darré öffentlich eingestehen, dass der Landwirtschaft seit 1933 rund 500 000 Arbeitsplätze verloren gegangen waren, was einem Rückgang von 20 Prozent entsprach. Konsequent wurden Zehntausende von Jugendlichen zum „Ernteeinsatz“, die Mädchen anstelle des Wehrdienstes zum landwirtschaftlichen „Pflichtjahr“ abkommandiert, während sich zur selben Zeit die Bevölkerungszahlen in den neuen Industriestandorten in Mitteldeutschland verdoppelten.

Auch für den Mittelstand erfüllten sich nicht die Erwartungen, die er in den Nationalsozialismus gesetzt hatte. Die vor 1933 heftigst bekämpften Kaufhäuser wurden nicht geschlossen, sondern bloß höher besteuert. Vielmehr mussten sogar viele kleine Geschäfte schließen, weil ihnen die Arbeitskräfte fehlten oder sie nicht mehr konkurrenzfähig waren. Nur die großen Handelsunternehmen konnten mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Zwar konnten auch 1937/38 viele kleine und mittlere Unternehmen von den Enteignungen der jüdischen Betriebe, der „Arisierung“, profitieren, aber nur ein kleiner Teil der jüdischen Vermögen geriet in private Hände. Es war insbesondere der nationalsozialistische Staat, der durch Liquidierungen, Abgabenpolitik und drastische Besteuerung den Hauptanteil einstrich, um die Rüstungspolitik zu finanzieren.

Frauen

Nationalsozialistische Frauenpolitik hieß zuerst Familien- und Geburtenpolitik. Die „erbgesunde" und rassenbiologisch „artgerechte" Ehe und Familie stand als „Keimzelle der Volksgemeinschaft" unter besonderem Schutz des NS-Staates. Allerdings wurde aus eben denselben erb- und rassenbiologischen Gründen auch die Ehetrennung gefördert. Der „Schutz der Familie" bedeutete daher keineswegs die Achtung der privaten Sphäre oder ein moralisches Bekenntnis, sondern unterlag einem strikt rassistischen Zweckmäßigkeitsdenken. 1936 wurde erstmals ein Kindergeld von zehn Reichsmark pro Monat ab dem fünften Kind unter 16 Jahren für Familien eingeführt, deren Monatseinkommen 185 Reichsmark nicht überstieg. Diese Einschränkungen wurden im Laufe der nächsten Jahre mehr und mehr zurückgenommen, bis im Dezember 1940 alle Familien ein Kindergeld ab dem dritten Kind erhielten.

Zinsfreie Ehestandsdarlehen bis zu 1000 Reichsmark wurden an jung verheiratete Paare als Zuschuss für den Kauf der Haushaltseinrichtung gezahlt, wobei dieses Darlehen „abgekindert" werden konnte, d.h. mit jedem Kind wurde die Rückzahlung um ein Viertel gekürzt. Bereits 1933 hatten 200 000 junge Paare ein Ehestandsdarlehen in Anspruch genommen, 1935 waren es 370 000 Darlehen. Den modernen Trend zur Kleinfamilie mit maximal zwei Kindern haben auch die geburtenorientierten Förderungsmaßnahmen des NS-Regimes indes nicht aufhalten können. Da mit den Darlehen zunächst die Auflage verbunden war, dass

L. Orgel-Köhne / DHM, Berlin

Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink als Idealbild der nationalsozialistischen Frau. Hier mit ihren vier leiblichen Kindern und den sechs ihres dritten Ehemannes, SS-Obergruppenführer August Heißmeyer

Das NS-Frauenbild

Zwischen den ideologischen Ansprüchen an die Frauen und deren Lebensrealitäten klaffte ein breiter Spalt.

Der Führer an die deutschen Frauen

Das Wort von der Frauen-Emanzipation ist ein nur vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt. Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren. Sie hat genau das besessen, was die Natur ihr zwangsläufig als Gut zur Verwaltung und Bewahrung gegeben hat [...]. Wenn man sagt, die Welt des Mannes ist der Staat, die Welt des Mannes ist sein Ringen, die Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft, so könnte man vielleicht sagen, daß die Welt der Frau eine kleinere sei. Denn ihre Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus. [...] Die Vorsehung hat der Frau die Sorgen um diese ihre eigenste Welt zugewiesen, aus der sich dann erst die Welt des Mannes bilden und aufbauen kann. [...] Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes [...] eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten geschieden bleiben. In die eine gehört die Kraft des Gemütes, die Kraft der Seele! Zur anderen gehört die Kraft des Sehens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und die Einsatzwilligkeit. [...] Was der Mann an Opfern bringt im Ringen seines Volkes, bringt die Frau an Opfern im Ringen um die Erhaltung dieses Volkes in den einzelnen Zellen. Was der Mann einsetzt an Heldenmut auf dem Schlachtfeld, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leiden und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für Sein oder Nichtsein ihres Volkes.

Reden an die deutsche Frau 1934, S. 3f.

Zehn Gebote für die Gattenwahl

- *Gedenke, daß Du ein Deutscher bist. [...]*
- *Du sollst, wenn Du erbgesund bist, nicht ehelos bleiben. [...]*
- *Halte Deinen Körper rein! [...]*
- *Du sollst Geist und Seele rein erhalten. [...]*
- *Wähle als Deutscher nur einen Gatten gleichen oder nordischen Blutes. [...]*
- *Bei der Wahl Deines Gatten frage nach seinen Vorfahren. [...]*
- *Gesundheit ist Voraussetzung auch für äußere Schönheit. [...]*
- *Heirate nur aus Liebe. [...]*
- *Suche Dir keinen Gespielen, sondern einen Gefährten für die Ehe. [...]*
- *Du sollst Dir möglichst viele Kinder wünschen. [...]*

Oskar Lukas, Das deutsche Frauenbuch. Ein Buch für Werktag und Feierabend, Karlsbad-Drakowitz und Leipzig 1941, S. 189-191

beides in: Martin Klaus, Mädchen in der Hitlerjugend, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1980, S. 168f. und S. 177ff.

die Ehefrau zu Hause blieb, stellte diese Maßnahme nicht allein ein familien-, sondern gleichfalls ein arbeitsmarktpolitisches Instrument im nationalsozialistischen Sinn dar. Zudem war die Gewährung der Darlehen von einem erbgesundheitlichen Gutachten des jungen Paares abhängig. Behinderte oder „nicht-arische“ Ehepaare hatten keine Chance, in den Genuss eines solchen Ehestandsdarlehens zu kommen.

Das Hilfswerk „Mutter und Kind“ der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), die mit 16 Millionen Mitgliedern (1942) nach der DAF die größte nationalsozialistische Massenorganisation war, kümmerte sich ganz im Zeichen einer völkischen Geburtenpolitik um die Mütter, wobei auch die ledigen Mütter betreut wurden, denn „rassisch und erbbiologisch hochwertiger“ Nachwuchs durfte in rassistischer Perspektive dem Volk in keinem Fall verloren gehen. Neben Verschickung von Müttern in Erholungsstätten baute das Hilfswerk Kindertagesstätten, bis 1941 annähernd 15 000, über deren Größe und Qualität jedoch die Statistik nichts aussagt. Später, vor allem während des Krieges, wurde die sogenannte Kinderlandverschickung eine zentrale Einrichtung des Hilfswerkes.

Entgegen aller offiziellen Rhetorik hat auch die Zahl der erwerbstätigen Frauen im NS-Regime keineswegs abgenommen. 1933 gab es 11,6 Millionen, 1939 14,6 Millionen Frauen, die erwerbstätig waren. Das bedeutete, dass 52 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren in Deutschland einer Lohn- bzw. Gehaltsarbeit nachgingen, wobei die meisten Frauen nach wie vor in der Land- und Hauswirtschaft beschäftigt waren, erst danach im Dienstleistungssektor und die wenigsten in der Industrie. Erwartungsgemäß lag die Erwerbsquote bei ledigen Frauen mit 88 Prozent sehr viel höher als bei den verheirateten Frauen mit nur etwa einem Drittel. Noch 1943, als der Arbeitskräftemangel sehr dringlich war, sprach sich Hitler aus ideologischen Gründen gegen eine verstärkte Einbeziehung von Frauen in die Rüstungsproduktion aus und verweigerte sich auch der Forderung, die Löhne der Frauen denen der Männer gleichzustellen. Dennoch setzten Frauen in einigen Bereichen, wo sie unentbehrlich geworden waren, wie zum Beispiel als Schaffnerinnen in den Verkehrsbetrieben, durch, dass sie in gleicher Höhe wie ihre männlichen Vorgänger bezahlt wurden. Aufgrund des deutlichen Ärztemangels fielen in den Kriegsjahren auch die Beschränkungen des Medizinstudiums für Frauen, so dass sich der Anteil der Ärztinnen an der Ärzteschaft insgesamt, der 1933 bloß 6,5 Prozent betragen hatte, bis 1944 mehr als verdoppelte.

Ohne Zweifel blieb das NS-Regime eine strikt patriarchalische Ordnung, die den Frauen eine ideologisch gleichwertige, aber keine gleichrangige Position zubilligte, sondern innerhalb der „Volksgemeinschaft“ eine funktionale Rolle zumaß. Doch reduzierte sich diese Funktion keineswegs auf die gehorsame Erfüllung von Mütterlichkeit und der Rolle als Ehefrau. Innerhalb der „volksgemeinschaftlichen“

ullstein bild – UMBO

Erwerbstätig – trotz offiziell propagierter Ideologie: Fahrkartenschaffnerin in einer Berliner Straßenbahn 1943

Ordnung eröffneten sich nicht-jüdischen Frauen durchaus Handlungsoptionen und Aufstiegschancen, wie zum Beispiel in den zahlreichen NS-Organisationen, insbesondere im Bund Deutscher Mädel (BDM), der Nationalsozialistischen Frauenschaft oder der NSV. Die steigende Zahl derjenigen Frauen, die in den zahlreichen NS-Verbänden verantwortungsvolle Aufgaben übernahmen, hat auch Eigenständigkeit gefördert. Damit hatten diese Frauen auch aktiven Anteil an rassistischer und antisemitischer Politik, wie jene, vor allem junge Frauen, die in den besetzten Ostgebieten als engagierte Angehörige der Besatzungsverwaltung zu selbstständig handelnden Täterinnen wurden. Jüdische Frauen wurden indes ebenso verfolgt wie jüdische Männer; das KZ Ravensbrück war eigens für Frauen eingerichtet worden. Und ebenso teilten ausländische Zwangsarbeiterinnen das Schicksal von Ausbeutung und Verfolgung wie die Männer. Nicht zuletzt gab es gleichermaßen Frauen im Widerstand, Sophie Scholl ist dafür das hierzulande bekannteste Beispiel. Frauen lassen sich also weder pauschal als Opfer noch als Täterinnen kategorisieren, sondern waren sowohl Täterinnen als auch Opfer, Mitläuferinnen und Zuschauerinnen.

Jugend

Der „Jugend" galt ein besonderes Augenmerk des Regimes, sollte doch mit der Erziehung und Ausbildung der jungen Generation der Grundstein für die rassistische „Volksgemeinschaft" der Zukunft gelegt werden. Die Hitlerjugend (HJ), die seit der Machtergreifung alle übrigen Jugendverbände, bis auf die katholischen, entweder zerschlagen oder angegliedert hatte, wurde 1936 zur Staatsjugend erklärt und organisierte nunmehr alle Jugendlichen – 1939 waren es 8,7 Millionen – im Deutschen Reich: Von zehn bis 14 Jahren gehörten sie als „Pimpfe" dem Jungvolk bzw. als „Jungmädel" dem Jungmädelbund an, von 14 bis 18 Jahren als „Hitlerjungen" der HJ bzw. als „Mädel" dem Bund deutscher Mädel (BDM). Selbstverständlich galten für die Hitlerjugend die rassistischen Vorgaben des Regimes; jüdischen Jugendlichen war, selbst wenn sie es gewollt hätten, die Mitgliedschaft in der HJ verwehrt, was wiederum nichts anderes hieß, als dass sie öffentlich nicht zur „deutschen Jugend" gezählt wurden.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der Pflichtmitgliedschaft gelang der HJ die Erfassung aller Jugendlichen nicht hundertprozentig. Die katholischen Jugendverbände versuchten ihre im Konkordat zugebilligte Unabhängigkeit zu bewahren; Eltern bemühten sich, ihre Kinder von der Mitgliedschaft freizustellen; und etliche Jugendliche selbst verweigerten sich dem Zwang oder entzogen sich, indem sie gar nicht oder möglichst wenig zu den HJ-Treffen kamen. Im Krieg bildeten sich später sogar eigene Jugendbanden, die die HJ attackierten. Auf der anderen Seite eröffnete die HJ Jugendlichen neue Handlungsmöglichkeiten. Unter dem Motto „Jugend führt Jugend" bot sich Jugendlichen die Gelegenheit, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Auch der BDM offerierte den jungen Mädchen Unabhängigkeit vom Elternhaus und Selbstständigkeit.

Die legendären Zeltlager, die in der Nachkriegserinnerung an die HJ einen so prominenten Raum einnahmen, dienten der Vorbereitung auf den Wehrdienst ebenso wie der Erziehung zur „Volksgemeinschaft". Hier waren keineswegs alle gleich, aber jeder besaß seine Aufgabe und Verantwortung, die ihm – so der ideologische Anspruch – unabhängig von Herkunft, Stand oder Vermögen der Eltern zugeteilt wurden. Melitta Maschmann schilderte ihr Arbeitsdienstlager 1937 in Ostpreußen folgendermaßen: „Unsere Lagergemeinschaft war ein verkleinertes Modell dessen, was ich mir unter Volksgemeinschaft vorstellte. Sie war ein vollkommen gelungenes Modell. Niemals vorher oder nachher habe ich eine so gute Gemeinschaft erlebt, auch dort nicht, wo die Zusammensetzung in jeder Beziehung homogener war. Unter uns gab es Bauernmädchen, Studentinnen, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, Friseusen, Schülerinnen, Büroangestellte usw. Geführt wurde das Lager von einer ostpreußischen Bauerntochter, die nie über ihre engere Heimat hinausgekommen war. [...] Dass ich dieses Modell einer Volksgemeinschaft damals mit so intensivem Glücksgefühl erlebt habe, hat einen Optimismus in mir entstehen lassen, an den ich mich bis 1945 eigensinnig klammerte."

„Diese Jugend lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln, und wenn diese Knaben mit zehn Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort oft zum erstenmal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre. Und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK und so weiter. Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre, und wenn sie nach zwei oder drei Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben...".

Wahlrede Adolf Hitlers in der sudetendeutschen Stadt Reichenberg am 2.12.1938, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Band I.2, 4. Aufl., Leonberg 1988, S. 981

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

Kindheit und Jugend im Zeichen des Nationalsozialismus: Schulkinder entbieten den „Deutschen Gruß"...

bpk / Lala Aufsberg

... in einem BDM-Lager wird Akkordeon gespielt...

Deutsches Historisches Museum, Berlin

... und die HJ wirbt für ein Ja bei der Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident.

Das Lager bildete den zentralen Ort der Erziehung, wo eine formierte soziale Ordnung herrschte, in der Dienst, Disziplin und Kameradschaft obenan standen, aber auch jeder Standes- oder Bildungsdünkel geächtet war. Regionale, konfessionelle oder berufliche Unterschiede sollten mit Absicht in den Hintergrund treten zugunsten der Herstellung einer „Gemeinschaft der Ehre und Treue, des Gehorsams und der Kameradschaft", wie es der Führer des Reichsarbeitsdienstes Konstantin Hierl ausdrückte, in der die (Hand-)Arbeit für das Volksganze den entscheidenden Wert darstellte.

Schon die Lager der Jugendbewegung der 1920er-Jahre waren Ausdruck einer Kritik an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gewesen und sollten das Erlebnis einer alternativen Gemeinschaft vermitteln. Jene zahlreichen Referendars-, Lehrer-, HJ-, BDM- und Reichsarbeitsdienstlager, die 1933 entstanden, zielten ebenso auf antibürgerliche Vergemeinschaftungsformen, auf Kameradschaft als Gefühl einer neuen, durchaus militarisierten Gemeinschaft. Ebenso wie der Terror gegen „Gemeinschaftsfremde" keinem bürgerlich-staatlichem Reglement unterworfen sein sollte, so auch die neue Kollektivität einer „Volksgemeinschaft" nicht herkömmlichen gesellschaftlichen Gemeinschaftsformen wie Vereinen oder Interessensverbänden. Nationalsozialistische Lager waren nicht bloß Orte eines Gemeinschaftsgefühls, sie dienten zugleich einer gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung.

Arbeitsdienst

[...] Arbeitsdienst. Gott im Himmel. [...]

Ich bin angekommen am Nachmittag mit sehr vielen anderen zusammen. Das ging immer schubweise. Wir haben dagesessen und uns unterhalten. Die neben mir saß, hat mich ein paar Mal angestoßen und gesagt: „Da hinten sitzt die Führerin." Das war also die Führerin, und zwar eine ganz bekannte, Jutta Sowieso, die später ein „großes Tier" geworden ist. Wir haben uns unterhalten und ich habe gesagt: „Ich mache alles gerne, aber nicht die Waschküche." Ich habe sechs Wochen Waschküche gekriegt.

Und das war wirklich schlimm. Wir waren etwa 56 Mädchen und es musste alles von Hand gewaschen werden. Da war nur eine kleine Hütte mit großen Becken, aber nur mit kaltem Wasser. Es gab nur einen einzigen Waschkessel mit Feuer drunter. Die ganze Bettwäsche und alles musste da drin gekocht werden, und dann hatten wir diese Waschbretter. Da stand man dann und mit kaltem Wasser wurde alles geschrubbt. Und es wurde für alle die Privatwäsche gewaschen, und für alle die Bettwäsche, Handtücher und alles, was gewaschen werden musste.

Rund um das Lager war ein hoher Zaun mit einem abgeschlossenen Tor und ein Gitter. [...]

Wir waren [...] in einem großen Schlafraum mit ehemaligen Wehrmachtsbetten. Wir waren zwischen zwölf und sechzehn Mädchen. Statt Matratzen hatten wir Strohsäcke und eine Wolldecke und ein kleines Kissen, und das musste alles exakt gelegt werden. Darauf wurde geguckt und ein Theater gemacht! Ein Tisch und ein kleiner Hocker mit drei Beinen [...], sonst war in dem ganzen Raum nichts.

Draußen im Gang standen Kommoden für die Wäsche. Sie wurden von Backsteinen gestützt und wackelten und wenn man eine Schublade zumachte, fiel die ganze Kommode nach hinten um. Wir hatten Waschschüsseln, und das wars. Irgendeinen Rückzug, Privatleben gab es nicht, [...].

Es ging uns allen gleich, da entstand eine Art Gemeinschaft. [...]

Wir kriegten natürlich genau dasselbe Kommissbrot wie die Männer. Dieses Brot schmeckt an und für sich sehr gut und ist wunderbar, wenn es frisch ist. Wenn es aber ein paar Tage gelegen hat, ist es fürchterlich hart, dann ist es abscheulich. Wenn der neue Schub kam, musste er nach hinten hingelegt werden und dieses vertrocknete Zeug von hinten musste nach vorne geschoben werden. Dazu gab es eine wunderbare Erdbeermarmelade aus großen Eimern. In diese Marmelade musste aber ein Eimer Wasser gekippt werden, damit sie nicht zu dick war und diese Wassersoße wurde dann auf das trockene Brot geschmiert. Davon aßen alle wenig. [...]

Es gab Wasserklosetts, aber alles lief in eine riesengroße Zisterne, und die musste alle paar Wochen entleert werden. Dann kriegten wir einen Eimer in die Hand, und eine lange Kette wurde gebildet. Die Hauptführerin stand oben und hatte an einer langen Holzstange vorne einen Eimer dran, und dann wurde es umgeschüttet bis in die letzte Gegend, und so haben wir unseren ganzen großen Garten gedüngt. Das war eine duftige Sache!

Wenn man jung ist, macht man das gerne, dass man anderen Menschen hilft. Aber das Drumherum? Das Unnötige, dieses absolut unnötige Drumherum, dieses Menschenverachtende. Man musste gedämpft und gedrückt werden.

[...] Viele waren auch begeistert. Viele hatten es zu Hause sehr schlecht. Ich kannte ein paar Mädchen, die sagten: „Ich habe es zu Hause so schlecht, hier ist es besser. Hier habe ich zum ersten Mal richtig Ordnung mit dem Essen, ich werde nicht geschlagen, und die Leute sind nett." Das alles hat sehr dazu beigetragen, dass keiner gesagt hätte, das war furchtbar. Und so war man vorgeprägt. Da konnten sie wirklich alles mit einem machen. Da hat man nachher alles andere wunderbar gefunden. [...]

Elisabeth Cosmann, geboren 1918 im Hessischen, in: Claudia Seifert, Das Leben war bescheiden schön, dtv, München 2008, S. 139ff.

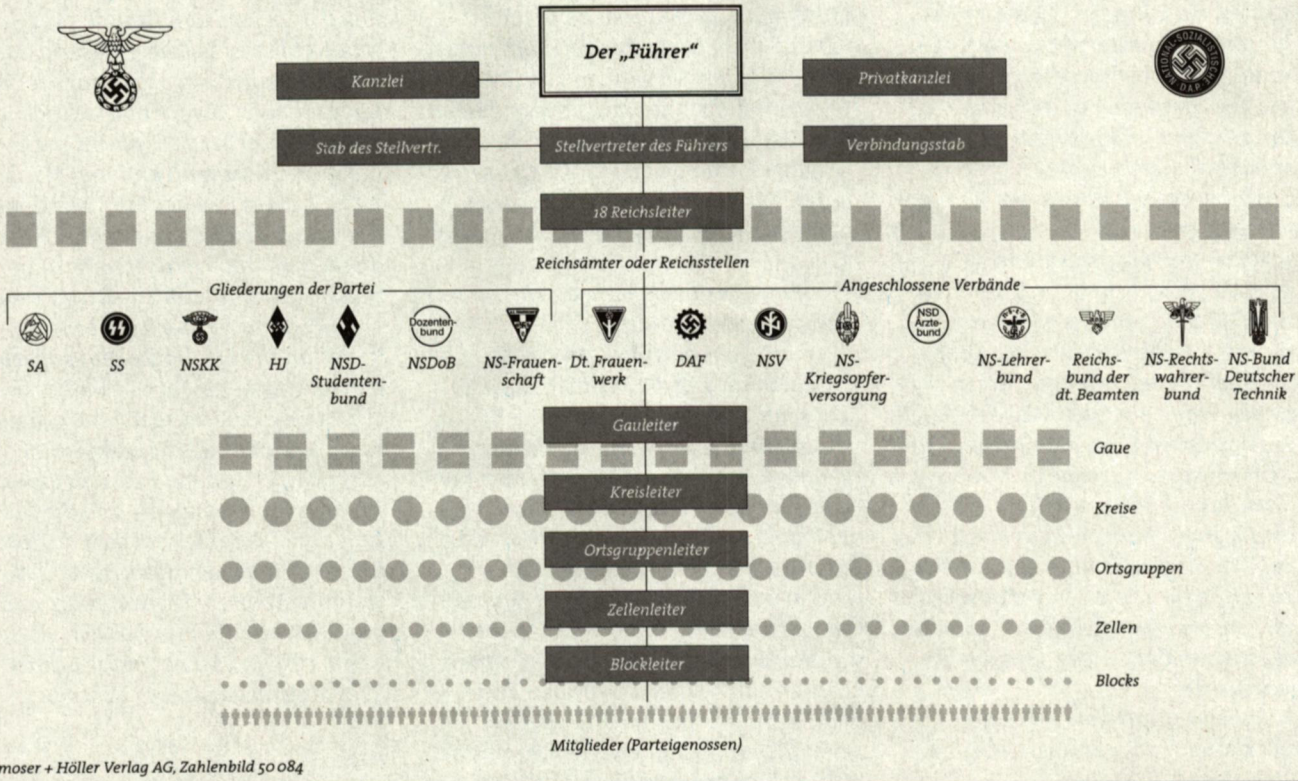
„Gefühlte Gleichheit"

Das NS-Regime unternahm viel, um die Einheit und Solidarität der „Volksgemeinschaft" zu inszenieren. Schon im Winter 1933/34 organisierte die NSV das erste Winterhilfswerk unter dem Motto „Ein Volk hilft sich selbst" mit einem spektakulären Erfolg: Über 358 Millionen Reichsmark wurden reichsweit gesammelt. Mit „Eintopfsonntagen", an denen sich auch die NS-Spitze selbst propagandistisch ins Bild setzte, sollte das eingesparte Geld dem Winterhilfswerk gespendet werden; Beamten wurde für das Sammeln von Spenden Urlaub gewährt; bei den Arbeitern und Angestellten wurde eine alljährliche „Spende" für das Winterhilfswerk in Höhe von zehn Prozent der Lohnsteuer gleich mit der Steuer eingezogen. Aber auch die Firmen selbst waren aufgefordert, sich mit größeren Beträgen an der Sammlung zu beteiligen. Über eine Million Helfer zogen mit Sammelbüchsen durch die Straßen und von Haustür zu Haustür; wer spendete, erhielt ein Abzeichen. 1934/35 wurden über 31 Millionen solcher Winterhilfswerk-Abzeichen produziert, 1938/39 waren es nahezu 170 Millionen.

Im September 1939 gehörten der NSDAP über 5,3 Millionen Mitglieder an, mit weiteren knapp zwölf Millionen Angehörigen in den Parteigliederungen wie SA, SS, HJ u. a.. Rechnet man noch die angeschlossenen und betreuten Verbände wie Deutsche Arbeitsfront, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Deutsches Frauenwerk und andere hinzu, so waren insgesamt (Mehrfachmitgliedschaften unberücksichtigt) rund 68 Millionen Mitglieder in der nationalsozialistischen Organisationswelt integriert, also etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung. 1937 war die Zahl der Politischen Leiter der NSDAP auf rund 700 000 angestiegen, im Krieg lag die Zahl des Führungskorps der Partei bei zwei Millionen. Kreis- und Ortsgruppenleiter, Block- und Zellenwarte waren zugleich Teil des Netzes sozialer Kontrolle durch die NSDAP und auch Teilhaber der Macht. Diese Amtsträger konnten auf das Leben ihrer Mitmenschen nachhaltig einwirken, von ihren Berichten hingen das berufliche Weiterkommen und womöglich sogar Leib und Leben ab. Partizipation an der Macht bedeutete zugleich die Erfüllung der nationalsozialistischen Politik.

Die Sozialutopie des Nationalsozialismus war keine offene oder gar wohlfahrtsstaatliche Gesellschaft, sondern blieb stets rassistisch und antisemitisch bestimmt. Ohne Zweifel verlieh die „Verbreitung des Gefühls sozialer Gleichheit", so der Historiker Norbert Frei, dem Nationalsozialismus eine große Attraktivität und ein hohes Maß an Mobilisierungsbereitschaft. Die angestrebte „Volksgemeinschaft" umfasste allerdings eine unmissverständlich erb- wie rassenbiologisch definierte Menschengruppe. Das nationalsozialistische Ziel bestand nicht in einer universell-egalitären Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind, sondern richtete sich stets auf die Leistungssteigerung einer rassistischen „Volksgemeinschaft".

Die Organisation der NSDAP



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 50 084

Der soziale Alltag der Ausgrenzung

[...] Man übersieht bei der Betrachtung des nationalsozialistischen Systems häufig, dass dieses zwar ein Unrechts- und Willkürsystem gewesen ist, dass die Willkür und das Unrecht aber fast ausschließlich die Nicht-Zugehörigen trafen, während die Mitglieder der Volksgemeinschaft nach wie vor in weiten Bereichen sowohl Rechtssicherheit als auch staatliche Fürsorge genossen.

So zeigt eine retrospektive Befragung mit 3000 Personen, die in den 1990er Jahren durchgeführt wurde, dass nahezu drei Viertel der vor 1928 geborenen Befragten niemanden kannten, der aus politischen Gründen mit der Staatsgewalt in Konflikt geraten und deshalb verhaftet oder verhört worden war. Noch mehr Befragte gaben an, sich selbst niemals bedroht gefühlt zu haben, und das, obwohl in derselben Befragung zu hohen Anteilen angegeben wird, dass man illegale Radiosender gehört oder Witze über Hitler und kritische Äußerungen über die Nazis gemacht habe. Ein höchst bemerkenswertes Ergebnis dieser Studie liegt darin, dass sich im Nachhinein jeweils zwischen einem Drittel und mehr als der Hälfte der Befragten dazu bekennen, an den Nationalsozialismus geglaubt, Hitler bewundert und nationalsozialistische Ideale geteilt zu haben. Ein ähnliches Bild zeichnet eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 1985. Die Befragten, die 1945 mindestens 15 Jahre alt gewesen sein mussten, bekennen zu 58 Prozent, an den Nationalsozialismus geglaubt zu haben, 50 Prozent sahen ihre Ideale in ihm verkörpert, und 41 Prozent bewunderten den Führer. Dabei zeigte sich auch, dass die Zustimmung zum NS-System mit dem Niveau des Bildungsabschlusses steigt – was dem gängigen Vorurteil zuwiderläuft, dass Bildung vor gegenmenschlichen Einstellungen schützt. Mit steigender formaler Bildung stieg auch die Zustimmung zu Hitlers Welt [...]. Ein Viertel der Befragten betonen noch ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des „Dritten Reiches“ das Gemeinschaftsgefühl, das damals geherrscht habe.

[...]Das verbreitete Gefühl, nicht bedroht zu sein und keinerlei Repression zu unterliegen, beruhte auf einem starken Gefühl der Zugehörigkeit, deren Spiegelbild die täglich demonstrierte Nicht-Zugehörigkeit von anderen Gruppen, insbesondere von Juden, war. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 setzte eine ungeheuer beschleunigte Praxis der Ausgrenzung der Juden ein, und zwar ohne relevanten Widerstand der Mehrheitsbevölkerung – obwohl mancher vielleicht über den „SA- und Nazipöbel“ die Nase rümpfte oder die einsetzende Kaskade der antijüdischen Maßnahmen als unfein, ungehörig, übertrieben oder einfach als inhuman empfand. [...]

Während es den einen zunehmend schlechter ging, fühlten sich die anderen immer besser. Das nationalsozialistische Projekt bot ja nicht nur eine glanzvoll ausgemalte Zukunft, sondern auch ganz handfeste Gegenwartsvorteile wie zum Beispiel exzellente Karrierechancen. Der Nationalsozialismus hatte eine extrem junge Führungselite, und nicht wenige gerade der jüngeren Volksgenossinnen und -genossen konnten große persönliche Hoffnungen mit dem Siegeszug der „arischen Rasse“ verbinden. Vor diesem Hintergrund ist die enorme Freisetzung von individueller und kollektiver Energie zu verstehen, die diese Gesellschaft kennzeichnete.

[...]Ausgrenzung, Verfolgung und Beraubung der Anderen wurden kategorial nicht als solche erlebt, weil diese Anderen per definitionem gar nicht mehr dazugehörten und ihre antisoziale Behandlung den Binnenbereich der Moralität und Sozialität der Volksgemeinschaft nicht mehr berührte.

Ein besonders betrübliches Kapitel in diesem Zusammenhang bilden die so genannten Arisierungen jüdischer Geschäfte und Unternehmen sowie die öffentlichen Versteigerungen von Wert- und Einrichtungsgegenständen aus jüdischem Besitz. Während insgesamt etwa 100 000 Betriebe im Zuge der „Arisierung“ ihre Besitzer wechselten, lässt sich die Beteiligung an den Versteigerungen kaum noch quantifizieren, aber anhand von Beispielen wenigstens dimensionieren. In Hamburg etwa wurden 1941 die Ladungen von 2 699 Güterwagen und 45 Schiffen mit „Judengut“ versteigert; 100 000 Hamburger ersteigerten Möbel, Kleidungsstücke, Radios und Lampen, die aus etwa 30 000 jüdischen Familien stammten. Hinzu kamen der vieltausendfache Besitzerwechsel von Immobilien, Autos und Kunstgegenständen. Gelegentlich wurden die Behörden mit der Bitte nach besonders begehrten Gütern bedrängt, noch bevor ihre rechtmäßigen Besitzer abtransportiert worden waren, und es werden Fälle geschildert, wo bei noch nicht deportierten Juden geklingelt wurde, damit man schon in Augenschein nehmen konnte, was man auf der bereits angesetzten Versteigerung erwerben könne.

Auch hier fallen Wissen und soziale Praxis in eins, und es wird ein Handlungszusammenhang sichtbar, in dem das veränderte Normengefüge nicht von oben nach unten durchgesetzt wird, sondern in dem auf praktische und sich verschärfende Weise das Verhältnis zwischen den Menschen entsolidarisiert wird und eine neue soziale „Normalität“ etabliert wird. In dieser Normalität mag es zwar ein Durchschnittsvolksgenosse noch 1941 für undenkbar halten, dass Juden umstandslos getötet werden, aber nichts Bemerkenswertes darin sehen, dass Ortsschilder verkünden, der entsprechende Ort sei „judenfrei“, dass Parkbänke nicht von Juden benutzt werden dürfen und auch nicht mehr darin, dass die jüdischen Bürger entrechtet und beraubt werden.

Harald Welzer, Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2007 vom 2. April 2007, S. 23ff.

www.bpb.de/apuz/30543/die-deutschen-und-ihr-drittes-reich

Michael Wildt

Verfolgung

Unmittelbar nach der Machteroberung 1933 beginnt die Verfolgung von politischen Gegnern, Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, „Asozialen" und „Erbkranken". Insbesondere das Vorgehen gegen die Juden radikalisiert sich und findet einen vorläufigen Gipfelpunkt im Pogrom des 9. November 1938.

bpk / Carl Eberth

Brutaler Vandalismus – vor den Augen aller: das geplünderte und zerstörte jüdische Gemeindehaus in Kassel am 10. September 1938

In der ersten Phase des NS-Regimes richtete sich der Terror vor allem gegen den politischen Gegner, in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten. Zu Tausenden wurden Oppositionelle von lokalen SA-Gruppen in „wilden Konzentrationslagern" interniert und misshandelt. Hier beglichen die neuen Machthaber manche alte Rechnung aus den Zeiten des Straßenkampfes und ließen ihren jahrelangen Ressentiments gegen „die Roten" freien Lauf.

In Berlin-Köpenick zum Beispiel war im Juni 1933 ein SA-Kommando auf den Widerstand eines jungen Sozialdemokraten gestoßen, der drei SA-Männer erschoss. Darauf plante die SA eine systematische Gewaltaktion gegen SPD-Anhänger in diesem Stadtteil. Sie nahm über 500 Männer des Viertels fest und folterte sie so brutal, dass 91 von ihnen starben. Zum Teil wurden die Leichen Tage später aus umliegenden Gewässern gefischt.

Diese Phase revolutionärer Willkür musste jedoch an ihre Grenzen stoßen, denn die NS-Führung wollte in jedem Fall das Gewaltmonopol fest und zentral in der Hand behalten. Die beiden entscheidenden Herrschaftsinstrumente zur Verfolgung der Gegner bildeten die politische Polizei und die Konzentrationslager.

bpk

In der SA-Kaserne auf der Berliner Friedrichstraße werden verhaftete Regimegegner drangsaliert.

Polizei

In Preußen war die politische Polizei zwar aus der sonstigen Polizeiverwaltung ausgegliedert und faktisch einer verwaltungsrechtlichen Kontrolle entzogen, blieb aber als Oberste Landesbehörde unmittelbar dem Ministerpräsidenten unterstellt und damit Teil der preußischen Verwaltung. Ähnliche Pläne wurden für die Leitung der Konzentrationslager entworfen. Nachdem die „wilden" SA-Lager aufgelöst und die Häftlinge in Konzentrationslager unter staatlicher Aufsicht zusammengefasst wurden, sollte ein ziviler Direktor an der Spitze der Konzentrationslager direkt dem preußischen Innenministerium unterstehen.

In Bayern dagegen gerieten politische Polizei und Konzentrationslager von vornherein unter eine einheitliche Leitung. Heinrich Himmler, der nach dem Januar 1933 zunächst mit dem Posten des Polizeipräsidenten in München eher abgespeist worden war, erhielt Mitte März 1933 die Führung über die gesamte politische Polizei Bayerns. Damit waren die Funktionen als Chef der SS und als Führer der Politischen Polizei Bayerns in seiner Person vereinigt. Und Himmler erreichte, dass ihm das Konzentrationslager Dachau unterstellt wurde. In Bayern entstand eine Verbindung aus SS, Politischer Polizei und Konzentrationslager, das sich als das siegreiche Modell im Machtkampf innerhalb der NS-Führung, wer die Kontrolle über die Polizei erhalten solle, herausstellte.

Himmler verfügte mit der SS über eine als diszipliniert geltende Truppe, die sich einerseits von der in ihrem revolutionären Elan unberechenbaren SA abhob, andererseits gegenüber konservativen oder deutschnationalen Kandidaten für die Polizeiführung die Gewähr einwandfreier nationalsozialistischer Gesinnung und Härte gegenüber den politischen Gegnern bot. Zugleich bedeutete gerade die Verbindung von politischer Polizei, Konzentrationslagern und deren Wachmannschaften ein uneingeschränktes Feld des Terrors.

Bundesarchiv, Bild 152-11-12 / Fotograf: Friedrich Franz Bauer

SS-Chef Heinrich Himmler, dem die Konzentrationslager unterstellt waren, während einer Besichtigung des KZ Dachau

Mit Hitlers Unterstützung gelang es Himmler in den kommenden Monaten, von Bayern aus die Führung der politischen Polizeien in den übrigen Ländern und damit auch die Verfügungsgewalt über die Konzentrationslager in seine Hand zu bekommen. Im April 1933 wurde Himmler zum Inspekteur der preußischen Gestapo ernannt und kontrollierte damit auch die politische Polizei des größten Landes des Deutschen Reiches. Er und Heydrich wechselten nun ihre Machtzentrale von München nach Berlin.

Schon in dieser frühen Phase richtete sich die nationalsozialistische Verfolgung nicht allein gegen politische Oppositionelle, sondern auch gegen „Gemeinschaftsfremde" und „Asoziale". Im September 1933 waren reichsweit Tausende von Landstreichern und Bettlern zeitweise verhaftet worden – eine Aktion, mit der das neue Regime öffentlich unter Beweis stellen wollte, dass es „Ordnung" schaffe. In Berlin gab es zu dieser „Bettlerrazzia" sogar eine Radioreportage vor Ort, ebenso wie Zeitungen öffentlich über die Internierung von politischen Oppositionellen in Konzentrationslagern berichteten.

„Rassische Generalprävention"

Im Fokus der nationalsozialistischen Verfolgung standen für Hitler und Himmler nicht mehr bloß die Ausschaltung der politischen Opposition als vielmehr eine allumfassende „rassische Generalprävention", so der Historiker Ulrich Herbert, durch SS und Polizei. „Die nationalsozialistische Idee, die heute das deutsche Volk und das Reich beherrscht, sieht im Volk, nicht im Einzelmenschen, die wirkliche Erscheinungsform des Menschentums", führte Heinrich Himmler 1937 in einem grundsätzlichen Aufsatz über Aufgaben und Aufbau der Polizei im Nationalsozialismus aus. „Die Polizei hat das deutsche Volk als organisches Gesamtwesen, seine Lebenskraft und seine Einrichtungen gegen Zerstörungen und Zersetzung zu sichern. Die Befugnisse einer Polizei, der diese Aufgaben gestellt sind, können nicht einschränkend ausgelegt werden."

Ein entscheidender Schritt zum Aufbau einer solchen rassistischen Polizei war Hitlers Entscheidung, Himmler im Juni 1936 zum Chef der gesamten deutschen Polizei zu ernennen und damit die Polizei aus der bisherigen Struktur der inneren Verwaltung herauszulösen. Bezeichnenderweise setzte sich Himmler erfolgreich gegen die Absicht des Innenministeriums zur Wehr, seine Ernennung „unter Berufung in das Beamtenverhältnis" vorzunehmen. Seine neue Funktion verstand der Reichsführer SS keineswegs als Staatsdienst im herkömmlichen Sinn, sondern als Aufgabe einer künftigen rassistischen staatlichen Ordnung. Sogleich strukturierte er den Polizeiapparat um, fasste Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei in einem Hauptamt Sicherheitspolizei zusammen, das von Reinhard Heydrich geleitet wurde, und unterstellte die übrige Polizei in einem Hauptamt Ordnungspolizei dem altgedienten SS-Obergruppenführer Kurt Daluege.

KZ Moringen 1933 – aus zwei verschiedenen Blickwinkeln

August Baumgarte aus Hannover und Karl Ebeling aus Lauenstein am Ith berichten:

„Im März wurden wir als ‚Schutzhäftlinge' nach Moringen überführt und in das sogenannte Arbeitshaus eingesperrt. In zwei großen Sälen lagen 280 Kommunisten, 30 Sozialdemokraten und 20 Mitglieder anderer Parteien. Am 2. Mai wurde eine Amnestie erlassen. Etwa 100 Häftlinge durften nach Hause. Nach und nach wurden neue eingeliefert. Zuerst durften wir in Arbeitskolonnen als ‚Freiwillige' Wege und Straßen bauen – unter Bewachung von SA-Leuten. Dann wollte man uns zur Arbeit zwingen. Wir forderten tarifliche Bezahlung. Wir hatten abgesprochen, alles gemeinsam zu tun. Die SA versuchte, uns gegeneinander auszuspielen. Doch wir hielten zusammen. Das machte unsere Bewacher wild. Sie fingen an zu schlagen. Willkürlich holten sie einzelne von uns heraus und prügelten sie im Bunker. Darauf verweigerten wir alle das Essen. [...] Am zweiten Tag des Hungerstreiks drehte man uns das Wasser ab. Es war ein heißer Sommer. Wir hatten fürchterlichen Durst. Bald hatten die sanitären Anlagen kein Wasser mehr! Am dritten Tag machten die ersten schlapp. Am vierten Tag waren viele völlig apathisch. Da holte sich die SA Polizeikommandos aus Hannover zur Verstärkung. Unter ärztlicher Anleitung versuchte man, uns zwangsweise zu füttern.

Wir lebten noch immer in den Vorstellungen der Weimarer Demokratie von Recht und Ordnung. Wir blieben standhaft. Schließlich gab man die Fütterungsaktion auf. Nach fünf Tagen erschien eine staatliche Kommission, der wir unsere Forderungen nach anständiger Behandlung, vernünftigem Essen und tariflicher Bezahlung vortrugen. Sie akzeptierten und ließen uns vier Wochen in Ruhe. –

Inzwischen bauten die Faschisten ihre Macht in Deutschland aus. Nach vier Wochen wurde unsere Wachmannschaft abgelöst. Jetzt kam die SS! Was sich nun abspielte, ist unbeschreiblich. Jeden Tag wurden mehrere Razzien durchgeführt. Jeder, der den SS-Banditen nicht paßte, wurde im Bunker durchgeprügelt. [...] Derartige Exzesse waren an der Tagesordnung. Das ging vier Wochen lang. Dann wurden wir aufgeteilt. Ein Teil von uns kam nach Esterwegen, der andere nach Oranienburg." (Baumgarte)

„Die Brutalität fing an, als die Polizei von der SS abgelöst und SS-Sturmführer Kordes Kommandant wurde. Er richtete einen Raum ein, den sie ‚Freudenzimmer' nannten. So mancher hat dieses ‚Freudenzimmer' kennengelernt. Ich denke besonders an den sozialdemokratischen Polizeirat Buchholz aus Hannover, der mein Tischnachbar war. Drei Tage haben wir ihn nicht gesehen. Als er wieder raus kam, sah er furchtbar aus. [...]"

NS-Presse über KZ Moringen Juni 33
Ein Besuch im Provinzial-Werkhaus in Moringen

Vor einigen Tagen hatte ein Mitglied unserer Schriftleitung anläßlich einer Besichtigung des Werkhauses in Moringen durch die Staatsanwaltschaft Gelegenheit, an dem Besuche teilzunehmen.

Das Werkhaus Moringen ist das Arbeits- und Korrektionshaus der Provinz Hannover. Es untersteht direkt dem Landesdirektorium Hannover. Die Leitung liegt in den Händen von Direktor Krack.

Im Arbeitshaus werden Arbeitsunwillige untergebracht, z. B. Landstreicher und Bettler, und solche, die sich der Unterhaltspflicht gegen ihre Familie entziehen. Zur Zeit sind außer den Arbeitshäuslern auch politische Schutzhäftlinge, insbesondere Kommunisten, sowie alle, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilden, in die Anstalt gebracht.

Das Werkhaus ist jetzt belegt von etwa 70 bis 80 Arbeitshäuslern und etwa 300 politischen Schutzhäftlingen, darunter befinden sich eine große Anzahl Clausthaler Kommunisten. Auch die KPD.-Göttingen ist mit einigen ihrer Prachtexemplare vertreten. [...]

Im Hauptgebäude, das an der Hauptstraße liegt, sind in einem Flügel die weiblichen Insassen untergebracht, die politischen Schutzhäftlinge sind von den eigentlichen Werkhäuslern getrennt. In einem anderen Flügel befinden sich die Bekleidungskammern. Über einen langen Gang hinweg Lazarett, Operationszimmer und Arztzimmer. Die sanitären Räume sind hell und weit. Wir steigen die Treppe hinunter und treten in den großen Hof. Die Schutzhäftlinge machen gerade ihren Spaziergang. Vor den Gebäuden stehen Wachen der SA.- und SS.-Hilfspolizei. Der Hof ist umschlossen von hohen Gebäuden, die wiederum von einem tiefen Wassergraben umgeben sind. Auf dem Hofe sind Turngeräte aufgebaut, an denen sich die Gefangenen betätigen können. Gleich rechts liegt der große Bibliotheksraum, in dem eine reichhaltige Bücherei untergebracht ist. [...]

Im Erdgeschoß der Wohnräume der Arbeitshäuser sind ausgedehnte Werkstätten, in denen sich die Gefangenen nach ihrer beruflichen Ausbildung betätigen können. [...]

[E]ine Schlosserei, eine Wagnerei, eine Schneiderei und eine Schusterei [sind] eingerichtet. Die Erzeugnisse werden nur für den internen Betrieb der Anstalt hergestellt. In den äußeren Handel kommen nur Mattengeflechte und Fisch- und Weidenkörbe, also ausgesprochene Anstaltsarbeiten.

Gegenüber liegen die Küche und die Baderäume. Der Speisezettel wird jedesmal für einen Monat festgelegt und in jedem Raume ausgehängt. Die Badeeinrichtung bietet jedem Insassen Gelegenheit, morgens ein Brausebad zu nehmen. Die politischen Schutzhäftlinge sind in einem besonderen Gebäude untergebracht. Vor den Gebäuden stehen Wachen von hannoverschen Schutzpolizisten, die unter dem Kommando eines Schutzpolizeihauptmanns stehen, der die militärische Befehlsgewalt in der Anstalt ausübt. Große lichte Tagesräume bieten den Häftlingen Aufenthalt für den Tag. Die weiten Schlafräume sind hell und gut durchgelüftet.

In einem besonders abgeschlossenen Flügel sind Zellen für Einzelhaft eingerichtet, die für widerspenstige Häftlinge zur Verfügung gehalten werden.[...]

Die Stimmung unter den Häftlingen vermittelte uns nach Schluß der Besichtigung eine Gruppe von politischen Schutzhäftlingen, die von der Arbeit auf dem Felde kamen. Frische und kräftige Gestalten. Fast alle hatten sich mit Blumen geschmückt oder trugen Sträuße in der Hand. Sie marschierten singend, in Gruppenkolonne, unter der Führung eines Polizeiwachtmeisters durch die Straßen. Man hatte den Eindruck, daß in das Leben dieser Männer, die früher nur den Klassenhaß kannten, ein neuer Rhythmus getreten ist. Vielleicht haben sie alle erst jetzt gelernt, daß Zucht und Ordnung die Grundlagen des Staates sein müssen, wenn er bestehen will.

In: Thomas Berger (Hg.), Lebenssituationen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, für Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1981, S. 37 ff.

Bundesarchiv, Bild 183-78612-0002

1936 wurde das KZ Sachsenhausen als „Schutzhaftlager" errichtet. Durch das Instrument „Schutzhaft" konnte sich nach der Reichtagsbrandverordnung die Willkür des Regimes frei entfalten.

Errichtung der Konzentrationslager

Zur selben Zeit ließ Himmler alle bisherigen kleinen Schutzhaftlager auflösen und neben Dachau, das erheblich erweitert wurde, zwei neue, große Konzentrationslager in Sachsenhausen bei Berlin sowie in Buchenwald nahe Weimar errichten. 1938 kamen die Konzentrationslager Flossenbürg, Neuengamme und Mauthausen (nach dem „Anschluss" Österreichs) sowie das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück hinzu. Alle Lager wurden von eigenen SS-Wachverbänden, seit März 1936 offiziell SS-Totenkopfverbände genannt, bewacht und die Lagerorganisation vereinheitlicht. Während im KZ Dachau nach wie vor vornehmlich politische Häftlinge interniert wurden, füllten sich die neuen Konzentrationslager mit Menschen, die nicht mehr wegen ihrer politischen Gesinnung, sondern nach rassenbiologischen Kriterien ausgewählt worden waren.

Verfolgung von „Asozialen" und Homosexuellen

Der Begriff der „Asozialität" wurde zu einer zentralen Kategorie der Verfolgung, und kriminalbiologische Vorgaben bildeten die Grundlage einer „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei". Im März 1937 verhaftete die Kriminalpolizei nach vorbereiteten Listen etwa 2000 „Berufs-", „Gewohnheits-" und „Sittlichkeitsverbrecher" und verschleppte sie nach Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald, um sie dort für den Ausbau der Lager einzusetzen. Unter den Verhafteten befanden sich vermutlich auch viele Homosexuelle, nachdem 1935 bereits der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches verschärft worden war, was zu einem drastischen Anstieg von Strafurteilen und der KZ-Internierung von tausenden Homosexuellen geführt hatte. Im Oktober 1936 war außerdem eine zentrale Stelle im Reichskriminalpolizeiamt zur „Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung" eingerichtet worden. Noch kurz vor der Verhaftungsaktion hatte Himmler in einer Rede vor SS-Gruppenführern im Februar 1937 den Kampf gegen die männliche Homosexualität besonders hervorgehoben, weil diese Männer in Himmlers rassistischer Weltsicht für die Fortpflanzung des Volkes ausfielen.

Im Januar 1938 erteilte Himmler den Gestapostellen im Reich und dann auch in Österreich, das im März angegliedert worden war, den Befehl, sogenannte Arbeitsscheue zu verhaften und im KZ Buchenwald zu internieren. Diese Aktion, die etwa 1500 Menschen ins Konzentrationslager brachte, war aber nur der Auftakt für eine größere Verhaftungswelle im Juni 1938. Dieses Mal erhielt jeder Leitstellenbezirk der Kriminalpolizei eine feste Quote, mindestens 200 arbeitsfähige „asoziale" Männer zu verhaften. Zusätzlich sollten alle männlichen Juden interniert werden, die jemals zu einer Haftstrafe von mindestens einem Monat verurteilt worden waren, was mittlerweile bei den geringsten Delikten möglich war. Die Polizei erfüllte das Soll um ein Dreifaches; insgesamt wurden rund 10 000 Männer verhaftet und nach Buchenwald und Sachsenhausen gebracht. Der Zweck der Internierung lag darin, die Häftlinge als Arbeitskräfte für den Ausbau der Lager und für die SS-eigenen Betriebe, insbesondere zur Herstellung von Ziegeln für die Baubranche, auszunutzen; zugleich sollten die „Asozialen" aus dem deutschen „Volkskörper" ausgesondert werden.

Bundesarchiv, R 165 Bild-244-70

Während der NS-Zeit führender „Zigeunerforscher", nach 1945 Obermedizinalrat der Stadt Frankfurt: Robert Ritter (r.) bei einer erzwungenen Blutabnahme Ende der 1930er-Jahre

Verfolgung von Roma und Sinti

Auch Roma und Sinti wurden als „Asoziale" verfolgt. Schon in der Kaiserzeit wie in der Weimarer Republik hatten lokale Behörden Roma und Sinti schikaniert. Nun systematisierte das NS-Regime die Verfolgung. 1936 begannen mehrere Großstädte, Lager für Roma und Sinti zu errichten, und internierten Hunderte unter hygienisch elenden Bedingungen. Ein eigenes Referat widmete sich im Reichskriminalpolizeiamt der Verfolgung der „Zigeunerplage". Im Dezember 1938 befahl Himmler die rassenbiologische Erfassung sämtlicher „Zigeuner" in Deutschland. Danach erhielten sie, je nachdem, ob sie als „reinrassige Zigeuner", „Zigeunermischlinge" oder „nicht-seßhafte Zigeuner" eingestuft wurden, unterschiedliche Ausweise, ohne die es ihnen nicht möglich war, Arbeit zu bekommen. Zudem wurde ihnen jedwede Mobilität verboten, vielmehr sollte die Polizei sie „festsetzen". Unter den internierten, „asozialen" KZ-Häftlingen befanden sich zahlreiche Roma und Sinti.

Häftlingszahlen

Die Zahl der KZ-Häftlinge stieg aufgrund der Verhaftungsaktionen innerhalb von zwei Jahren um das Fünffache: von über 4700 im November 1936 auf etwa 24 000 Anfang November 1938. Wenige Tage später kamen infolge der Verhaftungswelle jüdischer Männer nach dem Novemberpogrom für mehrere Wochen etwa 36 000 neue Häftlinge hinzu, so dass die Zahl der Häftlinge kurzzeitig auf fast 60 000 anwuchs – mit all den katastrophalen Folgen für die Unterkunft, Verpflegung und hygienischen Bedingungen in den Lagern, die auf solche Belegungszahlen nicht eingerichtet waren. Bis zum Jahresende wurde zwar ein Großteil der jüdischen Häftlinge wieder entlassen, sobald sie der Enteignung ihres Vermögens und der sofortigen Ausreise „zugestimmt" hatten. Bis zum Kriegsbeginn wuchs aber die Zahl der Häftlinge wieder auf über 21 000 an und stieg dann immens während des Krieges.

Zwangssterilisation

Auch mit der Politik, ein erbbiologisch „gesundes" Volk herzustellen, zögerte die Hitler-Regierung nicht lange. Wenige Monate nach der Machtübernahme, am 14. Juli 1933, erließ sie das Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses", mit dem erstmals in Deutschland die Zwangssterilisation aus erbbiologischen Gründen erlaubt wurde, die ausdrücklich auch gegen den Willen der Patienten angewandt werden konnte.

Forderungen nach Einführung erbbiologischer Personalbögen, nach einem Eheverbot für „Asoziale" bis hin zur Wegsperrung von Epileptikern, psychisch Kranken und Kriminellen aus rassenbiologischen Gründen, wie sie unter anderen selbst der Verfasser des gesundheitspolitischen Programms der SPD, Alfred Grotjahn, vertrat, und Sterilisation „Minderwertiger" waren bereits in der eugenischen Diskussion der Weimarer Republik gang und gäbe gewesen. 1920 veröffentlichten der Strafrechtler Karl Binding und der Psychiater Alfred Hoche eine einflussreiche Broschüre mit dem Titel „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens", in der die jüdisch-christliche Achtung vor der Unantastbarkeit des Lebens mit Hinweisen auf antike Gesellschaften wie Sparta angegriffen wurde. Zwar blieb die Tötung angeblich „lebensunwerten Lebens" unter den Eugenikern umstritten, aber die Debatte verlagerte sich zunehmend in Richtung auf Zwangsmaßnahmen.

Im November 1932 drängten die Ärztevertretungen auf ein Sterilisationsgesetz, nicht nur um damit einer „Verschlechterung des deutschen Erbgutes" vorzubeugen, sondern auch um die öffentlichen Krankenkassen zu entlasten. Nach der Machtübernahme nahm der Druck auf die Ministerialbürokratie zu, und als im Mai 1933 außerdem der Nationalsozialist Arthur Gütt zum Medizinalreferent im Reichsinnenministerium ernannt worden war, kam das entsprechende Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses" ins Kabinett.

bpk

Menschenleben als Kostenfaktor: Dia aus der Bildserie „Blut und Boden", das zu Schulungszwecken im Rahmen der „Verhinderung erbkranken Nachwuchses" diente.

bpk/Germin

Dass Leben „wert" und „unwert" sei, sollte von klein auf verinnerlicht werden. Rassenkunde-Unterricht für BDM-Mädchen in Hamburg

„Wer erbkrank ist", so lautete der Paragraph 1, „kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden." Noch nicht einmal ein medizinischer Beweis war vonnöten, sondern allein aufgrund von Erfahrungen oder „großer Wahrscheinlichkeit" konnte ein Mensch gegen seinen Willen sterilisiert werden. Als Erbkrankheiten nannte das Gesetz explizit „angeborenen Schwachsinn, Schizophrenie, zirkuläres (manisch-depressives) Irresein, erbliche Fallsucht, erblichen Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere erbliche körperliche Mißbildung" und schweren Alkoholismus.

Eine große Öffentlichkeitskampagne in der Tages- und Fachpresse begleitete die Einführung des Gesetzes. Immer wieder wurde die „Beschaffenheit der Erbverfassung unseres Volkes" beschworen, die aufgrund der unterschiedlichen Geburtenraten befürchten lasse, dass binnen drei Generationen „die wertvolle Schicht von der minderwertigen völlig überwuchert" werden würde. Sterilisation sei daher nicht nur notwendig, sondern geradezu „eine Tat der Nächstenliebe und Fürsorge", das Sterilisationsgesetz „eine wahrhaft soziale Tat für die betroffenen erbkranken Familien" und der „Beginn eines neuen Zeitalters". In den Schulen wurden 1933 die Fächer Rassenkunde und Vererbungslehre in den Unterricht eingeführt.

Über die Sterilisation, die von Ärzten, Krankenhausleitungen und Wohlfahrtsämtern beantragt werden konnte, hatten neu eingerichtete, sogenannte Erbgesundheitsgerichte zu entscheiden, die aus einem Richter, einem beamteten Arzt und einem Arzt, der mit der "Erbgesundheitslehre besonders vertraut" (§ 6) sein sollte, zusammengesetzt waren. Ohne die Mithilfe zahlreicher Ärzte in den Erbgesundheitsgerichten hätte diese Massenverfolgung von kranken Menschen nicht geschehen können. Nach NS-amtlichen Dokumenten wurden aufgrund des Erbgesundheitsgesetzes bis zum Kriegsbeginn 1939 etwa 300 000 Menschen sterilisiert, wobei die Dunkelziffer derjenigen, die außerhalb des Gesetzes ohne ihren Willen oder gar ihr Wissen sterilisiert wurden, noch höher liegen dürfte. Allein in den ersten drei Jahren nach Erlass des Gesetzes fällten die Erbgesundheitsgerichte 224 338 Urteile und entschieden in 198 869 Fällen, also knapp 90 Prozent, auf Sterilisation.

Verfolgung der Juden

Antisemitismus bildete den Kern des Nationalsozialismus; die Juden sollten aus dem öffentlichen Leben und am besten gleich ganz aus Deutschland verdrängt, ihr Hab und Gut geraubt werden. Auf allen Ebenen, sowohl in den großen Städten wie auch in der Provinz, in den Dörfern und kleinen Orten, war die Verfolgung der Juden als „Rassenfeinde des deutschen Volkes" das zentrale politische Instrument, um die bürgerliche Ordnung anzugreifen und die „Volksgemeinschaft" herzustellen.

37 000 jüdische Deutsche verließen 1933 nach Hitlers Machtübernahme ihre Heimat. Danach ging die Zahl auf über 20 000 jährlich leicht zurück, stieg nach den Nürnberger Gesetzen wieder an und erreichte 1938 mit 40 000 und 1939 mit 78 000 vertriebenen deutschen Juden (ohne Österreich) ihren Höhepunkt, bevor die Auswanderung vom NS-Regime 1941 verboten wurde. Insgesamt konnten 270 000 deutsche Juden der nationalsozialistischen Verfolgung durch Emigration entrinnen, davon 70 000 nach Palästina und gut 113 000 in die USA.

Am 11. April 1933 bestimmte die Stadtverwaltung Köln, dass Rechnungen von jüdischen Ärzten nicht mehr vergütet würden; Ende April schloss der Deutsche Apotheker-Verein „nicht-arische" Mitglieder aus, Ende Mai folgte entsprechend die Deutsche Turnerschaft; im Mai entschied der Hartmann-Bund als Verband der privaten Krankenversicherungen, dass Rechnungen jüdischer Ärzte nur noch anerkannt würden, wenn die Patienten „Nicht-Arier" seien; im Juli beschloss der Reichsverband Deutscher Schriftsteller, dass nur Personen, die auf dem Boden der nationalen Erhebung stünden und deutschblütig seien, Mitglieder sein könnten; an mehreren Orten wurden bereits im Sommer 1933 Badeverbote für Juden in den städtischen Badeanstalten ausgesprochen. Das ist nur eine kleine Auswahl der zahlreichen antisemitischen Bestimmungen, die allerorten erlassen wurden (siehe S. 73).

Insbesondere der Boykott jüdischer Geschäfte bot den nationalsozialistischen Aktivisten in der Provinz eine Politikarena, in der sich sowohl scharfe antisemitische Grenzlinien ziehen als auch die nicht-jüdischen Deutschen zur „Volksgemeinschaft" formieren ließen. Die Berichte aus den Landesverbänden und Ortsgruppen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) lassen erkennen, wie hartnäckig und zunehmend gewalttätig gegen die jüdischen

Bewohner in der Provinz vorgegangen wurde, wobei anfänglich die jüdischen Kaufleute ebenso heftig wie ihre nicht-jüdischen Kunden Ziel der Kampagnen waren. Aus allen Teilen des Reiches meldeten die örtlichen C.V.-Gruppen Boykottposten, Belästigungen und Behinderungen von Kunden, das nächtliche Einwerfen von Fensterscheiben und Bekleben oder Beschmieren der Schaufenster mit antisemitischen Parolen.

Bald gingen die NSDAP-, SA- und HJ-Gruppen dazu über, die Kunden beim Betreten der Geschäfte zu fotografieren und die Aufnahmen, häufig mit vollem Namen und Anschrift, in den großen und grellrot angestrichenen Kästen zu veröffentlichen, in denen Julius Streichers antisemitisches Hetzblatt „Der Stürmer" ausgehängt war.

Diese „Stürmerkästen" wurden ab 1934/35 in allen Teilen des Reiches aufgestellt. Man kann sich unschwer ausmalen, wie stark der dadurch hervorgerufene soziale Druck gerade in kleineren Ortschaften war, in denen jeder jeden kannte. Der Geschäftsführer des Landesverbandes Ostpreußen des C.V. berichtete im August 1935: „Die ‚Stürmer'-Kästen sind stets belagert. Die Inschriften und die Bilder üben auf das Publikum eine starke Wirkung aus, sodass die alte Kundschaft völlig verängstigt sich nicht mehr in die Geschäfte wagt." Die wenigen couragierten nicht-jüdischen Kunden kamen, wenn überhaupt, nur noch in den Abendstunden. In Harpstedt bei Bremen verweigerten 1935 die christlichen Kaufleute ihren jüdischen Nachbarn den Einkauf von Lebensmitteln, weshalb sie in die Stadt fahren mussten, um Brot, Milch und die Dinge des täglichen Lebens zu erwerben. Ähnliche Fälle wurden auch aus anderen Orten gemeldet.

Neben den gewalttätigen Boykottaktionen nahmen im Sommer 1935 ebenso Kampagnen zur Anprangerung von Liebesbeziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden als

bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Heinrich Hoffmann

Sichtbare Zeichen des Judenhasses: Ein Schild in einer Ortschaft nahe Fürth ...

Bundesarchiv, Bild 133-075

... und ein „Stürmerkasten" in Worms. Ab 1934/35 standen im gesamten Gebiet des deutschen Reiches diese von der SA betreuten Zeitungskästen.

„Rassenschande" zu. Die Deutschland-Berichte der SPD erwähnen zahlreiche solcher Beschuldigungen, die stets mit aggressiven öffentlichen Angriffen in Zeitungen und Flugblättern oder mit Demonstrationen vor dem Haus des angeblichen Täters einhergingen, insbesondere wenn es sich um die Beziehung eines jüdischen Mannes zu einer nichtjüdischen Frau handelte. So holte die SA im ostfriesischen Norden am Montag, 22. Juli 1935, ein junges Paar aus ihren Wohnungen, um sie als „Rasseschänder" durch die Straßen der Kleinstadt zu treiben. Die Geschehnisse hielt der Drogist in Norden, selbst NSDAP- und SA-Mitglied, mit der Kamera fest und stellte die Fotos anschließend im Schaufenster seines Ladens aus: Eine große Menge von Leuten begleitete den Umzug, der wie alle anderen in Deutschland am hellichten Tag in aller Öffentlichkeit stattfand, Jugendliche, Kinder, lachende junge Frauen.

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich, Rep. 243 Nr. A 898

Rassistische Strafaktion in Norden: Christine Neemann und ihr jüdischer Verlobter Julius Wolff ...

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich, Rep. 243 Nr. A 898

... und Elisa Extra, mit dem Juden Richard Cossen verlobt, werden öffentlich zur Schau gestellt und misshandelt.

„Rassenschande" in Norden

Am Sonnabend, den 20. Juli 1935, kam die Ostfriesische Tageszeitung mit einer 32-seitigen Beilage „Die Juden sind unser Unglück" heraus, in denen Juden beleidigt, verhöhnt und beschimpft wurden und zugleich alle Geschäfte mit jüdischen Inhabern mit dem üblichen Aufruf zum Boykott aufgeführt waren. Zwei Tage später ergriff die SA in Norden Christine Neemann und ihren jüdischen Verlobten Julius Wolff, beide in Norden geboren, und schleppte sie in einem „Rasseschande"-Umzug durch die Stadt. Christine Neemann schilderte nach dem Krieg diesen Tag: „Im Juli 1935 wurde ich von sechs SA-Männern aus der Wohnung meiner Mutter geholt, weil ich mit einem Juden, Julius Wolff, verlobt war. Man hat uns zusammen durch die Straßen geführt, jeder ein Plakat um den Hals: Rassenschänder. Auf offener Straße hat man mich geschlagen und die Haare aus dem Kopf gerissen und dann ins Gefängnis gebracht." Laut Polizeibericht hatte Christine Neemann sich gewehrt und mit dem Zeigefinger an die Stirn getippt, um zu zeigen, dass sie das Ganze als irrsinnig betrachtete, was die rund 200 bis 300 Menschen, die den Umzug begleiteten, noch mehr erregt haben soll.

Anschließend suchte die Menge noch ein weiteres Paar: Elisa Extra und ihren jüdischen Verlobten Richard Cossen. Allerdings konnte nur Elisa bei ihrer Mutter gefunden werden, und so wurde sie allein mit einem umgehängten Schild: „Ich bin ein deutsches Mädchen und habe mich vom Juden schänden lassen", durch die Straßen Nordens getrieben. Die Fotos wurden vom Drogisten in Norden, NSDAP- und SA-Mitglied, aufgenommen, der den Auftrag von der Partei erhalten hatte, die Aktion zu dokumentieren, und die Fotos anschließend auch in seinem Schaufenster ausstellte.

Christine Neemann wurde vom Gefängnis in Aurich in das Konzentrationslager Moringen gebracht, aus dem sie Ende August 1935 wieder entlassen wurde. Ihr Arbeitgeber in Norden, bei dem sie zehn Jahre gearbeitet hatte, entließ sie. 1942 heiratete sie einen Eisenbahnschaffner. Julius Wolff konnte nach Amerika fliehen.

Elisa Extra, die zusammen mit Christine Neemann ins KZ Moringen gebracht und ebenfalls im August entlassen worden war, verlor gleichfalls ihren Arbeitsplatz bei der Post, floh nach Amsterdam und fand eine Stelle als Hausmädchen in einer jüdischen Familie. Ihr Verlobter Richard Cossen konnte 1936 nach Amsterdam und von dort nach Argentinien entkommen.

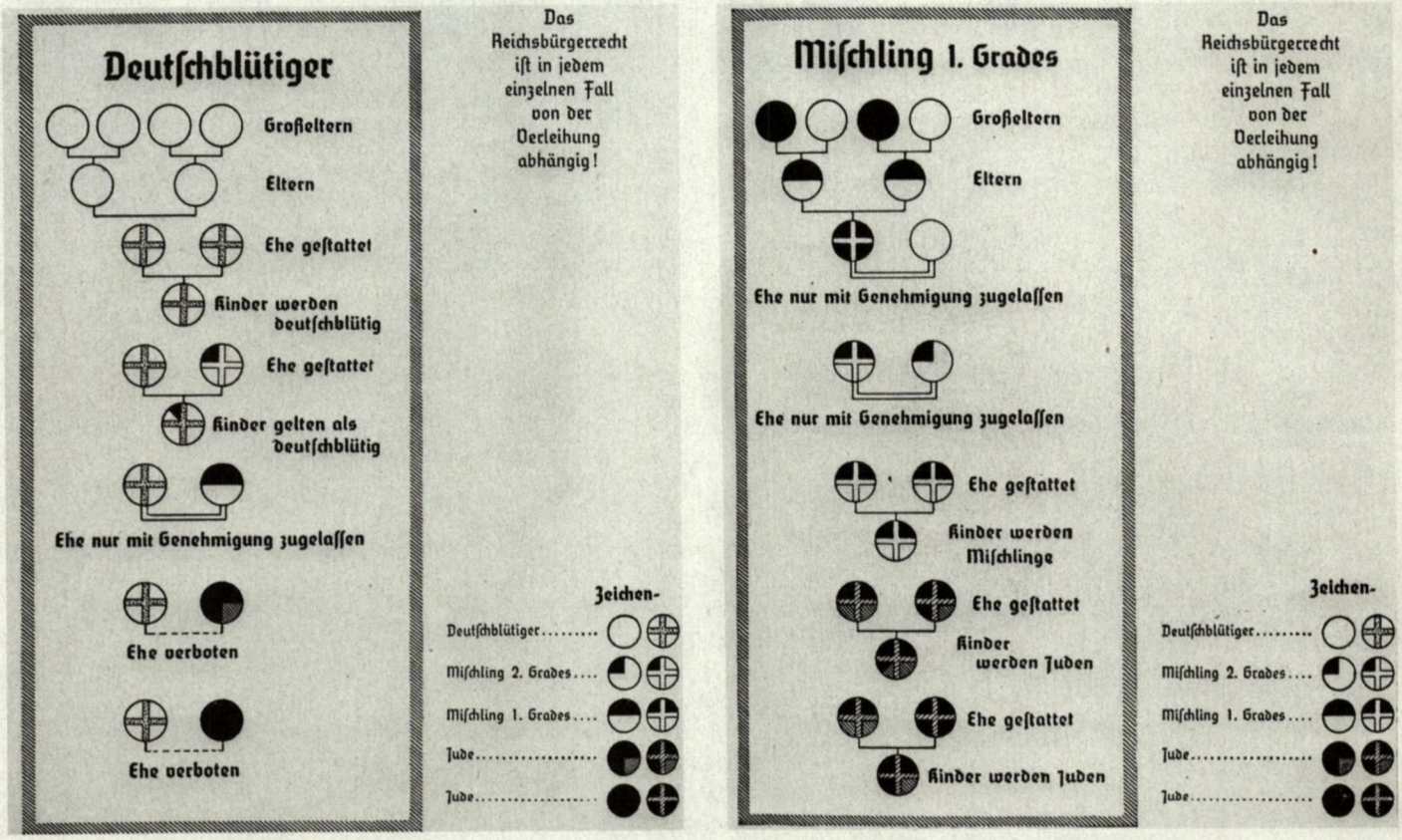
Bernhard und Astrid Parisius, „Rassenschande" in Norden. Zur Geschichte von zwei Fotos, die das Bild Jugendlicher von der NS-Zeit prägen, in: Ostfreesland 2004. Kalender für jedermann, Norden 2003, S. 129-137

Nürnberger Gesetze

In den Ministerien waren die Vorbereitungen für ein gesetzliches Verbot von „Rassenschande" bereits vorangeschritten. Im Juli 1935 sandte das Reichsjustizministerium einen Gesetzentwurf über „volksschädliche Ehen" an den Reichsinnenminister Frick, der als erste Konsequenz am 26. Juli die Standesbeamten im Reich anwies, keine Ehen zwischen „Ariern" und „Nicht-Ariern" mehr zu trauen. Weitere Schritte wurden auf einer Chefbesprechung im Reichswirtschaftsministerium am 20. August festgelegt. Der antisemitische Druck „von unten" und die administrativen Vorarbeiten „von oben" widerlegen die Annahme, die Nürnberger Gesetze seien hastig, überstürzt und wenig vorbereitet zustande gekommen. Vielmehr zeigt sich bereits vor dem Nürnberger Parteitag ein breiter, inhaltlicher Konsens zwischen Ministerialbürokratie, NSDAP, Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) über die zukünftigen gesetzlichen Regelungen.

Das „Reichsbürgergesetz" und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", die dann auf dem Nürnberger Parteitag von dem dorthin einberufenen Reichstag am 15. September 1935 beschlossen wurden, erfüllten zu einem Gutteil die Forderungen, die zuvor erhoben worden waren. „Reichsbürger" konnte demnach nur „der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes" werden, der zudem „durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen". Nur einem solchen „Reichsbürger" sollten die vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze gewährt werden. Jüdische Deutsche waren nunmehr bloße „Staatsangehörige", die dem „Schutzverband des Deutschen Reiches" angehörten und ihm „besonders verpflichtet" seien.

Das „Blutschutzgesetz", eingeleitet durch eine Präambel, in der es hieß: „Durchdrungen von der Erkenntnis, dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist", verbot nicht bloß Eheschließungen „zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes", sondern darüber hinaus generell den „außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes". Damit war erstmals in Deutschland die rassistische Obsession, sexuellen Kontakt mit jüdischen Menschen zu verbieten, staatliches Gesetz geworden. Nunmehr stellte ein Gesetz privates, ja intimes Verhalten unter Strafe, dessen Beobachtung sich der üblichen staatlichen oder polizeilichen Kontrolle normalerweise entzog. Die Verfolgung „außerehelichen Verkehrs" konnte nur durch Denunziationen aus der Bevölkerung geschehen und wurde, wie die nach oben schnellende Zahl der Denunziationen nach dem Herbst 1935 zeigt, auch als Aufforderung zur „volksgemeinschaftlichen" Schnüffelei verstanden.



„[...] beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern": Schautafel zum „Blutschutzgesetz"

akg-images

Zudem war die sexualisierte Ausrichtung dieses Gesetzes von einer männlichen Geschlechterperspektive geprägt, indem es nur die Männer als den angeblich „aktiven" Teil bei einem Verstoß gegen das Verbot außerehelichen Verkehrs bestrafte und in einem weiteren Paragraphen Juden die Beschäftigung weiblicher, nicht-jüdischer Hausangestellter unter 45 Jahren untersagte, also jüdischen Männern von vornherein sexuelle Triebhaftigkeit unterstellte. Nicht zufällig wurde einen Monat später, am 18. Oktober 1935, ein ähnliches Eheverbot mit dem Gesetz zum „Schutz der deutschen Erbgesundheit" auch für all diejenigen erlassen, die als erbbiologisch „minderwertig" galten. Beide Gesetze stehen in einem offenkundig rassenbiologischen Zusammenhang, und konsequent umfasste der offizielle juristische Kommentar von Wilhelm Stuckart und dem späteren Kanzleramtschef unter Adenauer, Hans Globke, beide Gesetzeskomplexe.

In der Bevölkerung seien die Rassegesetze, so meldeten die staatlichen und polizeilichen Lageberichte, weitgehend mit Zustimmung und Befriedigung aufgenommen worden, weil damit klare Verhältnisse geschaffen und den unkontrollierten Ausschreitungen der vorangegangenen Monate ein Ende gesetzt würden. Mochten selbst deutsche Juden gehofft haben, dass mit den Nürnberger Gesetzen so etwas wie Rechts-, besser: Unrechtssicherheit geschaffen worden war, so zeigte sich rasch, dass sie bloß ein Etappenziel in der sich radikalisierenden Judenpolitik des NS-Regimes bildeten.

Enteignung

Auf die Entrechtung folgte die Enteignung jüdischen Vermögens, das der NS-Staat zur Finanzierung seiner Aufrüstung verwendete. Auf Grundlage eines Gesetzes vom Januar 1938 wurden die deutschen Juden gezwungen, ihre Vornamen in „typisch jüdische" zu ändern. Ab 1. Januar 1939 mussten Männer zusätzlich den Vornamen Israel, Frauen den Vornamen

Antijüdische Maßnahmen *(Auszug)*

- ***1.4.1933*** *Boykott aller „nicht-arischen" Geschäfte. „Nicht-arische" Justizbeamte erhalten in Preußen Zwangsurlaub.*
- ***7.4.1933*** *Juden dürfen kein Rechtsanwaltsbüro eröffnen.*
- ***11.4.1933*** *Alle Beamten mit mindestens einem jüdischen Großelternteil werden aus dem Staatsdienst entlassen.*
- ***22.4.1933*** *Jüdische Ärzte dürfen nicht mehr für Krankenkassen tätig sein. Juden dürfen keine Patentanwälte mehr sein.*
- ***25.4.1933*** *Die Zahl der jüdischen Studenten an Hochschulen und Universitäten wird beschränkt.*
- ***4.5.1933*** *Alle jüdischen Arbeiter und Angestellten bei Behörden werden entlassen.*
- ***11.1.1934*** *Juden dürfen nur in Ausnahmefällen den Doktorgrad erwerben.*
- ***5.2.1934*** *Jüdische Medizinstudenten werden nicht mehr zur Staatsprüfung zugelassen.*
- ***8.12.1934*** *Jüdische Apotheker werden nicht mehr zur Prüfung zugelassen.*
- ***6.9.1935*** *Jüdische Zeitungen dürfen nicht mehr in Geschäften oder an Kiosken verkauft werden.*
- ***14.11.1935*** *Juden verlieren das Wahlrecht.*
- ***21.12.1935*** *Jüdische Notare, Ärzte, Professoren und Lehrer dürfen nicht mehr im Staatsdienst tätig sein.*
- ***15.10.1936*** *Jüdische Lehrer dürfen keinen Privatunterricht mehr erteilen.*
- ***26.1.1937*** *Juden dürfen keine Viehhändler mehr sein.*
- ***5.2.1937*** *Juden dürfen keine Jäger mehr sein.*
- ***13.2.1937*** *Juden dürfen nicht mehr Notar werden.*
- ***15.4.1937*** *Juden dürfen den Doktorgrad nicht mehr erwerben.*
- ***2.7.1937*** *Die Zahl jüdischer Schüler an Schulen wird beschränkt.*
- ***26.4.1938*** *Juden, die mehr als 5 000 Mark besitzen, müssen dies anmelden.*
- ***14.6.1938*** *Alle jüdischen Gewerbebetriebe werden erfasst und gekennzeichnet.*
- ***20.6.1938*** *Juden dürfen keine Behörden betreten.*
- ***11.7.1938*** *Juden dürfen sich nicht an Kurorten aufhalten.*
- ***25.7.1938*** *Jüdische Ärzte erhalten Berufsverbot.*
- ***27.7.1938*** *Alle nach Juden benannten Straßen müssen umbenannt werden.*
- ***27.9.1938*** *Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte.*
- ***5.10.1938*** *Juden müssen ihre Reisepässe abgeben. Neue Reisepässe werden nur beschränkt ausgestellt und erhalten den Aufdruck J (Jude).*
- ***9.11.1938*** *Pogromnacht*
- ***11.11.1938*** *Juden dürfen keine Waffen besitzen.*
- ***12.11.1938*** *Juden dürfen keine Kinos, keine Konzerte und keine Theater mehr besuchen.*
- ***15.11.1938*** *Jüdische Kinder dürfen keine öffentlichen Schulen mehr besuchen.*
- ***29.11.1938*** *Juden dürfen keine Brieftauben mehr halten.*
- ***3.12.1938*** *Juden müssen ihre Führerscheine abgeben.*
- ***6.12.1938*** *Jüdische Studenten werden von Hochschulen und Universitäten ausgeschlossen.*
- ***1.1.1939*** *Juden erhalten Kennkarten. Juden müssen einen Zwangsvornamen annehmen. Männliche Juden erhalten zu ihrem Vornamen den Namen „Israel", weibliche den Zusatz „Sara".*
- ***17.1.1939*** *Berufsverbot für jüdische Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Zahntechniker, Heilpraktiker und Krankenpfleger.*
- ***30.4.1939*** *Juden werden aus „arischen" Häusern ausgewiesen und in „Judenhäuser" eingewiesen.*
- ***1.9.1939*** *Ausgehbeschränkungen für Juden.*
- ***12.9.1939*** *Juden dürfen nur in besonderen Geschäften einkaufen.*
- ***23.9.1939*** *Juden müssen ihre Rundfunkgeräte abliefern.*
- ***13.9.1941*** *Juden dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen.*
- ***19.9.1941*** *Alle Juden über sechs Jahre müssen als Kennzeichen den gelben Stern tragen.*
- ***10.10.1941*** *Wenn Juden ihren Wohnsitz verlassen wollen, müssen sie eine besondere Erlaubnis haben.*
- ***21.12.1941*** *Juden dürfen keine öffentlichen Fernsprecher mehr benutzen.*
- ***17.2.1942*** *Juden dürfen keine Zeitungen und Zeitschriften abonnieren.*
- ***15.5.1943*** *Juden dürfen keine Haustiere halten.*
- ***19.6.1943*** *Juden müssen alle elektrischen und optischen Geräte abliefern. Ferner: alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Schallplatten*
- ***20.6.1943*** *Schließung aller jüdischen Schulen.*
- ***9.10.1943*** *Juden dürfen keine Bücher mehr kaufen.*

Robert Hess, Die Geschichte der Juden, Ravensburger Buchverlag, 2006, s. 186 ff.

„Arisierungen"

Theoretische Erläuterung...

Der Begriff „Arisierung" entstammt dem Umfeld des völkischen Antisemitismus, der schon in den 20er Jahren die Forderung nach einer „Arisierung" der Wirtschaft bzw. einer „arischen Wirtschaftsordnung" erhob und darunter die vollständige, mindestens jedoch weitgehende Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben verstand. Etwa Mitte der 30er Jahre tauchte der Begriff im Behördenjargon auf, ging in den Sprachgebrauch der Bevölkerung über und wurde auch nach 1945 – z. B. in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen – weiter verwendet. Wer allerdings nach einer offiziellen oder auch nur offiziösen Definition des Begriffes „Arisierung" sucht, wird enttäuscht, weil sich mit der „Arisierung" zum Teil sehr unterschiedliche Bedeutungsinhalte verknüpften. Im allgemeinen dominierte eine ökonomische Verwendung des Begriffes, und zwar in einer allgemeineren und einer engeren Variante. Im weiteren Sinne bezeichnete die „Arisierung" den Prozeß der wirtschaftlichen Verdrängung und Existenzvernichtung der Juden, im engeren den Eigentumstransfer von „jüdischem" in „arischen Besitz".

[...] Die schleichende Verdrängung jüdischer Unternehmen nach 1933 und ihre „Arisierung" waren jedoch nicht allein das Ergebnis einer antijüdischen Politik, d. h. sie gingen nicht allein auf gesetzliche und administrative Maßnahmen des Staates und Initiativen der NSDAP zurück. Vor allem der Staat hielt sich aus der „Arisierung jüdischen Besitzes" lange Zeit heraus. Erst 1938 erließ er entsprechende rechtliche Regelungen für die „Arisierung jüdischer Unternehmen", die formal erst nach dem Novemberpogrom erzwungen und angeordnet werden konnten. Die Maßnahmen des Staates und die Initiativen der NSDAP prägten zwar das politische Klima und die Rahmenbedingungen, doch vollzog sich die „Arisierung" als solche in erster Linie im gesellschaftlichen Raum. Im Bereich der Wirtschaft gestalteten sich die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen besonders eng. Hier begegneten sie sich in den verschiedensten Rollen und Funktionen: als Geschäftspartner und Konkurrenten, Arbeitgeber und Angestellte, Geschäftsinhaber und Kunden, als Veräußerer und Erwerber von Unternehmen. Die „Arisierung" als politisch-gesellschaftlicher Prozeß wäre ohne die direkte oder indirekte Beteiligung Millionen Deutscher nicht möglich gewesen. Sie markierte einen der größten Besitzwechsel der neueren deutschen Geschichte, in den zahlreiche Akteure und Profiteure involviert waren. Gerade am Beispiel der „Arisierung" zeigt sich, daß die nationalsozialistische Herrschaft nicht als bloße Diktatur von oben nach unten, sondern als soziale Praxis begriffen werden sollte, an der die deutsche Gesellschaft in vielfältiger Weise beteiligt war. [...]

Frank Bajohr, „Arisierung" als gesellschaftlicher Prozeß, in: „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, hg. vom Fritz Bauer Institut, Campus Verlag, Frankfurt a. M. / New York 2000, S. 15 ff.

...und Praxis am Beispiel der Region nördliches Oberfranken

Über die „Arisierungen" und Liquidierungen jüdischer Geschäfte und Betriebe bis 1938 gibt es nur wenige verlässliche Informationen, da es sich hierbei um private Rechtsgeschäfte handelte, die selten im staatlichen Aktenverkehr ihren Niederschlag fanden. [...]

Aus dem Rahmen „normaler" „Arisierungsmaßnahmen" fiel 1935 die gewaltsame Herausdrängung Philipp Rosenthals, des damals 80-jährigen Firmengründers, aus dem eigenen Unternehmen. Rosenthal war es in den Jahren zuvor nicht gelungen, durch Hereinnahme seines „arischen" Stiefsohns Udo Franck in die Firmenleitung einer Zwangsarisierung zuvorzukommen. Mit Hilfe des bayerischen Wirtschaftsministeriums sicherten sich die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank sowie die Dresdner Bank die Aktienmehrheit; gleichzeitig wurden Vorstand und Aufsichtsrat im nationalsozialistischen Sinne umbesetzt. Den unrühmlichen Höhepunkt bildete der unter Zwang geschlossene Bayreuther „Arisierungsvertrag" vom Januar 1935, aufgrund dessen Rosenthal das Unternehmen verlassen musste. [...] Dass die [...] „rein arische" Betriebsleitung von der Tilgung des „jüdischen Namens" absah, lag an dessen Werbewirksamkeit im Auslandsgeschäft. [...]

Die Zahl der „Arisierungen" nahm in Oberfranken wie auch sonst in Deutschland ab Herbst 1937 zu, da man im Zuge der durch den Vierjahresplan ausgelösten Rüstungskonjunktur die jüdischen Firmen nicht mehr „brauchte" und sie durch gekürzte Rohstoffkontingente und Devisenzuweisungen auf administrativem Wege zur Aufgabe zwingen wollte.

[...] Im Frühjahr und Sommer 1938 wurden in rascher Folge Verordnungen erlassen, die dem Staat eine größere Kontrolle und damit auch finanziellen Gewinn bei der „Arisierung" ermöglichten. So durfte es keine „arischen ‚Strohmänner'" als Geschäftspartner mehr geben, jüdisches Vermögen musste angemeldet werden, die Behörden bekamen eine Definition des „jüdischen Betriebes"; außerdem erhielten „nichtarische" Betriebe weder Aufträge noch Bankkredite und durften nicht einmal durch Postwurfsendungen um „arische" Kunden werben.

Da Verkäufe jüdischer Firmen seit den April-Verordnungen von 1938 besondere Rechtsgeschäfte darstellten, bedurften sie einer behördlichen Genehmigung, die dreifach gestaffelt war:

- *Wenn es sich um ein Einzelhandelsgeschäft mit wenig Personal handelte, genügte für die „Arisierung" bzw. Liquidierung die Zustimmung des Stadtoberhauptes.*
- *Bei mittelgroßen Industriebetrieben und gerade auch bei Warenhäusern, die schon in den Weimarer Jahren zur Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe geworden waren, lag die Entscheidung beim Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken in Ansbach.*
- *Das Reichswirtschaftsministerium behielt sich eine Entscheidung vor bei Großunternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten sowie bei besonders heiklen „Arisierungsfällen" [...].*
- *Auch gab es drei Gremien unterschiedlicher Wichtigkeit, deren Urteil vor der endgültigen Genehmigung einzuholen war:*
- *Die regionale Untergruppe der entsprechenden Wirtschaftsgruppe fungierte als branchenspezifische Gutachterin [...].*
- *Weiterhin gab die Industrie- und Handelskammer Oberfranken in Bayreuth als Vertreterin der regionalen Wirtschaft eine Stellungnahme ab. Meist wurde auch Rücksprache mit dem örtlichen Industrie- und Handelsgremium (IHG) gehalten.*
- *Sehr wichtig war das Urteil, das sich der Gauwirtschaftsberater Dr. Ludwig Linhardt in Stellvertretung des Gauleiters gebildet hatte.*

Außer diesen drei Instanzen wurden von Fall zu Fall für speziellere Probleme Partei- und Staatsbehörden herangezogen wie der Kreisleiter, der DAF-Gauobmann, diverse Rohstoff- und Devisen-Überwachungsstellen, aber auch ortsansässige Betriebe mit Gutachten usw. [...]

Albrecht Bald, Arisierungen im nördlichen Oberfranken 1933-1938, in: Miscellanea curiensia. Beiträge zur Geschichte und Kultur Nordoberfrankens und angrenzender Regionen, Bd. VIII, Hof 2009, S. 225 ff.

Stadtarchiv Hof, FF 7380

Auch wirtschaftlich geraten die Juden immer stärker unter Druck. Viele müssen ihre Betriebe weit unter Wert verkaufen. Bei einem „arisierten" Geschäft in Hof wird im November 1938 der Name ausgetauscht.

bpk / Sybil Milton

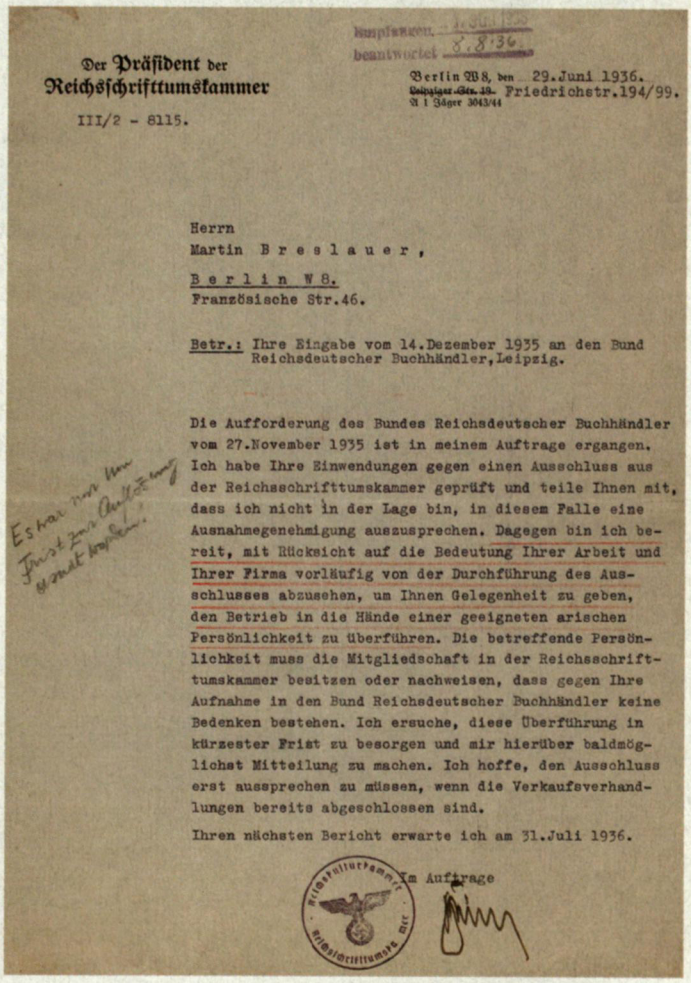
In der Emigration sehen viele Juden den einzigen Weg, dem zunehmenden Terror zu entkommen. Zuvor werden sie von den Behörden ausgeplündert. Jüdische Flüchtlinge an der Grenze zu Frankreich 1936

Sara tragen. Im März 1938 wurde den jüdischen Gemeinden der Status von Körperschaften öffentlichen Rechts entzogen; im April erließ Göring eine Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden, mit der systematisch das Eigentum erfasst wurde, das geraubt werden sollte. Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom Juli sollte die Verdrängung von Juden aus Berufen, die sie noch ausüben durften, erreichen.

Bis dahin hatten sich etliche jüdische Unternehmen noch gegen die zunehmende Drangsalierung behaupten können. 1938 traten nun unzählige Partei- und Volksgenossen, die bislang noch leer ausgegangen waren, auf den Plan, um die verbleibenden Objekte zum Billigtarif zu erwerben. Der eigentliche Profiteur des Raubs an den jüdischen Vermögen aber war der NS-Staat, der einerseits durch besondere Abgaben, die die „Ariseure" zu bezahlen hatten, verdiente, andererseits durch die „Reichsfluchtsteuer" und zahlreiche weitere Zwangsabgaben die emigrierenden Juden bis auf ein Handgeld, das sie auf ihre Flucht ins Ausland mitnehmen konnten, ausplünderte. Zudem liquidierte er zahlreiche Unternehmen und beschlagnahmte deren Vermögen.

Im März 1938 vollzog sich der „Anschluss" Österreichs als erster Schritt einer aggressiven Expansion des Regimes, der mit verschärfter antisemitischer Politik einherging. In Wien und andernorts ließen Österreicher ihrem antisemitischen Hass freien Lauf. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Juden willkürlich verhaftet, aus ihren Wohnungen getrieben und misshandelt, persönliche Bereicherungen waren an der Tagesordnung. Bis zum Frühjahr 1939 hatte etwa die Hälfte aller rund 190 000 österreichischen Juden ihr Land verlassen; darunter Tausende, die von SA und SS mit Gewalt illegal über die Grenzen abgeschoben wurden.

Zufrieden stellte der Lagebericht des SD für das erste Vierteljahr 1938 fest, „dass die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen die Juden vom Standpunkt des Reiches aus gesehen sehr erfolgreich



Der Präsident der
Reichsschrifttumskammer

III/2 - 8115.

Berlin W 8, den 29. Juni 1936.
Friedrichstr. 194/99.

Herrn
Martin Breslauer,
Berlin W 8.
Französische Str. 46.

Betr.: Ihre Eingabe vom 14. Dezember 1935 an den Bund Reichsdeutscher Buchhändler, Leipzig.

Die Aufforderung des Bundes Reichsdeutscher Buchhändler vom 27. November 1935 ist in meinem Auftrage ergangen. Ich habe Ihre Einwendungen gegen einen Ausschluss aus der Reichsschrifttumskammer geprüft und teile Ihnen mit, dass ich nicht in der Lage bin, in diesem Falle eine Ausnahmegenehmigung auszusprechen. Dagegen bin ich bereit, mit Rücksicht auf die Bedeutung Ihrer Arbeit und Ihrer Firma vorläufig von der Durchführung des Ausschlusses abzusehen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, den Betrieb in die Hände einer geeigneten arischen Persönlichkeit zu überführen. Die betreffende Persönlichkeit muss die Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer besitzen oder nachweisen, dass gegen Ihre Aufnahme in den Bund Reichsdeutscher Buchhändler keine Bedenken bestehen. Ich ersuche, diese Überführung in kürzester Frist zu besorgen und mir hierüber baldmöglichst Mitteilung zu machen. Ich hoffe, den Ausschluss erst aussprechen zu müssen, wenn die Verkaufsverhandlungen bereits abgeschlossen sind.

Ihren nächsten Bericht erwarte ich am 31. Juli 1936.

Im Auftrage

bpk / SBB

„Arisierungs"-Bescheid – Antwortschreiben auf einen Einspruch des jüdischen Buchhändlers Martin Breslauer

waren" – und fuhr fort: „Auf der anderen Seite ist dadurch allerdings in starkem Maße die Auswanderungsmöglichkeit für die Juden aus Deutschland beschränkt worden." Den Widerspruch, die Juden einerseits auszuplündern, damit jedoch andererseits ihre Auswanderungsmöglichkeiten entscheidend zu verringern, sah der SD durchaus. Denn die Verarmten besaßen kaum mehr die Möglichkeit, freiwillig das Land zu verlassen, fehlte ihnen doch das Kapital, das die potenziellen Einwanderungsländer verlangten. Nur noch junge Leute und wohlhabende Juden konnten sich Hoffnung machen, in anderen Ländern noch einmal von vorn anzufangen.

Allerdings offenbarte die von US-Präsident Roosevelt einberufene Konferenz zur Unterstützung der verfolgten Juden im Juli 1938 im französischen Kurort Evian-les-Bains am Genfer See, dass kein Land bereit war, seine Einwanderungsquoten zu erhöhen. Die österreichische Praxis unter dem nach Wien entsandten Adolf Eichmann, die Zwangsemigration von österreichischen Juden durch die jüdische Gemeinde selbst zu finanzieren und sich nicht zu scheuen, sie mit terroristischer Gewalt über die Grenzen zu treiben, wurde in Berlin daher als eine Handlungsoption wahrgenommen, um den selbst geschaffenen Schwierigkeiten zu entkommen.

Novemberpogrom

Die Atmosphäre in Deutschland blieb gewalttätig aufgeladen. Die vom NS-Regime inszenierte Sudetenkrise führte zu einer immer schriller werdenden Pressekampagne für die „unterdrückten" Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, deren Schicksal nur geändert werden könnte, wenn die sudetendeutschen Gebiete von der Tschechoslowakei abge-

Bundesarchiv, Bild 146-1979-046-21

Entfesselte Brutalität: Während des Novemberpogroms werden jüdische Mitbürger überfallen, ihre Ladengeschäfte zerstört, wie hier das Stoff- und Kurzwarengeschäft Gebrüder Karfiol in Magdeburg, ...

Reichspogromnacht in Baden-Baden

[I]n dem Kurort Baden-Baden [...] begann der Pogrom [...] um sieben Uhr morgens. [...] In Galauniform nahm die Polizei die Verhaftung der Juden vor und brachte sie in den Gefängnishof, wo sie in Reih und Glied bis Mittag stehen mußten.

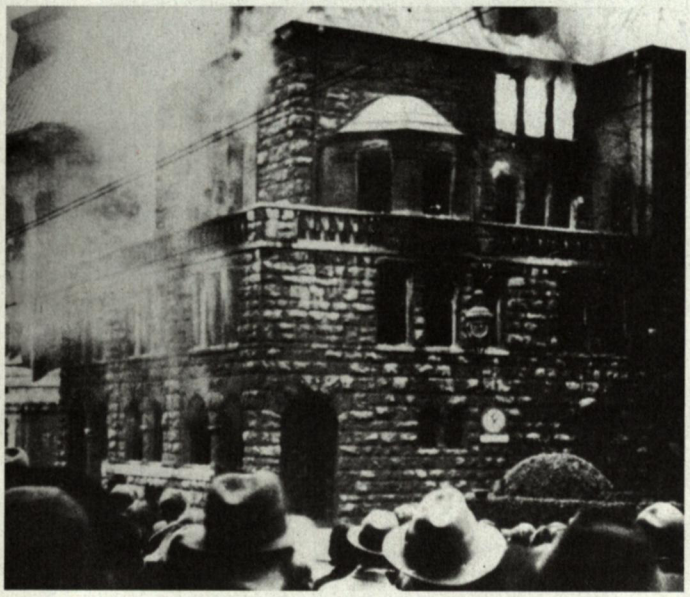
Dr. Arthur Flehinger, ein ehemaliger Studienrat des Badener Gymnasiums, erzählt:

„Gegen Mittag öffnete sich das Tor und ein Zug Wehrloser mit viel Bewachung rechts und links, begann sich durch die Straßen der Stadt zu bewegen. Man hatte bis Mittag gewartet, offenbar um der Menge etwas zu bieten. Aber zur Ehre der Badener sei es gesagt, daß die meisten doch davor zurückschreckten, sich auf der Straße zu zeigen. Was an Zuschauern zu sehen war, war Pöbel. [...]

Der Zug näherte sich der Synagoge, wo die obersten Stufen der Freitreppe schon mit allerhand Gesindel in und ohne Uniform angefüllt war. Das war ein richtiges Spießrutenlaufen. [...] Ich selbst hatte auf dem ganzen Zug den Leuten fest in die Augen geschaut, und als wir uns der obersten Stufe näherten, schrie einer herunter: ‚Guck net so frech, Professor!' Das war schließlich weniger eine Beleidigung als ein Eingeständnis der Schwäche und der Furcht [...]. Meinem Freund Dr. Hauser gegenüber, der in Baden-Baden ein vielbeschäftigter und hochangesehener Anwalt war – man hatte ihn und seine Frau später aus Südfrankreich nach Celle und von dort in die Todeskammer nach Auschwitz gebracht –, zeigte sich der Mob weniger gnädig. Der Ärmste erhielt von den Vertretern des Faustrechts allerhand Faustschläge, und ich sah den Bejammernswerten dann noch auf einen Gebetmantel fallen, den die Nazis auf dem Boden ausgebreitet hatten, damit wir darüberschritten.

In der Synagoge war alles wie verwandelt [...]. Das Gotteshaus wurde zum Tummelplatz schwarzer, uniformierter Horden. Ich sah, wie oben in der Frauengalerie Leute geschäftig hin- und herliefen und Leitungsdrähte legten. Es waren keine Badener. Man ließ für den 10. November SS aus den Nachbargemeinden kommen als Leute, die durch das Fehlen auch nur eines Funken von menschlichem Mitgefühl in ihrer Bewegungsfreiheit nicht gehemmt wurden [...]. Plötzlich ertönte eine freche, fette Stimme: ‚Ihr singt

trennt und dem Deutschen Reich angeschlossen würden. Damit wuchs in der Bevölkerung die Furcht vor einem neuen Krieg, der um das Sudetenland geführt werden müsste. In Behördenberichten war von einer „wahren Kriegspsychose", sogar von „Panik" die Rede. Während der Glaube an Hitler in jenen spannungsvollen Wochen im Herbst 1938 offenbar gefährdet, aber nicht gebrochen war, suchten sich die Emotionen auf andere Weise ihre Bahn – gegen die Juden. Der SD konstatierte Ende Oktober, „dass Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung zum Teil auch daraus entstanden sind, dass die Parteiangehörigen den Augenblick zur endgültigen Liquidierung der Judenfrage gekommen glaubten". In einzelnen Kreisen begannen die lokalen NSDAP-Gruppen damit, die Juden des Ortes zu zwingen, ihr Eigentum, ihre Häuser, Geschäfte, Grundstücke zu Niedrigstpreisen zu verkaufen, und sie danach mit Gewalt aus den Orten zu vertreiben. Über den mittelfränkischen Ort Bechhofen berichtete der SD, dass Ende September die letzten der dortigen Juden vertrieben wurden: „Man habe sie aus ihren Häusern herausgeholt, geschlagen und angespuckt, mit Füßen getreten und zum Teil barfuß durch die Ortschaft getrieben. Auch die Kinder nahmen an dieser Demonstration nach Aufforderung teil."



bpk

...und viele Synagogen angezündet. Schaulustige beobachten den Brand der Synagoge in Essen.

Eine seit dem Frühjahr schwelende diplomatische Auseinandersetzung mit Polen führte im Oktober zu einer erneuten massenhaften Polizeiaktion gegen Juden. Als Reaktion auf die antisemitische Absicht der polnischen Regierung, den im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen, vor allem den polnischen Juden, die Staatsangehörigkeit abzuerkennen und durch entsprechende Passvermerke die Wiedereinreise nach Polen zu verwehren, erließ Himmler am 26. Oktober ein Aufenthaltsverbot für polnische Juden und ordnete an, dass sie innerhalb von drei Tagen das Deutsche Reich zu verlassen hätten. In einer gezielten Großaktion nahm die Gestapo am 28. Oktober etwa 17 000 polnische Juden fest und verfrachtete sie an die polnische Grenze. Da Polen die Einreise dieser Menschen verweigerte, irrten sie im Niemandsland und in den Grenzorten herum, ohne jede Hilfe, Lebensmittel, Obdach und sanitäre Möglichkeiten. Erst nachdem sich Polen und Deutschland nach einigen Tagen auf eine Verlängerung der Abschiebefrist verständigt hatten, brach Himmler die Aktion ab, und die Menschen im Niemandsland wurden in Polen aufgenommen. Es war diese kalt kalkulierte und brutale Maßnahme, die den jungen Herschel Grynszpan, dessen Eltern zu den Deportierten gehörten, in Paris zum Attentat am 7. November 1938 auf den deutschen Botschaftsangehörigen Ernst vom Rath trieb.

Noch am selben Tag gab das Propagandaministerium die Weisung aus, dass alle Zeitungen „in größter Form über das Attentat" zu berichten hätten und die Nachricht „die erste Seite voll beherrschen" müsste. Es sei darauf zu achten, dass die Artikel nicht gegen Frankreich gerichtet würden, sondern „gegen das internationale jüdische Verbrechergesindel". Bereits am selben Abend kam es in Kassel zu den ersten antijüdischen Ausschreitungen, die sich am folgenden Tag in anderen hessischen Orten fortsetzten.

jetzt das Horst-Wessel-Lied.' Es wurde so gesungen, wie es jeder erwartet hatte. Wir mußten es zum zweitenmal singen [...]. Dann rief man mich hinauf zum Almemor (Vorlesertisch) und gab mir eine Stelle aus ‚Mein Kampf' zu lesen. Eine Weigerung hätte unter den damaligen Umständen das Leben der Mitleidenden gefährdet. So sagte ich: Ich habe den Befehl erhalten, folgendes vorzulesen, und ich las leise genug. In der Tat so leise, daß der hinter mir stehende SS-Mann mir mehrere Schläge in den Nacken versetzte. Denjenigen, die nach mir Proben der feinen literarischen Nazi-Kochkunst mitteilen mußten, erging es nicht besser. Dann gab es eine Pause. Wir mußten in den Hof, damit wir unsere Notdurft verrichteten. Wir durften aber keineswegs das Klosett benutzen, sondern mußten mit dem Gesicht gegen die Synagoge dastehen und bekamen dabei von hinten allerlei Fußtritte.

Von der Synagoge ging es dann in das gegenüberliegende Hotel Central. [...] Bezüglich unseres weiteren Schicksals gab es dann ein großes Rätselraten. Was man mit uns vorhatte, wußte niemand. Wir waren ja von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Unsere alles andere als stillen Erwägungen wurden dann jäh unterbrochen, als der Kantor der Gemeinde, Herr Grünfeld, leichenblaß den Saal betrat und blutenden Herzens die Worte sagte: ‚Unser schönes Gotteshaus steht in Flammen'. Nun wußten wir, wozu die Drahtleitung gelegt war. Der brutalste der Hitlerbande kommentierte die traurige Botschaft des Herrn Grünfeld, indem er noch den frivolen Satz hinzufügte: ‚Wenn es auf mich angekommen wäre, wärt ihr alle in den Flammen umgekommen!'

[...] Der Autobus wartete schon vor der Tür und mit ihm eine ganze Anzahl ‚wütender Volksgenossen'. Die Deportation nach Dachau war schon längst geplant, nur wir Armen wußten es nicht. Im Laufschritt mußten wir hinaus zum Autobus rennen, und wer nicht schnell genug rannte, bekam einen Denkzettel. Am Bahnhof warteten wir auf den Sonderzug aus der Freiburger Gegend. Er brachte die Juden aus dem Oberland. In jedem Abteil saß ein Schutzmann. Aus seinem Mund kam kein Sterbenswort. Als der Zug hinter Karlsruhe in Richtung Stuttgart fuhr, hörte man nur noch das grausige Wort Dachau."

Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Athenäum, Frankfurt/M. 1988, S. 103

Bundesarchiv, Bild 183-86686-0008

In einigen Städten, wie hier in Baden-Baden, werden die zusammengetriebenen Menschen in aller Öffentlichkeit unter Bewachung von SS und Polizei durch die Straßen getrieben – einer ungewissen Zukunft entgegen.

Am Nachmittag des 9. November starb Ernst vom Rath. Abends saß wie üblich die Parteispitze im Alten Rathaussaal in München zusammen, um den Jahrestag des Putschversuches von 1923 zu feiern. Es ist nicht eindeutig geklärt, wann Hitler die Nachricht vom Tode vom Raths erhielt. Er besprach sich kurz mit Goebbels und verließ anschließend den Saal, woraufhin Goebbels gegen zehn Uhr eine antisemitische Hetzrede hielt. Die anwesenden Parteiführer verstanden richtig, dass damit das Signal zum Losschlagen gegen die Juden gegeben worden war, und telefonierten umgehend mit ihren regionalen Organisationen. Noch in derselben Nacht begannen die Schlägertrupps aus Partei und SA ihre Zerstörungsaktionen.

Was sich in den kommenden Stunden überall in Deutschland ereignete, übertraf an Brutalität, Vandalismus und Mordbereitschaft die bisherigen Pogrome bei weitem. Vor aller Augen schlugen die Trupps Fensterscheiben ein, plünderten Geschäfte, schlugen deren jüdische Besitzer zusammen, drangen in Wohnungen von Juden ein, verwüsteten die Einrichtung, misshandelten die Bewohner und schreckten selbst vor Mord nicht zurück. Auf offener Straße wurden zahlreiche Menschen buchstäblich zu Tode geprügelt. Es gibt bis heute keine genauen Zahlen über das ganze Ausmaß der Zerstörungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Körperverletzungen und Ermordungen in diesen Tagen. Heydrich selbst bezifferte die Schäden in einem Brief an Göring zwei Tage später auf 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesetzte oder sonst verwüstete Warenhäuser, 171 zertrümmerte Wohnhäuser, 191 angezündete Synagogen, von denen 76 vollständig vernichtet wurden. Ferner seien elf jüdische Gemeindehäuser in Brand gesetzt, 36 Juden getötet, ebenso viele verletzt worden. Am 12. November gab Heydrich auf der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium mehr als 7500 verwüstete Geschäfte an. Die Zahl der Ermordeten lag in Wirklichkeit bei mindestens hundert Personen, nicht eingerechnet die zahlreichen jüdischen Toten in den anschließenden Wochen in den Konzentrationslagern.

Die SS und die Gestapo waren an dem Pogrom nicht von vornherein beteiligt. Erst kurz vor Mitternacht sandte Gestapo-Chef Heinrich Müller an sämtliche Staatspolizeidienststellen ein geheimes Fernschreiben, in dem es hieß, dass „in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige Ausschreitungen unterbunden werden können." Zudem sollten etwa 20-30 000, vor allem vermögende Juden festgenommen werden. Heydrich bestätigte in einem Fernschreiben zwei Stunden später Müllers Befehl und wies sämtliche Gestapo- und SD-Stellen an, wohlhabende, männliche, nicht zu alte Juden zu verhaften und in die nächstgelegenen Konzentrationslager zu bringen.

Diese Verhaftungen gerieten in vielen Orten zu einem öffentlichen Schauspiel von Demütigung und Misshandlungen. In Saarbrücken mussten sich die festgenommenen jüdischen Männer zu einem Zug formieren, einer erhielt eine Trommel um den Hals gehängt, ein zweiter Schlagbecken in die Hand. Singend und schlagend mussten sie durch die Straßen ziehen. Vor der Synagoge angekommen, wurden die Männer gezwungen, kniend religiöse Lieder zu singen und zu tanzen. Auf dem Rückweg zum Bahnhof bespritzte man sie an diesem Novembermorgen mit dem Wasserstrahl des städtischen Sprengwagens, bis sie in ihren Schlafanzügen, Nachthemden und Hosen völlig durchnässt waren. In klei-

neren Orten inszenierten die Parteigruppen den Abtransport der verhafteten Juden als regelrechte Umzüge durch die Stadt. Meistens begleitete eine Volksschar von Neugierigen den Zug, die den Marsch zum Bahnhof für die Opfer in einen Spießrutenlauf verwandelte. Als die verhafteten Frankfurter Juden zum Beispiel auf dem Südbahnhof eintrafen, empfing sie bereits eine johlende Menschenmenge, die sie mit Knüppeln und Stöcken verfolgte. Ganze Schulklassen wurden an manchen Orten aufgeboten, um das Schauspiel mitzuerleben und die Opfer anzuspucken oder zu schlagen.

Bis heute sind die Heftigkeit und Brutalität des Novemberpogroms nicht hinreichend erklärt. Den SA-Trupps konnte zwar der Befehl erteilt werden, selbst mitten in der Nacht, Synagogen anzuzünden und Wohnungen zu zerstören. Aber eine derartige Zerstörungswut, wie sie während des Pogroms zutage trat, kann nicht befohlen und auch nicht allein mit antisemitischem Hass erklärt werden, obwohl ohne ihn ein solcher Gewaltexzess kaum möglich gewesen wäre. Die Emotionen, die den Novemberpogrom beherrschten, haben ihren Ursprung sicher auch in der gewalttätigen Aufladung des Jahres 1938 und insbesondere den Spannungen, die Europa an den Rand des Krieges brachten. Die Gewalt des Pogroms zielte nicht mehr nur auf die Diskriminierung und Isolierung der jüdischen Nachbarn, sondern auf deren Vertreibung und auf die Auslöschung der jüdischen Kultur in Deutschland.

Die NS-Führung war von dieser Explosion der Gewalt offenbar selbst überrascht und mühte sich, die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen. Noch am Morgen des 10. November gab das Propagandaministerium eine Presseanweisung heraus, dass Berichte über das Pogrom nicht groß aufgemacht und keine Bilder veröffentlicht werden sollten. Um 20 Uhr übertrugen die Radiosender einen Aufruf, die Aktionen einzustellen, nachdem schon die Nachmittagszeitungen einen entsprechenden Artikel Goebbels' veröffentlicht hatten. In einem Blitzfernschreiben wies Heydrich die Gestapostellen an, in der Nacht mit der Ordnungspolizei Streifen zu organisieren, um weitere Aktionen zu verhindern. Allerdings sollten die Festnahmen von Juden ohne Einschränkung fortgesetzt werden.

Hermann Göring machte zwei Tage später auf der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium aus seinem Unmut über die Aktionen keinen Hehl. Dabei bereiteten ihm weniger die Morde und die brutale Gewalt an Juden Sorgen als vielmehr die Zerstörung von Sachwerten. Er habe diese Demonstrationen satt, sagte er: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet." Als „Sühneleistung" legte Göring in einer Verordnung vom selben Tag den deutschen Juden eine Summe von einer Milliarde Reichsmark auf. Zudem hatten die jüdischen Gemeinden alle Schäden zu bezahlen und ihre Versicherungsansprüche an den Staat abzutreten, was insgesamt auf eine umfassende Enteignung der jüdischen Bevölkerung hinauslief. Heydrich berichtete auf der Konferenz, dass es der neu gegründeten Zentralstelle für jüdische Auswanderung unter Eichmann in Wien gelungen sei, 50 000 Juden „herauszubringen", und erhielt daraufhin von Göring die Genehmigung, eine ähnliche Zentrale auch für das Deutsche Reich zu errichten. „Bei allem Herausnehmen des Juden aus dem Wirtschaftsleben", so Heydrich, „bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt."

Ohne Zweifel hat eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Pogrom nicht gebilligt. Aber es war weniger die Gewalt gegen die jüdischen Opfer als vielmehr die Zerstörung von Geschäften, die im Zentrum der Kritik stand. Folgt man den zeitgenössischen Stimmungs- und Lageberichten, so fand eine „Vergeltung" für das Attentat auf vom Rath durchaus Zustimmung, wohingegen die Form dieser Vergeltungsaktion auf zum Teil starke Ablehnung stieß. Dementsprechend wurde die „Sühneleistung" als „gerechte Strafe" angesehen. „Moralische Empfindungslosigkeit" gegenüber dem Schicksal der Juden nannte der israelische Historiker David Bankier diese Haltung.

Die Politik der forcierten Vertreibung wurde von Hitler ausdrücklich bekräftigt. Als oberster Grundsatz, so ließ Göring Anfang Dezember 1938 die Gauleiter, Oberpräsidenten und Reichsstatthalter wissen, habe nach Hitlers Weisung zu gelten: „An der Spitze aller unserer Überlegungen und Maßnahmen steht der Sinn, die Juden so rasch und so effektiv wie möglich ins Ausland abzuschieben, die Auswanderung mit allem Nachdruck zu forcieren, und hierbei all das wegzunehmen, was die Auswanderung hindert." Auf der Konferenz am 12. November im Reichsluftfahrtministerium hatte Göring bereits die künftige Linie der nationalsozialistischen Politik aufgezeigt: „Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, dass auch wir in Deutschland in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen."

Am 30. Januar 1939 hielt Hitler dann eine Rede vor dem Reichstag, in der er die europäischen Mächte aufforderte, für eine „Lösung der Judenfrage" zu sorgen, und endete mit der Drohung, falls es zum Krieg käme, werde das Ergebnis nicht die „Bolschewisierung der Erde", sondern die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" sein. Im März 1939 besetzte Deutschland unter Verletzung des Münchener Abkommens den restlichen Teil der Tschechischen Republik, errichtete das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren und führte sofort alle antijüdischen Verordnungen ein, die im Deutschen Reich galten. Adolf Eichmann wurde von der SS-Führung mit dem Auftrag nach Prag geschickt, „initiativ die Entfernung der Juden aus dem böhmisch-mährischen Raum und die Erfassung ihres Vermögens zu betreiben". Ein halbes Jahr später, im September 1939, überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Im Schatten des Krieges nahm die „Lösung der Judenfrage" nunmehr die Form des systematischen Massenmords an.

Literaturhinweise

Überblicksdarstellungen

Bauer, Kurt: Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall. Wien, Köln, Weimar 2008, 616 S.

Faktenreiche, anschauliche Geschichte des Nationalsozialismus. Den inhaltlichen Leitfaden, an dem der Autor seine Gesamtdarstellung entwickelt, stellen die Begriffe des Nationalismus, des Antisemitismus und des „volksgemeinschaftlichen ‚sozialen Appells'" dar.

Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches. München 2000, 288 S. (bpb-Schriftenreihe Band 377)

Übersicht über die wesentlichen Ereignisse und Zusammenhänge des NS: den Weg zur Macht, die Repression im Innern, den Verlauf des Krieges, die Verfolgung und Vernichtung der Juden, den Alltag in der Diktatur und die Niederlage im Mai 1945 sowie den Widerstand gegen Hitler.

Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, 218 S.

Die neun Beiträge des Bandes informieren über die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände, über die Funktionseliten der NSDAP vom Blockwart bis zu den Gauleitern, über die Mitgliederentwicklung, die Öffnung der Partei und die Mitgliedersperren sowie über die sogenannten Märzgefallenen.

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich.
Bd. 1: Aufstieg, München 2004, 752 S.
Bd. 2: Diktatur, München 2006, 1084 S.
Bd. 3: Krieg, München 2009, 1152 S.

Umfassendes, anschauliches und materialreiches Werk des bekannten britischen Historikers, das für ein breites Lesepublikum geschrieben ist.

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden.
Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 1998, 458 S.
Band 2: Die Jahre der Vernichtung 1939-1945, München 2006, 869 S.
(Gesamtausgabe: bpb-Schriftenreihe Band 565)

Eindringlich geschriebene zweibändige Studie über den Antisemitismus. Friedländer entwirft dabei den zentralen Begriff des „Erlösungsantisemitismus", der die fanatische Ideologie der Nationalsozialisten gleichsam als zerstörerische Welterklärung und Heilslehre entschlüsselt.

Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, 28. Aufl., Frankfurt/M.1981, 192 S.

„1978 veröffentlichte Sebastian Haffner seine ‚Anmerkungen zu Hitler': Ein Essay, der nicht Biografie sein und trotzdem erklären wollte, warum ein ganzes Volk dem Diktator auf den Leim gehen konnte." Michael Kuhlmann, Deutschlandfunk

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, 4,. überarb. und erw. Aufl., Hamburg 2009, 416 S.

Standardwerk, erstmals 1985 erschienen, mit einer Einführung in Kernthemen der Erforschung des Nationalsozialismus: repressive Innen- und expansionistische Außenpolitik, Judenvernichtung, Wirtschaftspolitik und Bedeutung der Person Adolf Hitlers für das Funktionieren des Staates.

Pohl, Dieter: Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit: 1933-1945, 3., bibliogr. aktual. Aufl., Darmstadt 2011, 175 S.

Einführende Darstellung und Analyse der Verfolgungsinstitutionen des NS und der sie leitenden Ungleichheitsideologien. Neben SS und Polizeiapparat wird auch die Beteiligung der Wehrmacht an der systematischen Verfolgung von Gegnern und Minderheiten diskutiert. Eine knappe Übersicht zeigt zudem, wie sich befreundete und verbündete Regime an der Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten beteiligten.

Rexin, Manfred: Geschichte zum Hören: Regime unter dem Hakenkreuz. CD-ROM, Bonn

Politik, Staat und Gesellschaft, Aufstieg und Fall der NS-Diktatur: In 25 Kapiteln schildert die Radiodokumentation die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands.

Süß, Dietmar / Süß, Winfried (Hg.): Das „Dritte Reich". Eine Einführung, München 2008, 400 S.

Die 16 Beiträge dieses Bandes widmen sich vier Aspekten der NS-Diktatur: Institutionen des NS-Staates; Gesellschaft, Alltag und Propaganda; Besatzung und Vernichtungspolitik; Nachgeschichte des „Dritten Reiches" und Aufarbeitung.

Wehler, Hans-Ulrich: Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerherrschaft, Verbrechen. 1919-1945, München 2009, 315 S.

Wehler analysiert den NS als eine „politische Religion", deren Erfolg ohne den Führerkult um den Diktator nicht zu erklären wäre, und diskutiert den Siegeszug des Nationalsozialismus vor dem Hintergrund eines wachsenden radikalen Nationalismus im Gefolge des Ersten Weltkriegs.

Wildt, Michael: Geschichte des Nationalsozialismus. Göttingen 2008, 219 S.

Knappe, stringente Überblicksdarstellung, vor allem für Studienanfänger. Neben den einschlägigen Kernthemen – Machtübernahme, Kriegsverlauf, Verfolgung und Vernichtung, Ideologie und Repression – werden auch neuere Ergebnisse der Forschung besprochen.

Monographien und Sammelbände

Aly, Götz: Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass, Frankfurt/Main 2012, 352 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1199)

Wie konnte es zu dem Massenmord an den deutschen und europäischen Juden, geplant und begangen von den Deutschen, kommen? Aly verortet die Motive in einer von Sozialneid und Angst bestimmten antijüdischen Haltung vieler Deutscher seit dem 19. Jahrhundert.

Bajohr, Frank / Wildt, Michael (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2009, 240 S.

Die Aufsätze in diesem Band untersuchen die Mobilisierungskräfte des Nationalsozialismus und die gesellschaftliche Zustimmung, auf die sich das NS-Regime stützen konnte.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers: Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, Wiesbaden 2007, 474 S.

In diesem Werk wird der Dualismus von Staat und Partei, von Führerabsolutismus und der Polykratie rivalisierender Machtträger, von Regierungszentralismus und Parteipartikularismus umfassend dargestellt.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Themen und Materialien: Die inszenierte Empörung – Der 9. November 1938, Bonn 2010 (Als Download verfügbar unter www.bpb.de/shop); Hitler und die Deutschen, Bonn 2010, 48 S.

Campbell Bartoletti, Susan: Jugend im Nationalsozialismus. Zwischen Faszination und Widerstand, 2. überarb. Aufl., Berlin 2007, 255 S. (bpb-Schriftenreihe Band 638)

Hitlerjugend, Weiße Rose, Swingjugend: Was bedeutete es, zur NS-Zeit jung zu sein? Anhand von Zeitzeugenaussagen, Tagebüchern und Briefen zeichnet dieses Buch ein Bild der Jugend zwischen 1933 und 1945.

Corni, Gustavo / Giess, Horst: Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, 644 S.

Untersuchung zur Organisation der Landwirtschaft und der Ernährungspolitik im Kontext der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches.

Frietsch, Elke / Herkommer, Christina (Hg.): Nationalsozialismus und Geschlecht, Bielefeld 2009, 454 S.

Tagungsband zu Konzeptionen von Geschlecht im Nationalsozialismus und mit Projektionen der historischen Forschung auf die Geschlechterpolitik im „Dritten Reich".

Gailus, Manfred / Nolzen, Armin (Hg.): Zerstrittene „Volksgemeinschaft". Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, Göttingen 2011, 325 S.

Die Religionszugehörigkeit spielte im Deutschland der 1930er- und 1940er-Jahre nach wie vor eine wichtige Rolle. Dieser Band untersucht, wie Katholiken und Protestanten in unterschiedlicher Weise auf den Nationalsozialismus reagierten.

Graml, Hermann: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, 3. Aufl., München 1998, 304 S.

Überblicksdarstellung über die Voraussetzungen und die Etappen der nationalsozialistischen Judenverfolgung von der Aufhebung der jüdischen Emanzipation bis zum Genozid.

Gross, Raphael: Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt/Main 2010, 278 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1103)

Inwieweit wurden im NS biologistische Begriffe mit moralischen Kategorien verbunden? Der Autor untersucht die Funktion der NS-Moral und ihr Fortwirken in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bis in die Gegenwart.

Havemann, Nils: Fußball unterm Hakenkreuz. Frankfurt/Main 2005, 473 S. (bpb-Schriftenreihe Band 519)

Die Studie befasst sich auf der Basis historischer Quellen mit der Rolle des Deutschen Fußballbundes (DFB) im Nationalsozialismus und mit der Vereinnahmung des Sports durch die Machthaber.

Heidenreich, Bernd / Neitzel, Sönke (Hg.): Medien im Nationalsozialismus, Paderborn 2010, 375 S.

Kommunikationswissenschaftler, Journalisten und Historiker geben auf Grundlage des neuesten Forschungsstandes einen Überblick über die Rolle des Hörfunks, der Presse und des Films in Hitlers Staat.

Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, 5. Aufl., Frankfurt/M. 2005, 495 S.

Darstellung, die den stufenweisen Prozess der Entfaltung der NS-Herrschaft bzw. der Entfesselung der Kriegs- und Gewaltpolitik in einem chronologischen und systematischen Aufriss beschreibt und dabei die Verflechtung von Innen- und Außenpolitik, von Gesellschafts- und Rüstungs- sowie von Rassen- und Eroberungspolitik analysiert.

Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich, 7., durchgeseh. Aufl., München 2009, 488 S.

Standardwerk zur Geschichte des „Dritten Reiches" auf dem aktuellen Stand der Forschung, übersichtlich aufbereitet und durch eine umfassende Bibliografie zugänglich gemacht.

Kater, Michael H.: Hitler-Jugend, Darmstadt 2005, 288 S.

Profunder Überblick über die Organisation der Hitler-Jugend und des BDM. Er informiert über die vielfältigen Bestrebungen des NS-Regimes, die Jugend für sich zu gewinnen, berichtet aber auch von den Jugendlichen, die sich dem Nationalsozialismus widersetzten.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, 4. Aufl., Hamburg 2009, 414 S.

Didaktisch aufgebauter und im Urteil ausgewogener Überblick über die wichtigsten Themen und Kontroversen der NS-Forschung.

Kompisch, Kathrin: Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus. Köln, Weimar, Wien 2008, 277 S.

Das Bild des NS-Regimes ist geprägt von männlichen Tätern und Hauptverantwortlichen, die Rolle von Frauen wird meist nur als die von Opfern gesehen. Kompisch zeigt auf, dass Frauen auch als Täterinnen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Institutionen auftraten.

Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, 285 S.

Moderne Darstellung der Sozial- und Organisationsstruktur der SA sowie ihrer Stellung innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung.

Pehle, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord. Frankfurt/Main 1988, 246 S.

Fachaufsätze und Zeitzeugenberichte zur Vorgeschichte und Planung der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Thematisiert wird auch die anschließende „Arisierung" jüdischer Betriebe.

Reichel, Peter: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des deutschen Faschismus, Hamburg 2006, 560 S.

Der Autor untersucht die Doppelgesichtigkeit des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, das Macht und Gewalt mit ästhetischer Verführung verband.

Siemens, Daniel: Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009, 352 S.

Daniel Siemens analysiert anhand bislang unberücksichtigter Quellen die Hintergründe der Ermordung Horst Wessels und die Verklärung seiner Person, die 1945 überdauerte, und untersucht die Rachemorde, die von SA, Gestapo und Justiz nach 1933 insbesondere an Kommunisten verübt wurden.

Steinbacher, Sybille (Hg.): Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2007, 238 S.

Dieser Band bietet einen aktuellen Überblick über die verschiedenen Rollen, die Frauen im Nationalsozialismus spielten und zeigt auch an biographischen Beispielen die Beteiligung von Frauen an Herrschaft und Verbrechen des NS-Regimes.

Strohm, Christoph: Die Kirchen im Dritten Reich, München 2011, 128 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1205)

Kompakter Überblick über die Rolle der Kirchen im Dritten Reich.

Thamer, Hans-Ulrich / Erpel, Simone (Hg): Hitler und die Deutschen: Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, 328 S.

Die Herrschaft des Nationalsozialismus bedeutete eine bis dahin kaum gekannte Gewalt- und Vernichtungspolitik – warum aber fanden Hitler und sein Regime dennoch fast bis zum Ende breite Zustimmung unter den Deutschen? Ausgehend von einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum versucht dieser Themenband, Antworten zu geben.

Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2008, 926 S. (bpb-Schriftenreihe Band 663)

Umfassende, auf dem neueste Forschungsstand geschriebene und gut lesbare Darstellung, wie das NS-Regime die Wirtschaft von 1933 an auf die Vorbereitung zum Krieg umstellte und mit der Ausbeutung der besetzten Länder die eigene Ökonomie finanzierte.

Treß, Werner (Hg.): Verbrannte Bücher 1933, Bonn 2009, 638 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1003)

Unter der Parole „Aktion wider den undeutschen Geist" verbrannten nationalsozialistische Studenten am 10. Mai 1933 die Bücher linker, jüdischer oder liberaler Autoren in deutschen Universitätsstädten. Dieser Band stellt einige der verfolgten Autoren und ihre zensierten Texte vor.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, München 2003, 1173 S. (bpb-Schriftenreihe Band 776), hier: Teil 4.9: Charismatische Herrschaft und deutsche Gesellschaft im „Dritten Reich", S. 600-937

„Zeitalter der Extreme" hat Wehler diese Spanne deutscher Geschichte genannt. Analysiert werden Wirtschaft, Sozialstruktur, politische Herrschaft und Kultur als Prägekräfte der historischen Entwicklung.

Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, Hamburg 2007, 411 S.

Das Thema „Volksgemeinschaft" gewinnt in der Erforschung des NS an Bedeutung. Wildt analysiert das nationalsozialistische Gesellschaftsideal als Alltagspraxis des rassistischen und antisemitischen Ausschlusses. Entscheidend waren nicht allein diskriminierende Gesetze und Befehle, sondern vor allem eine langfristige Transformation der politischen Kultur.

Biografien

Cohn, Willy: Kein Recht – nirgends. Breslauer Tagebücher 1933-1941. Eine Auswahl, Köln, Weimar, Wien 2008, 388 S. (bpb-Schriftenreihe Band 768)

Norbert Conrads hat Auszüge aus den erhaltenen Tagebüchern des Historikers Willy Cohn zusammengestellt, die einen beklemmenden Einblick in die letzten Jahre der bedeutenden jüdischen Gemeinde zu Breslau gewähren.

Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie, Berlin 1998, 1232 S.

Eine methodisch und interpretatorisch richtungsweisende politische Biografie, die zugleich eine politische Geschichte des NS bietet.

Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933. Gekürzte Lesung. Gelesen von Walter Kreye, 4 Audio-CDs, 300 Minuten, München 2007

Die Aufzeichnungen entstammen dem unmittelbar Erlebten und gelten als bedeutendster Fund in Haffners Nachlass.

Herbert, Ulrich: Best. Biografische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 2011, 704 Seiten

Werner Best war der führende Ideologe und Organisator der Gestapo. Spannende und aufwändig recherchierte Biografie über einen Mann, der ebenso als radikaler Ideologe auftrat wie als sachlicher Bürokrat. In dieser Kombination lag einer der Gründe für die Effizienz und weltanschauliche Radikalität der „Schreibtischtäter" des NS-Regimes.

Kershaw, Ian: Hitler.
Band 1: 1889-1936, Stuttgart 1998, 972 S.
Band 2: 1936-1945, Stuttgart 2000, 1343 S.

Profunde und detaillierte Darstellung des Aufstiegs Adolf Hitlers vom gescheiterten Künstler, Gefreiten im Ersten Weltkrieg bis zum Diktator, aber auch eine Analyse der politischen, kulturellen und sozialen Verhältnisse in Deutschland, die seinen Weg zur Macht ermöglichten.

Klemperer, Victor: „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten". Tagebücher 1933-1945, Berlin 2006, 8 Bände, 1803 S.

„Beobachten, notieren, studieren" – das war die ständige Forderung, die Victor Klemperer an sich selbst stellte. Seine minutiösen Notizen über den Alltag der Judenverfolgung mitten in einer deutschen Großstadt lösten die selbstgesetzte Chronistenpflicht des zwangsemeritierten jüdischen Professors ein, den die Treue seiner nichtjüdischen Ehefrau Eva vor der Deportation bewahrte.

Longerich, Peter: Joseph Goebbels. Biografie, 2. Aufl., München 2010, 912 S.

Mit dieser Biografie erzählt Peter Longerich die politische wie die private Lebensgeschichte von Hitlers Chefpropagandisten und wirft zugleich ein neues Licht auf Öffentlichkeit und Herrschaft im Nationalsozialismus.

Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Studienausgabe. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, 964 S.

Michael Wildt hat anhand umfangreicher neuer Quellen die Konturen des Reichsicherheitshauptamtes als „Institution neuen Typs" herausgearbeitet, die sich flexibel veränderten Situationen anzupassen verstand.

Internetadressen

http://www.beitraege-ns.de/
Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus

http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/
Dossier der bpb zum Nationalsozialismus

http://www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/nationalsozialismus
Angebote der bpb zur Thematisierung des Nationalsozialismus, Holocaust und des Zweiten Weltkriegs im Unterricht

http://www.dhm.de/lemo/home.html
Deutsches Historisches Museum/Lebendiges Museum

http://www.werkstatt-der-erinnerung.de/
Werkstatt der Erinnerung

Der Autor

Michael Wildt ist gelernter Buchhändler und arbeitete von 1976 bis 1979 im Rowohlt-Verlag. Anschließend studierte er von 1979 bis 1985 Geschichte, Soziologie, Kulturwissenschaften und Theologie an der Universität Hamburg. 1991 schloss er seine Promotion zum Thema „Auf dem Weg in die ‚Konsumgesellschaft'. Studien über Konsum und Essen in Westdeutschland 1949-1963" ab und war anschließend Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Von 1997 bis 2009 arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und habilitierte 2001 mit einer Studie über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Seit 2009 ist er Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt in der Zeit des Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Nationalsozialismus, Holocaust, Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts und soziale wie politische Ordnungsvorstellungen in der Moderne.

Kontakt: michael.wildt@geschichte.hu-berlin.de

Peter Krumeich, Mitarbeiter am Lehrstuhl von Professor Wildt, hat an der inhaltlichen Entwicklung des Heftes mitgewirkt und insbesondere in Abstimmung mit der Redaktion die Bildrecherche für dieses Heft übernommen.

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel (Volontär)

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:
Christine Hesse, Bonn; Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professur für Geschichtsdidaktik am Historischen Seminar der Universität Leipzig; Jutta Klaeren, Bonn; Cornelius Strobel, Bonn; Daniel Teppe, Magdeburg; Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Historisches Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Titelbild:
Arbeiter der Blohm-und-Voß-Werft, Hamburg, beim Stapellauf des Schulschiffes „Horst Wessel" 1936 – Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Umschlag-Rückseite:
KonzeptQuartier GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:
STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich.
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 650 000.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
April 2012

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.